



Die SPD vor dem Parteitag S. 13/14

Arbeiterkampf

Jg12 Nr 219 22.3.82

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 3 DM

Bibliothek des Ruhrgebiets
Bibliothek des IGB C 21734 D
S 2 3308
Endlich:
Hamburg
hat seine GAL,
S. 38 ff

Reagan-Besuch wird zur Kraftprobe

Als Mitte Februar bekanntgegeben wurde, daß am 9./10. Juni die NATO-Frühjahrsagung in Bonn stattfinden soll und daß US-Präsident Reagan bei dieser Gelegenheit die BRD heimachen soll, waren die politischen Absichten schwer zu erkennen. Daß Reagans Aufenthalt Massenproteste provozieren würde, war schließlich voraussehbar. Daß das nicht gerade der erwünschten Zurschaustellung von „deutsch-amerikanischer Freundschaft“ dienen würde, war gleichfalls von Anfang an klar. So gesehen mußte die Einladung an Reagan als sinnlose außenpolitische Dummheit erscheinen.

Inzwischen sind die Absichten dieser Inszenierung deutlicher geworden: Die CDU/CSU, vermutlich im Bunde mit Teilen der FDP, strebt anlässlich des Reagan-Besuchs eine Kraftprobe an, die vielleicht auch von entscheidender Bedeutung für den Fortbestand der Bonner Regierungskoalition sein wird. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß Außenminister Genscher als Urheber und Übermittler der Einladung an Reagan aufgetreten ist.

Am 8. März gab der CDU-Parteivorstand bekannt, daß er am 9. Juni in Bonn eine Großdemonstration unter dem Motto „Frieden in Freiheit“ organisieren wird. Mindestens 100.000 Teilnehmer würden erwartet, sagte Helmut Kohl. Gleichfalls am 8. Juni soll eine Großkundgebung der CSU in München stattfinden.

Zu ihrer Anti-Breznjew-Demonstration im vergangenen November hatte die CDU 30-40.000 Menschen

nach Bonn mobilisiert. Wenn sie am 9. Juni keine Blamage erleben will, wird sie deutlich über dieser Teilnehmerzahl landen müssen. Das bedeutet eine erheblich schärfere Mobilisierung der Parteibasis. Kohl kündigte inzwischen an: „Sie werden erleben, daß wir die größte Demonstration organisieren, zu der je eine politische Partei nach dem Kriege aufgerufen hat... Wir werden mit unseren Familien, mit unseren Frauen, mit unseren Kindern zusammen kommen. Wir wollen ein Bild von Deutschland zeigen, daß die schweigende Mehrheit zum ersten Mal vor aller Augen präsentiert“. („Frankf. Rundschau“, 18.3.).

Die CDU wird also ihre allerletzten Reserven zu mobilisieren versuchen, um in Bonn „die wahre Meinung des deutschen Volkes“ als Schmierenkommödie vorzuführen. Zugleich würde eine erfolgreiche Massenmobilisierung den Anspruch der CDU/CSU bekräftigen, die „schweigende Mehrheit“ zukünftig auch in Bonn als Regierungspartei zu repräsentieren. Umgekehrt kann in dieser ganzen Angelegenheit die Zerrissenheit der SPD und die Labilität der Regierungskoalition nur umso deutlicher hervortreten. Diesem Zweck dient auch der Plan der CDU/CSU, zum selben Zeitpunkt, Anfang Juni, im Bundestag eine außen- und sicherheitspolitische Show-Debatte zu veranstalten, bei der die SPD an der „Nachrichtungsfrage in die Ringe“ getrieben werden soll.

Fortsetzung Seite 2



USA erklären Mittelamerika zum „globalen Konfliktherd“

Unter dem Druck der Erkenntnis, El Salvador militärisch nicht halten zu können, haben die USA eine neue politische Offensive gestartet. Hauptsächlich konzentriert sich ihre Propaganda gegenwärtig darauf, den mittelamerikanischen Konflikt zu internationalisieren und zu einem Konflikt mit der SU hochzustilisieren. In diesem Sinne führte Haig vor Journalisten aus, die USA sehen „die Krise in El Salvador zunehmend unter einem 'globalen Aspekt' und dachten immer mehr, es sei eine politische Einbeziehung der Sowjetunion, Kubas und an dem Konflikt beteiligter lateinamerikanischer

Staaten“ (FAZ, 15.3.82). Konkret heißt dies, daß immer lauter an der Legende gesponnen wird, die SU sei verantwortlich für die Konflikte in Mittelamerika und rufe für ein militärisches Eingreifen mittels Nicaragua und Kuba. Als „Beweis“ wurden den Journalisten Luftaufnahmen von Nicaragua vorgelegt. Belegt werden können damit die verurteilten Erkenntnisse, daß es in Nicaragua Militär gibt und daß dieses (wahrscheinlich) sowjetische Panzer besitzt. Dies wurde jedoch nie bestritten und ist wohl auch das mindeste, was einem Land in der Situation von Nicaragua zur Selbstverteidigung zu-

gebilligt werden muß. Völlig unbewiesen blieben dagegen die Behauptungen, in Nicaragua seien 6.000 Kubaner stationiert, das Militär sei mit sowjetischen Angriffsflyern ausgerüstet (Typ MiG 17 oder 19), und es würden Start- und Landebahnen für diese Flugzeugtypen gebaut. Interessanterweise weigert sich die USA, dies auch offiziell zu be-
wahren. Stattdessen wird hinter verschlossenen Türen loyale Abgeordnete „Material“ gezeigt, daß sie dann „absolut überzeugt“ (Welt, 19.3.) Of-

Fortsetzung auf Seite 2

Deutschland erwacht

Die
rassistische
Welle rollt!

Nach dem spektakulären Erfolg der rassistischen „Kieker Liste für Ausländerbegrenzung“, die bei den Kommunalwahlen vom 7.3. auf Anhieb 3,77% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, ist es nun auch in Hamburg soweit: Zu den diesjährigen Bürgerschaftswahlen hat eine „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung“ (HLA) ihre Kandidatur angemeldet, um mit ausländerfeindlichen Forderungen auf Stimmenfang zu gehen. Wie in Kiel ist auch hier der neonazistische Hintergrund dieses Projektes offensichtlich: Herbert Heinrich Meyer, der presse-rechtlich Verantwortliche für das einzige bisher erschienene HLA-Flugblatt, ist zugleich Mitglied im Hamburger NPD-Landesvorstand. Darüberhinaus ist auch das Postfach der HLA identisch mit dem der Hamburger NPD.

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß das Kieker Beispiel alsbald in weiteren Orten und Bun-

desländern seine Nachahmer findet.

Die Propagierung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist bei Neonazisten jeglicher Couleur mittlerweile ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt. Nicht ohne Grund versprechen sich diese Kreise über eine erhebliche Ausweitung ihres Einflusses: Das von Medien und Regierungsbeschlüssen hochgepöbelte ausländerfeindliche Klima schafft schließlich die denkbar besten Voraussetzungen für rassistische Bestrebungen aller Art.

Die Folgen dieser Entwicklung werden sich mit Sicherheit nicht in der Bildung neuer rassistischer Klein-Zirkel erschöpfen. Was droht, ist eine rassistisch-chauvinistische Massenmobilisierung in einem Ausmaß, wie es das deutsche Land nach 1945 nicht mehr erlebt hat. Die antifaschistische Warnung „Wehret den Anfängen“ muß heute als überholt gelten, denn die



Welle des schwarz-braunen Rassismus ist bereits ange-
rollt...

Fortsetzung auf Seite 3



Das Präsidium des Recklinghausener „Forum“

„Demokratische Sozialisten“ haben mit der Bildung einer Partei begonnen

Recklinghausen, 20. März '82: 1.500 Menschen aus allen Teilen des Bundesgebiets und auch einige aus Westberlin waren dem Aufruf zum „Forum Demokratische Sozialisten“ gefolgt, um dabei sein zu können, wenn das Startsignal zum Aufbau einer neuen, links von der SPD agierenden Partei gegeben würde. Gegründet wurde zwar noch nicht — dafür fehlten eingestandenemmaßen jedwede Voraussetzungen — aber nach Recklinghausen soll nunmehr zügig an den Aufbau von Ortsgruppen, Kreis- und Landesverbänden gegangen werden. Hierfür votierten die Versammelten nahezu einstimmig — trotz zahlreicher Warnungen und Ermahnungen (namentlich aus dem Spektrum der Grünen Partei). Im nächsten AK werden wir uns ausführlich mit der Initiative Demokratische Sozialisten, den Erfahrungen von Recklinghausen und den Perspektiven dieses Parteiensatzes beschäftigen.

Einige Artikel in dieser Ausgabe des AK beschäftigen sich bereits mit dem Thema, siehe Seite 42ff

Reagan-Besuch

Fortsetzung von Seite 1

Umso wichtiger wird nun die Gegen-Mobilisierung gegen den Reagan-Besuch, gegen die Kriegspolitik der NATO und gegen den Aufmarsch der CDU/CSU sein. Es muß eine Stärke und Breite der Gegen-Mobilisierung erreicht werden, die es der CDU/CSU unmöglich macht, sich vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit als Sprecherin einer „schweigenen Mehrheit“ zu präsentieren, die die Kriegspolitik der NATO willig mitträgt und die blind bereit ist, sich für die Interessen des „Freien Westens“ aufopfern zu lassen. Die Gegenmobilisierung mußte zugleich deutlich machen, auf welchen massiven Widerstand eine Regierungsübernahme durch die CDU/CSU stoßen würde.

Die Gegenmobilisierung zum 10. Juni bekommt dadurch eine Bedeutung, die über eine bloße Friedensdemonstration (wie am 10. Oktober des letzten Jahres in Bonn) hinausgeht. Speziell die Mitglieder, Anhänger und Wähler der SPD sind aufgefordert, nicht der selbstmörderischen Politik der SPD-Spitze zu folgen, sondern sich massenhaft an der Gegen-Mobilisierung zu beteiligen.

Geplant ist bisher eine Großdemonstration am 10. Juni in Bonn, die im Wesentlichen denselben Trägerkreis haben wird wie die Demonstration am 10. Oktober. Vorstände einzelner Gruppen, eine Großdemonstration entweder ganz zu verhindern oder zumindest von dem kritischen Datum wegzuschieben, stießen nicht auf viel Sympathie. Das schließt nicht aus, daß es in den nächsten Wochen doch noch zu problematischen Debatten und zu Querstrichen SPD-naher Kräfte kommt, zumal Regierung und Polizei bereits entschlossen scheinen, eine Demonstration am 10. Juni in Bonn auf keinen Fall zuzulassen. (vgl. „Spiegel“ vom 15.2.).

Umso wichtiger wird sein, daß - entsprechend den Vorschlägen von verschiedener Seite - bereits in der Woche vor dem 10. Juni zahlreiche örtliche Demonstrationen stattfinden, die unsere Entschlossenheit zeigen, uns das Demonstrationsrecht am 10. Juni in Bonn nicht nehmen zu lassen. NATO-Tagung und Reagan-Besuch müssen zu einem außenpolitischen und propagandistischen Fiasko erster Ordnung werden. Das wird auch eine wichtige Ernüchterung sein.

Reagan-Besuch müssen zu einem außenpolitischen und propagandistischen Fiasko erster Ordnung werden. Das wird auch eine wichtige Ernüchterung sein. Umso wichtiger wird sein, daß - entsprechend den Vorschlägen von verschiedener Seite - bereits in der Woche vor dem 10. Juni zahlreiche örtliche Demonstrationen stattfinden, die unsere Entschlossenheit zeigen, uns das Demonstrationsrecht am 10. Juni in Bonn nicht nehmen zu lassen. NATO-Tagung und Reagan-Besuch müssen zu einem außenpolitischen und propagandistischen Fiasko erster Ordnung werden. Das wird auch eine wichtige Ernüchterung sein.

USA erklären Mittelamerika zum „globalen Konfliktherd“

Fortsetzung von Seite 1

Entscheidend kann dieses „Material“ dann aber aus „Sicherheitsgründen“ nicht gezeigt werden. Hierfür gibt es nur eine Erklärung: Die USA befürchten den gleichen Reifall wie mit dem vorgelegten „Weißbuch“ im vergangenen Jahr oder dem gerade stattgefundenem Debatte mit einem Nicaraguaner, der angeblich im Auftrag seiner Regierung in El Salvador operierte. Ein solches Geständnis war ihm nachweislich unter Folter abgezwungen worden, so daß die „Neue Zürcher Zeitung“ besorgt kommentiert, die USA geräte „immer tiefer in eine Glaubwürdigkeitskrise hinein“ (16.3.). Als ebensolche Farce erweist sich beim näheren Hinsehen die us-amerikanische „Bereitschaft“, der mexikanischen Initiative für politische Verhandlungen mit Nicaragua und Kuba nachzugeben. Gefordert wird dabei eine Erklärung, die Unterstützung der Guerrilla in El Salvador aufzugeben, also genau das, was die Regierung Nicaraguas immer bestritten hat.

Wie ernsthaft solche „Verhandlungsbereitschaften“ sind, zeigen folgende Begleitumstände: Die Reagan-Regierung hat gerade einen Plan gebilligt, eine 500 bis 1.000 Mann starke paramilitärische Truppe zum Einsatz gegen Nicaragua aufzustellen (SZ, 11.3.); von Florida aus operierende Gruppen von ehemaligen Nationalgardisten sprengten zwei Brücken in Nicaragua; am 8. März begann in der Karibik ein Flottenmanöver der Nato, „mit denen die westliche Allianz zehn Tage lang die Sicherheit der Seewege in der aus Washingtoner Sicht bedrohten Region testen will“ (FR, 10.3.). Diese Manöver finden unter Beteiligung der Bundesmarine statt! Dies alles zeigt, daß mensch sich keinerlei Hoffnung hingeben sollte, es stände tatsächlich eine politische Verhandlungslösung an. Es bewahrheiten sich im Gegenteil alte Erfahrungen aus Vietnam: Der US-Imperialismus wird das Feld nur geschlagen verlassen!

Zum Karikaturplan der USA siehe S.

Zwei Jahre Knast für einen 16jährigen Schüler

Am 13. Juli 1981 wird das Gericht verurteilt, daß ein besetztes Haus am Heinrichplatz in Kreuzberg geräumt werden soll. Dort finden sich dann in den Abendstunden einige Leute ein, und wo es „Ansammlungen“ gibt, ist die Polizei nicht weit.

Mannschaftswagen fahren auf. Einige Steine sollen aus in Richtung Polizeifahrzeuge geworfen worden sein.

Festgenommen wird - laut Polizeizeugnis aus einer Gruppe von ca. 30 „Punks und Langhaarigen“ - ein 15-jähriger. Er wird in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verbracht, sitzt dort zunächst als Untersuchungshäftling für zwei Monate, sitzt dann weiter in „Vollstreckungshaft“, da er wegen Autodiebstahls bereits zu zwölf Monaten mit Bewährung verurteilt worden war.

Endlich, im Februar 82 beginnt der Prozeß gegen ihn, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

„Die Verteidigung hatte Fotos in das Verfahren eingebracht, die - und an der Authentizität der Bilddokumente zweifelte das Gericht nicht - bewiesen, daß zum Zeitpunkt keine Menschenmengen den Heinrichplatz bevölkerten“ („TAZ“, 24.2.82).

Durch zwei Steinwürfe des 15-jährigen soll an Polizeifahrzeugen ein Sachschaden von 100,- DM entstanden sein.

Das Gericht verurteilte den Jugendlichen zu einer Freiheitsstrafe von 100,- DM entstandenen Schaden.

Das Gericht verurteilte den Jugendlichen dann trotzdem wegen „schweren Landfriedensbruch“ und „schweren Widerstand“ zu unglaublichen zwei Jahren Haft ohne Bewährung.

„Zwei Monate Untersuchungshaft sind darin nicht angerechnet, die noch nicht abgesessene Reststrafe von 4 1/2 Monaten ist damit allerdings zusammengezogen“ („TAZ“, 24.2.82).

Tatsächlich bedeutet dies, daß der heute 16-jährige Schüler insgesamt über zweieinhalb Jahre im Knast bleiben wird, sollte es nach diesem Urteil zugehen. Die Verteidigung sprach von „Rechtsbeugung“ durch das Gericht und wird in Berufung gehen. Die Staatsanwaltschaft hatte gleich zweieinhalb Jahre gefordert!

... und dreieinhalb Jahre für den 19jährigen Jan

Zwei Polizeibeamte, die am Abend des 21.9.81 in ein Haus in der Götterstraße gerufen worden sein sollen, belästigen Jan, er habe ein Beil geworfen in ihre Richtung geworfen, als sie das Haus inspizierten.

In dem Bericht vom September 81, der von einem der beiden Beamten stammt, heißt es, er hätte „eine Person mit kahlgelbemem Kopf im Lichtkegel unserer Handscheinwerfer weglaffen sehen. Die Person drehte sich um und zielte genau auf meinen Kollegen. Das Beil schlug neben mir in die Hauswand ein. Mein Kollege und ich haben ihn dann sofort festgenommen“ („TAZ“, 26.2.82) - sozusagen auf frischer Tat also.

Daß sich der Vorfall so nicht ereignet hat, dafür gibt es neben Jans Einlassungen, der vor Gericht bestritt, das Beil geworfen zu haben, eine ganze Reihe weiterer Anzeichen.

Aus den „Handscheinwerfern“ vom September 81 wurden vor Gericht eine jener kleinen Taschenlampen, wie sie jeder Beamte zum Ablesen von Klingelschildern bei sich führt. Wahrlich nicht die besten Voraussetzungen für eine einwandfreie Identifizierung bei Nacht in einem dunklen Hausflur!

Keiner der beiden Beamten konnte vor Gericht angeben, wer denn Jan nun tatsächlich festgenommen hat, sie wollten es jedenfalls nicht gewisser sein. Das paßt zu Jans Einlassungen, der ausgeht hatte, er sei von ganz anderen Beamten festgenommen worden, und erst eine zeitlang nach diesem Vorfall.

Bei dem Rechtsanwalt von Jan meldete sich wenige Tage nach dessen Verhaftung ein gewisser Gerd, der ihm gegenüber aussagte, das „Beil im Treppenhause weggeworfen“ („TAZ“, 26.2.82) zu haben.

Gerd war damals nicht festgenommen worden. Um sich nicht selbst zu belasten, wollte er auch vor Gericht nicht als Zeuge aussagen. Auf Druck von Besitzern schrieb er jedoch einen Brief an das Gericht, in dem er einräumte, das Beil geworfen zu haben und darüberhinaus die Unschuld von Jan betonte.

Das Gericht war jedoch von seinem Verurteilungskurs nicht mehr abzubringen, machte in der mündlichen Urteilsverkündung aus einem Beilwurf kurzerhand zwei, und verurteilte Jan, der mit dem Beilwurf offensichtlich nicht das geringste zu tun hat, zu dreieinhalb Jahren Knast wegen „versuchten Totschlags“ allein aufgrund der Aussagen der beiden Polizeibeamten. Für Jan gibt es keine Berufungsmöglichkeit mehr, sondern lediglich Revision!

Anti-Repressionskommission KB - Westberlin

„Einfach injizieren!“

Die „Modernen Zeiten“ (Zeitschrift der „Initiative Sozialistische Politik“) veröffentlichte in ihrer Nr. 2/82 einen Bericht und Kommentar zum Kongreß des KB, der im Januar stattgefunden hatte. Verfasser des Artikels war Willi K. Gokermann (Leitungsmittglied der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der „Modernen Zeiten“).

Der Artikel enthielt eine Reihe von sachlich falschen Darstellungen und groben Unwahrheiten. Hierauf machten wir die Redaktion der „MOZ“ schriftlich aufmerksam und bat um Abdruck unserer

Richtigstellung in der „MOZ“. (Wortlaut des Artikels von Willi K. Gokermann und unseres Briefes an die „MOZ“ im AK 218). Eine Reaktion der „MOZ“-Redaktion dazu liegt bis heute, einen Monat später, nicht vor.

Ähnliches hatten wir mit der „Z“ (inzwischen eingetragene Zeitschrift der Gruppe Z) schon wiederholt erlebt. Daß die „Modernen Zeiten“ an diese Praxis anzuknüpfen scheinen, ist eine Erfahrung, auf die wir lieber verzichtet hätten.

Kommunistischer Bund, 21.3.82

Osnabrücker Friedenstag: Am 10.6. nach Bonn!

Am 20./21.3. trafen sich über 400 Mitglieder und Vertreter aus fast 100 Friedensinitiativen und Organisationen zu einem Arbeitstreffen. Eingeladen hatten die Gruppen, die einen Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF) durchführen wollten, der im Februar auf einem Redaktionstreffen zunächst abgesprochen worden war (vgl. AK 218).

Als Schwerpunktthemen wurden auf diesem Treffen behandelt, ob und wie ein solcher Kongreß doch noch stattfinden könnte sowie der Reagan-Besuch im Juni. Daneben gab es eine AG zur IDEE in Hannover, vom 19. - 20. 5. (siehe Artikel in diesem AK); außerdem unterstützte das Treffen den Aufruf und das Vorgehen der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen zum SPD-Parteitag am 17.4. in München.

Der wichtigste Beschluß des Arbeitstreffens war der einhellig beschlossene Aufruf zur Anti-Reagan-Demo am 10.6. in Bonn. Der vorliegende Bonner Aufrufentwurf wurde einerseits als Fortschritt gegenüber dem Aufruf zum 10.10.81 gewertet (zumal er ausdrücklich nur als Vorschlag zum Bonner Treffen am 4.4. gedacht ist und auch die Frage der Trägerschaft noch offen gelassen wurde), andererseits als nicht weitgehend genug (s. Erklärung).

Am 20./21.3. trafen sich über 400 Mitglieder und Vertreter aus fast 100 Friedensinitiativen und Organisationen zu einem Arbeitstreffen. Eingeladen hatten die Gruppen, die einen Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF) durchführen wollten, der im Februar auf einem Redaktionstreffen zunächst abgesprochen worden war (vgl. AK 218).

Als Schwerpunktthemen wurden auf diesem Treffen behandelt, ob und wie ein solcher Kongreß doch noch stattfinden könnte sowie der Reagan-Besuch im Juni. Daneben gab es eine AG zur IDEE in Hannover, vom 19. - 20. 5. (siehe Artikel in diesem AK); außerdem unterstützte das Treffen den Aufruf und das Vorgehen der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen zum SPD-Parteitag am 17.4. in München. Der wichtigste Beschluß des Arbeitstreffens war der einhellig beschlossene Aufruf zur Anti-Reagan-Demo am 10.6. in Bonn. Der vorliegende Bonner Aufrufentwurf wurde einerseits als Fortschritt gegenüber dem Aufruf zum 10.10.81 gewertet (zumal er ausdrücklich nur als Vorschlag zum Bonner Treffen am 4.4. gedacht ist und auch die Frage der Trägerschaft noch offen gelassen wurde), andererseits als nicht weitgehend genug (s. Erklärung).

Zur Organisation des Informationsflusses und als Ansprechadresse hat sich die Hamburger Friedenskoordination bereit erklärt:

Kontaktadresse:
Bernd und Christel Kruse
Jungfrauenhal 16
2000 Hamburg 13.

Vorschlag für einen Aufruf zur Demonstration gegen den Nato-Gipfel am 10.6. in Bonn

In einer Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber... in der Zeit, in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungsaufrüstung und Kriegstreiber...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Militärdiktatur, um ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten und auszuweiten... (geplant) auch mit Krieg...

Erklärungen zur Funktion des Aufrufes und unserem Vorgehen auf der Aktionskonferenz am 4.4. in Bonn

Unser Aufruf wird als politisches Ergebnis der Beratungen der Friedensinitiativen am 20./21. März in das Bonner Treffen eingebracht, zusammen mit unserer Kritik an dem Aufrufsvorschlag, den 27 Organisationen am 16.3. beraten haben, und zusammen mit dem Vorschlag zu demonstrieren Aktionen im Rahmen einer Anti-Nato-Woche.

Wir betrachten das Treffen am 4.4. als demokratisches Entscheidungsorgan der gesamten Friedensbewegung in Bezug auf die Demonstration gegen den Nato-Gipfel.

Wir fordern eindringlich alle Friedensinitiativen und Gruppen auf, sich an den Beratungen am 4.4. in Bonn zu beteiligen. Unsere wichtigsten Kritikpunkte am Aufrufsvorschlag der 27 Org. sind:

- Mangelnde Präzisierung der Politik der Nato
- Orientierung auf die Genfer Verhandlungen als Voraussetzung für eine wirkliche Abrüstung
- Eine Verschiebung der Demonstration auf einen anderen Zeitpunkt oder Ort lehnen wir entschieden ab.
Wir treten dafür ein, daß ein Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung und der Befreiungsbewegung der 3. Welt auf der Kundgebung zu Wort kommen.
In der Trägerschaft der Demonstration sollten alle Strömungen der Friedensbewegung vertreten sein und dies muß sich auch auf der Kundgebung ausdrücken.

Wir werden auf der Grundlage der Ergebnisse des 4.4. entscheiden, ob und wie wir die gemeinsamen Beschlüsse mittragen und welche Rolle die heute von uns verfasste Erklärung dabei spielen wird.

Der Aufrufsvorschlag mit den genannten Änderungen und diese Erklärung wurden auf dem Monum der Arbeitstreffens der Friedensinitiativen am 20./21. März bei ca. 400 Anwesenden aus fast hundert verschiedenen Gruppen gegen 4 Meinungsstimmungen und bei 17 Enthaltungen angenommen.

Osnabrück, 21.3.82

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lohsestr. 75,
2 Hamburg 50; Fernruf: Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46;
Redaktion Hamburg 43 54 15;
V.i.S.d.P.: K. Eckhoff, Verlags-
anschrift: Abonnementspreis
jährlich DM 90, halbjährlich DM 48
(als Förder-Abo jährlich 140,
halbjährlich DM 75; Bezahlung
im Voraus, sonst P.O.K. Hamburg
21 71 75-203 / BLZ 250 100 20
oder Dresdener Bank Hamburg,
Konto 4810 68300 /
BLZ 250 000 00;
Erscheinung DM 3,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterschienen
durch höhere Gewalt keine Ent-
schädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000
Eigentumsvorbehalt: Nach dem
Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefangenen
persönlich ausgeteilt
worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Ausleihung im Sinne
des Verleihs. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgeteilt, ist es
dem Abonnenten mit dem Grund
der Nichtauslieferung zurück-
zugeben.

Deutschschland

Die rassistische Welle rollt!



erwacht

Fremdenhaß und Rassismus war von jeher das Geschäft der Nazis. Mit einem Gespür für politische Entwicklungen haben die westdeutschen Neonazis bereits vor geraumer Zeit die Weichen gestellt. Spätestens mit Beginn der 80'er Jahre sind die wichtigsten Gruppierungen dieser Szene dazu übergegangen, die sogenannte „Ausländerfrage“ ins Zentrum ihrer Politik zu verlagern. Allen voran begann die NPD mit ihrer „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die im Januar 1980 aus der Taufe gehoben wurde, dieser „ungeheuren Bedrohung unseres Volkes“ entgegenzutreten; es folgten dann weitere Gründungen und Aktivitäten aus dem braunen Spektrum. Von der „Deutschen Nationalzeitung“ bis hin zu den „Deutschen Aktionsgruppen“ des Nazi-Terroristen Manfred Röder wurde das „Ausländerproblem“ zunehmend als die Chance begriffen, dem organisierten Neonazismus wieder eine relevante Aktionsbasis zu verschaffen.

Allerdings zeigte sich zunächst, daß der richtige „Rieser“ für eine politisch brisante Fragestellung allein in keinerwegs ausreichte, um den Nazis auch nur annähernd den erhofften Zuwachs zu beschaffen. Sichtbar wird dies am Beispiel der NPD, die es in der jüngsten Vergangenheit trotz Verlagerung ihres Aktivitätsschwerpunktes an die „Ausländerfront“ nicht vermocht hat, den Abwärtstrend der Partei auch nur zu stoppen, geschweige denn ihn umzukehren.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen allerdings nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, am selbstgewählten Politikschwerpunkt „Ausländerhetze“. Denn ohne Zweifel läßt sich auf der ausländerfeindlichen Schiene hier und heute erfolgreich Politik machen. Daß die Nazis bis vor kurzem trotzdem nur auf vergleichsweise geringe Früchte ihrer Hetzpropaganda verweisen konnten, hatte wesentlich zwei Gründe:

1) Die Nazis hatten zunächst das Problem, daß sie mit ihrer Kampagne einfach „zu früh“ gekommen waren. Ausländerfeindliche Positionen in der Bevölkerung – natürlich gab es die auch damals schon und sicherlich nicht zu knapp. Aber ein deutscher Durchschnittsbürger drängt nicht gleich zur politischen Aktion, nur weil der Nazi trommelt. Die „Politikfähigkeit“ unseres Bürgers ist im allgemeinen doch recht gering ausgeprägt, und wenn erst noch der „höhere Segen“ fehlt, dann läßt er lieber gleich die Finger davon. Und so war es ja auch: Während die Neonazis bereits ihrer „Ausländer raus“-Propaganda nachgingen, hatte das von etablierter Politik und bürgerlichen Medien geprägte „öffentliche Klima“ das in der Tat absehbare Scheitern der sogenannten „Integrations“-Politik in diesem Maße noch gar nicht thematisiert. Die Nazis standen – zumindest im Bewußtsein der „Öffentlichkeit“ – mit ihrem Konzept zur „Lösung“ der „Ausländerfrage“ allein auf weiter Flur, während die Medien in ihrer Mehrheit noch unter dem Eindruck der „Integrations“-Linie operierten und eher geneigt schienen, offen ausländerfeindliche Versionen zu tabuisieren.

2) Ein weiteres Handicap für die Nazis lag in dem Umstand begründet, daß sie es kaum vermocht hatten (oder es auch gar nicht darauf anleg-

ten), den doch arg diskreditierenden „braunen Hinkel“ zu verbergen oder zumindest halbwegs herauszuhalten. NPD, „National-Zeitung“ und dergleichen Firmen mehr sind in breitesten Bevölkerungskreisen nun einmal als Naziunternehmungen bekannt und verrufen; diesen Schuh wird sich gerade der Durchschnittsbürger nicht nur ungern überstreifen wollen.

Die Fähigkeit jeder wie auch immer gearteten reaktionären oder faschistischen Strömung, auf Massenbewegungen ein Einfluß zu gewinnen, wird auf absehbare Zeit entscheidend mit davon abhängen, ob diese Kräfte es zumindest der Öffentlichkeit gegenüber schaffen, sich von verschämten Kostümen zu trennen (das wird nicht leicht sein und unsere Aufgabe ist es, derartige Verwandlungskünste zu entlarven).

Mittlerweile haben sich in beiden Punkten wichtige Veränderungen ergeben, die auch die Aussichten für eine rechtsextreme ausländerfeindliche Mobilisierung in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür haben freilich nicht die Nazis, sondern die etablierten Parteien geschaffen:

Spätestens seit den Erlässen zur Einschränkung des Familiennachzugs

Spätestens seit den Erlässen zur Einschränkung des Familiennachzugs von Ausländern im November letzten Jahres hat sich das „öffentliche Klima“ eindeutig und schlagartig in eine Richtung verändert, die ausländerfeindliche Strömungen jeder Art begünstigt und ihnen darüber hinaus auch noch ihre politische Berechtigung zugesieht. Während in Kreisen der etablierten Parteien bereits weitere Projekte in Sachen Ausländerbegrenzung und -Diskriminierung vorbereitet werden (weitere Verschärfung der Nachzugregelung, des Ausländergesetzes, des Asylrechts u. a. m.), ergießt sich parallel dazu ein Strom aus dem Reich der Hetzpropaganda in die Bevölkerung.

Daß die sogenannte „Integration“ noch erstes und vornehmstes Ziel staatlicher Ausländerpolitik sei, wird mittlerweile nicht einmal mehr von der SPD-Führung vertreten. Der SPD-Bundesvorstand hat sich erst jüngst dazu bekannt, die „Begrenzung“ des Ausländerzuzugs als oberstes Ziel sozialdemokratischer Ausländerpolitik festzuschreiben (vergl. „Spiegel“ vom 1.3.82). Und von SPD-Bundeschäftsführer Giotz wird diese Kursänderung als „Trend zum Realismus“ verkauft.

Noch um einiges „realistischer“, als das die SPD kann, hat sich der heimische CDU-Vorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dreger, in der Bundestagsdebatte zur Ausländerpolitik geäußert: „Er forderte, neben den Interessen der Ausländer müßten auch die berechtigten Interessen der Deutschen berücksichtigt werden. Ein Land könne nur eine begrenzte Zahl von Ausländern aufnehmen, ohne seine nationale Identität zu verlieren. Man müsse dabei auch nach Herkunft unterscheiden. Mit Ausländern aus dem europäischen Kulturkreis“ verbinde die Deutschen, die gemeinsame christliche Wurzeln europäischer Kultur“. Größte Schwierigkeiten bereiten aber die Türken, meinte Dreger. Aus dem Kreis des Islams kommend, seien sie nur in Ausnahmefällen zu integrieren oder gar zu

assimilieren“ („Frankfurter Rundschau“ – „FR“, 5.2.82).

Was Dreger hier abläßt, sind unverhüllt völkisch-rassistische Positionen, die zumindest im ideologischen Hinsicht dem Anliegen der Neonazis exakt entsprechen dürften.

Was anderes meint denn „Nationale Identität“, als engsten und engstirnigen Chauvinismus? Durch was verliert „der Deutsche“ denn „seine“ Identität? Durch schlechte Anwesenheit von Ausländern, oder gar durch die Vermischung mit ihnen? So oder so: Die Antworten darauf klingen ganz einfach nur rassistisch ausfallen. Und daß er das weiß und daß er das auch will, dokumentiert Dreger, wenn er vom „berechtigten und natürlichen (!!) Gefühl der Mitbürger“ spricht, dem Zuwandernden darauf hinauslaufen würde, „einem neuen Rechtsdilemma den Weg“ zu bereiten. Auch das ist exakt die Lektüre der neuen Nazis: Wir sind ja gar nicht rechtsextrem, wir sind natürlich auch nicht linksradikal, wir sind eben deutsch!

Sichtbar wird jedenfalls, daß die CDU/CSU keinesfalls in Gefahr laufen möchte, sich in Sachen Ausländerfeindlichkeit von den Neonazis die Show stehlen zu lassen. In der Tat gibt es in der Union ja auch einen hinreichenden Bestand rechtsextremer Politiker, die dieser „Gefahr“ entgegenwirken könnten. Ermutigend könnte in dieser Hinsicht auch das folgende Dreger-Statement sein, welches er am 24. Februar in Frankfurt anläßlich seiner Aschermittwochsrede absonderte: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers hervorzutreten – wir müssen wieder normal werden“ (zitiert nach „Die Tat“ vom 12.3.82).

Um also wieder zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Die „Ausländerfrage“ ist mittlerweile in weiten Kreisen „in“ und zwar genau unter jenen Vorzeichen, die Rassisten und Nazis jeglicher Couleur den zügigen Fortgang ihrer Geschäfte ermöglichen. Ob und inwieweit die „traditionellen“ Nazi-Vereinigungen aus

dieser Situation Kapital schlagen können bzw. entsprechenden Zulauf erhalten, muß angesichts der Konkurrenz, die ihnen hier durch die CDU/CSU erwächst, zunächst dahingestellt bleiben. Sicher aber ist in jedem Fall, daß – direkt oder indirekt – die von den Neonazis propagierte „Lösung“ des „Ausländerproblems“ zukünftig ganz erheblich an politischem Gewicht gewinnen dürfte. Wobei immer klar sein sollte, daß es sich hierbei nur im „engeren“ Sinne um die „Ausländerfrage“ handelt: Angesichts ihrer Verknüpfung mit jeglichen Folgen imperialistischer Krisenentwicklung (Arbeitslosigkeit, „soziales Netz“, Kriminalität, politischer Widerstand u. a. m.), geht es vermehrt über die „Sündenbock“-Ideologie vielmehr um die Entwicklung und Verwirklichung einer rechtsextremen „Innenpolitik“ großen Stils.

Und auch was den zweiten der eingangs genannten Punkte anbetrifft, haben sich interessante Entwicklungen ergeben: Da wäre zunächst einmal der Versuch Kieler Neonazis und Rassisten, ausschließlich auf das Thema Ausländerhetze begrenzt, eine Liste zu den Kommunalwahlen aufzustellen, wobei sie peinlich darum besorgt waren, die sonstigen Steckbriefe rechtsextremer Politik zunächst einmal auszuklammern, den „braunen Hinkel“ also etwas zu verbergen.

Nicht ohne Erfolg: Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ erzielte im ersten Anlauf 3,77 % der abgegebenen Stimmen, also weit mehr als jede andere Nazi-Gruppierung, die in den letzten Jahren in einer westdeutschen Großstadt kandidierte.

Da wären desweiteren die Professoren um das sogenannte „Heidelberger Manifest“, ein rassistisches Dokument, das neben Alt- und Neonazis auch durchaus „honorige“ Professoren aus dem „konservativen“ CDU/CSU-nahen Spektrum unterzeichnet haben. Wenn auch der neonazistische Hintergrund diverser Personen in diesem Fall dank antifaschistischer Ermittlungen und Veröffentlichungen

rasch bekannt wurde, hat das Rassisten-Manifest dennoch einen vergleichsweise großen publizistischen

erfolg erzielt; desweiteren wird an diesem Beispiel deutlich, daß und wie sich auf Basis gemeinsamer rassistischer Überzeugungen in der „Braunzone“ zwischen CDU/CSU und Neonazis ein weites Feld für gegenseitige Kontakte und gemeinsame Unternehmungen auf tut.

Wesentlich in diesem Spektrum sind die Initiatoren, Wortführer und Propagandisten jener ultrareaktionären „Volksbewegung“ zu finden, die sich hochgezogen am „Ausländerproblem“ vor unseren Augen zu formieren beginnt und mit Sicherheit ein erhebliches Ausmaß annehmen kann.

Es hat lange den Anschein gehabt, als beinhalte der sich in der BRD vollziehende Prozeß der Rechtsentwicklung bzw. Faschisierung ausschließlich die in diese Richtung weisenden Veränderungen im Staatsapparat und seinem engeren Umfeld. Andererseits wurde gerade auch das „Ausbleiben“ einer „faschistischen Massenbewegung“ oft und gern als Beweis für die These präsentiert, daß für die BRD die Gefahr eines neuen Faschismus nicht absehbar sei.

Beides sind rein akademische Spekulationen, die mit der Wirklichkeit immer weniger in Einklang zu bringen sind. Das ob und wie einer solchen Formierung kann nicht länger Gegenstand allein abstrakter Debatten sein; auch die Gefahr einer rassistischen Mobilisierung auf Massenebene ist mittlerweile akut und muß als solche thematisiert und politisch beantwortet werden. Zwar ist der Kampf gegen Ausländerunterdrückung und gegen Ausländerfeindlichkeit zunächst ein Kampf für die Rechte der Ausländer; aber es ist darüber hinaus auch ein antifaschistischer Kampf und es wird viel davon abhängen, ob und wie schnell die westdeutsche Linke dies begreift.

AG Ausländer

Unterzeichner-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums.

Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestopp um 300 000 zugenommen, davon 104 000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren.

Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist.

Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus. Völker sind biologisch und kulturell lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet

ihre Erhaltung, nicht aber ihre Zerschmelzung („Germanisierung“). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans (Solachenzyn).

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht nicht aus vom Begriff „Nation“ als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff „Volk“, und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde.“

Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes. Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung.

Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abertausenden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen? Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. Da die technische Ent-

wicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bietet wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern — und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative wie individuelle Mitgliedschaft ermöglicht.

Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit bewahren. Über die Aufgaben dieses Bundes soll auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Beirat wachen. Eine Preisstelle soll die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

Für den Heidelberger Kreis: Professor Dr. phil. habil. Bambeck, Professor Dr. Fricke, Professor Karl Götz, Professor Dr. phil. Haverbeck, Professor Dr. rer. nat. Hies, Professor Dr. theol. Manna, Professor Dr. Dr. Oberländer/Bundeminister a. D., Professor Dr. jur. Kasch, Professor Dr. Riedl, Professor Dr. med. Schade, Professor Dr. rer. nat. Schmidt-Kaler, Professor Dr. rer. nat. Schröcke, Professor Dr. med. Schürmann, Professor Dr. phil. Siebert, Professor Dr. phil. Stadtmüller.

„Heidelberger Manifest“

Rassistisches Pamphlet aus der „Braunzone“

Für Furore hat das sogenannte „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981 gesorgt, ein von 15 Professoren unterzeichnetes Machwerk, in dem die „Unterwanderung des deutschen Volkes“ sowie die „Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums“ durch Ausländer angeprangert wird. Dabei ist das „Manifest“ als solches weder sensationell, noch ist es sonderlich intelligent formuliert; Sprache und Begriffswahl weisen es vielmehr als eines jener zahllosen Produkte aus der Küche völkischer „Blut- und Boden“-Ideologie aus, die seit Jahr und Tag aus dem braunen Sumpf emporzuschwappen. Interessanter ist schon der Kreis, der sich als Unterzeichner dieses Pamphlets zusammengefunden hat. Neben Alt- und Neonazis finden sich dort auch solche Professoren, die eher als „konservativ“ gelten und vermutlich mehr der CDU/CSU zuneigen, als etwa der NPD oder DVU. Darunter z. B. auch der Bochumer Prof. Schmidt-Kaler, der über das Ausländerthema bereits Kontakte zu einflussreichen Kreisen von Wirtschaft („Rhein-Ruhr-Club“) und Politik (Lummer, Stoltenberg) knüpfen konnte ...

Dies jedenfalls verweist das Projekt „Heidelberger Manifest“ (HM) in die Galerie jener Unternehmungen, die in der sog. „Braunzone“ zwischen CDU/CSU und Neonazis angelockt sind. Nicht zuletzt die Tatsache, daß scheinbar „ehrenwerte“ Professoren in den Mitunterzeichnern des HM gehören, hat diesem Dokument seine enorme und streckenweise auch wohlwollende Publizität in den bürgerlichen Medien beschert. Darüberhinaus hat — ob pro oder contra — der

dafür, daß sich hieran in den nächsten Wochen etwas ändert).

Als erstes brachte dann die „Frankfurter Rundschau“ einen Beitrag zum „Heidelberger Manifest“. Aus dem Kreis der Unterzeichner war es bis dato zu keiner weiteren Stellungnahme gekommen, ausgenommen Prof. Schröcke (Uni München), der, von Studenten attackiert, sich der Presse gegenüber unverzüglich zu dem braunen Pamphlet bekannte.

Stelldichlein beim rechtsradikalen „Schutzbund“

Im „Manifest“ ist die Rede von der Gründung eines „Dachverbands“, der die Koordinierung sämtlicher ausländerfeindlichen Aktivitäten und Vereinigungen übernehmen sollte. Tatsächlich wurde in Heidelberg denn auch ein „Schutzbund für das Deutsche Volk“ (SDV) konstituiert, der sich sogar um eine Anerkennung als „gemeinnütziger Verein“ bemüht. Am 23.1., also noch ehe das „Heidelberger Manifest“ bereits in der Öffentlichkeit ruchbar geworden war, hielt dieser „Schutzbund“ eine erste Versammlung in Heidelberg ab. Erschienen waren dazu Porosken aus dem neonazistischen Spektrum (die SDV-Vorsitzende Brigitte Finkelsch-Frank ist ebenfalls dieser Szene zuzurechnen), aber auch die „Manifest“-Unterzeichner Schröcke, Fricke, Stadtmüller und Schmidt-Kaler. Letztere waren als Referenten geladen und absolvierten diesen Part zur vollen Zufriedenheit der ca. 30 erschienenen

absolvierten diesen Part zur vollen Zufriedenheit der ca. 30 erschienenen Rechtsextremisten. Alle, auch jene Professoren, die sich später vom SDV „distanzierten“, waren sich vollauf bewußt, vor welcher Art von Publikum sie hier sprachen und es schien sie auch keineswegs zu stören. Schmidt-Kaler versuchte sich der Versammlung gegenüber gar noch mit taktisch gemeinten „Ratschlägen“ zu profilieren: „Vermeiden Sie völkische Ausdrucksweisen“, rief er, und: „Man sagt dann eben Solidarität statt Treue, das ist so einfach“. Nicht gerade unwichtig ist außerdem, daß sich Schmidt-Kaler auf der SDV-Veranstaltung außerordentlich befriedigt über die enorme öffentliche Resonanz zeigte, die das „Manifest“ zu diesem Zeitpunkt bereits gefunden hatte. Dabei sei es, so S.K., zunächst einmal unerheblich, wie es in den Medien bewertet werde: Es genügt, wenn sie das Wort verbreiten ...

Von Bedeutung sind diese Äußerungen nicht zuletzt deshalb, weil Schmidt-Kaler nur wenige Tage später zum Wortführer jener Gruppe von „Manifest“-Unterzeichnern avancierte, die sich scheinheilig von der Veröffentlichung des Manifests „distanzierte“ ...

„Distanzierung“ und noch ein Manifest

Nachdem aus ersten Reaktionen der Medien sichtbar geworden war, daß das „Heidelberger Manifest“/wie auch Teile des Unterzeichnerkreises einfach zu offensichtlich auf neonazistischen Hintergrund schließen ließen, sah sich der größere Teil der „Manifest“-Unterstützer der Öffentlichkeit gegenüber zu leichten Absetzbewegungen veranlaßt. Nach einem Treffen dieser Gruppe am 31.1.82 in Mainz einigte man sich dabei auf folgende Sprachregelung:

— Das „Heidelberger Manifest“ sei lediglich ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter vorläufiger Entwurf gewesen. Eine endgültige Fassung habe man stattdessen auf Basis eines erweiterten Unterzeichnerkreises im März/April d.J. in Bonn präsentieren wollen. Das „Manifest“ sei damit allerdings durch „Indiskretionen, für die

Eine Wandlung im Lichte der Öffentlichkeit:
Oben der ursprüngliche Text des „Heidelberger Manifests“ — in reinrassiger Nazisprache.
Unten der nach den ersten öffentlichen Reaktionen bereinigte Text — der Geist ist derselbe!

Öffentlichkeits-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der — ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik — dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahre 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 300 000 zugenommen, davon 104 000 Türken.

Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.

Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung einer parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht — im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern —, das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems an Erschwernis ist, ist die Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird. Wie betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Linksextremismus wenden.

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Zerschmelzung („Germanisierung“). Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden.

Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans (Solachenzyn). Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5.4.1981 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erhaltenen Entscheidung ein Modell gegeben.

Obgleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff „Volk“, und zwar vom deutschen Volk, ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung den Amtseid leisten:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde.“ Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können, daß es das deutsche Volk ist, um dessen „Erhaltung“ es geht. Wer aus diesem Begriff folgert, daß es auch nichterhaltenenwerte Völker gäbe, interpretiert gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet grüßlich unser Anliegen.

Wir scheuen uns auch nicht, daran zu erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgetragene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs schwerste gefährdet werden könnte.

Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden?

Allein lebe-dige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern — und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat — selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen — wird unser überindustriellisiertes und an Umweltzerstörung leidenden Land entlasten.

Neben keiner der Verantwortlichen und Funktionäre der großen gesellschaftlichen Körperschaften hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen, geschweige denn ein realistisches Konzept einer langfristigen Politik vorzuschlagen. Wir halten deshalb die Bildung einer überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für notwendig, die allen Verbänden, Vereinigungen usw., die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur, Religion und Lebensweise widmen, aber auch Einzelpersonen Mitarbeit ermöglicht.

Gerade wir Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es nach wie vor gehört, Ausländern (insbesondere aus der sog. 3. Welt eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung in unserem Lande zu ermöglichen, müssen auf Grund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage und die bedrohlichen Konsequenzen der im Gang befindlichen Entwicklung in aller Öffentlichkeit hinweisen.

Mainz, den 31. 1. 1982

Prof. Dr. phil. Bambeck (Frankfurt), Prof. Dr. rer. pol. R. Fricke (Karlsruhe), Prof. Dr. phil. W. Haverbeck (Vlotho), Prof. Dr. rer. nat. J. Hies (Schlitz), Prof. Dr. theol. P. Manna (Mainz), Prof. Dr. jur. H. Kasch (Bad Soden), Prof. Dr. rer. nat. W. Riedl (Bochum), Prof. Dr. med. Th. Schum-K. (Bochum), Prof. Dr. med. K. Schürmann (Mainz), Prof. Dr. phil. F. Siebert (Mainz), Prof. Dr. phil. G. Stadtmüller (München).

Den Startschuß gibt die Nazi-Presse

Schon Wochen bevor das „Heidelberger Manifest“ in der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, war es von einschlägigen Blättern bereits publiziert worden: Zum ersten Mal tauchte es am 6.11.81 in der „Deutschen Wochenzeitung“ auf, einer neonazistischen Postille, für die Ex-NPD-Chef Adolf von Thadden als Mitherausgeber verantwortlich zeichnet. Das nächste Mal erschien das „Manifest“ in der Dezember-Ausgabe von „Nation Europa“, der führenden „Theorie“-Zeitschrift der westdeutschen Neofaschisten. Noch immer aber nahm ansonsten niemand von dem Machwerk Notiz, bis schließlich im Januar Münchner Studenten die Sache an die Öffentlichkeit brachten. Der Text war in Kopie in einer Bonner Telefonzelle gefunden worden und von dort an die Münchner gelangt.

Dieser Sachverhalt ist insofern interessant, weil hieran deutlich wird, daß der Staatsschutz von sich aus kein Interesse verspürt hat, diesen Vorgang öffentlich zu thematisieren. Immerhin wird in VS-Kreisen die DWZ wie auch „Nation Europa“ regelmäßig gelesen und ausgewertet, so daß theoretisch die Möglichkeit bestanden hätte, diese Schweinerei bereits zwei Monate vorher aufzudecken. Diese Untätigkeit der Staatsorgane steht allerdings voll auf Einklang mit der Tatsache, daß bis heute gegen keinen der unterzeichnenden Hochschullehrer Disziplinarmaßnahmen ergriffen oder auch nur ergriffen wurden (und nichts spricht

die Unterzeichner nicht verantwortlich zu machen sind", vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt (Presseerklärung vom 31.1.82). Wer, wenn schon nicht die Unterzeichner, für diese „Indiskretion“ denn nun eigentlich verantwortlich ist, wurde allerdings nicht mitgeteilt...

Die „versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in unser Vorhaben“ mache u.a. die Klarstellung nötig, daß der „Schutzbund für das deutsche Volk“ weder „politisch noch nach seiner Kompetenz in der Lage [sei], die Aufgaben des in der vorläufigen Fassung des 'Heidelberger Manifests' erwähnten Bundes wahrzunehmen. Wir sind nicht Mitglieder dieses Vereins. Der Verein ist nicht berechtigt, für uns oder in unserem Auftrag irgendwelche Mitteilungen zu machen oder Äußerungen zu verbreiten“ (ebenda).

Gleichzeitig wurde ein von Schmidt-Kaler „überarbeitetes“ Manifest vorgelegt, das zwar bestimmte „Reizworte“ des ursprünglichen Textes auspariert, ihm ansonsten aber vollkommen inhaltlich entspricht (vgl. hierzu unsere Dokumentation der beiden „Manifeste“). Den weiteren wurde ein umfangreicher Katalog ausländischer feindlicher Maßnahmen beigelegt, in dem sich Forderungen finden wie z.B.:

— „Anwendung des Rotationsverfahrens [klare zeitliche Begrenzung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung]...“

— „Erhalt von Arbeitslosenunterstützung beziehungsweise Sozialhilfe muß mit der Rückkehrpflicht nach einem angemessenen Zeitabstand verknüpft werden“

— „Verbot politischer Betätigung von Ausländern und Kontrolle des Verbots“

— „Ausweisung von straffälligen Ausländern“

— „Einführung eines Straftatbestandes Asylbetrug“

Die Presseerklärung, das neue „Manifest“ sowie der letztgenannte Forderungskatalog werden von folgenden „Heidelberger Manifest“-Unterzeichnern unterstützt: Bambeck, Fricke, Haverbeck, Illies, Manns, Raach, Schmidt-Kaler, Schörmann, Siebert und Stadtmüller. Zu dieser Gruppe stieß außerdem noch Prof. Rutz (Uni Bochum), der das „Heidelberger Manifest“ nicht unterschrieben hatte.

Die „Braunzone“ wie sie lebt und lebt

Ebensowenig wie sich das neue Manifest seiner Intention nach vom Heidelberger unterscheidet, ist auch der Versuch seiner Unterzeichner ernstzunehmen, sich vom Neonazismus abzu-

Die „Braunzone“ wie sie lebt und lebt

Ebensowenig wie sich das neue Manifest seiner Intention nach vom Heidelberger unterscheidet, ist auch der Versuch seiner Unterzeichner ernstzunehmen, sich vom Neonazismus „abzugrenzen“. Eine Zumatung liegt allein schon in der Behauptung, das „Heidelberger Manifest“ sei eigentlich gar nicht zur Veröffentlichung gedacht gewesen. Abgesehen davon, daß es für die Einordnung der Unterzeichner keinerlei Unterschied macht, ob sie den dort verapferten Schmutz nur „nichtöffentlich“ vertreten, stellt sich die Frage, in welcher Absicht dieses Pamphlet denn überhaupt verfaßt wurde? Und außerdem: Wenn den Unterzeichnern tatsächlich daran gelegen gewesen wäre, die Veröffentlichung des „Heidelberger Manifests“ zu verhindern, warum wurden die Unterschriften denn nicht bereits nach der Veröffentlichung des Textes in der „DWZ“ (gut drei Monate vor der „Distanzierung“) zurückgezogen?

Absurd ist das weitere der Behauptung, es sei „versucht“ worden, rechtsradikale Kräfte in das Projekt „einzuschleusen“. Unsere nebenstehende Auflistung des Unterzeichner- und Unterstützerkreises beweist dem-

gegenüber, daß „Rechtsradikale“ und Neonazis gar nicht erst „eingeschleust“ werden mußten, sondern von Anfang an dazugehörten. Schmidt-Kaler & Co. wissen das natürlich selbst nur allzu genau, weshalb sie es in dieser Angelegenheit auch vorziehen, sich lediglich in nebulösen Andeutungen zu ergreifen, anstatt einmal Namen zu präsentieren. Warum denn auch: Schließlich ist auch bei den Unterzeichnern des neuen „Manifests“ die Alt-Nazi-Riege (z.B. Haverbeck und Stadtmüller) wiederum vertreten.

Alle uns verfügbaren Erkenntnisse deuten im übrigen darauf hin, daß Neonazis beim „Heidelberger Manifest“ nicht einfach nur mitgewirkt, sondern überhaupt die Initiative für ein derartiges Projekt ergriffen haben.

So fand vom 29. bis 31.8.1980 in Kassel ein Kongreß der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) statt, auf dem das Lieblingsthema der HM-Unterstützer im Zentrum des Geschehens stand: „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“. Nun ist die GFP beileibe nicht irgendeine Nazi-Gesellschaft, sondern der Dachverband nahezu sämtlicher rechtsextremen Verlage und Ideologieproduzenten. GFP-Aktivitäten können in dieser Szene etwas bewirken, und sie haben es in diesem Fall vermutlich auch getan. Gleich zwei Referate hiedr der Heidelberger Manifest-Unterzeichner Prof. Schade auf diesem Kongreß. Als Rednerin trat auch Frau Finkels- sen-Frank in Erscheinung, die später den Vorsitz des „Schutzbundes“ übernehmen sollte. Desgleichen Hans-Dietrich Oeter, Ex-Schriftleiter des „Deutschen Ärzteblattes“, der dann wiederum auf der Veranstaltung des SDV am 23.1.82 als Mitdiskutant gesichtet wurde.

Die auf dem GFP-Kongreß gehaltenen Referate wurden dann zu einer Broschüre zusammengefaßt, die im neonazistischen „Nation Europa-Verlag“ herauskam. Unter der Rubrik „Weiterführende Literaturhinweise“ werden in dieser Broschüre weitere Autoren zum Thema empfohlen, darunter auch Illies, Haverbeck und Schmidt-Kaler, die später das „Heidelberger Manifest“ unterzeichneten. Schmidt-Kaler hatte sich in „Nation Europa“ übrigens schon vorher mit einem Beitrag in Empfehlung bringen können. Prof. Schröcke wiederum war den Nazis durch einen Leserbrief in der „FAZ“ aufgefallen; man war von seinen Ausführungen derart angezogen, daß sie flugs in der „Nation Europa“-Ausgabe vom Februar 1981 dokumentiert wurden: „Völker“, so hieß es dort u.a., „sind [kybernetisch und biologisch] lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weiterzuehen werden“. Nahezu die den Nazis durch einen Leserbrief in der „FAZ“ aufgefallen; man war von seinen Ausführungen derart angezogen, daß sie flugs in der „Nation Europa“-Ausgabe vom Februar 1981 dokumentiert wurden: „Völker“, so hieß es dort u.a., „sind [kybernetisch und biologisch] lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weiterzuehen werden“. Nahezu die

den Nazis durch einen Leserbrief in der „FAZ“ aufgefallen; man war von seinen Ausführungen derart angezogen, daß sie flugs in der „Nation Europa“-Ausgabe vom Februar 1981 dokumentiert wurden: „Völker“, so hieß es dort u.a., „sind [kybernetisch und biologisch] lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weiterzuehen werden“. Nahezu die gleiche Formulierung dieser These biologisch-rassistischen Schwachsinn taucht dann auch im „Heidelberger Manifest“ (erste Fassung) auf.

Man braucht also nur noch zwei und zwei zusammenzuzählen, um zu der zwingenden Schlussfolgerung zu gelangen, daß — ausgehend von dem Kreis um „Nation Europa“/GFP (Schade, Oeter, Finkels-Sen-Frank u.a.) — gezielt die ohnehin bekannten Professoren aus dem ultrakonservativen Lager angesprochen wurden, um das GFP-Thema via „Heidelberger Manifest“ auf „Wissenschaftlichkeit“ und Breitenwirkung zu trimmen.

So oder ähnlich wird sich die Angelegenheit jedenfalls abgespielt haben und die Erstveröffentlichung des HM ausgerechnet in der Nazi-Presse darf als weiteres Indiz für diese These gelten. Hier noch von „Einschleusung“ oder „Unterwanderung“ reden zu wollen, hieße die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Unterzeichner und Unterstützer des „Heidelberger Manifestes“

Bambeck, Prof. Dr., Manfred aus Frankfurt; Unterzeichner des H.M. Stellte sich auf Anfrage der „Zeit“ voll hinter den Text, der ihm von B. Finkels-Sen-Frank ausgeteilt worden sei. Was ihn nicht hindert, wenig später der „FR“ gegenüber zu behaupten, daß sein Name „irrtümlich“ unter das Manifest geraten sei (vgl. „Zeit“ v. 6.2., „FR“ v. 18.2.82).

Unterzeichnete auch die zweite Version des Manifestes v. 31.1.81.

Dedert, Günter aus Wehrheim, Oberstudienrat, NPD-Stadtrat und Kreisvorsitzender, „Kopf“ der sog. „Kupfplüzer Überwindungsinitiative“. D. wurde als Teilnehmer der SDV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg gesichtet.

Dollinger, Dr. Robert aus Bubenreuth bei Erlangen; ehem. Theologe, arbeitete u.a. mit dem berüchtigten „NSDAP“-Aktivisten Erwin Schönborn zusammen, um 1981 einen „Holocaust-Kongreß“ in Nürnberg zu veranstalten. D. im Vorhinein der „Bürgerinitiative zur Rettung des Deutschen Volkes“ und meldete sich auch im Mitteilungsblatt des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ (SDV) mit einem Beitrag zu Wort.

Finkels-Sen-Frank, Brigitte aus Heidelberg; Ehefrau, 1. Vorsitzende der Heidelberger BI „Kein Japan Center“ e.V., die sich gegen die Anwerbung von Japanern in H. wehrt. Herausgeberin der „Gelben Blätter“ gegen japanische Einwanderung in H.

Referentin auf dem GFP-Kongreß am 29.8.-31.8.80 in Kassel, 1. Vorsitzende des neugegründeten „Schutzbundes für das deutsche Volk“ und Referentin auf der SDV-Veranstaltung am 23.1.

Fricke, Prof. Dr. R. aus Karlsruhe, Unterzeichner des H.M. sowie der Version vom 31.1. Teilnehmer der SDV-Veranstaltung am 23.1.

Göde, Prof. Karl aus Stuttgart, Unterzeichner des H.M. Vortrag beim GFP-Kongreß 1977 in Stuttgart. Mitwirkender bei den „Deutschen Kulturtagen“ des neonazistischen DKEG (ebenfalls 1977). Autor in „Nation Europa“ sowie Buchveröffentlichungen im rechtsradikalen „Hohenstaufen-Verlag“.

Haverbeck, Prof. Dr. Werner (Georg) aus Vlotho; Unterzeichner beider Fassungen des H.M. seit 1974 Präsident der Sektion BRD des „Weltbundes zum Schutz des Lebens“ (WBL). H. hat auch eine bemerkenswerte NS-Karriere hinter sich. 1929

Kulturtagen“ des neonazistischen DKEG (ebenfalls 1977). Autor in „Nation Europa“ sowie Buchveröffentlichungen im rechtsradikalen „Hohenstaufen-Verlag“.

Haverbeck, Prof. Dr. Werner (Georg) aus Vlotho; Unterzeichner beider Fassungen des H.M. seit 1974 Präsident der Sektion BRD des „Weltbundes zum Schutz des Lebens“ (WBL). H. hat auch eine bemerkenswerte NS-Karriere hinter sich. 1929 Mitglied der Reichshandelskammer, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbundes, ab 1933 „Reichsbund für Volkstum und Heimat“, Leiter der Reichsmittelstelle für Volkstumswissenschaften der NSDAP, Leiter des Reichsinstituts für Volkstum und Heimat, Leiter der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, später Auslandsdienst im sowjetischen Amt und Kriegseinsatz, dazwischenzeitlich NS-Veröffentlichungen.

Hohensee, Journalist, Diskussionsleiter der SDV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg.

Illies, Prof. Dr. Joachim aus Schlitz bei Fulda; Unterzeichner beider Fassungen des „HM“. Leiter der (linnologischen) Flötenstation in Schlitz (Max Planck-Institut). Prof. für Zoologie und Ökologie an der Uni Gießen, beruflicher Synodaler der EKD. Radner beim CSU-nahen „Brünnchen-Zentrum“ (Aug. 1979). Referent beim Jahrestreffen des „Gelben Kreises“ (29.3.80) in Celle. Ko-Autor von Christa Meves (rechtsextreme „Psychopatin“), „Lieben - was ist das?“, Mitarbeiter des „Rheinischen Merkur“, Autor der Zeitschrift „Konkret“ heute“ u.s.m.

Kass, Dr., trug auf der SDV-Veranstaltung das Referat eines Dr. Köster vor, der für diesen Termin verhindert war. Es handelt sich hier offenbar um Dr. Rudolf Köster, der als Autor beim „Thule-Seminar“ des rechtsextremen „Gruen-Verlages“ tätig ist. Das „Thule-Seminar“ widmet sich der Aufgabe, die „Ideen“ der französischen „Nouveaux Droites“ („Nouvelle Ecole“ - GRECE) in der westdeutschen Nazi- und ultrakonservativen Szene populär zu machen.

Kiener, Frau K. arbeitet in einer Bahnhofsmission und trat auf der SDV-Veranstaltung am 23.1. als Referentin auf.

Kornhuber, Prof.; Teilnehmer der SDV-Veranstaltung und Mitdiskutant. Erschien der Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer als zu „gemäßigt“ und wurde niedergeböhrt.

Mann, Prof. Dr. Peter aus Mainz; Unterzeichner des HM und der „überarbeiteten“ Fassung vom 31.1. M. ist an der Uni Mainz (Institut für europäische Geschichte) als Hochschullehrer tätig und verleiht darüber hinaus in den Gemeinden Grau-Bi-

schofheim und Hersheim das Priesteramt. Trotz HM-Unterzeichnung stellte sich der Gemeindevorstand von Grau-Bischhofheim hinter M., ebenfalls wurde ihm im Namen der zuständigen Bischofskonferenz das Vertrauen ausgesprochen.

Melisch, Frau M., trat als Referentin bei der SDV-Veranstaltung in Heidelberg auf.

Oberländer, Prof. Dr. Theodor aus Bonn; Unterzeichner des HM. Oberländer ist Nazi der „ersten Stunde“ und hat eine entsprechende Karriere hinter sich: 1923 Teilnahme am Hitlerputsch in München, später SA-Hauptsturmführer, Leiter des „Bund Deutscher Osten“, führend an der Aufstellung der NS-Sonderheute „Nachricht“, die in der Sowjetunion grausame Massaker unter der Zivilbevölkerung anrichtete (ca. 100.000 - 500.000 Tote). Leiter der Sondertruppe „Bergmann“, die 1942/43 an Vernichtungsaktionen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung und Partisanenbewegung beteiligt war. In der DDR in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, in der BRD in Freiheit und weiterhin einschlägig aktiv: Gründer und Führer des rechtsextremen BHE, 1963-66 Bundesvertriebenenminister, von 1966-68 Mitglied der CDU, CDU-MdB 1963-66, Mitbegründer der GFP, westdeutscher Vertreter der rechtsextremen „World Anti-Communist League“ (WACL) u.s.m.

Oeter, Hans-Dietrich (Pardnand); nahm an der SDV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg teil, hauptamtlicher Schriftleiter des „Deutschen Ärzteblattes“ bis 1960, Referent auf dem GFP-Kongreß v. 29.8. - 31.8.80 in Kassel.

Philipp, Dr. Wolfgang aus Mannheim; Rechtsanwalt; trat auf der SDV-Veranstaltung am 23.1. als Referent auf, Beitrag in der „renommierten“ „Neuen Juristischen Wochenschrift“ vom 20.8.81, wo P. für die Auffassung wirbt, das im Grundgesetz verankerte „Grundrecht auf Asyl“ sei verfassungswidrig (des weiteren Vorlesung eines ausländischerfeindlichen Kommentars in der FAZ vom 27.1.82).

Raach, Prof. Dr. Harold, aus Bad Soden; unterzeichnete beide Versionen des H.M.

Reichenbach, Teilnehmer der Heidelberger SDV-Veranstaltung.

Riehl, Prof. Dr. Franz Hieronymus aus Bonn (Sattuhl); Unterzeichner des HM. Vor 46 Mitarbeiter von NS-Zeitungen, nach 46 Mitbegründer einer „Südosteuropäische Gesellschaft“, Vors. des Vereins der Freunde des Institutes Deutsche Europa vom 27.1.82.

Riehl, Prof. Dr. Harold, aus Bad Soden; unterzeichnete beide Versionen des H.M.

Reichenbach, Teilnehmer der Heidelberger SDV-Veranstaltung.

Riehl, Prof. Dr. Franz Hieronymus aus Bonn (Sattuhl); Unterzeichner des HM. Vor 46 Mitarbeiter von NS-Zeitungen, nach 46 Mitbegründer einer „Südosteuropäische Gesellschaft“, Vors. des Vereins der Freunde des Institutes Deutsche Europa vom 27.1.82.

Rutz, Prof. Dr. W. aus Bochum, Unterzeichner der „überarbeiteten“ HM-Fassung v. 31.1.82.

Siebert, Prof. Dr. Ferdinand; Unterzeichner beider HM-Versionen. S. lehrt neuere und neuere Geschichte an der Uni Mainz. Im Mitteilungsblatt des SDV wurde ein Beitrag von S. abgedruckt, in dem er die HM-Unterzeichner vehement verurteilt. Originalton: „Diese wollen je aus tieferem Einblick in die Geschichte, in die genetischen Gesetze... nur für den Schutz... unserer ererbten deutsch-christlich-abendländischen Kultur und Wertvorstellungen vor der Überrollung durch eine Flut aggressiven Asienismus eintreten“.

Kurioserweise behauptet S. mittlerweile, er habe mit dem „Schutzbund“ überhaupt nichts zu tun (vgl. „FR“ v. 16.3.82).

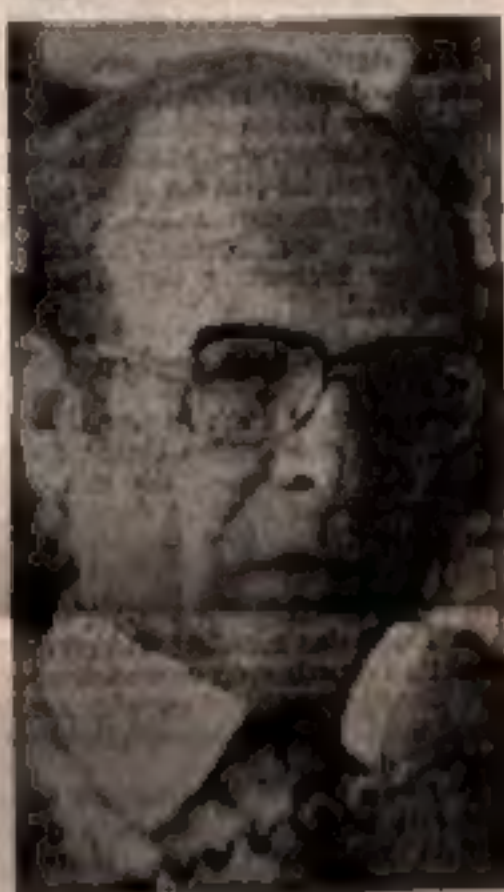
Schade, Prof. Dr. Heinrich; Unterzeichner des HM. 1933 promoviert, 1933-35 Assistent in München und Königsberg, ab 1936 im Universitäts-Institut für Erbologie und Rassenhygiene in Frankfurt tätig. Leiter des Rasse-Instituts war O.V. Verscher, als Assistent war dort auch Josef Mengele tätig, der später als Lager „rat“ in Auschwitz an der Ermordung tausender Häftlinge mitwirkte und sich heute — immer noch in Freiheit — in Lateinamerika aufhält (teilweise als Berater „Aret“ im Foltergefängnis „Liberia“ in Uruguay tätig).

S. hatte nach 46 zunächst Berufsverbot, ab 1954 wieder als Prof. für Humangenetik an der Uni Münster tätig, ab 1966 in Düsseldorf (Direktor des Inst. f. Anthropologie u. Humangenetik der Uni Düsseldorf), 1976 emeritiert. Diverse Buchveröffentlichungen in neonazistischen Verlagen, Beiträge in „Nation Europa“ und „Deutsche Annalen“, Mitglied der GFP, im Beirat der englischen Rassenzeitschrift „Mankind Quarterly“ und der „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur“ des DKEG. Referent beim „Arbeitskreis Südwest“, bei Riegner „Gesellschaft für biologische Anthropologie“, beim DKEG sowie auf dem GFP-Kongreß 1980 in Kassel.

Schmidt-Kaler, Prof. Dr. Theodor aus Witten (Anschrift: Steinhilg 106, 581 Witten); Unterzeichner des HM, Autor und Unterzeichner der „bereinigten“ Fassung vom 31.1.

SK ist Direktor des Astronomischen Instituts an der Ruhr-Universität Bochum. Hiert am 9.10.81 ein Referat vor dem Industriellen „Rheins Ruhr-Klub e.V.“ im Düsseldorfer Hilton-Hotel. Thema: „Was kostet es, ein Volk zu zerstören?“. SK spricht auch dort über sein Lieblingsthema: „Da sich die Ausländer in den Ballungsräumen häufen, ist keineswegs auszuschließen, daß noch vor 1950 an vielen Stellen der kritische Punkt überschritten wird, an dem es zu Krawallen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt...“ Nach diesem Referat kommt es zu Kontakten mit dem Westberliner Innenminister Lummer, der sich wenig später bei Verurteilung seines berüchtigten Ausländerlagers sogar auf Schmidt-Kaler „Anwalt“ beruft. Interessant zeigt sich auch CDU-Stadtsenator, der sich ebenfalls bei SK meldet.

SK hielt desweiteren das Hauptreferat auf der Versammlung des rechtsextremen SDV am 23.1. in Heidelberg, veröffentlichte in „Nation Europa“ aber auch in der „Schriftenreihe der Jungen Union Westfalen-Lippe“.



Prof. Theodor Schmidt-Kaler



Prof. Theodor Schmidt-Kaler

Schröcke, Prof. Dr. Helmut, am Institut für Kristallographie und Mineralogie an der Uni München tätig; Unterzeichner des H.M. Referent bei der SDV-Veranstaltung in Heidelberg. Hat sich stark für die erste Fassung des H.M. eingesetzt, die den Formulierungen nach zu gehen, mit seiner Feder stammt.

Schörmann, Prof. Dr. Kurt aus Mainz; hat beide Manifeste unterzeichnet. Neben seiner Stelle als Prof. an der Uni Mainz ist er auch als Direktor der Neurochirurgischen Uniklinik tätig.

Stadtmüller, Prof. Dr. Georg; Unterzeichner beider Versionen des HM. Stadtmüller hat Jahrzehnte als Südost- und Osteuropa-„Experte“ gewirkt. 1935-38 Abteilungsleiter am Breslauer Osteuropa-Institut, ab 1938 Prof. für Geschichte und Kultur Südosteuropas in Leipzig. NSDAP-Mitglied 31, verlor in dieser Eigenschaft die imperialistische NS-Politik gegenüber den Ost- und Südosteuropäischen Staaten: „Die nationalsozialistische Revolution in Deutschland hat auch in der Geschichte des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Randvölkern ein neues Zeitalter eingeleitet... Der gegenwärtige Krieg verläuft und beschleunigt die endgültige Lösung dieser Fragen mit der begonnenen Neuordnung Europas“ (1941).

Nach 45 betätigte sich St. u.a. als Mitarbeiter der Verteidigung bei den Nürnberger NS-Prozessen, seit 1966 Prof. an der Uni München, CSU-Mitglied und Mitglied des Forschungsbereichs für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, zeitweises Vorsitzender der rechtsextremen „Abendländischen Aktion“, 1966-68 Vorsitzender der CSU-nahen „Deutschland-Stiftung“ (nach Differenzen mit DS-Geschäftsführer Ziemer ausgeschieden). Autor in diversen Blättern ultrakonservativer Richtung („Konkret“, „heute“, „Crisis“, „Epoche“).

St. hielt bei der Veranstaltung des rechtsextremen „Schutzbundes“ in Heidelberg das Einleitungsreferat.

Thies; Teilnehmer der SDV-Veranstaltung am 23.1. Hat in München eine „Deutsche Familienperle“ gegründet.

Wetzel; Teilnehmer der Heidelberger SDV-Veranstaltung.

SCHUTTBUND FÜR DAS DEUTSCHE VOLK

8564778 (IN) 8560 Heidelberg Post 25 083 SDV als gemeinnützige i.d.R.

Bis: Spahnauer 89 Heidelberg 1 Kto. 8568 (IN) Z. 677 500 20

Pres. Nachr. Umst. Z. 88 383 14.1.82

EINLADUNG

In Namen von Herrn Professor Dr. Schmidt-Kaler laden wir Sie ein zum ersten SDV-KONGRESS in HEIDELBERG.

Die Referenten sind Universitätsprofessoren und Sachverständige des HEIDELBERGER KONGRESS. Ihren Kurzaufträgen entnehmen Sie eingehende Auskünfte an, unter Mitwirkung der Teilnehmer.

Thema: WISSENSCHAFTLICHE UND ETHISCHE GRUNDLAGEN des HEIDELBERGER MANIFESTES VOM 17. JUNI 1981.

Stimmen zum „Heidelberger Manifest“

Daß sich die Nazi-Pressen — DWZ, „Deutscher Anzeiger“, „Nation Europa“ usw. — überaus begeistert zum „Heidelberger Manifest“ äußern würde, war von vornherein nicht anders zu erwarten. Aber auch in Kreisen der „etablierten“ bürgerlichen Presse haben die „Heidelberger“ Professoren durchaus Zuspruch gefunden. So z.B. in Springers „Welt“, die am 11.2. weite Passagen des „Manifests“ außerordentlich wohlwollend präsentierte und zudem Schmidt-Kalers Versuch publizistisch stützte, seine Combo vom Geruch des Rechteradikalismus zu befreien.

Die „FAZ“ berichtete ein wenig neutraler, hatte aber bereits am 27.1. einen eigenen Kommentar zur Ausländerpolitik gebracht, der in seiner Widerwärtigkeit noch um einiges über die in dieser Zeitung ansonsten übliche Ausländerfeindlichkeit hinausging. Das „Grundrecht auf Asyl“ werde in „gemeingefährlichem Ausmaß mißbraucht“, hieß es dort; rund 95 % der Asylbewerber seien ganz einfach „Asylbetrüger“, „Wohnungsnot für Deutsche und Milliardenbelastungen der öffentlichen Haushalte“ seien die Folge. Des weiteren sei bekannt, „daß Türken vielfach den Bezug von Kindergeld erschleichen“, und überhaupt: „... wenn Ausländer im Spiel sind, wird mit zweifelter Maß gemessen, unser Schuldkomplex zwingt offenbar zusätzlich zu Passivität und Selbstaufgabe“. Dies aber sei die „Entartungsform“ des „Liberalismus“, denn „die Überlieferung von Freiheit [ist] ein totalitärer Prozeß“. Der Autor dieser Zeilen ruft demgegenüber ungeschminkt zum Rauschmiß von Ausländern auf, schließlich sei keinem „außerhalb der Europäischen Gemeinschaft beherrschten Gastarbeiter ... bei der Anwerbung dauerndes Bleiben in der Bundesrepublik zugesichert worden“.

Der Verfasser dieses Schweins-Kommentars, und dies ist nun wirklich sehr bemerkenswert, ist jener Dr. Wolfgang Philipp aus Mannheim, der

regelmäßig veröffentlicht wurde.

Der Verfasser dieses Schweins-Kommentars, und dies ist nun wirklich sehr bemerkenswert, ist jener Dr. Wolfgang Philipp aus Mannheim, der auch als Referent auf der Veranstaltung des rechteckigen „Schutzbandes“ am 23.1. in Heidelberg auftrat und dort für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl eintrat (s. dazu auch: „Unterzeichner und Unterstützer des ‚Heidelberger Manifests‘“).

Die Berichterstattung der „Frankfurter Rundschau“ zum „Heidelberger Manifest“ hat sich demgegenüber auf überwiegend kritischem Niveau bewegt, aber auch dies keineswegs durchgängig. So findet sich in der „FR“ vom 25.2. ein Artikel von jenem Hanno Kühnert, der bereits am 3.2. in der „Zeit“ einen eher verharmlosenden Beitrag über die „Heidelberger“ Professoren gebracht hatte. Kühnert grenzt sich zwar von der Urfassung des „Manifests“ ab, würdigt dann aber die von Schmidt-Kaler „überarbeitete“ Vorlage als „eine überwiegend vernünftig formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage, in der die Seltsamkeiten nur noch gering an Zahl sind. Denn niemand zweifelt daran, daß es ein drückendes Problem ist, das die Hochschullehrer ... da aufgegriffen haben. Das Beispiel der beiden Manifeste, zuerst eines dröhnlich getönt, dann eines auf öffentlichen Druck hin ‚gereinigt‘, zeigt vielleicht, daß das Ausländerproblem in der Bundesrepublik öffentlich nur mit kühler und humaner Vernunft angepackt werden kann“ („FR“, 25.2.82).

Ganz erheblich erfreulicher ist dagegen eine Protesterklärung, die von 24 Bochumer Professoren sowie weiteren Hochschulangehörigen unterzeichnet wurde und in der beide Fassungen des Rassisten-Manifests scharf angegriffen werden: „Ein Vergleich beider Fassungen zeigt, daß das, was man unter sich ‚Unterwanderung‘ nennt, der Öffentlichkeit als ‚Schicksalsfrage‘ verkauft werden soll — so wie ‚Volksstum‘ als ‚Religion‘, ‚Bund‘ als ‚Arbeitsgemeinschaft‘, ‚genetisch‘ als ‚generativ‘, ‚Organismus‘ als ‚Ganzheit höherer Art‘.



Liest man die als Ergänzung zum „Heidelberger Manifest“ publizierten „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“, formuliert in einer widerwärtigen Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon ... so kann das Urteil über die Initiative nicht zweifelhaft sein: Es handelt sich ohne jedes Wenn und Aber um den Appell, die nicht zu leugnenden Probleme, die aufgrund eines fehlenden Konzepts zur Ausländerpolitik und mangelnder Finanzierung in der jetzigen Wirtschaftskrise in bestimmten Bereichen entstehen ... durch Übernahme eines Südafrika-Modells zu lösen. Dabei ist die zeitliche Koinzidenz und wohl auch Koordination mit dem NPD-gesteuerten Volksbegehren für Schul-Apartheid offensichtlich“.

In einer weiteren Erklärung haben sich 41 Professor/innen v.a. aus dem Frankfurter Raum gegen das „Mand-

fest“ ausgesprochen. Die Unterzeichner dieser Erklärung weisen darauf hin, daß der „volkisch-deutsche Grundton des Manifests nicht repräsentativ für die wissenschaftliche und menschliche Haltung deutscher Professoren ist“. Des weiteren heißt es in dieser Erklärung: „Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der BRD und die Betonung unserer nationalen Rechte durch führende Politiker unseres Landes haben in der öffentlichen

Meinung des Auslandes Skepsis und Bestürzung im Hinblick auf die Stabilität unserer demokratischen und humanen Gesinnung hervorgerufen. Es besteht Anlaß, daß wir uns entscheiden, ob wir mit der Berufung auf unsere ‚volkisch-nationalen‘ Rechte in die Isolation zurückkehren wollen, an deren Aufhebung wir nach 1945 mühsam gearbeitet haben, oder ob wir ein humanes Glied der Gemeinschaft der Völker sein wollen“.

Auf einen Blick Rassistische Vereinigungen in der BRD

Die nachstehende Übersicht umfaßt Vereinigungen v.a. aus dem neonazistischen Spektrum, deren Hauptanliegen die Propagierung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist. Diese Aufstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, was allein schon deshalb unmöglich ist, da gerade in jüngerer Zeit vielerorts neue Initiativen dieser Art entstehen. Wir richten daher an alle AK-Leser die Bitte, uns reichhaltig mit entsprechendem Material über Neugründungen und andere Entwicklungen aus diesem Bereich zu versorgen.

Arbeitskreis Europa der Vaterländer (AEV)

„Zweck des Arbeitskreises ist es, die große Gefahr abzuwenden zu helfen, die dem deutschen Volk zur Zeit durch die Überfremdung mit Ausländern droht, durch die Integration mit diesen, durch Geburtenrückgang, Überindustrialisierung, Naturzerstörung und durch die Zerstörung der Werteordnung“ (AEV-Satzung). In einer Erklärung des AEV heißt es u. a.: „Das Deutsche Volk hat sich ein Heimatrecht erworben, wie es nicht besser begründet werden kann. Viel größer sind die Heimatländer jener,

die jetzt zu uns her kommen ins gelobte Land. Sie stören das Gleichgewicht des Lebens, sie soll'n nach Hause gehen und dort Ordnung schaffen, dort gibt es wehrlich noch genug zu tun!“

Der AEV wurde im September 1981 gegründet und ist im Raum Rastenburg/Lübeck aktiv. Enge Kontakte bestehen zur „Kaiser Liste für Ausländerbegrenzung“, mit der enge Zusammenarbeit bzw. Zusammenschluß angestrebt wird. Vorsitzender des AEV ist der Berufsschullehrer a.D. Peter Busch aus Rastenburg. Von B. ist bekannt, daß er Kontakte zur neonazistischen Zeitschrift „MUT“ sowie zu dem Kreis um den Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“, Dr. Gerhard Frey, unterhält (DVU, 11A usw.).

Arbeitskreis Südwest

„Theorie“-Zirkel um den NPD-Funktionär Rolf Kosiek (Nürtingen), der v.a. unter rassistischen und biologischen Vorzeichen tätig ist. Enge Kontakte bestehen zur „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfBA) um den Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger. Kosiek ist z.B. im wissen-

schaftlichen Beirat des GfBA-Organ „Neue Anthropologie“ vertreten.

Arbeitskreis Überfremdung

Verantwortlich für diese ausländerfeindliche Initiative zeichnet ein Siegfried Schmidt aus Hürtzfeld. S. fungiert desweiteren als Herausgeber des rechtsextremen Nachrichtendienstes „Berichte aus dem Leben bündischer Gemeinschaften“.

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Im Januar 1980 in Bochum-Wettenscheid gegründet; als Sitz dieser „Initiative“ fungiert die dortige NPD-Landeszentrale als „Vertrauensmann“ der „BI“ tritt der Fochschuldozent Prof. Hagen Prehl in Erscheinung, der nebenbei auch noch als Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes „Märkischer Kreis“ tätig ist. Für die organisatorische Arbeit ist der stv. NPD-NRW-Vorsitzende Schultz zuständig.

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ist ein juveniles Produkt der neonazistischen NPD. Ihr haben sich nach und nach auch die jeweiligen NPD-Landesverbände angeschlossen, so daß die Rassisten-BI mittlerweile bundesweit präsent ist (zur Ideologie dieser Vereinigung vgl. insbesondere unseren ausführlichen Artikel in AK 178, S. 18f.).

Das erste Vorhaben der „BI Ausländerstopp“, die Durchsetzung eines „Volksbegehrens“ in Nordrhein-Westfalen für eine „Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer“, scheiterte an einem formal begründeten Verbot der Landesregierung (Das „Volksbegehren“ greife unzulässig in das Budgetrecht des Parlaments ein und verletze Bundeskompetenzen). Die Rassisten-BI startete daraufhin eine bundesweite

Unterschriftensammlung gleichen Inhalts, die dem Bundestag überreicht werden soll (Aktionsziel: Mindestens 100.000 Unterschriften). Mittlerweile hat die „BI Ausländerstopp“ einen weiteren Anlauf für ein „Volksbegehren“ in NRW gestartet. Gefordert wird diesmal die generelle Einführung getrennter Schulklassen für deutsche und ausländische Schüler. Nicht zu Unrecht können die Nazis davon ausgehen, daß dieser Vorstoß nicht so ohne weiteres unter Hinweis auf formaljuristische Hindernisse abzuwehren ist. Immerhin fallen gesetzliche Regelungen von schulischen Belangen in jedem Fall unter die Kulturhoheit des Landes. Zwar ließe sich ein derart offensichtlich rassistisches Ansinnen in Anwendung von Art. 33 GG verbieten, aber dies ist von der Landesregierung kaum zu erwarten. Schließlich praktiziert das Bundesland Bayern die Einweisung von Ausländern in spezielle Ausländerklassen bzw. „Nationalschulen“ bereits seit geraumer Zeit und andere Bundesländer (auch SPD-regierte, z.B. Hamburg) bestreiten an entsprechenden Voraussetzungen, um es den Bayern nachzutun.

In der neuesten Verlautbarung aus dem NRW-Innenministerium heißt es zwar nun, das NPD-Volksbegehren könne unter Hinweis auf die UNO-Menschenrechtskonvention verboten werden; aber auch ein derartiges Vorgehen wäre eine äußerst windige Angelegenheit, wenn man einmal daran denkt, daß auch die jüngsten Beschlüsse des Bundes und der Länder zur Einschränkung des Familiennachzuges von Ausländern eindeutig entsprechend internationalen Konventionen, denen auch die BRD beigetreten ist, widersprechen (s.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Schutzakte von Helsinki).

Fortsetzung nächste Seite

Polen:

Die Machtfrage war gestellt (Teil II)

Ist Solidarność in ihren Forderungen und in ihrer praktischen Politik „zu weit gegangen“ und hat damit ihre Niederlage zumindest begünstigt — wie vor allem von linkssozialdemokratischer Seite argumentiert wird? Oder hat es der Solidarność nicht vielmehr an revolutionärer Entschlossenheit gefehlt; um die Herrschenden zu stürzen und eine Provisorische Regierung zur Durchführung freier Wahlen zu bilden — wie manche anderen Linken meinen? Und werden Kritikansätze dieser Machart überhaupt den Problemen und Widersprüchen der polnischen Entwicklung seit dem Sommer 1980 bis hin zum Kriegsrecht gerecht?

Wir setzen hier den Abdruck einer Untersuchung zu den Auseinandersetzungen in Polen, insbesondere zur Politik der Solidarność, fort. Der erste Teil ist im AK 218 zu finden; er beschäftigte sich mit der Entstehung des realsozialistischen Blocks nach dem 2. Weltkrieg, mit der Krise dieses Blocks und ihrer Vormacht — der Sowjetunion, mit der Offensive des Imperialismus zur Liquidierung dieses Blocks sowie mit den allgemeinen Voraussetzungen der Politik von Solidarność. Im zweiten Teil des Artikels wird genauer die Entwicklung seit dem Sommer 1981 untersucht, die — so jedenfalls die These dieses Artikels — mit kaum noch zu beeinflussender Unvermeidlichkeit auf jene Entscheidungsschlacht zusteuerte, die das herrschende System mit der Verhängung des Kriegsrechts und der Zerschlagung von Solidarność erst einmal für sich entschieden hat. (Die Nummern der Anmerkungen schließen fortlaufend an den ersten Teil an).

AK-Redaktion

Die Lage im Sommer 81

Zwei Faktoren kennzeichneten die Ausgangslage im Sommer 81: Erstens der außerordentliche Parteitag der PVAP Mitte Juli (14. - 20.7.), und zweitens eine Wiederaufnahme der Kämpfe, mit der eine Phase relativer Ruhe beendet wurde, die nach der Beilegung des Konflikts von Bydgoszcz Ende März (Anm. 19) eingetreten war.

Vorausgegangen war dem Parteitag der bis dahin unverschrämte Drohbrief des ZK der KPdSU. In dem Brief wurde die „Gefahr“ beschworen, „daß es während des Parteitages zu einem Versuch kommt, den marxistisch-leninistischen Kräften der Partei den entscheidenden Schlag zu versetzen, um die Partei zu liquidieren“. Die „ehelichen und entschlossenen Kommunisten“ in der PVAP (gemeint waren damit in erster Linie die Kräfte um das sogenannte „Kattowicer Forum“) mußten sich aufrufen, um „es nicht dem Revisionisten kommen zu lassen und eine nationale Katastrophe zu verhindern“. Noch vor dem Parteitag müsse versucht werden, „die Entwicklung der Ereignisse umzukehren“ und die PVAP „auf den richtigen Weg zu lenken“ (Anm. 20).

Dieser Vorstoß scheiterte. Das „Kattowicer Forum“ wurde isoliert und mußte sich vorübergehend sogar ganz aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Die Wahlen auf dem Parteitag brachten eine beispiellose Neubesetzung der leitenden Gremien, wobei sich in erster Linie Kräfte der „Mitte“ durchsetzten, die sich zwar scharf von den Kattowicern distanzierten, aber die auch nicht gerade zu den radikalsten „Reformern“ in der PVAP gehörten (Anm. 21).

Ergebnis war aber auch, daß von dem Parteitag inhaltlich keine neuen Ideen und Anstöße ausgingen, sondern eher das Bewahren und Allenfalls das Offenhalten im Vordergrund stand. Unzufrieden mit dem Parteitag war darum nicht bloß die sowjetische Führung (und mit ihr die gesamte „realsozialistische“ Szene), sondern auch die Solidarność und die polnische Volksbewegung.

Noch vor dem Parteitag und trotz eines Appells von Walesa, „angesichts der wirtschaftlichen Krise auf Streiks zu verzichten“ („Welt“, 3.7.) gab es

Anfang Juli die ersten neuen Kampfkaktionen — soziale Streiks der Hafenarbeiter für eine Vielfalt von Forderungen (bessere Gesundheitsversorgung, mehr Freizeit, Modernisierung der Arbeitsplätze, höhere Löhne u.a.) und den schon erwähnten politischen Streiks bei LOT (Anm. 10). Um die Forderung nach Absetzung eines Direktors ging es ein paar Tage später auch bei einem Streik der Verkehrsbedienungen in Bydgoszcz.

Die Situation verschärfte sich, nachdem die Regierung noch während des Parteitages mit der Ankündigung drastischer Maßnahmen zur Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung begann: Preiserhöhungen für Lebensmittel (geschätzte Steigerung der Lebenshaltungskosten um mehr als 50 %), Kürzung der Fleischrationen, Ausweitung des Katalogs rationierter Lebensmittel, „Einfrieren“ der Löhne, „freiwillige“ Sonderschichten (insbesondere an den arbeitsfreien Samstagen), Verschärfung der Arbeitsdisziplin u.a.m.

Die Antwort der örtlichen Solidarność-Organisationen bestand in den „Hungerdemonstrationen“, die Ende Juli/Anfang August u.a. in Kutno, Lodz, Szczecin und Wrocław stattfanden. Diese Kämpfe hatten ihren Höhepunkt in den mehrere Tage dauernden Verkehrsblockaden in Warschau, die von Solidarność erst kurz vor einer gewaltsamen Konfrontation eingestellt wurden (Anm. 22).

Obwohl der Konflikt in Warschau von Walesa zunächst in einer schwer zu interpretierenden Weise angeheizt worden war, setzte sich in der nationalen Leitung der Solidarność rasch die Ansicht durch, daß diese Kampfkaktionen ein Weg in die Sackgasse seien. Mit großer Klarheit formulierte das Karol Modzelewski, der seit dem Konflikt von Bydgoszcz eher als „Radikaler“ galt: „Damals (gemeint im Anfang August 81 — Anm. d. V.) gelang es uns zum Beispiel, in der Region Niederschlesien von Anfang an Hungermärsche und Streiks zu verhindern. Wir haben den Leuten offen gesagt, daß es wirklich nichts zu essen gibt ... Streiks für Lebensmittel, die es nicht gibt, können uns nur in Richtung einer Katastrophe führen“ (Anm. 23).

Mitte August rief die Solidarność-



Leitung deshalb (einstimmig) zum Verzicht auf „Hungermärsche“ und Streiks auf, nachdem die Regierung ein Demonstrationsverbot ausgesprochen hatte („Welt“, 14.8.). Angekündigte Aktionen in Danzig wurden abgesagt.

Der erklärte Standpunkt von Solidarność war, daß eine Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes nur auf Basis einer Erholung der Volkswirtschaft möglich sei. Der Schlüssel dafür liege jedoch in der Verwirklichung einer umfassenden „Wirtschaftsreform“, mit der „Arbeiterselbstverwaltung“ als Hauptpunkt. In diesem Sinn erklärte Walesa, „Preiserhöhungen seien zwar notwendig, sollten jedoch das 'letzte Element' einer umfassenden Wirtschaftsreform in Polen sein“ („Welt“, 23.7.). „Nur eine 'authentische Selbstverwaltung' der Betriebe könne die 'Mobilisierung der Arbeiter für die Wirtschaftsreform' garantieren“ („Welt“, 15.7.).

Ein Entwurf zur Arbeiterselbstverwaltung, ausgearbeitet vom „Netz“ (überbetrieblicher Koordinations- und Diskussionszusammenhang innerhalb von Solidarność) lag schon seit Anfang Juli vor. Kernpunkt war die Verfügungsgewalt der Beschäftigten über den Betrieb und alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten. Mit gutem Klasseninstinkt analysierte die „Frankfurter Allgemeine“: „In der konkreten Situation einer für die baldige Zukunft vorgesehenen weitgehenden Unabhängigkeit der Unternehmen von zentraler staatlicher Dirigierung und mehrheitlicher Mitgliedschaft des allergrößten Teils der Belegschaften in der Gewerkschaft 'Solidarność' geht es im Grunde darum, ob die Wirtschaft aus der Einflußsphäre der dem Staat dominierten Partei in die der Gewerkschaft 'Solidarność' übergeht“ („FAZ“, 11.7.). Der „Netz“-Entwurf

zur Arbeiterselbstverwaltung enthielt in der Tat bereits den Gedanken, den einige Monate später, angesichts der Scherben, Solidarność-Leitungsmitglied Zbigniew Kowalewski so formulierte: „Klar, die PVAP hätte die ökonomische Macht im Lande abtreten müssen. Wir wären dann bereit gewesen, die politische Macht bei der PVAP zu belassen“ (Anm. 24).

Die Auseinandersetzung um die Arbeiterselbstverwaltung wurde ein bestimmendes Element der folgenden Monate. Wichtiges Signal für die Entwicklung dieser Auseinandersetzung war das Vorgehen der Solidarność im Kattowicer Stahlwerk: Solidarność or-

Die Taktik der nationalen Solidarność-Leitung in dieser Phase scheint darauf gerichtet gewesen zu sein, das zunehmende Potential an Unzufriedenheit von den als perspektivlos angesehenen sozialen und ökonomischen Streiks wegzulenken und auf politische Kampfaktionen auszurichten. Diese Taktik wurde von Meinungsumfragen bestätigt, die im Auftrag der Solidarność durchgeführt wurden (Anm. 25).

Ihr Vorgehen trug der Solidarność den Vorwurf der herrschenden Politiker ein, sie kümmere sich um politische Dinge, die gar nicht Aufgabe einer Ge-

ganisierte dort ein Referendum, d.h. eine Abstimmung aller Beschäftigten, gegen den vom Staat eingesetzten Werksdirektor. Die Zustimmung zur Absetzung des Mannes war eindeutig: Von 19.000 Beschäftigten nahmen 12.500 an der Abstimmung teil. Davon votierten 9.900 für Absetzung, 1.600 dagegen („Hamburger Abendblatt“, 12.9.). Hier deutete sich der von Solidarność etwas später direkt erklärte Versuch an, die Arbeiterselbstverwaltung auch gegen den Staat „von der Basis her“, durch Referenden und Kampfkaktionen, durchzusetzen.

Eine nicht weniger wichtige Initiative von Solidarność in dieser Zeit bestand in dem Versuch, den im Prinzip schon nach den Streiks vom Sommer 1980 zugestandenem Zugang zu den Medien praktisch durchzusetzen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, fanden im August mehrere landesweite und örtliche Drucker-Streiks statt. Auch mit Streiks beim Rundfunk und Fernsehen drohte Walesa. Solidarność sei bereit, diese Medien „vollständig lahmzulegen“ („Welt“, 22.8.). „Fernsehen und Rundfunk gehören uns, der Allgemeinheit, und deshalb muß unsere Bewegung mit ihrer eigenen Stimme zu Wort kommen“. Falls diese Forderung nicht erfüllt würde, werde Solidarność eigene Sender einrichten. „Wir haben die Ausrüstung und die Kameras“ (Walesa, nach „Welt“, 14.9.).

Wie empfindlich die Herrschenden darauf reagierten, zeigt die Stellungnahme des Leiters des Fernsehens, Stanislaw Loranc: „Die Behörden würden sich allen Versuchen widersetzen, das Rundfunkmonopol zu brechen“, und: „Die Forderung der 'Solidarność' nach Zugang zu den Massenmedien sei ein weiterer Versuch dieser Organisation, in Polen eine Doppelherrschaft zu installieren“ (nach „Welt“, 15.9.).

Der Solidarność-Kongreß

Der Kongreß der Solidarność fand in zwei Abschnitten statt, vom 5. bis 10. September und vom 26. September bis 7. Oktober. In der provokatorischen Manier, die in der Hauptsache die Umgestaltung der Herrschenden gegenüber der Volksbewegung bestimmte, drohte PVAP-Chef Kanis unmittelbar vor Kongreß-Beginn erstmals mit dem Kriegsrecht: „Unsere Feinde verkünden, die Führung werde bestimmt nicht den Ausnahmezustand in Polen proklamieren ... Ich will mit allem Nachdruck und mit aller Ruhe erklären, daß die staatliche Macht zur Verteidigung des Sozialismus zu allen Mitteln greift, die sich als notwendig erweisen.“ Gemeint war damit vor allem der von Solidarność angekündigte Streik bei Rundfunk und Fernsehen (nach „Welt“, 5.9.). Einige Tage vorher hatte schon Jaruzelski gedroht: „Wie lange sollen wir noch unter dem Fieber leiden, das unsere Gesellschaft und Wirtschaft auffrisst? ... Die Volksarmee hat das staatsbürgerliche und moralische Recht, zu sagen: genug ist genug“ (nach „Welt“, 1.9.).

Fortsetzung nächste Seite

„Ihr habt alle gedacht, ich wäre ein Verräter, den man gekauft hat. Aber das war nicht wahr. Es ging darum, daß soviel Leute wie möglich uns begreifen... In dem Moment, wo wir es verstanden haben, alle anderen an uns zu binden, die, die feige sind usw., dann kann man über Wahllisten sprechen, über alle Ziele, die das Parlament betreffen usw.“

(Walesa auf der letzten Präsidiumstagung der Solidarność, unmittelbar vor Verhängung des Kriegsrechts)

Fortsetzung von voriger Seite

Eines der Ergebnisse des ersten Teils des Solidarność-Kongresses war die Verabschiedung eines 7-Punkte-Programms (nicht zu verwechseln mit dem ausführlichen Programm, das im zweiten Teil des Kongresses beschlossen wurde). Der Text lautete (UPI-Übersetzung, nach „Welt“, 12.9.): „Die herausragende Aufgabe von 'Solidarność' ist die Schaffung anständiger Lebensbedingungen in einem wirtschaftlich und politisch unabhängigen Polen. Uns geht es um ein Leben frei von Armut, Ausbeutung, Furcht und Lügen in einer Gesellschaft, die in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Weise organisiert ist. Heute erwartet die Nation:

1. Die Verbesserung der Marktversorgung durch Kontrolle von Produktion, Verteilung und Preisen in Zusammenarbeit mit der Bauern-„Solidarność“.
2. Eine Wirtschaftsreform durch Schaffung einer authentischen Arbeiterselbstverwaltung, Abschaffung der Ernennungspraxis durch die Partei (Nomenklatura) und Anwendung effektiver wirtschaftlicher Mechanismen.
3. Wahrheit durch die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien und die Säuberung der polnischen Erziehung und Kultur von Lügen.
4. Demokratie durch freie Wahlen zum Parlament und zu den örtlichen Volksräten.
5. Gerechtigkeit durch gleiche Rechte für jedermann, Freilassung politischer Gefangener und Schutz derjenigen, die wegen ihrer politischen, redaktionellen und gewerkschaftlichen Tätigkeit unterdrückt werden.

„Jede organisierte Opposition in Polen wird früher oder später zu einem Zentrum, das alle reaktionären und abenteuerlichen Strömungen einschließlich faschistoider Elemente zusammenschließt. Das trifft auch dann zu, wenn zu Beginn der oppositionellen Tätigkeit scheinbar fortschrittliche und pseudolinke Losungen verkündet werden“.

(aus einer Rede Jaruzelskis vorm ZK der PVAP, Ende Februar 82; nach UZ, 1.3.)

Bemühungen der Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaftsreform zu verstehen“.

„Solidarność müsse „die übergeordnete Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern anerkennen, sich den antisowjetischen, dem Interesse der Staaten schadenenden Lösungen und Aktivitäten widersetzen, die zwei-deutigen Kontakte mit Zentren antikomunistischer Diversion aufgeben“ (Gemeint waren damit konkret vor allem die westlichen Gewerkschaften).

Dies sei „die unantastbare Plattform, auf der wir uns treffen, eine Verständigung aufbauen, die Rolle der 'Solidarność' in dem System unseres gesellschaftlichen Lebens als geeignet anerkennen können“ (nach „Hamburger Abendblatt“, 25.9.).

Die realsozialistische Bürokratie war seit den Anfängen der Volksbewegung im Sommer 1980 mit Drohungen und Beschuldigungen sehr verschwendungisch umgegangen, so daß ein Gewöhnungseffekt eingetreten war und Nuancen im Tonfall kaum wahrzunehmen waren. Zumindest im Nachhinein läßt sich aber feststellen, daß von Jaruzelski hiermit ein Ultimatum formuliert worden war, aus dem sich dann alles weitere folgerichtig entwickelte. Insofern stellt sich praktisch gar nicht die Frage, ob Solidarność vielleicht mit der Forderung nach freien Wahlen oder nach Zugang zu den Medien „zu weit gegangen“ war. Jaruzelskis Ultimatum machte die weitere Duldung der Solidarność von Bedingungen abhängig, die nichts anderes als nahezu totale Unterwerfung (mit dem voraussetzungsreichen Ergebnis einer Spaltung der Solidarność und der politischen Zerschlagung)



Universität Warschau

2. Keine Unterdrückung und Verfolgung der Herausgeber von Solidarność-Publikationen.

3. Verbesserung der Situation der Bauern, vorrangige Belieferung mit Maschinen, Baumaterialien und Brennstoffen.

4. Einrichtung eines 'Obersten Volkswirtschaftsrates', dessen Aufgabe die Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung ist. Dieser Volkswirtschaftsrat soll aus Personen bestehen, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft haben; sie sollen dafür sorgen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik für die Gesellschaft durchschaubar und überprüfbar wird (Anm. 29).

Dieses sehr radikal wirkende Ultimatum (zwei Wochen Frist!) läßt darauf schließen, daß in der Solidarność insgesamt keine realistische Einschätzung der Lage bestand, ebenso wenig wie klare Vorstellungen über das eigene weitere Vorgehen. Vorherrschend war die Stimmung, daß die Bürokratie am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt sei und daß nun niemand mehr den Vormarsch von Solidarność aufhalten könne.

Der zweistündige Generalstreik am 28.10. sollte u.a. auch der Einlösung des auf dem Kongreß gestellten „Ultimatums“ dienen, blieb aber — wie kaum anders zu erwarten — ebenso wirkungslos wie das „Ultimatum“ überhaupt, das danach stillschweigend in der Versenkung verschwand.

Auf dem Weg zum Kriegsrecht

Nach dem Abschluß des Solidarność-Kongresses standen die Zeichen auf Sturm. Ein erstes Signal der kommenden Konfrontation war Mitte Oktober die Verhängung des Kriegsrechts. (Eine sehr vage gehaltene Lizenz zur Verhängung des Kriegsrechts.)

interpretiert, die bis Ende Dezember realisiert werden sollten — was dann ja auch praktisch eintraf.

Zur gleichen Zeit forderte der als liberal geltende stellvertretende Ministerpräsident Rakowski von Solidarność eine Vereinbarung über einen einjährigen „Sozialen Frieden“, und der PVAP-Vorsitzende Kania plädierte für eine Aufhebung des Streikrechts in den Herbst- und Wintermonaten.

Was die Stunde geschlagen hatte, machte der erzwungene Rücktritt Kantias am 18. Oktober noch deutlicher. Ministerpräsident Jaruzelski übernahm nun auch das oberste Parteiamt. Gleichzeitig mit der Umbesetzung verabschiedete das ZK der PVAP eine Erklärung zur Lage. Unter anderem erhielt dieser Beschluß:

1. Eine scharfe Kritik an der „Inkonsequenz des Handelns und dem Mangel an Standhaftigkeit“ der Parteiführung. Die Parteiführung wurde aufgefordert, den „Gegnern des Sozialismus“ und „allen Erscheinungen der antisowjetischen Propaganda“ energisch entgegenzutreten.
2. Angekündigt wurden „entschiedene Aktionen“ der „Ordnungsorgane“ zur „Sicherung der öffentlichen Ordnung und zum entgegenwirken gegen die Anarchisierung des öffentlichen Lebens“, u.a. gegen die „Verbreitung parteifeindlicher und antisozialistischer Flugchriften und anderer Publikationen“.
3. „In einer Situation der bestehenden Gefahr für die Existenz der Nation und für die Sicherheit des Staates“ sei es „unerlässlich, daß die höchsten Machtorgane der VR Polen im Falle der höchsten Not auf die verfassungsmäßigen Rechte zum Zweck der Verteidigung der vitalsten Interessen der Nation und des Staates zurückgreifen“.

(Eine sehr vage gehaltene Lizenz zur Verhängung des Kriegsrechts.)

4. Die Abgeordnetenfraktion der PVAP im Sejm (Parlament) wurde beauftragt, „in der aktuellen, dramatischen wirtschaftlichen Situation des Landes“ im Sejm eine Initiative zur

„zeitweiligen Aussetzung“ des Streikrechts zu unternehmen.

5. Mit drohendem Unterton („Wer ihre ideologischen Prinzipien verrät und dies öffentlich bekundet, spricht sich damit gegen die Partei aus und stellt sich faktisch außerhalb ihrer Reihen“) wurde eine Kampagne zum Massenaustritt von Parteimitgliedern aus der Solidarność eingeleitet.

6. Der Solidarność wurde vorgeworfen, sie habe „einseitig die gesellschaftlichen Vereinbarungen gebrochen, indem sie die Rolle einer allen übergeordneten Kraft usurpierte, die der Öffentlichkeit, dem Sejm und der Regierung sowie den gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen ihren Willen dikturiert“.

„Notwendig und dringend“ sei „eine Neuverhandlung“ der Abkommen zwischen Staat und Solidarność, die als Ergebnisse der Kämpfe vom Sommer 1980 zustande gekommen waren. Außerdem wurden im ultimativen Ton an die Solidarność wieder einmal mehrere Forderungen gestellt.

Trennung von der Tätigkeit der Feinde des Sozialismus“, den „unverzüglichen Verzicht auf Streikaktionen“, Anerkennung der „Bündnisse mit den sozialistischen Ländern durch praktisches Handeln“ und durch Eintreten gegen die „antisowjetische Kampagne“ (Anm. 30).

Nachträglich fällt es leicht, die mit dieser ZK-Tagung gesetzte Kampflinie in ihrer vollen Bedeutung zu sehen. Das Problem war aber zum damaligen Zeitpunkt, daß die polnische Volksbewegung an Drohungen dieser Art längst gewöhnt war und daß die Meinung vorherrschte, die Bürokratie werde ohnehin nicht mehr in der Lage sein, repräsentative Notstandsmaßnahmen durchzusetzen. Diese Einstellung war für Solidarność in manchen vorangegangenen kritischen Momenten lebenswichtig gewesen, um beabsichtigte Einschüch-

Fortsetzung nächste Seite

6. Rettung der nationalen Gesundheit

6. Rettung der nationalen Gesundheit durch Umweltschutz, erhöhte Gelder für den nationalen Gesundheitsdienst und angemessene Rechte der Versicherten in der Gesellschaft.

7. Kohle für die Bevölkerung und Industrie durch die Schaffung angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bergleute...

An den Sejm (Parlament) richtete der Kongreß die Aufforderung, er solle die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen zur Arbeiterselbstverwaltung durch ein Referendum entscheiden lassen. Andernfalls werde Solidarność selbst ein Referendum auf Betriebsebene organisieren.

Politischer „Glanzpunkt“ dieses Kongreß-Teils war ein Appell an die Arbeiter in den anderen realsozialistischen Ländern, es dem polnischen Vorbild gleichzutun und selbst autonome Gewerkschaften zu gründen. Daß dieser Appell insbesondere bei den sowjetischen Arbeitern auffrüchtige nationale Entrüstung hervorrufen würde (ähnliche Reaktionen auch in der DDR), scheint Solidarność völlig falsch eingeschätzt zu haben.

Auf den ersten Teil des Solidarność-Kongresses folgte eine massenhafte Stellungnahme des Polnbaror der PVAP (Anm. 26), die etwas später mit einem förmlichen Ultimatum Jaruzelskis an den zweiten Teil des Gewerkschaftskongresses konkretisiert und zugespitzt wurde:

„Solidarność müsse „die unabdingbaren konstitutionellen Rechte der Staatsmacht anerkennen“.

„Solidarność müsse „sich von extremen Aktionen und Tendenzen abgrenzen, sich von den Feinden des Sozialismus distanzieren, sich von den lähmenden, die Rechtsordnung untergrabenden Schlagworten und Taten befreien“.

„Solidarność müsse „den guten Willen“ haben, „das Programm und die

6. Rettung der nationalen Gesundheit

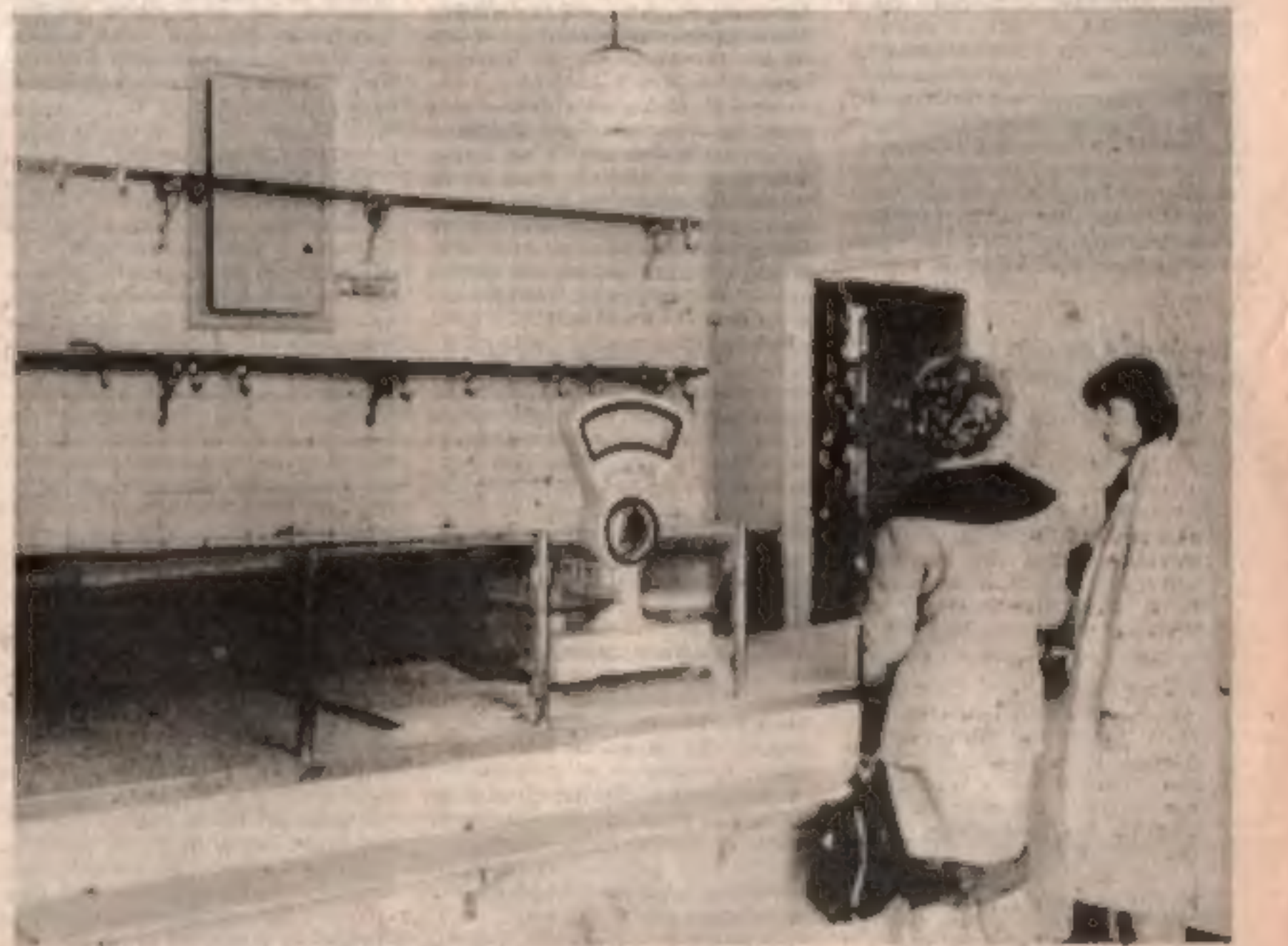
6. Rettung der nationalen Gesundheit durch Umweltschutz, erhöhte Gelder für den nationalen Gesundheitsdienst und angemessene Rechte der Versicherten in der Gesellschaft.

7. Kohle für die Bevölkerung und Industrie durch die Schaffung angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bergleute...

Unter dem Eindruck der massiven Erpressungen rief Walesa wieder einmal zu einem taktischen Rückzug und unterzeichnete eine Kompromiß-Vereinbarung über zwei Gesetze zur Betriebsführung und zur Arbeiterselbstverwaltung, die dann am 25.9. vom Sejm verabschiedet wurden. — Mehrere Regionalverbände von Solidarność, u.a. Łódź und Bydgoszcz, protestierten gegen die Vereinbarung.

Der Solidarność-Kongreß (2. Teil), der am 26.9. begann, brachte ebenfalls harte Kritik an dem Kompromiß, die sich auch gegen Walesas politischen Stil richtete. Beschlossen wurde schließlich eine mittlere Formel, die besagte, daß man die beiden Gesetze zwar „nicht in ihrer Gesamtheit“ ablehne, aber sie einem Referendum in den Betrieben unterziehen wolle. Das Ergebnis des Referendums werde man, zusammen mit sich daraus eventuell ergebenden Novellierungsanträgen, dem Sejm übergeben (Anm. 27).

Wie sehr inzwischen Walesas Stellung angeschlagen war, zeigte sich bei den Lösungswahlen, bei denen auf Walesa „nur“ noch 55,2 % der Stimmen entfielen. Seine Gegenkandidat sprach vermutlich eines starken Minderheits der Delegierten aus dem Herzen, als er verkündete: „Mit Kompromissen können wir keine Konflikte vermeiden... Mit diesen Behörden können wir keine Kompromisse eingehen“ (nach „Welt“, 3.10.).



Herbst 1981: Totale Ebbe in einem Fleischerladen

Fortsetzung von voriger Seite

rungseffekte zu blockieren, aber sie beinhaltet auch sehr gefährliche Tendenzen zur Unterschätzung des Gegners und zur Leichtfertigkeit (Anm. 31).

Daß der auf der ZK-Tagung verkündeten Kurswende entsprechende Taten folgen sollten, zeigte sich wenige Tage später bei Konflikten in Kattowice und in Wroclaw, wo — in dieser Form erstmalig seit dem Sommer 1980 — massive Polizeikräfte eingesetzt wurden (Anm. 32).

Gleichfalls nur wenige Tage nach der ZK-Tagung wurde bekanntgegeben, daß neugebildete Sondergruppen aus Armee-Angehörigen in alle Landesteile geschickt werden sollten, um bei der Vorbereitung auf den Winter zu helfen, „ungünstige Erscheinungen“ aufzuspüren, zu melden und ihnen gegebenenfalls abzuwehren u.ä. — Die Rückkehr dieser Gruppen von ihren Einsatzorten wurde bereits einen Monat später gemeldet („Welt“, 21.11.). Zugleich wurde bekanntgegeben, daß solche „Operationsgruppen“ mit ähnlicher Aufgabenstellung nun auch in den Städten aktiv werden sollten („UZ“, 26.11.).

Am 30.10. wurde im Sejm erstmals über ein Streikverbot debattiert. Es zeigte sich, daß das Parlament der von der letzten ZK-Tagung vorgelegten Konfrontations-Linie noch nicht vollständig folgen mochte. Stattdessen beschloß der Sejm einen dringenden Appell an Solidarność und an die Volksbewegung, alle Streiks einzustellen und — vorübergehend — „freiwillig“ auf das Streikrecht zu verzichten. Für den Fall, daß dieser Appell nicht befolgt würde, wurde die Regierung vom Sejm im voraus zu „außergewöhnlichen Mitteln“ ermächtigt. Ein entsprechender Gesetzesentwurf über mögliche „Sondervollmachten“ für die Regierung wurde beim Sejm hinterlegt; der Inhalt dieses Schubladen-Gesetzes wurde nicht bekanntgegeben.

Ende November tagte erneut das ZK der PVAP. Beschlossen wurde: „Das ZK erachtet es für notwendig, die Regierung der VR Polen mit Vollmachten auszustatten, die erforderlich sind, um den zerstörerischen Aktionen eine wirksame Abfuhr zu erteilen, die das Land und seine Wirtschaft auszehren und den sozialistischen Staat, die gesellschaftliche Ordnung und die Sicherheit gefährden. Im Zusammenhang damit verpflichtet das ZK die Fraktion der PVAP (im Sejm — Anm. d. Verf.), damit verpflichtet das ZK die Fraktion der PVAP (im Sejm — Anm. d. Verf.), die Initiative zur unverzüglichen Einleitung des Verfahrens bezüglich des Gesetzesentwurfes über außerordentliche Maßnahmen im Interesse des Schutzes der Bürger und des Staates zu ergreifen“ (nach „UZ“, 1.12.). Einige Indizien deuten darauf hin, daß mit diesen „außerordentlichen Maßnahmen“ noch nicht unbedingt das Kriegsrecht gemeint war. Beispielsweise erklärte Jaruzelski: „Die gegenwärtige Lage kann nicht länger beibehalten werden. Der zerstörerische Prozeß muß gestoppt werden, oder es wird zu einer Konfrontation, zum Kriegszustand, kommen“ (nach „Welt“, 1.12. — Hervorheb. d.d. Verf.). Und Regierungssprecher Urban erläuterte ein paar Tage später, daß die angekündigten „Ausnahmegesetze“ nur bis zum 31. März gelten sollten. Dadurch wolle die Regierung eine Konfrontation verhindern und die „Anwendung definierter Methoden vermeiden“ (nach „Welt“, 8.12.).

Als Datum der Beschlußfassung im Sejm über die „Sondervollmachten“ für die Regierung war Freitag, der 18.12., festgelegt. Auf dieses Datum konzentrierten sich auch alle Gegenpläne der Solidarność-Führung. Die Ausrufung des Kriegsrechts in der Nacht zum Sonntag, dem 13.12., kam dem Parlament zuvor und manövrierte auch die Planungen der Solidarność aus.

Die „Front der nationalen Verständigung“

Parallel zu den Vorbereitungen auf weitgehende Zwangsmaßnahmen machte die Bürokratie auch verstärkte Anstrengungen, um Teile von Solidarność in eine „Front der nationalen Verständigung“ einzubinden oder um durch Verhandlungen über eine solche „Front“ Widersprüche in der Solidarność zu verschärfen und Gewerkschaftsführer wie Walesa als Kompromißler zu kompromittieren. Zugleich brachten diese „Verständigungs“-versuche aber auch Widersprüche in der PVAP-Führung selbst zum Ausdruck. Die Vorstellung, daß die Bürokratie seit September oder Oktober als einheitlicher Block mit geschlossenem Konzept auf das Kriegsrecht zusteuernde, ist gewiß falsch. Erhebliche Teile der Bürokratie hätten es bevorzugt, die angestrebte Wirkung mit weniger manifestem Gewalt und mit mehr „freiwilliger“ Unterwerfung des Gegners zu erreichen.

Wenige Tage nach Beendigung des zweiten Teil des Solidarność-Kongresses trat die Regierung mit der Forderung nach Schaffung einer „Nationalen Allianz“ auf. Kernstück dieser Allianz sollte eine zu bildende ständige Wirtschaftskommission aus Vertretern des Staates und der Gewerkschaften sein. Funktion dieses Gremiums sollte es sein, durch „konstruktiven Dialog“ die Wirtschaftspolitik des Staates zu unterstützen, insbesondere die beabsichtigte „Preisreform“, d.h. die ungeheuren Preiserhöhungen für viele Waren des täglichen Bedarfs, die schließlich nach dem 13. Dezember unter Kriegsrecht durchgesetzt wurden. Sich auf die Mitarbeit in einer solchen Kom-

— Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und Verzicht auf rechtliche Maßnahmen gegen Solidaritätsmitglieder und andere Oppositionelle (nach „FAZ“, 8.11.).

Der Beschluß der Solidarność-Leitung schloß mit der Androhung neuer Kampfaktionen: „Wenn eine ... annehmbare Übereinkunft nicht innerhalb von drei Monaten erzielt wird, werden wir alle Arbeiter auffordern, die setzungsmäßigen Mittel auszu-schöpfen, bis hin zu einem Generalstreik“ („FAZ“, 8.11.).

Es wurden von Solidarność sechs Verhandlungsgruppen gebildet, deren Leiter jeweils Gespräche mit den entsprechenden Regierungsvertretern füh-

ser Gespräche ist allerdings wenig überzeugend. Die Feuerwehrschießung war mehr als eine Woche lang besetzt gewesen, was sicher kein Staat des „Freien Westens“ so lange hingenommen hätte. Die Räumung des Gebäudes durch die Miliz erfolgte ganz ohne jene Prügeorgien und brutale Racheakte, die für vergleichbare Polizei-Einsätze hierzulande typisch sind. Gemeinen an Zuständen des „Freien Westens“ war die Räumung der Warschauer Feuerwehrschießung eine Alltagschance. Trotzdem war ihr Signalwert offensichtlich enorm, da dies das erste Mal seit dem Sommer 1980 war, daß Polizei gegen eine Streikaktion eingesetzt wurde. Solidarność sah darin das Zeichen, daß die entscheidende Konfrontation unmittelbar bevorstand, was zwar den Tatsachen entsprach, aber sich aus der Polizeiaktion als solcher schwerlich ableiten ließ.

Die Krisensitzung von Radom

Unmittelbar unter dem Eindruck der Polizeiaktion tagte das Präsidium der Solidarność in Radom (Anm. 33). In der danach veröffentlichten Stellungnahme des Präsidiums heißt es: Die Regierung habe die Verhandlungen mit Solidarność „benutzt, um das Volk in die Irre zu führen“. Diese Gespräche hätten „sich als ergebnislos erwiesen“. In der herrschenden Situation seien „weitere Verhandlungen in Sachen 'Nationaler Verständigung' gegenstandslos geworden“. Die Regierung könne das von ihr geplante Gesetz über Sondervollmachten „nicht anders als auf dem Weg des Terrors durchsetzen“. „Es käme der gewaltsamen Entmündigung des Volkes gleich“. Solidarność werde deshalb auf eine Verabschiedung des Gesetzes durch den Sejm mit einem 24stündigen Generalstreik antworten. Falls die Regierung von diesen Sondervollmachten „praktischen Gebrauch machen würde, werde man einen (offenbar unbefristeten) Generalstreik ausrufen.“

Die Stellungnahme des Präsidiums enthält außerdem eine Kampfansage gegen die von der Regierung geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen: „Das würde die Gefahr eines Bankrotts für viele Betriebe oder Lohnsenkungen für die Arbeiter bedeuten. Gleichzeitig will die Regierung drastische Preiserhöhungen einführen. Das Volk soll für eine Reform zahlen, die es nicht gibt. Solidarność wird auf keinen Fall Preis-erhö-

Solidarność-Führung klar hervorgehe. In einer konzentrierten Großaktion der Medien wurden ausgewählte Zitate der bekanntesten Solidarność-Führer verbreitet, wie etwa:

Lech Walesa: „Die Konfrontation ist unvermeidlich, und sie wird stattfinden. Ich wollte zu dieser Konfrontation auf einem natürlichen Weg kommen, wenn tatsächlich alle sozialen Gruppen hinter uns stehen. Allerdings, ich habe mich verkannt. Es stellt sich heraus, daß wir diesen Weg nicht so weitergehen können. Daher müssen wir zu blitzschnellen Manövern greifen... Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir dieses System auflösen...“

Jacek Kuron: „Die Erzwungung von Wahlen und eines neuen Wahlgesetzes, die totale Ablehnung der Reformen der Regierung und der Notstandsmaßnahmen sollten die Felder sein, auf denen die Konfrontation stattfindet. Der Boden dafür muß schon heute durch Aktionen zum Sturz der Behörden vorbereitet werden...“

Jan Rulewski: „Der Angriff sollte um jeden Preis gestartet werden — vor allem auf die Behörden der Wojewodschaften, um sie vor den Wahlen völlig zu diskreditieren...“

G. Falka: „Die Partei kann die Konfrontation hinausschieben, weil sie die Macht hat. Daher müssen wir sogenannte Arbeitermilizen schaffen, mit Helmen und Gummiknüppeln bewaffnete Gruppen...“

Z. Majak: „Die erste Aktion der Arbeitermilizen sollte die Befreiung der Zentrale von Radio und Fernsehen sein. Sofort muß ein sozialer Rat für nationale Ökonomie geschaffen werden. Dies wird so etwas wie eine provisorische Regierung sein. Die Regierung muß schließlich gestürzt werden, bloßgelegt und jeder Glaubwürdigkeit beraubt.“

Jan Rulewski: „Die provisorische Regierung wird das Land bis zu den Wahlen stabilisieren. Es wird eine Nicht-Parteien-Regierung sein, die den Taktiken des KOR folgt und nicht der Taktik des KPN (das ist der antikomunistische Verein des Herrn Moculski, UZ-Red). Die Taktik muß darin bestehen, alle Schachzüge der Partei zu entlarven, sie zu verhindern und sie zu überholen...“ (nach „UZ“, 18.12.).

Von Solidarność wurde die Authentizität der Zitate nicht bestritten, sondern lediglich unkonzentriert eingewendet, die Stücke seien „aus dem Zusammenhang gerissen“. Die politisch-psycholo-

„Ich weiß, daß viele westliche Politiker glauben, daß, wenn wir klüger gewesen wären, wir die Konfrontation hätten vermeiden können. Aber ich weiß auch, daß das, was für sie Klugheit ist, für uns Kollaboration mit den Staats- und Parteibehörden bedeutet hätte — eine Kollaboration, die sich gegen die Arbeiter gerichtet hätte, gegen die Intellektuellen, gegen die Leute aus Kultur und Kunst.“

Wir wären nur ein weiteres Anhängsel des totalitären Systems geworden...“

(Zbigniew Bujak, Vorsitzender des Warschauer Regionalkomitees von Solidarność. Zitiert nach KVZ, 29.1.82)

mission einzulassen, hätte bedeutet, daß Solidarność Mitverantwortung für eine Wirtschaftsmiseration übernommen hätte, die nach Lage der Dinge nur zu Lasten der Arbeiter durchgesetzt werden konnte — durch Preiserhöhungen, Lohnstopp, Mehrarbeit, Verschärfung der Arbeitsdisziplin usw.

Trotzdem lehnte Solidarność den Vorschlag nicht total ab, sondern machte eine Mitarbeit davon abhängig, daß ihr zunächst der Zugang zu den Medien gesichert werden müßte.

Unterstützung schien das „Allianz“-Projekt bei der Kirchenführung zu finden. Jedenfalls stimmte Oberhirte Glomp im Gespräch mit Jaruzelski zu, daß in Polen „eine breite Plattform nationaler Zusammenarbeit“ geschaffen werden müsse („FAZ“, 23.10.). Auch Walesa gab sich nicht prinzipiell abgeneigt: Er regte ein Gespräch zwischen ihm und Jaruzelski an, um „alle doktrinen Meinungsvielfaltigkeiten zu vergessen und alles zu tun, um den Winter zu meistern“ („Welt“, 24.10.).

Am 4.11. trafen tatsächlich — ohne vorherige öffentliche Ankündigung — Jaruzelski, Walesa und Glomp zusammen, als erster Schritt zu einer, wie die polnische Nachrichtenagentur formulierte, „ständigen Plattform für einen Dialog und eine Konsultation mit ähnlichen politischen und sozialen Kräften auf der Grundlage der Prinzipien der polnischen Verfassung“ (nach „Welt“, 5.11.).

Walesa, der dem Treffen in der für ihn typischen Eigenmächtigkeit und Eigenwilligkeit ohne vorherige Beratung in der Solidarność-Leitung zugestimmt hatte, mußte sich nachträglich harte Kritik deswegen anhören. Unter Einsatz seiner schon bewährten „Notbremse“ — der Rücktrittsandrohung — meisterte Walesa wieder einmal die Situation: Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung wurde im Prinzip gebilligt, allerdings mit der Einschränkung, daß man der Regierung eine Frist von drei Monaten setzte, um die Probleme des Landes im Sinne der Vorstellungen von Solidarność anzupacken. Schwerpunkte sollten dabei sein:

- Bildung eines Wirtschaftsrates zur Überwachung der Wirtschaftspolitik der Regierung;
- Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion durch Ausbau des privaten Agrarsektors;
- demokratische Wahlen auf Gemeindeebene;

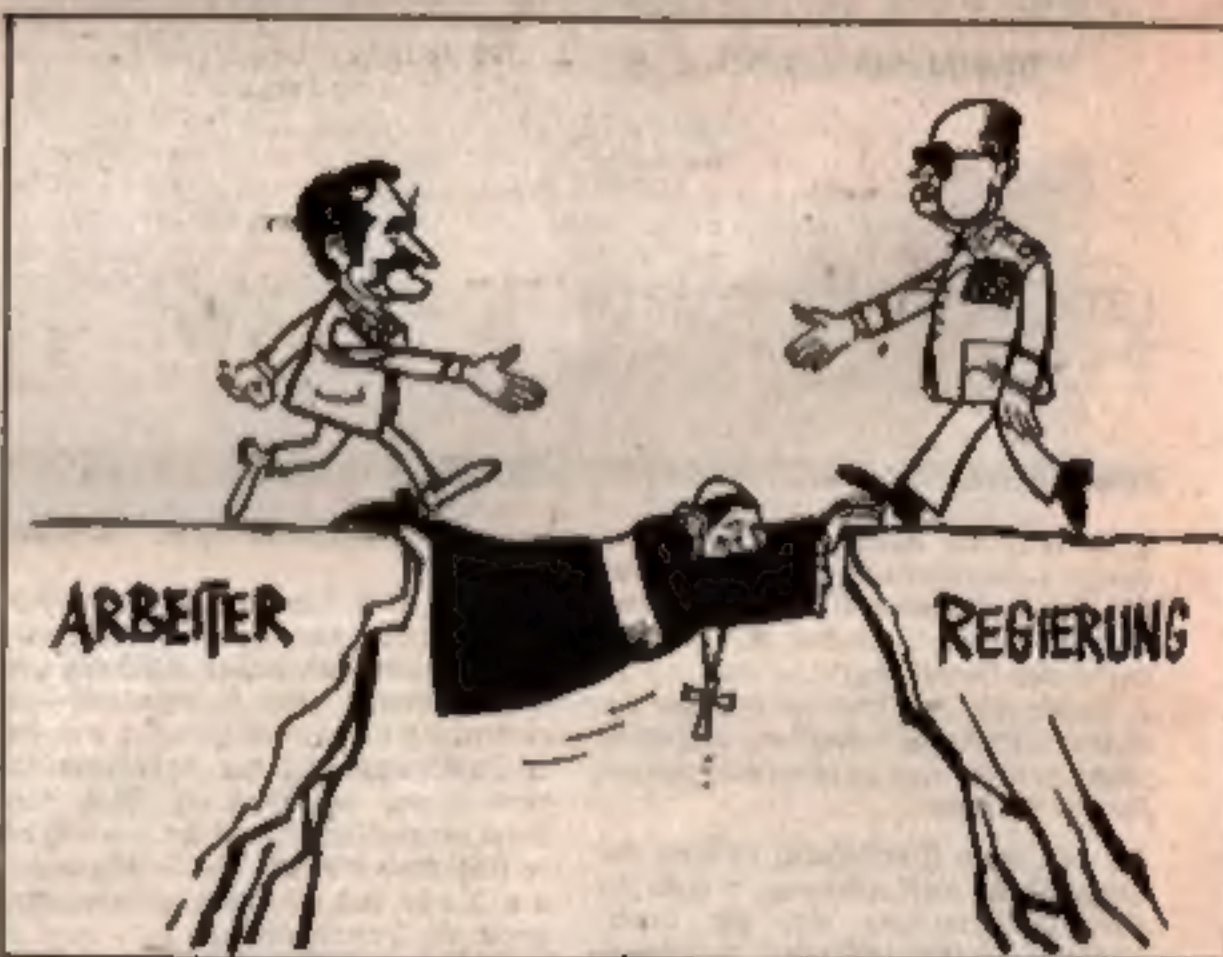
ren sollten. Die Verhandlungsgruppen betrafen die Themen Wirtschaftsrat („gesellschaftlicher Rat für Volkswirtschaft“), Zugang der Gewerkschaften zu den Massenmedien, kommunale Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit, Justizreform und Preisreform (nach „Welt“, 11.11.).

Mit der Regierung einigte sich Solidarność ein paar Tage später darauf, die Verhandlungen in vier Arbeitsgruppen zu führen, mit den Einzelthemen: Rat für Volkswirtschaft und Wirtschaftsreform, Notstandsmaßnahmen für die Wirtschaft, Zugang zu den Massenmedien, Beilegung lokaler Konflikte („Welt“, 19.11.).

Über den Gang der Verhandlungen wurde nur wenig bekannt. Es scheint, daß von Regierungsecke darauf gedrängt wurde, rasch eine „Front der nationalen Verständigung“ (unter Einbeziehung von Solidarność) zu konstituieren, um diese schon bei den Kommunalwahlen im Frühjahr anstelle der bisherigen „Nationalen Einheitsfront“ auftreten zu lassen. Solidarność befürwortete stattdessen die Zulassung unabhängiger Parteien zu den Kommunalwahlen („Neue“, 26.11.).

Ende November, noch vor der Tagung des ZK der PVAP (s.o.), wurden die Gespräche zwischen Regierung und Solidarność unterbrochen; eine Wiederaufnahme der Gespräche erfolgte nicht mehr. Solidarność nahm die polizeiliche Räumung der besetzten Feuerwehrschießung in Warschau am 2.12. zum Anlaß einer scharfen Erklärung, die im förmlichen Abbruch der Verhandlungen gipfelte: „Die Entwicklungen der letzten Tage haben bewiesen, daß die Regierung die Chance eines Dialogs mit der Gesellschaft abgelehnt und einen Weg der Gewalt eingeschlagen hat... In dieser Lage hat der Vorstand festgestellt, daß die Behörden dadurch die Chancen einer nationalen Verständigung zunichte gemacht haben“ („Welt“, 4.12.). Jaruzelski konterte ein paar Tage später seinerseits mit der Erklärung: „Wer vernünftig die Anfänge der nationalen Verständigung zerstört, habe kein Recht, sich auf den Patriotismus zu berufen. Mit diesen Kräften suchen wir keine Übereinkunft“ (nach „UZ“, 8.12.). Die Töne waren von beiden Seiten heftig und laut zugegangen.

Es gab sicher gute Gründe, am Zweck von Verhandlungen über eine „Front der nationalen Verständigung“ zu zweifeln. Der von Solidarność gewählte Anlaß zum Abbruch die-



Polnische Drei-Einigkeit

Aus: „Hamburger Abendblatt“, 7.11.81

hungen ohne Wirtschaftsreformen zustimmen. (Gemeint ist damit in erster Linie die Arbeiterselbstverwaltung nach den Vorstellungen von Solidarność — Anm. d. Verf.). Wir werden die Arbeitenden gegen Schließung von Fabriken, Senkung der Löhne und Erhöhung der Preise verteidigen...“

Die Stellungnahme nennt im Schlußpunkt sieben „unverzichtbare“ Forderungen als „Mindestbedingungen für die Nationale Verständigung, die die gemeinsame und wirksame Beseitigung der Krise ermöglichen wird“. Dabei geht es u.a. um „Beendigung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen Solidarność“, Rücknahme der geplanten Wirtschaftsmaßnahmen und Beteiligung von Solidarność an der Ausarbeitung einer Wirtschaftsreform auf Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung. „Durchführung demokratischer Wahlen auf allen Ebenen“, Einrichtung des „Gesellschaftlichen Volkswirtschaftsrates“, Sicherung des Zugangs zu den Medien (Anm. 34).

Erst mehrere Tage nach der Präsidiumstagung von Radom gab die Regierung überraschend bekannt, daß sie über Tonband-Mitschnitte aus der Sitzung verfüge, aus denen der unmittelbare Griff nach der Macht seitens der

gleiche Wirkung dieses Coups der Regierung wurde von der Solidarność-Führung offenbar ganz falsch eingeschätzt: Fast scheint es, daß man in der Solidarność-Zentrale froh war, auf diese Weise die eigene Kampfenfahnenheit in den staatlichen Medien bestätigt zu bekommen und damit das Mißtrauen von Teilen der Basis gegen vermeintliche Kompromiß-Tendenzen entkräften zu können.

Schlecht bedacht anscheinend, daß die Publikation dieser Bruchstücke bei schwankenden Sektoren der Bürokratie erhebliche Ängste mobilisieren mußte und diese Kräfte dadurch der „Kriegsrechts-Fraktion“ in der Armee trieb. Es kam noch hinzu, daß die Regierung in ähnlicher Weise einige Wochen zuvor schon einmal Politik mit einem Tonband gemacht hatte. Damals ging es um Kraftsprüche von Marian Jurczyk, Regionalvorsitzender von Solidarność in Szczecin, der auf einer Versammlung u.a. gesagt hatte: „Das Parlament, die Regierung und das Zentralkomitee genießen kein Vertrauen. Es ist schwer, dies zu sagen, aber die Gesellschaft hat keine Achtung vor diesen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Leuten. Es gibt mehr und mehr Menschen, die sagen — diese Worte sind hart, aber wahr — sie seien Verräter an der polnischen Gesellschaft und Solidaritätsbewegung. Es ist gut möglich, daß wir einige Galgen aufstellen und ein paar Leute daran aufhängen müssen" (nach „Welt“ und „taz“, 2.11.). Obwohl Solidarnosc immer wieder beteuert hat, sich ausschließlich friedlichen Mitteln bedienen zu wollen, gab es damals keine Distanzierung von Jurczyk's Äußerungen. Die Wirkung solcher Tiraden auf tendenziell bündnisbereite Sektoren der Partei und der Machtapparate wurde von Solidarnosc entweder nicht begriffen, oder man war bereits der Meinung, auf solche Nebeneffekte keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen.

Inzwischen behauptet die Militärdiktatur schon munter, Walesa selbst sei auf der Tagung in Radom mit Jurczyk einer Meinung gewesen und habe gefordert: „Man muß beginnen, Galgen zu errichten“ (Anm. 35). Das gehört zweifellos ins Reich der Legende. Es wäre auch nicht plausibel, warum darüber erst mehr als zwei Monate nach Verhängung des Kriegsrechts berichtet wird, während in der Kampagne unmittelbar nach dem Treffen von Radom nichts dergleichen von Walesa zu hören wurde.

Rakowski hat kürzlich in einem Interview für die „Times“ behauptet, die Tagung des Solidarnosc-Präsidiums in Radom sei „entscheidend für die Verhängung des Kriegsrechts“ gewesen (nach „FR“, 23.2.). Man kann das selbstverständlich als reine Zweckpropaganda abtun. Man könnte aber auch interpretieren, daß zumindest für einen Teil der Führung, für den hier der „liberale“ Rakowski steht, die Solidarnosc-Tagung in Radom einen allerletzten Anstoß gegeben hat, den Pöbeln zur Verhängung des Kriegsrechts zuzustimmen.

Der „Tag X“

In der Rechtfertigungspropaganda für die polnische Militärdiktatur ist viel von einem „Tag X“ die Rede, dem der Staat mit der Verhängung des Kriegsrechts gerade eben noch zuvorgekommen sei. An diesem Tag, der für den 17. Dezember geplant gewesen sei, habe Solidarnosc die Regierung stützen wollen. „Todeslisten“ seien vorbereitet gewesen, nach denen Solidarnosc am „Tag X“ 80 000 Parteimitglieder ermorden wollte. Detaillierte „Putschpläne“ seien „für das ganze Land ausgearbeitet“ gewesen in den USA, Frankreich und Großbritannien habe Solidarnosc Waffen kaufen wollen — und alles das ist angeblich „durch Dokumente anschaulich belegt“ (Anm. 36). Seltsamerweise ist noch keines dieser Dokumente der Öffentlichkeit präsentiert worden. Ebenso seltsam ist, daß gegen keinen einzigen Solidarnosc-Funktionär wegen dieser Putschpläne Anklage erhoben worden ist (Anm. 36a).

Wie weit Solidarnosc in Wahrheit ser Dokumente der Öffentlichkeit präsentiert worden. Ebenso seltsam ist, daß gegen keinen einzigen Solidarnosc-Funktionär wegen dieser Putschpläne Anklage erhoben worden ist (Anm. 36a).

Wie weit Solidarnosc in Wahrheit von einer organisierten Aufstandsplanung entfernt war, zeigt gerade ein Blick auf ihre tatsächlichen Vorbereitungen zum Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze. Auf der Präsidiumstagung in Radom war festgelegt worden, nach einer eventuellen Beschlußfassung des Sejms über die beantragten „Sondervollmachten“ einen 24stündigen Generalstreik auszurufen. Da die Beratung im Sejm am Freitag (18.12.) erfolgen sollte, wäre für einen Generalstreik praktisch erst der folgende Montag (21.12.) in Frage gekommen.

Teilen von Solidarnosc erschien dies als Reaktion nicht ausreichend; sie befürworteten Kampfkaktionen noch vor der Sitzung des Sejms. Ausgehend von der Warschauer Sektion der Solidarnosc entstand der Plan, einen Tag zuvor, also am 17. Dezember (daher „Tag X“), landesweit Kundgebungen und Aktionen durchzuführen, um gegen die „gewaltsame Lösung von Konflikten“ (Feuerwehrschießung) und die Notstandspläne der Regierung zu protestieren. (Ein entsprechender Aufruf des Warschauer Regionalverbands wurde am 8.12. in der Presse gemeldet, damit also vom 6. oder 7.12.). Aus den Presseberichten geht nicht hervor, wie weit tatsächlich über die Region Warschau hinaus konkrete Aktionsvorbereitungen für den 17.12. im Gange waren.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Solidarnosc-Lösung (Landeskommission) in ihrer berühmten allerletzten Sitzung (in Odansk in der Nacht zum 13.12.) die Aktionsplanung von Radom bestätigte, also Generalstreik nach Beschlußfassung im Sejm, ohne zu Aktionen bereits am 17.12. aufzurufen. Nicht aus dem auf dieser Sitzung beschlossenen offiziellen Kommuniqué (Anm. 37), wohl aber aus den inzwischen bekanntgewordenen Protokollen

der Sitzung geht hervor, daß geplant war, bei Verhängung des Ausnahmezustands (Kriegsrecht) einen „Besetzungstreik“ zu organisieren, nach den Vorstellungen einiger Solidarnosc-Führer sollte dieser dann in einen „aktiven Streik“ übergehen, d.h. praktisch in die Übernahme der Produktion durch die in der Solidarnosc organisierte Arbeiterschaft (Anm. 38). Geplant war außerdem — laut Protokollen und offiziellem Kommuniqué —, ein Referendum durchzuführen, das „über die grundlegenden Probleme hinsichtlich der Einschätzung und Bestätigung der Verfassung“ und über „eine Erneuerung der gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften“ (Kommuniqué) urteilen sollte. Praktisch also ein Mitbestimmungsvotum gegen das gewalttätige herrschende System (Anm. 39). Dieses Referendum sollte, so heißt es im offiziellen Kommuniqué, „nicht später als am 15. Februar stattfinden“. Aus den Protokollen geht darüber hinaus hervor, daß Rukawitski (Hrydzko) dafür eintrat, eine „Provisorische Regierung aus sachverständigen Leuten“ zu bilden, falls die Regierung „nach dem Referendum einer politischen Lösung der Probleme nicht zustimmt“ (Anm. 40). Walesa scheint dieser Konzeption widersprochen zu haben, wobei aber die Stöhrung seiner Argumentation unklar bleibt (Anm. 41).

Aus dem widersprüchlichen, in unterschiedlichen Versionen überlieferten Material dieser letzten Solidarnosc-Sitzung geht immerhin eines klar genug hervor: Angesichts drohender Notstandsgesetze der Regierung sah die Solidarnosc-Führung den Zeitpunkt für einen Entscheidungskampf gekommen und stellte direkt den Kampf um die politische Macht auf die Tagesordnung. Es bestand aber offen-

wenn nicht das Kriegsrecht „darwischengekommen“ wäre. Das Bekenntnis von Solidarnosc zur Gewaltlosigkeit ist nicht zu trennen von der Illusion, man könne eines Tages die Macht plücken wie eine reife Frucht, ohne bewaffnete Gewalt dafür nötig zu haben, bzw. daß man aufgrund der Zersetzung des Staatsapparats mit einem Minimum an Gewalt die Konfrontation siegreich würde entscheiden können.

Hätte die Konfrontation vermieden werden können?

War Solidarnosc „zu weit gegangen“, wie manche Kritiker heute urteilen? Hätte sich der schwere Rückschlag vom 13. Dezember mit mehr Klugheit, Mäßigung und Selbstbeschränkung vielleicht noch vermeiden lassen?

Selbstverständlich läßt sich darauf nachträglich keine beweisbare Antwort geben, sondern man kann sich in der Rekonstruktion des Ablaufs der Ereignisse allenfalls eine Antwort zu 66 % heraus versuchen.

Nicht nur Solidarnosc (s. dazu Teil I dieses Artikels in AK 218), sondern auch die Partei- und Staatsführung Polens hatten monatelang eine Politik der „Selbstbeschränkung“ betrieben. Das machte Polen vorübergehend zum Land mit den wenigsten polnischen Gefangenen (Anm. 45) und den wenigsten Polizei-Einsätzen in ganz Europa. Diese „Selbstbeschränkung“ der polnischen Bürokratie ist damals — auch von Solidarnosc — als bloßer Ausdruck von Schwäche und Handlungsunfähigkeit mißverstanden worden. Es ging aber um weit mehr, nämlich zum einen um die Hoffnung der Führungsmehrheit, daß sich die durch die Exi-

stokratie und Volksbewegung, bei anhaltender Verschärfung der Wirtschaftslage, begünstigte einen allgemeinen Machtsturz und das Schwenden jeder kollektiven Perspektive. Gornicki als Sprecher der Militärdiktatur übertrabte wohl nicht allzu sehr, wenn er im Rückblick sagt: „Die Verbrechensrate übertraf sowohl italienische als auch amerikanische Zahlen. Niemand war mehr sicher auf der Straße. Autorität gab es nicht mehr. Es gab jeden Tag Zehntausende von Toten, wo ein Meister in der Fabrik Anordnungen erteilte, die nicht befolgt wurden, und man ihm sagte, er solle sich zum Teufel scheren. Etwa 200 öffentliche Gebäude waren besetzt“ (Anm. 48).

Eines der Resultate war auch der Zerfall der PVAP, insbesondere ihrer Betriebsgruppen (Anm. 49). Noch gefährlicher aber mußte den Herrschenden die Zersetzung ihres Gewaltapparates erscheinen, die sich beispielhaft darin ausdrückte, daß während des Solidarnosc-Kongresses eine Sammlung mit 42 000 Unterschriften von Polizisten u.a. für die Gründung einer autonomen Polizei-Gewerkschaft präsentiert wurde. In diesem Zusammenhang gehören auch die Streikdrohungen der Angestellten der Staatsanwaltschaft Warschau im November, wobei neben Lohnerböhrungen auch die Unabhängigkeit der Justiz gefordert wurde. Und hierher gehört auch der Konflikt um die Warschauer Feuerwehrschießung (Die Feuerwehr ist in Polen direkt der Polizei angegliedert.)

Man sieht schon, daß das Kernproblem nicht in irgendwelchen „übersteigerten“ oder „verfrühten“ Forderungen von Solidarnosc lag (nach freien Wahlen, nach Arbeiterselbstverwaltung etc.), sondern daß es um praktische

Spekulation für eine „Gewerkschaftsapolitik“ im klassischen Sinn reduzierte sich in dem Maß gegen Null, wie die Entwicklung der ökonomischen Krise jeden denkbaren Bodengewinn der Arbeiterbewegung wieder aufzehrte. Dieser Spielraum verringerte sich zudem dadurch, daß der Streik als Kampfmittel immer fragwürdiger wurde, weil er der Arbeiterklasse selbst mindestens ebenso großen Schaden zufügte wie dem herrschenden System. Vor diesem Hintergrund forderte Walesa: „Wir müssen wirksame Protestformen finden, die uns selbst helfen“ („taz“, 29.10.), und die Parole des „aktiven Streiks“, d.h. der Weiterführung der Produktion in eigener Regie der Arbeiter, gewann Boden. Es entstanden naive Konzepte einer Machtteilung zwischen Staat und Volksbewegung, bei der der Staat die wirtschaftliche Macht abtreiben und nur noch die Verfügung über Polizei und Justiz behalten sollte. Daß dieses Modell nicht funktionieren konnte, war so offensichtlich, daß es nur noch ein logischer Schritt war, weiterzugehen und die Machtfraße insgesamt zu stellen.

Es kam hinzu, daß die Herrschenden selbst spätestens seit der Ablesung Kamas durch Jaruzelski offen und direkt auf Notstandsmaßnahmen zusteueren, die von Solidarnosc als Herausforderung begriffen werden mußten, weil sie ihr Selbstverständnis und ihre Existenz als autonome Gewerkschaft bedrohten. Erst diese direkte Herausforderung führte schließlich zur Zuspitzung der Diskussion in Radom und Odansk.

Der Gang der Dinge in Polen scheint die geschichtliche Erfahrung tatsächlich zu bestätigen, daß Zustand eines labilen Gleichgewichts zwischen den Herrschenden und einer „revolutionären“ Volksbewegung nicht lange aufrechtzuerhalten sind, sondern zu einer raschen Entscheidung hinführen (Anm. 51). Das gilt umso mehr, wenn die politische Krise des Systems mit einer schweren Wirtschaftskrise zusammenfällt. Insofern ist das polnische Beispiel auch ein weiterer praktischer Beweis gegen alle reformistischen Gedankenspiele mit „Historischem Kompromiß“, Hinführung des Imperialistischen Staates in den sozialistischen usw. Es ist andererseits nur logisch, daß westliche Befürworter reformistischer Modelle jetzt der Solidarnosc den Vorwurf machen, sie sei „zu weit gegangen“ — also durch einen freiwilligen Rückzug die vermeintliche Niederlage zu vermeiden oder jedenfalls in ihrer Wirkung abzuschwächen. Die Frage ist bloß, ob unter Umständen eine solche Niederlage nicht nützlicher sein kann als ein freiwilliger Rückzug, der zudem angesichts der Praktiken in der Solidarnosc und in der Volksbewegung gar nicht mehr als geordneter Rückzug, sondern nur als Aufspaltung, Verwirrung und Flucht denkbar gewesen wäre.

„Niemand hat solchen Terror erwartet“ (S. Blumstajn)

Daß Solidarnosc auf die Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet war, ist

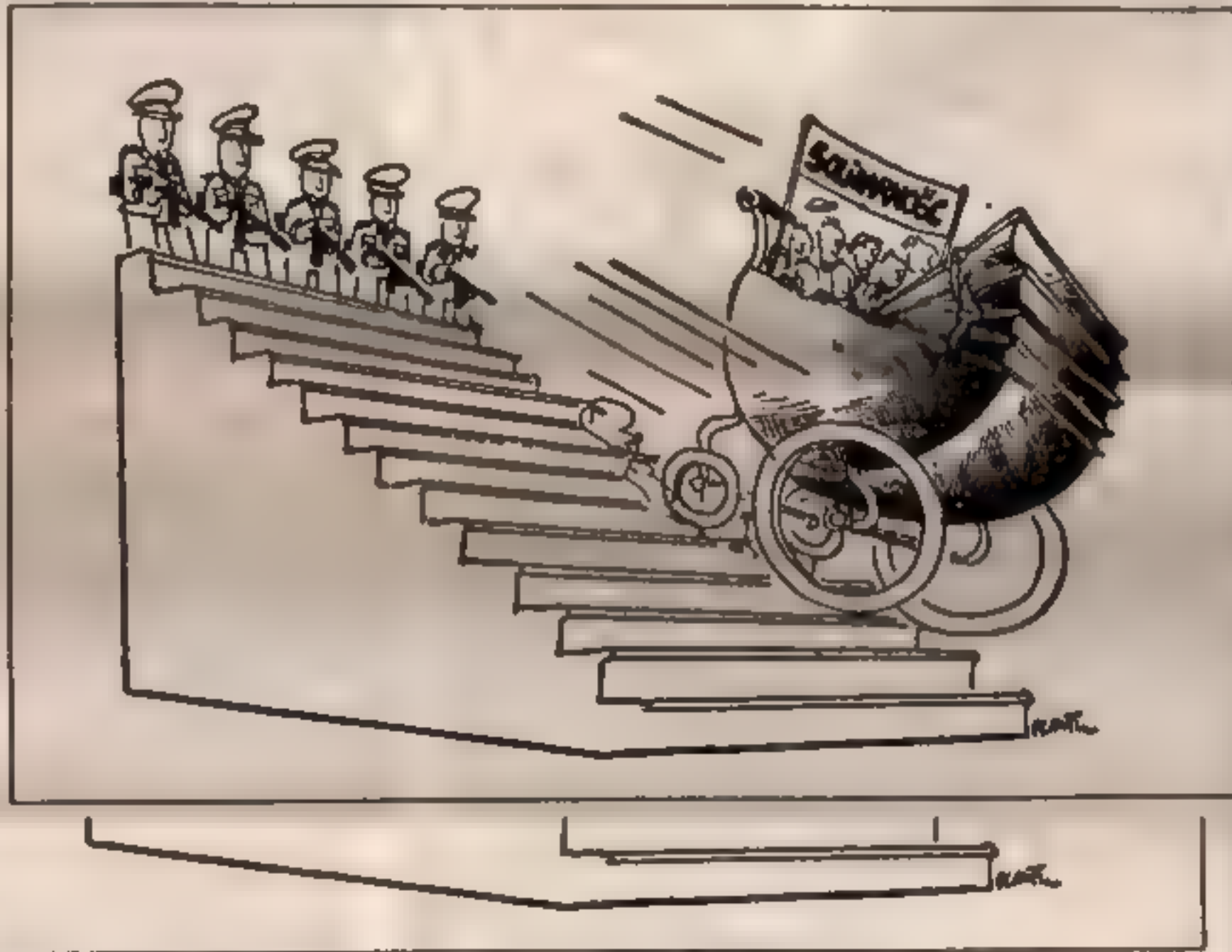
„Niemand hat solchen Terror erwartet“ (S. Blumstajn)

Daß Solidarnosc auf die Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet war, ist so offensichtlich, daß ein Streik darum überhaupt nicht lohnt und wohl auch nirgendwo geführt wird. Unter diesen Umständen verschärft das direkte Aufgreifen der Machtfraße durch das Präsidium in Radom — zu spät, zu leichtfertig, zu laut — die Probleme nur noch.

Es ist nachträglich sehr leicht und riskolos, darüber zu spekulieren, was gewesen wäre, wenn Solidarnosc ernsthaft versucht hätte, die politische Macht zu erobern, wenn Solidarnosc den Aufbau eines eigenen Gewaltapparats („Arbeitermilizen“ o.ä.) konsequent betrieben hätte, wenn Solidarnosc einen Aufstandsplan ausgearbeitet hätte, wenn Solidarnosc sich durch Aufbau einer „zweiten Linie“ besser auch auf Schläge des Staates vorbereitet hätte usw. auf

Gegen diese Art von „linkeradikaler“ Kritik gibt es allerdings einige gewichtige Einschränkungen und Einwendungen, die anzusetzen bereits von Sewerin Blumstajn (zeitender Redakteur der Presseagentur von Solidarnosc) formuliert worden sind. Blumstajn bekräftigt, daß Solidarnosc auf den Militärputsch vom 13. Dezember „technisch nicht vorbereitet“ war, und er führt fort: „Das (die Abwehr der Militärdiktatur) hätte eine geheime, konspirative Vorbereitung und Organisation erfordert, was mit dieser Art von Bewegung, mit ihrem Drang nach Demokratie und Öffentlichkeit der Debatten nicht zu vereinbaren war. Ich kenne keine andere Bewegung, in der jede Versammlung von mindestens sechs Mitgliedern der nationalen Leitung öffentlich ist, wo — wie dies bei Solidarnosc der Fall war — immer Journalisten anwesend waren, die unzählige alle Einzelheiten der Debatten und Beschlüsse veröffentlichen konnten.“

Fortsetzung nächste Seite



81 vgl. Lenin zur Entwicklung und Perspektive der Doppelherrschaft in Rußland 1917 in: *Werke*, Bd. 40, S. 20-23. Die argumente für Doppelherrschaft in die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Bd. 24 S. 44-49). In die Doppelherrschaft verschwinden? (Bd. 24 S. 445-448). Zu den Lösungen (Bd. 28 S. 181-189). Lenin betont die damit durch die wirkliche Entwicklung bestätigte – Ansicht, daß „die Kardinalfrage jeder Revolution die Frage nach der Staatsmacht sei. Die in Rußland herrschte der bisherige demokratische Februar-Revolution entstandene Doppelherrschaft (bürgerliche Provisionale Regierung einerseits, Arbeiter- und Soldatenräte andererseits) könnte demnach nicht lange Bestand haben, sondern die Frage der Staatsmacht müsse zugunsten einer Seite entschieden werden. Inbezugnahme in die Doppelherrschaft was ist die? (2. Juni 1917) argumentiert Lenin, daß die Doppelherrschaft „die Wurzel des Unheils“ sei und daß ohne deren Aufhebung auch der wirtschaftlichen Zerstörung nicht beizukommen sei.

Die SPD vor dem Parteitag

Der Countdown läuft nur noch wenige Wochen und in München wird (vom 19. 23.4.82) der Parteitag der „größten Friedenspartei der BRD“, nämlich der SPD, zusammengetreten.

Zwischen der NATO „Schicksalsgemeinschaft“ mit Reagan und dem Ansprechpartner für die Friedensbewegung in der Parteienlandschaft liegen Welten. RDA der SPD Mitglieder seien zumindest heimliche „Nach-Rüstungsgegner“, erklärte Gerhard Schröder vom linken Parteiflügel. Nur 20% der Delegierten werden für das Falschnamen des Doppelbeschlusses in München stimmen, konstatierte Glotz für den Parteivorstand.

Von „schweren Schläppen“ bis zur „vollen Unterstützung“ für Helmut Schmidt war nach den jeweiligen Landes- oder Bezirksparteitage der SPD im der Frage zu lesen. Ob neben dem beachtlichen „stillen“ Mitgliederverlust (20.000 innerhalb des letzten Jahres) nach dem Kanzler auch eine innerparteiliche Opposition mit dem Austritt drohen könnte, ist allerdings noch nicht erkennbar. Vor allem in der Auseinandersetzung um ein Moratorium während der Genser Verhandlungen werden von Teilen der SPD neue Hoffnungen geschürt. Wir wollen im folgenden versuchen, anhand der Diskussionen und Abstimmungen der vorangegangenen regionalen Parteitage ein Bild zu geben.

Zuvor noch ein kurzer Rückblick auf den Westberliner Parteitag von 1979.

Westberliner Parteitag 79

Mit der überraschend großen Mehrheit von 90% der Delegierten billigte der Westberliner Atomparteitag im Dezember 1979 nicht nur den weiteren Ausbau der Atomenergie, sondern in einem Antrag „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“ auch die „Nach-Rüstung – genau eine Woche, bevor die NATO in Brüssel ihren „Doppelbeschluss“ verabschiedete! Neben allgemeinen Bekenntnissen zur „Sicherheitspolitik“ der Bundesregierung, zum „globalen Gleichgewicht“ und zu „verdingungspolitisch gebotenen Entwicklungen neuer Waffensysteme“ enthält der Parteitagbeschluss folgende konkreten Aussagen zur „Nach-Rüstung“: „Eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden kommt nicht in Frage ... Aus diesen Gründen soll die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen. Ziel der Verhandlungen ist es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte gemeinsame Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen. Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozess überprüfbare Vereinbarungen (Moratorium) über einen Produktionsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtert werden.“

Dieser Beschluss, von stolzen 90 Prozent der Delegierten abgesegnet (es gab genau 40 Gegenstimmen!), steht in München erneut zur Diskussion, zumindest in dem Sinne, daß ein nicht unerheblicher Teil der SPD-Mitgliedschaft auf seine Aufhebung dränge.

Zur Beschluslage im einzelnen:

Baden-Württemberg

„Unter der Sicherheitspolitik der Regierung bröckeln die Fundamente weg“, die „Sicherheitsinteressen der

Bundesrepublik werden gefährdet“, „die Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik werden ausgehöhlt“, so die christdemokratischen Reaktionen auf den Aalenen Parteitag der baden-württembergischen SPD. Der Parteitag hatte mit großer Mehrheit einen Leitartikel zu „Nachrüstung und Waffensysteme“ verabschiedet, indem es u.a. heißt: „Es befremdet uns, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet. Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.“

4. Wir erwarten, daß die Verhandlungen

Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitags erfüllt und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.“ („FR“, 15.5.81).

Ihr baden-württembergische Beschluß macht deutlich, wie groß der Mahnen derer ist, die heute zu den „Nach-Rüstungsgegnern“ in der SPD zu rechnen sind. Genau besehen enthält die Resolution nämlich keineswegs eine eindeutige Stellungnahme gegen den NATO-Beschluß, sondern läßt die Möglichkeit der Stationierung nach Scheitern der Verhandlungen offen. Ebenso wird ein Moratorium nicht konkret gefordert, sondern lediglich als eine denkbare Option zur Diskussion gestellt.

Wesentlich zur Popularität dieses Antrages trug denn auch die schlichte Ankündigung bei, den Westberliner Parteitagbeschluss nicht als ewigkeitswert hinnehmen zu wollen und in München auf seine Überprüfung zu drängen, worin auch ein gewisser Startschub für weitere „oppositionelle“ Beschlüsse in der Partei gesetzt wurde. Kommentiert das „Linke“ Karsten D. Voigt: „Gemessen an der Stimmung in der SPD-Basis ist dieses Ergebnis nach das Beste, was die Regierungstreue, was durchgesetzt werden konnte.“ („konkret“ 6/81).

Bayern

Die Delegierten der bayerischen SPD (insg. 121.000 Mitglieder) entschieden sich mit 210:99 für den NATO-Beschluß. Vorangegangen war das inzwischen hinlänglich bekannte „Donnerwetter des Kanzlers“ („BunS“, 17.5.81), also eine Drohung, bei Ablehnung seiner Hochrüstungspolitik durch die Partei zurückzutreten. Ursprünglich waren für den Parteitag heftige Kontroversen erwartet worden. Es lagen zahlreiche Anträge gegen das Waffensystem, „Nach-Rüstung“ und für die Unterstützung des Krefelder Appells vor. Der bayerische Parteivorstand hatte angesichts dessen noch so bis zum einen „Kompromissantrag“ vorbereitet, der die Diskussion auf einen bayrischen Sonderparteitag Anfang 1982 vertagen

politisch machen, wenn nicht die Sozialdemokraten“ ging es dann auch nicht mehr um die „Nach-Rüstung“, das Ergebnis der Abstimmung entsprang dem deutlichen Wunsch der Delegierten, Helmut Schmidt aufzugeben“ („FR“, 18.5.81). Das dürfte den bayrischen „Lernenden“ hervorragend gelungen sein, kann Schmidt nun die bayrischen Delegierten auf dem Bundesparteitag beruhigt auf seiner Seite abhaken.

Der Bezirksparteitag der SPD Südbayern etwa, einer der Bezirke, deren Kritik am Doppelbeschluss sich der Bundeskanzler sicher sein dürfte“ („faz“, 26.11.81), zog sich auf Intervention von Willy Brandt nicht nur auf eine Moratoriumsforderung zurück, sondern wählte mit Dieter Laitmann unter 13 Delegierten nur noch einen, „von dem man eine ablehnende Haltung gegenüber dem Doppelbeschluss erwarten dürfte“ („faz“, 26.11.81).

Hessen

„Auf dem Landesparteitag der hessischen SPD sorgte vor allem eine glänzende Regie dafür, daß das Konfliktpotential unter der Decke blieb.“ („FR“, 5.10.81). Über die „Nachrüstung“ wurde erst gar nicht diskutiert, stattdessen durfte sich Holger Böhrer mit einem wortgewaltigen Beitrag gegen die Neutronenbombe profilieren. Ein Antrag der Jusos, die Demo am 10.10. in Bonn zu unterstützen, wurde zugunsten einer Resolution, die „das souveräne Recht der Bürger“ auf Demonstration im Allgemeinen bestätigte, abgelehnt („FR“, 5.10.81). Auf den etwas niedrigeren Ebenen gibt es aber auch im konfliktgeplagten Hessen deutliche Aussagen. Der Bezirksparteitag Südhessen (100.000 Mitglieder) lehnte – „trotz eines beschwörenden Appells des ehem. Westberliner Bürgermeisters Vogel“ die „Nachrüstung“ „mit großer Mehrheit“ ab („Die Neue“, 16.6.81). Ebenso sprach sich der UB Wiesbaden „nahezu einstimmig“ gegen den Doppelbeschluss aus; die 160 Delegierten des Unterbezirks Hochtaunus forderten „eine Überprüfung der SPD-Haltung zum Nachrüstungsbeschluss“ („FR“, 11.5.81). Fest zum Regierungskurs stehen die Frankfurter Sozialdemokraten: wurde sich die SPD gegen die „Nachrüstung“ wen-

des, der den Bundesparteitag aufforderte, zu überprüfen, ob die Geschäftsgrundlage für den Nachrüstungsbeschluss noch gegeben sei. Dagegen stand ein Antrag des UB Bremen-Ost, der eben diese Grundlagen (Nuklearisierung von SALT und ernsthaft Verhandlungen) als nicht mehr gegeben ansah und von der Bundesregierung die Rücknahme ihrer Zustimmung forderte. Nach dreimaliger Ausschüttung ergab sich eine hauchdünne Mehrheit für den Vorstandsantrag („faz“, 18.5.81).

Selbst mit einer Neuaufgabe seiner Rücktrittsdrohung gelang es Helmut Schmidt nicht, zu verhindern, daß sich der folgende Landesparteitag „ausdrücklich gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen und den sofortigen Stop der Vorbereitungen dazu“ aussprach. „Ebenso sollten in Osteuropa keine neuen SS 20-Raketen aufgestellt werden.“ („FR“, 7.12.81). Ein Antrag auf ausdrückliche Rücknahme des Doppelbeschlusses wurde allerdings abgelehnt. Der UB Bremen-Ost hatte bereits im Mai einen einseitigen Stationierungsverzicht durch die BRD gefordert („faz“, 6.5.81). Obwohl sich in Bremen damit letztlich die „weiche“ Linie der „Nach-Rüstungsgegner“ durchgesetzt hat, muß Bremen – immer unter Berücksichtigung der in der SPD üblichen „Kompromisse“ und taktischen Finessen – zu den Gegnern der „Nachrüstung“ gerechnet werden.

Saarland

Auf dem Landesparteitag im November forderten die Delegierten „mit großer Mehrheit von 80% der Stimmen... die Aussetzung der Stationierung bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen USA und UdSSR“ („Neue“, 10.11.) Nicht uninteressant im Verhältnis des Landesgruppenchefs Lafontaine neben Eppler gemeinhin als der „Nach-Rüstungsgegner“ in der SPD hochgejubelt so wurde erst auf seine Initiative hin noch die Forderung an die Sowjetunion aufgenommen, diese „sollte die Zahl der auf Europa gerichteten Sprengköpfe auf das Niveau von 1978 zurücknehmen.“ Daß dieser „kleine“ Zusatz den Charakter der Resolution erheblich ändert, ist offensichtlich. Zum anderen setzte sich Lafontaine als erster nachdrücklich dafür ein, die „Nachrüstung“ nicht auf dem Münchener Parteitag zu diskutieren, sondern erst auf einem Sonderparteitag 1983. Sein Ziel war dabei, der „Regierung eine faire Chance zu geben, über Verhandlungen die Nachrüstung zu verhindern.“ („Vorwärts“, 12.11.) Gerdredner Vogel kritisierte den Saar-Beschluß zwar, äußerte aber unmissverständlich, daß Partei und Regierung nicht darüber wägen: „Eine Partei müsse häufig weiter denken, als die Regierung handeln könne.“ („Neue“, 10.11.)

Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten haben „eine Mittelstreckenmoratorium während der Genser Verhandlungen verlangt. Ein Alternativantrag zur Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses unterlag nur knapp, dafür ging der Leitartikel des SPD-Bundesvorstand mit seiner indirekten Bestätigung der NATO-Nachrüstung mit ebenfalls knapper Mehrheit durch“ („faz“, 9.2.82).

Hamburg

Gegen den ausdrücklichen Widerstand von Helmut Schmidt und Hans Apel verabschiedeten die Delegierten ein „Papier zur Friedenspolitik, in dem eine atomwaffenfreie Zone als wichtiger Schritt auf dem Weg zu Stabilität und Entspannung in Europa“ bezeichnet wurde. „Schwere Schläppe für Schmidt und Apel“, „peinliche Niederlage“, „schallende Ohrfeige“, „könnte von Breschnew stammen“, so die Reaktionen aus der CDU-Ecke.

Gemessen am Auftreten Apols und Schmidts, das sich gegen diese Resolution gewandt und verständlicherweise volle Rückendeckung für ihre Bonner Politik gefordert hatten, mag das Ergebnis auf den ersten Blick tatsächlich wie ein Sieg der „Nach-Rüstungsgegner“ aussehen. Die Befürworter des Antrags sprechen gar von einem „Signal, daß wir (?) in Europa auf Atomwaffen verzichten wollen“. Die Tatsachen sprechen nur leider gegen eine solche euphorische Interpretation. Zunächst wurde die Resolution gegen einen Alternativantrag aus Altona verabschiedet, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, ihre Zustimmung zum Doppelbeschluss zurückzunehmen. Die Parteitagsgesamtheit konnte sich mit der Resolution nicht auf eine gemeinsame Grundlage durchsetzen. „In diesem Antrag konnten wir nicht machen und der unzufriedenen Linken entgegenkommen, hatte die Antragskommission den erwähnten Zusatz mit der Nennung der „atomwaffenfreien Zone“ als Ergänzung. Fortsetzung nächste Seite



gen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichtes auf eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die

sollte. Nach Schmidts Auftritt war derartiges jedoch nicht mehr nötig. Die Mehrheit folgte seinem Aufruf, „die innerparteiliche Auseinandersetzung zurückzustellen, weil er sonst einen Wechsel der FDP zu den Linksparteien noch in diesem Jahr für möglich hält.“ („FR“, 18.5.81). Nach Schmidts Auftritt (wer soll denn eigentlich in Deutschland Friedens-

den – so Karsten D. Voigt – „denn wäre die SPD/FDP-Koalition am Ende, Helmut Schmidt wäre nicht mehr Kanzler und könnte keinen Einfluß in Richtung Entspannung mehr ausüben“ („FR“, 12.82).

Bremen

Den Bremern lagen zwei Anträge zur Abstimmung vor: einer des Voran-

Abgänge

„Wegen Behinderung der örtlichen Friedenswoche JUSO-Vorstand Mulheim trat aus der SPD aus“ („Neue“).

„Hesse. Wegen NATO-Doppelbeschluss Stadtvorstand tritt aus SPD aus“ („Neue“, 24.6.81).

Nürnberg. „Die Partei ist Wolf zu rechts geworden. Stadtrat verläßt die SPD“ („Neue“, 2.10.81).

„In den vergangenen vierzehn Jahren hat die SPD Baden-Württemberg etwa 3.500 Mitglieder verloren. Das sind fast fünf Prozent ihres Bestandes von 1977 (70.600)“ („FAZ“, 6.10.81). Hesse/Süd. „Schon im zweiten Quartal dieses Jahres mußte er etwa 650 Sozialdemokraten aus seiner Partei lassen. „...waren es im ersten Quartal 81 noch 250 Abgänge. Bereits im Oktober sei ein weiteres halbes Pro-

zent, also etwa 460 Mitglieder abgegangen.“ Bis Jahresende rechnet Pohlmann mit einem Stand von 90.000. Der Höchststand betrug immerhin 1978 98.000! Hauptgründe für die Abgänge: „Nach-Rüstung Sparpolitik Startbahn West“ („Mittel“, 20.11.81). „Dem Kammern SPD-Geschäftsführer sind so begründete (Startbahn) Austritte bisher nicht bekannt. Aber auch dort geht die Mitgliederzahl stetig (ca. 200 im Jahr) zurück.“ („FR“, 20.11.81). Frankfurt. „Vorstandsmitglied trat aus SPD aus... Er könne die Startbahn- und Knäppelpolitik nicht mehr mittragen. So sei der Punkt erreicht, wo die Organisationsabteilung zur „Kampfschicht“ werde.“ („FR“, 7.12.81). „Der Zustand der Frankfurter

SPD ist beschränkend. Sie habe fast ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. 60.000 Wähler hätten ihr in den letzten Jahren den Rücken gekehrt.“ („FR“). „Diese Partei ist nicht mehr unsere Partei.“ In diesem Satz gipfelt ein offener Brief, den rund 320 SPD-Wähler Ende Juli als Anzeige in die Süddeutsche Zeitung einbringen ließen. Der Adressat des Briefes: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler.“ Die Unterzeichner, die nicht nur aus München und Umgebung, sondern auch Hamburg, Köln und anderen Orten stammen, empfinden „Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, macht uns Angst. Wer hat für einen Mann des Friedens hält, kann für uns kein Mann des Friedens sein.“ („FR“, 11.8.81). „Vier Mitglieder des JUSO-Vor-

standes eines westfälischen Unterbezirks... erklärten zwei Tage vor Beginn des Bezirksparteitags ihren Austritt aus der SPD, die „Vorgänge um Coppi und Hansen hätten nur den letzten Anstoß gegeben.“ („faz“, 9.2.82). „In Bremen haben eine Reihe langjähriger SPD-Mitglieder angekündigt, sie würden anlässlich einer Parteiveranstaltung am 22.2. ... ihre Parteibücher zurückgeben.“ („faz“, 1.2.82). JUSO-Gruppe Pinnerberg aus der SPD ausgetreten („AK“, 2.6.81). „Von 1977 bis 1980 hat die SPD rund 25% ihrer Mitglieder bis 25 Jahre verloren.“ („Stem“, 8.10.81). „Die SPD, die im vergangenen Jahr 20.000 Mitglieder verlor.“ („Spiegel“, 8.2.82). Antimilitarismuskommission K.B./Göttingen

Fortsetzung von voriger Seite

empfohlen... von einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen prominenten Hamburger Bundespolitikern und der SPD der Hansestadt kann deshalb keine Rede sein" („Vorwärts", 28.1.82).

Darüberhinaus schließen sich die Hamburger dem Vorschlag an, erst auf einem Parteitag 83 erneut über die „Nachrüstung" zu diskutieren. In diesem Lichtleuchten erweist sich der Hamburger Beschluss eher als taktischer Erfolg Schmidts. Allerdings fordert der Hamburger Beschluss ein Moratorium während der Verhandlungen und die Verlängerung des Zusatzprotokolls von SALT II, das die Stationierung sogenannter Cruise Missiles mit einer Reichweite über 600 km verbietet (ab Ende 1982 geplant).

Westberlin

„Berliner SPD auf Schmidt-Kurs" meldete die „FR" am 22.2.82 in der Tat Der Leitartikel des Bundesvorstands, die „Nachrüstungsdebatte" auf Ende 1983 zu vertagen, wurde bei nur wenigen Gegenstimmen angenommen. Mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, der die Bundesregierung zur Aufkündigung des NATO-Beschlusses aufforderte.

Schleswig-Holstein

Auf dem Landesparteitag in Flensburg wurde - gegen den Antrag des Landesvorstandes - mit großer Mehrheit („einem nahezu einstimmigen Votum") eine Resolution verabschiedet, in der es schon, knapp und treffend heißt: „Verzicht auf die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen, das heißt die Aufhebung des Rüstungsstatus des Nato-Doppelbeschlusses" („Spiegel", 26.9.).

Für den Doppelbeschluss hatte sich dort Egon Bahr stark gemacht. Bestätigt wurde diese Entscheidung auf einem weiteren Parteitag vor einigen Wochen. Konsequenterweise wenden sich die Schleswig-Holsteiner gegen den Leitartikel des Vorstandes, wolle also bereits in München versuchen, den „Nachrüstungsstatus des Nato-Beschlusses als Drehmoment wegzubekommen" („FR", 16.2.82). Damit dürfte der Landesverband unter den Nachrüstungsgegnern in der SPD derzeit noch am standhaftesten sein.

Niederrhein

Hier sind uns Beschlüsse zur Nachrüstung nicht bekannt, auf dem letzten Landesparteitag stand das Thema nicht zur Diskussion. Nach Informationen der Jusos kann aber davon ausgegangen werden, daß der Landesverband voll und ganz „auf der Schmidt-Linie" liegt. Landesvorstand und Landtagsfraktion billigten Schmidts Politik jedenfalls „einstimmig" („FR", 26.5.81).

Der Aachener-Linie liegt Landesvorstand und Landtagsfraktion billigten Schmidts Politik jedenfalls „einstimmig" („FR", 26.5.81).

Die nordrhein-westfälische SPD (die mit etwa 300.000 Mitgliedern fast ein Drittel der gesamten SPD-Mitgliedschaft ausmacht) gilt als einflussreichster Landesbezirk und „Trendsetter". Sie gilt darüberhinaus gemeinhin auch als stärkste Basis des Kanzlers. Ein Ruf, dem sie bis vor kurzem auch voll und ganz gerecht wurde, der aber in den letzten Wochen doch leicht angekratzt wurde. „Ziemlich einmütig" verabschiedete der Landesparteitag einen Antrag, der voll der Haltung der Bundesregierung entspricht und auf der Linie des Westberliner Parteitags liegt. „Im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung" - ein sehr beliebter agitatorischer Schlenker - lehnt sie „einen von Verhandlungen unabhängigen Prozess der Modernisierung der eurostrategischen Atomwaffen ab". den Begründungen für die Notwendigkeit der Stationierung braucht 1983 also nur noch Reagen das Scheitern der Verhandlungen hinzuzufügen („FR", 29.6.). Einheitschwer war damals Horst Ehmke, der den Kern des „Problems" herausarbeitete: die SU solle ihr „Taufelzeug" abrüsten!

Die Wochen waren bereits einige Wochen zuvor gestellt worden, als Schmidt vor dem mitgliederstärksten Bezirk Westliches Westfalen in einer

politischen Buttenrede erklärt hatte, wer von Aufrüstung rede, habe „nicht alle Groschen dabei oder sei unredlich". Der Krefelder Appell sei eine „kommunistische Initiative, was selbst die Anzeigenabteilung des Vorwärts noch nicht begriffen habe" („faz", 18.5.). Unterstrichen wurde das Ganze durch die bekannte pathetische Rücktrittsdrohung. „Das Donnerwetter des Kanzlers" („BamS", 17.5.) zeigte Wirkung, die Delegierten votierten mit deutlicher Mehrheit für die „Nachrüstung". Ebenfalls für den Schmidt-Kurs stimmte 4 Wochen später der Bezirk Ostliches Westfalen (30.000 Mitglieder), allerdings nur sehr knapp mit 118 100. Der Bezirk Niederrhein (drittgrößter SPD-Bezirk mit 70.000 Mitgliedern) beschloß „überraschend sogar ein Moratorium bei atomaren Kurs- und Mittelstreckenwaffen für die Dauer der Genfer Verhandlungen".

Überraschend endete auch der Parteitag des Bezirks Ostwestfalen-Lippe. „In Paderborn war der von Willy Brandt vorbereitete Versuch gescheitert, in einem Überraschungscoup den erst Ende Januar vom SPD-Parteivorstand in Bonn erarbeiteten Leitartikel für den SPD-Bundesparteitag in München auf einem Bezirksparteitag - vorzulegen zur Probe - verabschieden zu lassen. Eine knappe Mehrheit (139 gegen 124 Stimmen) der Delegierten lehnte dieses Verfahren ab" („FR", 16.2.82) und verabschiedete einen Beschluss, daß der Bezirk „die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik unter keinen Umständen akzeptierte und die Einstellung sämtlicher Vorbereitungen für deren Stationierung verlangte" (ebd.).

Daß dies allerdings noch lange nicht ein entsprechendes Stimmverhalten in München bedeutet, dafür will Ministerpräsident und Landesvorsitzender Rau sorgen. Er besteht bereits an einer Revision der Beschlüsse: „Rau will dem Vorhaben nach versuchen, eine Plattform zu finden, auf der alle vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke auf dem Bundesparteitag in München stehen können" („FR", 16.2.).

Einige Schlußfolgerungen

Ein glattes Nein zum NATO-Doppelbeschluss wie es die Friedensbewegung fordert - hat es auf nur wenigen Landes- und Bezirksparteitagen gegeben. Erst wenn wir die Bezirke und Landesverbände hinzuzählen, die eine Moratorium gefordert haben, kommen wir zum Ergebnis, daß knapp die Hälfte der 22 Parteitage in Opposition zum Kanzler stehen, darunter aber auch kreuzbrav eingeschätzte Gliederungen wie die Pfalz oder Niederrhein, „auf deren Kanzlertraue Schmidt sich bisher verlassen konnte" („Spiegel" vom 15.2.82).

Doch Moratorium ist auch nicht gleich Moratorium. Einmal mehr lehnte Schmidt sich bisher verlassen konnte" („Spiegel" vom 15.2.82).

Doch Moratorium ist auch nicht gleich Moratorium. Einmal mehr lehnte Schmidt sich bisher verlassen konnte" („Spiegel" vom 15.2.82).

Hier dürfte noch einiges zu erwarten sein, selbst wenn Grotz bereits verkündet, daß auch nur 40% der Delegierten in Opposition zum Leitartikel des Vorstandes stehen werden. Der Preis, als „Nach-Rüstungsgegnern" gelten zu können, soll damit offensichtlich erheblich runterschraubt werden. Eine Abstimmungswiederlage für Kanzler Schmidt dürfte tatsächlich kaum zu erwarten sein, folgt man der Logik von Parteivorstandsmitglied Heuß, daß ein Bundesparteitag eine andere Einstellung der Delegierten beschaffe als Bezirksparteitag. „Bei Bundesparteitag werden die Delegierten sich eher ihrer Gesamtverantwortung bewußt sein, und außerdem hätte die persönliche Loyalität zum Kanzler noch immer die entsprechenden Mehrheiten garantiert. Das werde diesmal nicht anders sein" (nach „faz" vom 17.2.82).

Katzenbach/KB/Gruppe Göttingen



Hamburg 1958: Die Bewegung 'Kampf dem Atomtod' mobilisierte Hunderttausende. Machen wir's im Hinblick auf den Münchener Parteitag der SPD ebenso!

Kontroversen über Protestdemonstrationen gegen SPD-Bundesparteitag: Sozialdemokratisch oder friedensbewegt?

„Es geht hier doch nicht um AStA-Verhandlungen!" Flapsg, einem telefonischen Anrufbeantworter vergleichbar, hält Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung Nachfragen, wie es um die Vorbereitungen für die Protestaktionen gegen den Münchener SPD-Parteitag (19 bis 21.4.) steht, oblitzen. Seit Januar haben die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, die Alternative Liste Westberlin die Hamburger Friedenskoordination und verschiedene andere Friedensinitiativen und Organisationen die Bundesverbände der Jugendzeitungen, der Falken und des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt wiederholt aufgefordert, im Interesse eines möglichst breiten Protestes gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung in München eine von allen Strömungen der Friedensbewegung gleichberechtigt getragene Demonstration zu ermöglichen. Doch die Bundesverbände der drei sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die die organisatorische Vorbereitung frühzeitig an sich gezogen haben, legen sich quer. Nach wie vor beanspruchen sie, allein den politischen Charakter, Trägerkreis und Kundgebungsort der für den 17.4. geplanten Protestaktionen zu bestimmen. Um auch die nicht in die Sozialdemokratie eingebundenen Teile der Friedensbewegung zu Wort kommen zu lassen, berufen die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, zusammen mit einem breiten Spektrum anderer Gruppen, unter anderem eine alternative Auftaktkundgebung vor.

Im Kern geht es bei den Auseinandersetzungen zwischen Jusos, Falken und AWO-Jugendvorstand und den nichtsozialdemokratischen „Nach-Rüstungsgegnern" darum, wie stark die SPD in München kritisiert werden soll. Lange Zeit galt in der Friedensbewegung der Münchener SPD-Parteitag als wichtiger Zeitpunkt ihrer Aktivitäten. Seitens der Bonner Demonstration begann aber auch der SPD-Parteivorstand, sich siffig Gedanken darüber zu machen, wie die für München zu erwartende außerparlamentarische Mobilisierung abzuschwächen bzw. zu kanalisieren wäre.

„Etwas Begleitmusik aus der Friedensbewegung ..."

In dem am 23.1. veröffentlichten „Sicherheitspolitischen Leitartikel" folgte der SPD-Parteivorstand der Idee Willy Brandts und Egon Bahr, nicht bereits in München, sondern erst auf einem Sonderparteitag im Herbst 1983 endgültig über den NATO-Nachrüstungsbeschluss entscheiden zu lassen. Die prominenten „Nach-Rüstungsgegnern" in der SPD um Eppler und Lafontaine schwanken seitdem zwischen Parteilichen und verschiedenen taktischen Überlegungen, den „Nach-Rüstungsbeschluss" zu unterlaufen (Moratoriumsvorschlag?) und unter dem Ausdruck nicht gefragt ist ein starker „Druck von der Straße", der die „Arbeit auf dem Parteitag" behindern könnte (Eppler, laut „Spiegel" vom 9.11.81).

Aber „etwas Begleitmusik aus der Friedensbewegung" - so weiß die „Zeit" zu berichten - „wäre diesen Politikern schon lieb. Sogar der Parteivorstand hat nichts dagegen, wenn die parteiigen Jugendorganisatio-

nen - Jusos, Falken, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt - mit einer Friedensveranstaltung am Vorabend des Parteitages den Druck von außerhalb auffangen, womöglich Teile der Friedensbewegung auf dem Wege widerfassen an die SPD binden" (12.2.82).

Wie das bewerkstelligt werden soll, wurde ausführlich auf der SPD-Parteivorstandstagung am 25.1. besprochen. Während Schmidt und Apel prinzipielle Bedenken gegen die von den Jusos für den 17.4. in München vorgesehene Demonstration geltend machten, gaben Grotz und Wischniewski zu bedenken, daß „ein vom Parteivorstand ausgesprochenes Verbot dieser Kundgebung ... mit Sicherheit zur Folge hätte, daß andere Organisationen die Gelegenheit nutzen und mit weitaus größerem Gefolge als die Jusos gegen die Sicherheitspolitik der SPD und den Parteitag demonstrieren würden. So könnten die Jungsozialisten immerhin noch Einfluss auf den Verlauf der Kundgebung nehmen" („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 26.1.82).

„Bei Rednern achten wir auf SPD-Nähe"

„Bei Rednern achten wir auf SPD-Nähe"

Bislang haben die Bundesverbände der sozialdemokratischen Jugendorganisationen alles vermieden, was das in sie gesetzte Vertrauen enttäuschen könnte. Ihre gesamte Planung für den 17./18.4. in München (Auswahl der Redner, der - ursprünglich nur an SPD-Mitglieder gerichtete - Aufruf etc.) ist sorgsam darauf bedacht, der SPD nicht allzu weit zu tun. Insbesondere die organisatorische Trägerschaft der Demonstration soll fest in sozialdemokratischer Hand bleiben.

Dagegen wurde auf verschiedenen Münchner Vorbereitungstreffen und auch auf der Bonner Aktionskonferenz der Friedensgruppen am 6./7. Februar (vgl. AK 218) von den Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, den Alternativen Listen Westberlin und Hamburg, der Hamburger Friedenskoordination, der ESG, der Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit und anderen gefordert, eine gemeinsame, von allen Strömungen der Friedensbewegung gleichberechtigt getragene Demonstration zu ermöglichen. Die Westberliner Friedenskoordination schloß sich diesen Forderungen in einem Telegramm an die Bundesverbände der Jusos und Falken an.

Öffentliche Kritik gibt es mittlerweile auch aus einigen Juso- und Falkenlandverbänden. Die Westberliner Jusos kritisierten, daß „insbesondere die Bundesverbände von Falken und Jusos ... durch ihre Weigerung, die Münchner Aktion breit und frühzeitig vorzubereiten, dafür gesorgt (haben), daß große Teile der Friedensbewegung, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, kaum noch für München mobilisiert werden". Ihr Interesse an einer geringen Demonstrationsteilnehmerzahl (30.000) scheine außerordentlich groß zu sein. In ihren konkreten Forderungen und die Westberliner Jusos jedoch ausgesprochen moderat. Damit auch Grüne, Kofaz und andere über verbale Aufrufe hinaus die von ihnen beeinflussten Teile der Friedensbewegung tatkräftig auf die Münchner Demonstration einbringen könne, wird eine Erweiterung der Rednerliste vorgeschlagen

(Albertz, Laumann, Bastian, Engelmann, Quidt, Leinen, ein Vertreter des türkischen Widerstandes sowie die Bundesverbände der Jusos und Falken); Vertreter der grünen/alternativen Bewegung oder auch - wie in Bonn vorgeschlagen - Coppik oder Hansen sind nicht berücksichtigt. Immerhin wollen die Westberliner „Falken" aber den Aufruf und die alternative Auftaktkundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen unterstützen.

Doch sowohl die Kritik der nicht-sozialdemokratischen Friedensgruppen als auch die innerverbandliche Opposition lassen die Bundesverbände der Jusos und Falken kalt. Auf der Juso-Bundesvorstandssitzung am 4.3. wurde die bisherige Planung für München noch einmal bestätigt, sprechen sollen Pöck (Juso-Bundesvorsitzender), Kindsmüller (Falken-Bundesvorsitzender), Albertz, R. Jungk und B. Engelmann (mittlerweile wird anstatt Engelmann Bastian genannt).

In einem Interview mit der „Neuen" (12.3.) bekräftigte der Falken-Bundesvorsitzende Kindsmüller ausdrücklich, daß bei der Auswahl der Redner „unabhängig" der Redner „unabhängig" der

ken-Bundesvorsitzende Kindsmüller ausdrücklich, daß bei der Auswahl der Redner „unabhängig" der Redner „unabhängig" der

Fünf vor zwölf - Alternative Auftaktkundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen

Befürchtungen der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen und anderer nicht in die Sozialdemokratie eingebundener Friedensgruppen, daß es den Bonner Büros der sozialdemokratischen Jugendorganisationen am 17.4. um eine sozialdemokratisch dominierte Aktion geht, haben sich also voll bestätigt. Die einzige Zusage, zu der sich Falken und Jusos auf der Bonner Aktionskonferenz bequemt haben - bis Ende Februar zu einem gemeinsamen bundesweiten Vorbereitungstreffen für München einzuladen - ist bis heute nicht eingehalten worden.

Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen rufen deshalb mit einem eigenen Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 17.4. in München auf (vgl. AK 218). Darüber hinaus organisieren sie eine Auftaktkundgebung „fünf vor zwölf" am Odeonsplatz. Dort sprechen - neben verschiedenen Vertretern der Basis der Friedensbewegung: Mechtild Petra Kelly, Alexander Schuler, Erich Fried und die Landesbeauftragte von Baden-Württemberg. Um Vertreter des Widerstandes in der Türkei und aus Mittelamerika sowie aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Teilen der Friedensbewegung bemüht man sich zur Zeit noch

J. Westberlin



Anzeige

FRIEDENSPARTEI SPD
Materialien zur Geschichte der „Konsequenzen unbefriedigter Verhandlungen des Friedensvertrages (deutscher Vorschlag)" (SPD-Fraktion)
Inhalt:
• 1914 Die SPD und die Kriegsbrosche (AK 209)
• 1918 „Nachrüstung" in der „Welt" (Hilfsbuch der Friedensbewegung) (AK 208)
• Die Bewegung der Atomkraft (Hilfsbuch der Friedensbewegung) (LW 311)
• Die SPD-Linke und die „Nachrüstung" (AK 210)

Parteitag 92 über die „Nach-Rüstungsdebatte" (AK 210)
• Karl Vogt (SPD) Kämpf der Friede (AK 211)
• SPD und die Bonner Demonstrationen
• SPD und die Neutronenbombe
• Kleine Netze Große Folgen: SP in Dänisch
Imd. jährliches Preussisch-Kommun. St. Jahrbuch (et c.)
22 Seiten, 50 DM + 40,- Porto
zu beziehen über:
Buchladen Bonn Str. 11 im Str. 10, 4600 Cottbus
110 KB
Stempel der Antim-Kommission, R. Göttingen

2. Aufl. 1982

Kommt ein Moratorium?

Auf dem kommenden SPD-Parteitag wird die Frage eines Moratoriums für Mittelstreckenraketen ein zentrales Thema sein. Sogar in den USA hat die Forderung nach einem Moratorium bei der Produktion, Erprobung und Aufstellung von Atomwaffen in zwischen größeren Verbreitung gefunden. Der frühere US-Vizepräsident Mondale, die Senatoren Hatfield und Edward Kennedy haben eine entsprechende Resolution in den US-Kongress getragen („FR“, 11.3.82). In den Bundesstaaten Ohio, Kansas, Minnesota, Vermont und Washington und von den Parlamenten entsprechende Resolutionen verabschiedet worden („faz“, 12.3.82). In der Stadt Boulder haben 67% der Wähler in einer Volksabstimmung dafür gestimmt, weitere sind in Kalifornien und Colorado in Vorbereitung („LZ“, 23.2.82).

Glaubt man den Worten Gen. Scherer bzw. der rechten Presse, so grenzt diese Forderung in jeder Form an Ketzerei bzw. Hochverrat. „Wer im Westen für den Verzicht westlicher Nachrüstung eintritt oder auch nur ein Moratorium fordert, weicht sowjetische Illusionen und unterminiert damit die Genfer Abrüstungsverhandlungen“ („FAZ“, 2.3.82). Nach Brezhnevs Moratoriumsvorschlag im vergangenen Jahr schrieb Hans Rühle in der „Welt“ in dramatischem Jargon: „Das Echo auf Brezhnevs 'Abrüstungsvorschlag' clamoriert die Experten“, ein Moratorium würde „Muskau nichts, Europa aber alles kosten“ („Welt“, 26.3.81) und das meinte er wörtlich. Das Befriedigen des „etagen „Ungleichgewichts“ ermögliche den Sowjets einen „Nuklearen Entwaffnungsschlag“ in Europa.

Una scheint es aber zu simpel zu sein, die laufende Moratoriumsdebatte bei der SPD ausschließlich aus der innerparteilichen Diskussion erklären zu wollen oder gar lediglich als taktisches Mittel, beim diesjährigen Parteitag eine endgültige Entscheidung für die Mittelstreckenausrüstung noch einmal zu vertagen.

Es muß doch stützig machen, wenn Helmut Schmidt, der sich gern als Erfinder der Rüstungs-„Lücke“ aus gibt (bei einer Rede vor dem Institut für strategische Studien in London 1977), auch derjenige war, der als erster die Frage eines Moratoriums in die Debatte gebracht hat. Diese Möglichkeit ist bereits 1979 im SPD-Antrag erwähnt worden. Zudem ist die Möglichkeit eines Verzichts auf die Pershing II-Raketen von US-Regierungskreisen in die Debatte gebracht worden.

Wir wollen hier der Sache nachgehen, ob gegebenenfalls ein Moratorium von den USA in die Debatte gebracht werden könnte, um ähnlich wie bei der „Nulllösung“ einen Schachzug zu machen, der die angeblich friedlichen Absichten der NATO hervorheben soll. Es wäre pöflich, sich rechtzeitig auf eine solche Variante einzustellen.

Wir wollen hier der Sache nachgehen, ob gegebenenfalls ein Moratorium von den USA in die Debatte gebracht werden könnte, um ähnlich wie bei der „Nulllösung“ einen Schachzug zu machen, der die angeblich friedlichen Absichten der NATO hervorheben soll. Es wäre pöflich, sich rechtzeitig auf eine solche Variante einzustellen.

Die „Nulllösung“ war nicht das letzte Wort

Als Reagan im November 81 seine „Nulllösung“ präsentierte, war dies im Grunde lediglich eine andere Formulierung des Nato-Doppelbeschlusses von 1979, der besagte, daß man auf den „militärischen Teil“, d.h. die Stationierung verzichten sollte, wenn die Sowjetunion ihr Mittelstreckenpotential landgestützter Raketen, d.h. die SS-20, verminderte. Trotzdem wurde das „Nulllösungs“-Angebot in der bürgerlichen Presse euphorisch als eine „Meisterleistung“ Regans gefeiert. Er sei damit aus dem „Zwickel“ herausgekommen, „überhaupt keine Verhandlungen mit den Sowjets zu wollen“. Reagan habe „die Gefahr eines anti-amerikanischen Klimas in Europa erkannt“, kommentiert die „FAZ“ und stellt befriedigt fest: „Der Ball liegt nun in Brezhnevs Hof“ („FAZ“, 20.11.81).

Umgekehrt wird in SPD-Kreisen die Sache gerne so verkauft, als sei das ganze ein Riesenarbeits, dem man Reagan abgerungen habe. Vielfach wird in der Friedensbewegung noch weitgehender geschloß, pers., dies sei das erste Zugeständnis, das die Friedensbewegung Reagan abgerungen habe. Als Brandt nach seiner Moskauer Reise (im Sommer 81) für eine „Null-Option“ sprach, stellte ihn die „Frankfurter Allgemeine“ in eine Reihe mit anderen SPD-Politikern, die „aus Moskau heimkehrend den sowjetischen Standpunkt zur Abrüstung einleuchtend finden und den amerikanischen in Grund und Boden verurteilen“ („FAZ“, 4.1.82). „Nach vor wenigen Wochen (vor der Verkündung von Regans Schachzug mit der Null-

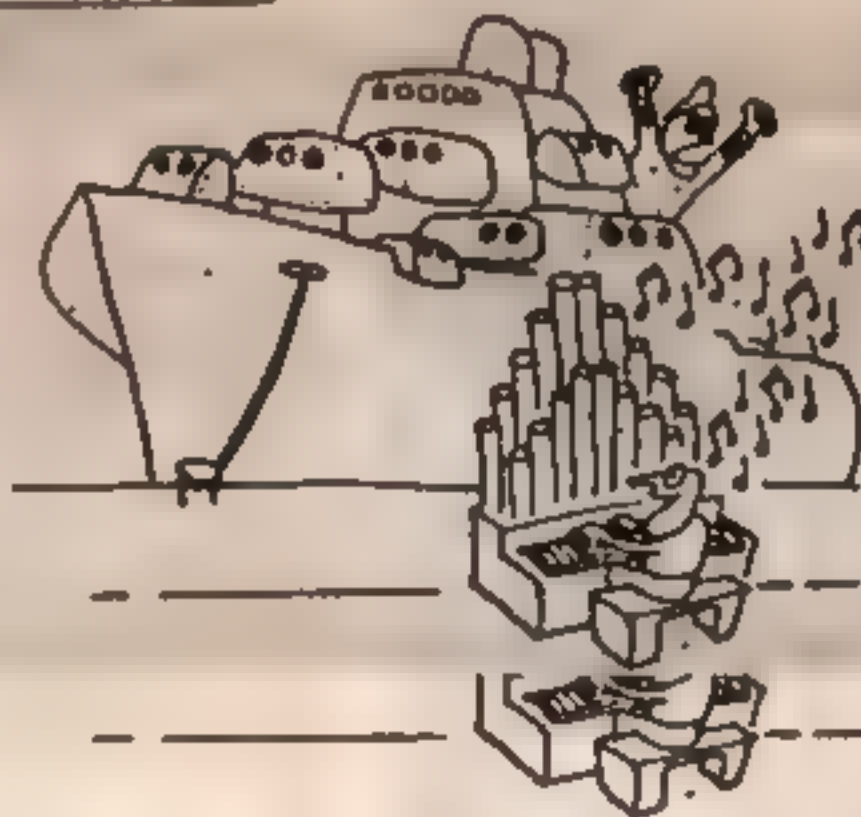
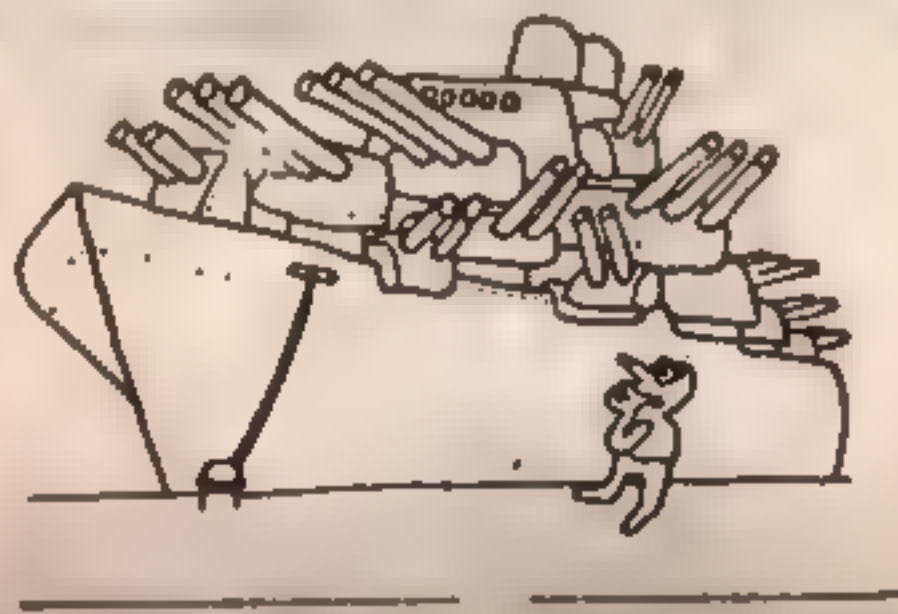
Option“ - Anm. AK) hatte im politischen Hauptquartier der Allianz niemand geglaubt, daß es tatsächlich dazu kommen würde, die „Null-Option“ als offizielle Position der Amerikaner bei den Verhandlungen mit den Sowjets wiederzufinden.“ Weiter sei es April „bei der Sitzung der nuklearen Planungsgruppe in Schottland im Oktober gelungen, die „Nulllösung“ zum ersten Mal in ein offizielles Nato-Kommunique einzubringen (1.1.82) nach „FAZ“ 23.11.81). Doch ganz so naiv kann man sich den Verlauf der Dinge natürlich nicht vorstellen. Die Taktik und der Verlauf der Verhandlungen in Genf ist in internen Gremien weitgehend geheimnisvoll geblieben. „Im Unterschied zu allen bisher zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geführten Rüstungskontrollgesprächen sind die NATO-Partner erstmals an der Vorbereitung der Verhandlungen unmittelbar beteiligt gewesen. Dies geschah in der „Special Consultative Group“ der Nato, einem Gremium aus Angehörigen der Außen- und der Verteidigungsministerien der teilnehmenden Staaten. Als „Special Group“ im Frühjahr 1979 auf Betreiben der Bundesregierung konstituiert, war

USA die Haushaltsmittel zur Beschaffung neuer Atomspargenköpfe bereitgestellt habe („FR“, 17.2.82). (Die Pershing II hat mit 800km Reichweite denselben Radius wie die bisherige Pershing I, hat aber eine von 500 auf 10m verbesserte Zielgenauigkeit.)

Zwar dementiert das Bundesverteidigungsministerium die Meldung, Klaus de Vries, für die Partei der Arbeit im niederländischen Verteidigungsausschuß, blieb bei seiner Verdor.

Interessant ist dazu der Leitantrag der SPD, in dem es in Punkt 10 heißt: „Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketenysteme kürzerer Reichweite, also unterhalb der Mittelstreckenraketen in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen“.

Die „Forward based Systems“ sollen dann in einem „zweiten Verhandlungsdokument“ behandelt werden („FAZ“, 30.11.81). Und wehe da, der Punkt 10 des SPD-Leitantrages fährt fort: „Sie (die SPD, Anm. AK) fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen ... schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden“.



de dort in Zusammenarbeit mit der „High Level Group“ der Nato der Doppelbescheid erarbeitet. Nachdem er im Dezember 1979 gefaßt worden war, begann das Gremium - dessen Vorsitz die Vereinigten Staaten innehaben - mit der Arbeit an dem Verhandlungsmandat, das die amerikanische Delegation mit nach Genf nimmt („FAZ“, 30.11.81).

Danach ist schon heute auch der weitere geplante Gang der Verhandlungen seitens der NATO bekannt. In einem ersten Schritt soll es in Genf um die bodengestützten Raketen gehen. Helmut Schmidt war es selbst, der erklärte, daß die „Null-Option“ „nicht Regans letztes Wort“ („Neue“, 21.11.81) sein werde. Vielmehr soll schrittweise ein Teil der SS-20-Raketen gegen das europäische (französische und englische) Nuklearpotential verrechnet werden.

So fordert der Leitantrag in München auch nicht die Verschrottung des gesamten sowjetischen eurostrategischen Potentials, sondern lediglich den Abbau von sowjetischen Mittelstreckenraketen, um die „Nachrüstung“ „überflüssig zu machen“. So ist es auch nicht völlig falsch - wenn doch anders gemeint - „Wenn Claus Genrich in der „FAZ“ dazu schreibt (am 1.2.): „Als wäre es neben Kwisinski am Genfer Verhandlungstisch dem Amerikaner Nitz gegenüber wird die Einberechnung der Waffen der kleinen europäischen Atomkräfte verlangt“.

In weiteren Verhandlungsrunden soll es um Raketen „kürzerer Reichweite“ gehen. Die Sowjetunion bereit ist die Stationierung der SS-21-23 vor, die NATO die Stationierung von Pershing II-Raketen.

Aus dem niederländischen Verteidigungsausschuß kam die Nachricht, daß bereits die Abmachung perfekt sei, daß die Bundeswehr ab 1986 100 Pershing II bekommen werde und die

Diese Beispiele mögen verdeutlichen, daß sich das, was jetzt in der SPD diskutiert wird, durchaus im Rahmen der abgestimmten Absprachen zwischen Bonn und Washington bewegt.

Nur das Wie ist beim Moratorium umstritten

Schon der SPD-Beschluß von 1979 enthält die Aufforderung, daß ein Moratorium im Verlauf der Genfer Verhandlungen ins Auge gefaßt werden solle. Nach dem Willen des SPD-Vorstandes soll dieser Auftrag ebenso wie der neue Beschluß von München übernommen werden (so im Leitantrag des Vorstandes).

Für die Bundesregierung selbst wird standhaft erklärt, daß es „nach dem A u t o r i t ä t e n Stand“ keine Möglichkeit zur Verlängerung der „Nachrüstung“ gebe (Regierungssprecher Becker). Nichtsdestotrotz erklärten Brandt und Wehner schon Anfang Dezember, daß eine „Verlängerung der vor dem Nachrüstungsvollzug liegenden Frist - denkbar“ sei. Bahe erklärte, daß ein u n b e f r i s t e t e s Moratorium, was die Sowjetunion vorschläge, abzulehnen sei, weil damit der „Druck“ auf die SU fortlaufe, „sprach aber von der Möglichkeit eines westlichen Gegen vorschlags, ein Moratorium bis Ende 1983 zu begrenzen“ (alle Zitate nach „FAZ“ 11.1.81).

Der Kanzler selbst sprach sogar von einer möglichen Begrenzung über den bisher angegebenen Stationierungsvollzug (im Herbst 1983) hinaus, „etwa auf 1984 oder 1985“, berichtete der „Spiegel“ am 15.3.82. Klar ist, daß alle diese Moratoriumsüberlegungen davon ausgehen, daß die Sowjetunion als „Dank“ einseitige Abrüstungsvorhaben (nicht Mittelstreckenbereich vorzunehmen habe „Als Gegenleistung für den vorläufigen Stationierungsverzicht der

NATO müßten die Sowjets sich verpflichten, eine bestimmte Zahl ihrer auf Westeuropa zielenden SS-20 abzubauen“ („Spiegel“, ebenda). In anderen Stellungnahmen der SPD-Spitze heißt es, daß ein Moratorium nur dann in Betracht komme, wenn die Sowjetunion den ersten Zug mache. „Erst einmal müsse die Sowjetunion einen präzisen Vorschlag vorlegen - eine bloße Verlegung einiger Raketen hinter den Ural, wo sie für Westeuropa genauso gefährlich wären, reiche nicht hin“ („FAZ“, 2.2.82). Mit diesem Schachzug wolle „man offenbar Zeit gewinnen und zeigen, es sei an der Sowjetunion, erst einmal Klarheit zu schaffen“ (ebenda).

Das Kalkül von Lafontaine

Anfänglich wollte die SPD-Prominenz, die gegen die „Nachrüstung“ ist, in München ganz darauf verzichten, einen Antrag gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu stellen, um den Kanzler „nicht vor ein unlösbares Dilemma zu stellen“ (so etwa Ulrich Klose - laut „Spiegel“ vom 1.3.82). Diesen Vorschlag hatte Lafontaine zum ersten Mal auf

fröhen Besuch ein annäherndes Gleichgewicht in diesem Bereich festgestellt hatte. Während Eppler bislang immer wieder öffentlich die einseitigen Forderungen der Friedensbewegung an die NATO auf „Nachrüstungsverzicht“ gerechtfertigt hatte, denn man könne nur Forderungen an seine eigene Regierung stellen, will Lafontaine (so in seinem Positionspapier dazu, s. „FR“, 23.2.82) die einseitige Abrüstung jetzt umgekehrt von der Sowjetunion fordern. Habe es in einem NOWOSTI-Text autorisiert gehalten, die Forderung nach einseitiger Abrüstung an die Adresse der SU sei „ein einseitiger, regelrecht absurder Standpunkt“, müsse dem - laut Lafontaine - entgegengehalten werden: „Genau diesen absurden Standpunkt nimmt die deutsche Friedensbewegung ein.“

Im Zeitalter des totalen Overkills ist das Festhalten an der Gleichgewichtsformel absurd. Auch wenn die Sowjetunion einen ersten richtigen Schritt unternimmt und ihre Gefechtsköpfe auf das 78er Niveau reduzieren würde, wäre das verbleibende atomare Potential immer noch viel zu groß. Zudem erinnert Lafontaine an die Erklärung Brezhnevs, daß bei der Festlegung eines Moratoriums während der Dauer der Verhandlungsperiode „die sowjetische Seite bereit wäre, als Bekundung guten Willens einen Teil ihrer Rüstungen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR einseitig zu reduzieren, das heißt, sie würde sich als eine Art Vorleistung jenem niedrigen Niveau nähern, das das Ergebnis der Verhandlungen darstellen würde“ (so laut Lafontaine der von der SU autorisierte Text dazu).

Ursprünglich hatte Lafontaine immerhin noch verlangt, daß die USA bei ihrem Moratoriumsvorschlag auch die geplanten stationierten Raketen einbeziehen müsse, „weil wir den für die Sowjetunion unzumutbaren Schachzug der Reagan-Administration, sich auf den Teil der Atomwaffenbesitz zu beschränken, bei dem die Sowjetunion stärker ist, nicht mitmachen können“ (s. o.).

Nun, inzwischen macht die Truppe doch diesen Reagan-Schachzug mit Laut „Spiegel“ (vom 1.3.82) haben sie sich bei der Vorgesprächung darauf geeinigt, diesen Teil fallen zu lassen. Bleibt als Differenz die SPD-Spitze will ein befristetes Moratorium (im Gegensatz zum Eppler/Lafontaine-Kreis) und keine konkrete Festlegung auf einem SPD-Parteitag; dies soll offenbar auf Regierungsebene geschehen.

Nun hat Lafontaine in seinem Positionspapier darauf hingewiesen, daß ein befristetes Moratorium auf 1983 hinzielen sollte, was wiederum auf Regierungsebene geschehen.

Nun hat Lafontaine in seinem Positionspapier darauf hingewiesen, daß ein befristetes Moratorium auf 1983 hinzielen sollte, was wiederum auf Regierungsebene geschehen.

Und damit ist tatsächlich der Kern aller Überlegungen für ein Moratorium angesprochen. Die NATO müßte nach ihrer bisherigen Logik im Herbst 1983 mit der Stationierung der landgestützten Mittelstreckenraketen beginnen (weil die Sowjetunion ja bis dahin wohl kaum auf den Vorschlag eingegangen sein dürfte, alle ihre Mittelstreckenraketen wegen dieser Drohung zu verschrotten). Die Reagan-Regierung und ihre Bündnispartner haben bisher steif und fest behauptet, daß alle Erfolge in Genf davon abhängen, daß dieser „militärische Teil“ auch ohne Wanken wahr gemacht werde.

Was machen diese Herren nun, wenn sie mit ihren Raketen bis dahin nicht rechtzeitig fertig werden (wie es Lafontaine erklärt)? Sie bieten ein Moratorium an!

Und tatsächlich gibt es die Informationen, daß die Raketen bis 1983 nicht fertig werden.

Sind die Pershing II und Cruise missiles 1983 noch nicht fertig?

Ganz allgemein gilt, daß das gigantische US-Aufrüstungsprogramm einige Abstriche wird erfahren müssen. Zwar bei für 1982 der Senat 8 Mrd. Dollar mehr Rüstungsausgaben an, als selbst Reagan gefordert hatte (insgesamt 200 Mrd. Dollar), für 1983 und 1984 216 Mrd. vorgesehen, für 1984 bis 1988 sind Ausgaben von 1,3 Billionen Dollar geplant, allerdings steigt dabei das Haushaltsdefizit '81 schon auf 100 Mrd. Dollar, was selbst den „Falken“ zuviel ist (so der

„Spiegel“ vom 13.2.81). Doch selbst mit Budget-Auflockungen ist das Programm nicht einzuhalten. Alle Programmschritte „unheilbar an der Beschaffungskrankheit“, meldete die „Chicago Tribune“ („Spiegel“, oben).

Bereits 1981 erklärte die US-Regierung, sie sei „nicht sicher, ob die nuklearen Mittelstrecken-Raketen, wie vorgesehen, bis 1983 einsatzbereit sein werden“, denn die „Tests seien noch nicht abgeschlossen“ („Welt“, 4.4.81). Der US-Bundesrechnungshof klagte in einem öffentlich bekanntgewordenen Bericht seiner Perkhung II „Die wenigen echten Erprobungen der Waffe, die es bisher gegeben habe, würden nicht ausreichten sicherstellen, daß das System die zum anfänglichen Indemnitizierungsstermin, Dezember 1983, schon alle vorgesehenen Leistungen erbringen werde“ („Welt“, 7.3.81). Der „Spiegel“ vermerkte schon 1980 (am 24.1.): „Die Pershing-II-Raketen schließlich, das zieht fest, werden erst in vier Jahren auf den Abbruchrempen stehen.“ Und so wußte denn die „Frankfurter Rundschau“ (am 3.82) aus „informierten Kreisen“ daß in Washington und Bonn Überlegungen angestellt wurden, auf die Perkhung II in der BRD zugunsten neuer US-Perkhung Ib (wie sie auch 1986 die Bundeswehr erhalten sollte. o.) zu ersetzen. „Mit diesem kleinen Argumentum“ würde das sowjetische Moratorium, daß die Sowjetunion von neuen Mittelstreckenraketen bedroht werde, entfallen. „Dann käme die Sowjetunion auf den Prüfstand“, titelte die Zeitung einen ungenannten „Bonner Experten“. Wenn die wirklich an einer Reduzierung interessiert wäre, müßte sie ihre SS 20 abbauen, zumindest ihre Zahl stark verringern.“ Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Erwin Horn (SPD), sagte, diese neue Position der USA würde „nicht unwahrscheinlich“ („SZ“ 2.3.82).

Das gleiche Dilemma bahnt sich bei den Cruise missiles an. Dort hat sich nicht nur der Stückpreis von ca. 2 auf 4,5 Mio. Dollar pro „Tomahawk“ erhöht („Spiegel“, 15.2.82), was bei den geplanten 4.000 CM eine Versteigerung von 10 Mrd. Dollar bedeuten würde. „Komplexe Probleme“ beim Bau der Waffe hatte das Fachmagazin „Aviation Week“ „gleich reihenweise“ aufgeführt, meldete der „Spiegel“ (am 24.11.80): Die Zielprogrammierung, „vor allem Änderungen „in letzter Minute“ vor dem Start, etwa das Einspielen eines neuen Ziels, erwiesen sich als schwierig“. Die zur Entwicklung notwendige „Programmware“ würde sich „ein Jahr“ verzögern, erklärte ein „Pentagon-Gesprächspartner“. Die für Juni 1981 nach 16.000 Testkilometern vorgesehene „Operative Testphase“ wurde auf Ende 1981 verschoben. 1981 sollten dafür 11 und 1982 34 GLCM bereitgestellt werden.

... Bei den bisherigen Tests waren in 1981 sollten dafür 11 und 1982 34 GLCM bereitgestellt werden.

Bei den bisherigen Tests seien in der Regel die Starts durch Abwurf vom Flugzeug aus erfolgt, das gleiche galt für die „Tomahawks“, der seegestützten Version, von denen 1979 bei Tests neun abgestürzt seien („Spiegel“, ebenda).

In flachem Gelände hätte die Cruise massive Schwierigkeiten. Selbst Schneewehen auf Hügeln könnten die Flugrouten durcheinanderbringen, besichtete der „Stern“ (vom 7.5.81). Es werde deshalb an einem neuen Navigationssystem gearbeitet. Für einen erheblichen Teil der Flugrouten fehle Kartenmaterial zur Programmierung („Spiegel“, 3.10.81). Bessere Flügel ermöglichen es, die Flugbahnen um 35 % zu erhöhen und eine größere Navigationsgenauigkeit zu erreichen, meckerte dann hoffnungsfroh die „Welt“ (vom 12.6.81). Der Haken bei der Geschichte: Die neue Version soll „von 1984 an zur Verfügung stehen“.

Ähnliche Schwierigkeiten gibt es wohl auch bei den Luftkrazitäten „Cruise missiles“, bei 20 Tests stürzen 4 ab; trotzdem Boeing erhielt (gegenüber General Dynamics) den Auftrag für die Serienproduktion (nach „IZ“ 30.11.81).

Es wäre verheerend für die Friedensbewegung, wenn aus der Tatsache technischer Schwierigkeiten und notwendiger Verzögerungen bei der beabsichtigten Stationierung neuer Mittelstreckenraketen der NATO allzu große Euphorie über einen „Erfolg“ der Friedensbewegungen ausbrechen würde. Wie nachgewiesen wurde, könnte dies von den NATO-Strategen dahingehend genutzt werden, zum einzelnen Forderungen an die Adresse der Sowjetunion zu begründen, wie es die „Nachrichtungs-“. Gegner-Prominenten in der SPD bereits im Vorfeld zum Münchener Partitag vorgeführt hat. Dann könnte die NATO aus einer konkreten technischen Mißere politisches Kapital schlagen.

Mit uns wird jeder Schuß ein Treffer!

„Allein der europäische Markt für Militär Elektronik überschreitet vier Milliarden Dollar jährlich“, heißt es im IDEE Prospekt. Grund genug für die Waffenhändler, zufrieden zurückzublicken. Allerdings nicht ganz zufrieden – im letzten Jahr halfen Antimilitaristen und Demokraten kräftig mit, die Messen aus Wiesbaden zu vertrieben. Jetzt will sie wie ein Phönix aus der Asche, größer und stärker als zuvor.

Die Bedeutung der Elektronik für militärische Einrichtungen ist in den letzten zehn Jahren immens gewachsen. Moderne Waffen und ohne sie nicht mehr denkbar. „Die Ausgaben für Militärelektronik in den USA stiegen im Verhältnis an der Gesamtbeschaffung auf 32%. Bei Forschungs- und Entwicklungskosten beträgt der Elektronikanteil inzwischen sogar 41%“ („TAZ“, 25.11.81). Ähnlich sieht es bei den Waffen aus. Die Kosten, die beim Leopard 2 auf die Elektronik entfallen, liegen bei 40%, bei Raketen und Flugzeugen sogar bei 60 - 70%. „Erfassen und vernichten“ heißt die militärische Devise. „Immer zuverlässiger, immer schneller, immer kleiner, immer einfacher und kostengünstiger“ die technologische und unternehmerische („FR“, 27.9.79).

Ein weiteres Ziel beim Einsatz von Elektronik ist das sogenannte „Fire and forget“. Durch „eigenständig“ arbeitende Computer, die weitgehend automatisch auf die ihnen eingezeichneten Audiosignale reagieren, sollen die menschlichen Unzulänglichkeiten ausgeschaltet werden. Doch vergessen wir nicht den 2. Ausstellungsschwerpunkt. Die Experten für die innere Sicherheit kommen nicht zu kurz. „Zum Beispiel das Angebot der Firma „PK Electronic“, die Kameras in Feuerzeugen und Armbanduhren einbaut. Aber nicht nur Kameras, sondern auch komplette Sender mit Mikrophon werden in Armbanduhren untergebracht. Wenn diese Lösung nicht gefällt, kann seinen Abhörer auch in einem Päckchen „Cassini Filters“, mit Zigaretten, versteckt sich, bekommen.

Besonders erfreulich für die westdeutschen Firmen ist — bei der „restriktiven“ Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik —, daß Elektronikteile nicht als Waffen gerechnet werden. „Diese grotesk anmutende Abwägung“, schreibt die „FR“ (27.9.79) zur Aussage eines Schweizer Aussetzlers („Wir stellen keine Waffen her“), „hat freilich eine politische Konsequenz von großer Tragweite, denn elektronische Apparaturen lassen sich leicht als zivile Produkte deklarieren und tatsächlich in zivilen Bereichen verwenden“; „daß die Waffenexporte leicht als zivile Produkte deklarieren und tatsächlich in zivilen Bereichen verwenden“, so daß die Waffenausfuhrbeschränkungen der Bundesregierung leicht unterlaufen werden können.“ Das wird zwar eh schon gemacht, nicht nur mit Elektronik, aber „wer kann ... der deutschen Firma Siemens verbieten, einen Rechner zur Flugüberwachung an Chile zu verkaufen? Niemand!“ („Militärpolitik Dokumentation“ 9)

Ausgerichtet und veranstaltet wird die IDEE von der Kiver Communications, einer britisch-amerikanischen Gesellschaft, die dem großen Ausstellungskonzern (Lahnens Exposition Company) angehört. Kiver Communications ist auf die Organisation von Messen und Konferenzen spezialisiert und dafür „international angesehen“, wie sie stolz im IDEE-Prospekt berichten. Zu ihren Projekten, die rund um den Globus stattfinden, gehören die „Latin America National Security Expo“, die „International Naval Technology Expo“ und die „Asian Defence Expo“.

Die erste Messe dieser Art — wie nun jetzt in Hannover stattfindet — wurde von der Kiver Communications '1972 und '73 in Chicago veranstaltet.

Etliche Gruppen engagierten sich stark gegen diese Messe, einige ihrer Vertreter riskierten dabei sogar hohe Gefängnisstrafen, wie aus einem Brief der Los Angeles Catholic Workers hervorgeht. Dieser Widerstand und der Höhepunkt der Anti-Vietnamkrieg-Proteste dürften dazu beigetragen haben, daß sich Kräfte aus Chicago zurückzogen. Danach wurde die Messe in den ganzen USA verboten.

So mußte Kiver nach einem neuen Ausstellungsort suchen, der zentral und in einem NATO-Staat liegen sollte, und muß auf diesem Weg auf Wiesbaden in der Bundesrepublik Die

„Atmosphäre einer ruhigen Beamtenstadt“, die Nähe des Rhein-Main-Flughafens, ausreichend First-Class-Hotels sowie die Ausstattung der Rhein-Main Halle mit einer bunten Dolmetscher-Anlage genügt als Vorzüge, obwohl sich die Bundesregierung „ablehnend“ gegenüber dieser „kommerziellen Waffenschau“ zeigte. Die offizielle Ablehnung bewirkte zunächst auch, daß sich 1976, als die MEJSB (Military Electronic Defence Expo) zum ersten Mal stattfand, vorwiegend Firmen aus Großbritannien, USA, Frankreich, Israel und Schweden einfanden, während sich die westdeutschen Konzerne allenfalls über ausländische Tochtergesellschaften präsentierten. Das änderte sich allerdings im Lauf der Jahre gewaltig.

ger und schöner denn je neu entstehen. Unter dem neuen Namen „IDEE“ (International Defence Electronic Exposition) ist sie für den 18. - 20. Mai 82 in Hannover auf dem Messegelände geplant. Von der Wanne bis zur Raketensteuerung soll alles gezeigt und verkauft werden, was Militäristen und Geheimdienstler erwünschen kann.

Ausstellungsort für die ILA, die internationale Luftfahrtausstellung. Neben Kunststücken mit Kunstfliegern und Fallschirmspringern zeigt sie vor allem Produkte der Militärluftfahrt. Die ILA 82 soll nach dem Willen der Veranstalter (Mess AG Hannover und Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrt) den Schwerpunkt „Verteidigungstechnik“ haben. Fand die ILA bisher parallel zur Hannovermesse, einer allgemeinen Industrie- und Verbrauchermesse, statt, so ist in dieses Jahr so verschoben worden, daß die Verkaufsstage für das Fachpublikum der ILA genau mit denen der IDEE zusammenfallen. Ebenfalls parallel findet in Bückeburg bei Hannover ein internationales Hubschrauberforum mit militärischer Fachtagung statt. Unum-

nen." Hiermit bestätigte der hannoversche Fraktionsvorsitzende Heinemann am 2.12.80 (!) ein Schreiben der Wiesbadener SPD. Darin hatten diese ihre Partei-Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß Kiver in Hannover nach einem neuen Standort Ausschau halten könnte.

Aus der rechtzeitigen Reaktion wurde natürlich nichts. Und das, obwohl die SPD direkt an der Quelle sitzt. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender trägt OB Schmalstieg (SPD) alle Entscheidungen der Messe-AG mit, an der die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen zu je 50% beteiligt sind. Und obwohl schon im Frühjahr 1981 die ersten Gerüchte durch die Szene leisterien, daß hier demnächst eine Waffenmesse stattfinden werde, führte sich bei der SPD nichts. Das ganze wurde erst pressöffentlich, als die Verträge unter Dach und Fach waren: im Mai oder Juni 81. Nun konnte sich OB Schmalstieg unbesorgt seinen Bedenken in der Öffentlichkeit hingeben — er hatte bereits Protestbriefe der Grünen, der DFD/VK und der BI Umweltschutz gegeben. „Es schade sowohl dem Ansehen der Stadt Hannover als auch dem Ansehen der Messe-AG, wenn die Waffenbörse in Hannover veranstaltet werde“ („HAZ“, 15.8.81), so Schmalstieg. Auch äußerten Wirtschaftsmaterin Breuel und die Arbeiter- und Angestellten-Vertreter im Aufsichtsrat der Messe-AG Vorbehalte. Es wurde sogar der Ansehn verbreitet, allen sei noch offen „Wir betreiben uns im Prozeß der Entscheidungsfindung“, so Groth aus dem Messe-AG-Vorstand und noch mal Schmalstieg. „Dem Vorstand sei aufgetragen worden, doch bis zur Sitzung am 27. August zu prüfen, ob die IDEE nicht wieder abgefragt werden könne“ („HAZ“, 15.8.81).

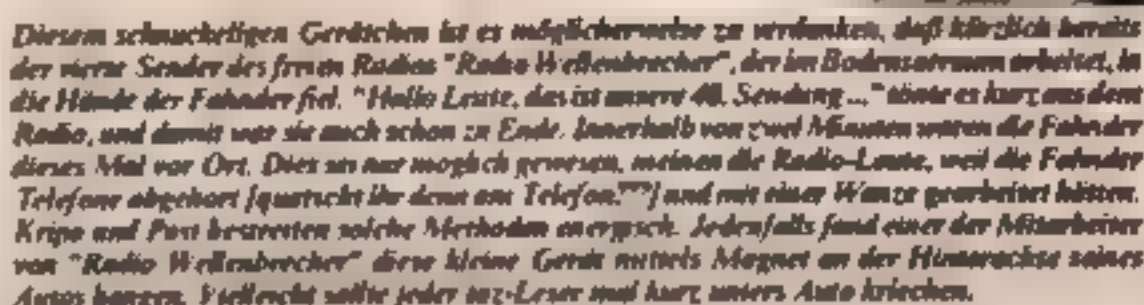
Es kam wie zu erwarten war „Trotz Bedenken: Messe will Waffenschau veranstalten“ teilte die „NP“ (28.8.) einen Tag nach der „entscheidenden“ Aufklärungsitzung mit. OB Schmalstieg, der sich zunächst nicht äußern mochte, schob zwei Wochen später die gesamte Schuld auf den Vorstand: „Die Vermietung von Hallenflächen der Messe...

...nicht in der Zuständigkeit des
...auf den Vorstand „Die Ver-“
...nietung von Hallenflächen der Messe
...liegt nicht in der Zuständigkeit des
...Aufsichtsrates. Bevor sich der Auf-
...sichtsrat mit dieser Frage befaßt,
...waren bereits rechtskräftige Verträge
...geschlossen worden“ („NP“, 11.9.
...11). Auch mochte er sich nicht mehr
...um „Schiedsrichter“ machen, als er
...befragt wurde, ob „es sich hier über-
...haupt um Waffen handelt“ („NP“
...interview). Peinlich für den OB, daß
...die „HAZ“ bereits zuvor berichtet
...hatte: „Unter den Ausstellern, die
...in Wiesbaden waren, befinden sich
...auch einige deutsche Firmen, deren
...Vertreter im Aufsichtsrat der Messe-
...AG sitzen. Sie regten unter anderem
...eine Verlegung auf das hannoversche
...Messe Gelände an“ (11.9.81).

Auf jeden Fall ist man fest entschlossen, sich durch nichts hindern zu lassen. „Die IDFF würde nur dann nicht stattfinden, wenn sie verboten würde“ (so lange laut „NP“). Im Krisenfall will man sich von der Polizei schützen lassen. (Hier hat sich schon

zu produzieren lassen. Diese Maßnahme schien mit dem britischen Gelände verträglich gemacht. Auf einer Zufahrtsstraße zum Flughafen Langenhagen, wo die A 1 stattfinden soll, wurde am 12. 8. 1981 ein vorwiegend aus der Einsatzleitung einer unfreiwillig veranfaßten Demonstration bestehendes "Aktionsteam" (12. 8. 81) gebildet, so reichlich, daß zwei Bullen verletzt in ein Krankenhaus kamen. Was die SPD nach langem Schweigen Ende Januar 1982 doch wieder auf die Beine brachte, war dreierlei: die Landtagswahl, die am 21. 3. in Niedersachsen stattfindet; die Tatsache, daß sich ein recht breites Protestpotential angesammelt hatte; und das faktisiere Auftreten eines ADP-Örters.

„Fünf SPD-Landtagsabgeordnete aus Hannover haben in einer parlamentarischen Anfrage die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert, sich für die Kündigung der Verträge zwischen Messer-AG und den Verantwortlichen der Militär-Elektronik-Aus-

Fortsetzung nächste Seite

(cont. 122", 10.2.02)

(Date: 2022.10.20)

(Date: 2022.10.20)

wunden wird dieser Zusammenhang auch bestätigt. „Die mehr als 200 erwarteten Aussteller sehen in Hannover allein schon wegen der Verknüpfung mit der ILA den idealen Platz für die IDEE ... Die ILA wird damit zum gleichwertigen Pendant zu den großen Luftfahrtausstellungen in Le Bourget (Frankreich) und Farnborough (England)“. Die Konkurrenz treibt auch hier das Messengeschäft. „Ohne Militär Elektronik wurde die ILA zweiklassig“, war der „Neuen Presse“ vom 4. September 81 zu entnehmen, ja der Bund der Deutschen Luft- und Raumfahrt habe „die Messe [IDEE] um Prinzip von der Messe-AG gefordert“. So haben denn auch die beiden Veranstalter vereinbart, sich „weltweit in ihrer Herabsetzung für die beiden Veranstaltungen zu unterstützen“ („Hann. Allgemeine Zeitung“, 19.8.81).

Zusätzlich bietet die vorhandene Messe-Infrastruktur Hannover, das große Messegelände außerhalb der Stadt, von dem die IDfE nur einen Teil nutzen will, Vorteile. Demos aus der Stadt haben es ganz schön weit bis zum Messegelände. Um Störungen jeglicher Art zu verhindern, wird während jeder Messe eine Banneinlei-ung des Geländes erlassen, so daß z. B. Demonstrationen von außen gar nicht herankommen. Es ist also fest davon auszugehen, daß hier diesmal erheb-lich zäher am Veranstaltungsort Han-nover festhalten wird, als dies noch für Wiesbaden galt. Und dem kann sich auch die SPD nicht entziehen.

Hannover – der ideale Standort

Fa wäre eine Illusion, zu glauben, der Umzug der Idee von Wiesbaden nach Hannover sei nur dem Wiesbadener Protest zu verdanken. Durch die Umzug soll „einer der größten Umschlagplätze des Waffenhandels“ (L. Neue, S. 1241) geschaffen werden. Hannover ist nämlich traditionell der

Die SPD – oh weh, oh weh!

„Wir möchten auch sehr herzlich für diese Information danken und werden, sollte es zu einer solchen Situation kommen, rechtzeitig reagieren können.“

Fortsetzung von voriger Seite

stellung „IDEE“ ... einzusetzen“, berichtete die „NP“ am 26.1. Am gleichen Tag wurde der Mosaiksal im Rathaus von 80 Initiatoren besetzt, wo gerade die SPD-Ratsfraktion lagte. Den a.T. verblüfften, weil schlecht informierten Besetzern wurde ein Fraktionsantrag in Aussicht gestellt (Zitat: „Der Rat der Landeshauptstadt Hannover appelliert an den Vorstand der Messe-AO., mit dem Ausstellungsveranstalter in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, von der Durchführung der Ausstellung Abstand zu nehmen.“), sowie eine Zusage zu einer öffentlichen Diskussion gegeben („HAZ“, 27.1.81).

Am darauffolgenden Wochenende wurde es noch radikaler. „Die Fraktionen der SPD im Rat und im Landtag sollen sich energisch dafür einsetzen, daß die für Ende Mai geplante Militär-Elektronik-Ausstellung IDEE auf dem Messegelände nicht stattfindet ... Falls eine Absage nicht mehr möglich ist, sollen die Vertreter von Stadt und Land im Aufsichtsrat zumindest dafür sorgen, daß es zu einer Wiederholung dieser oder ähnlicher Ausstellungen in Hannover nicht kommt“, so der Beschluß des Unterbezirksparlamentarischen Ausschusses für die Stadt Hannover. Und es soll dafür Sorge getragen werden. „Die SPD wird mit befreundeten Organisationen Gegendemonstrationen und -aktionen durchführen“ („HAZ“, 8.2.82). Der ursprüngliche Antrag hatte sogar gelautet, sich „an die Spitze von Gegendemonstrationen und -aktionen“ zu setzen, doch hier erlitt der linke Flügel, der den Antrag eingebracht hatte, eine Schlappe. So schrieb die „SPD kann so etwas nicht tun, weil sie nicht abweichen kann, wie solche Proteste ausgehen“, („NP“, 8.2.82). Offen sichtlich bereitet ihm die Angst vor einer neuen Scherbennacht (11.11.80 anlässlich der Rekruteneinweisung im Niedersächsischen Landtag) mehr Sorgen als die IDEE. Die SPD an der Spitze eines Bündnisses, das keinen Antimilitaristen und keine Aktionsform ausschließt und das konsequent die Verhinderung, notfalls massive Störung der IDEE betreibt, das ist in der Tat schwer vorstellbar. Zu einem SPD-OB in der ersten Reihe der Demo zum Messegelände wird es nicht kommen. Inzwischen ist mit der Begründung, man sei ja jetzt einer Meinung, den IDEE-Gegnern die Bereitschaft zu einem öffentlichen Gespräch angekündigt worden. Das sei nun ja nicht mehr nötig.

Man darf gespannt sein, was die SPD noch an weiteren Kapriolen zu bieten haben wird.

IDEE-Gegner planen bundesweite Protestaktion

Schon im letzten Jahr, bald nachdem bekannt geworden war, daß die IDEE (vom 18. - 20.5.82) in Hannover stattfinden würde, trafen sich

Schon im letzten Jahr, bald nachdem bekannt geworden war, daß die IDEE (vom 18. - 20.5.82) in Hannover stattfinden würde, trafen sich zahlreiche Gruppen in Hannover, um Protestaktionen vorzubereiten. Das Ergebnis war ein Bürgerantrag, der von über 50 Gruppen getragen wird. 11.000 Hannoveraner haben diesen Antrag unterschrieben.

Als bei der „Aufstaktdemonstration“ des Bündnisses im vergangenen Dezember 2.500 Menschen auf die Straße gingen, berichtete die „Hannoversche Allgemeine“ noch über einige „Schneeballwerfer“, ohne den Anlaß der Demonstration überhaupt zu erwähnen. Das hat sich inzwischen radikal geändert, vor allem als die SPD sich (in Worten) den Protesten anschloß, einschließlich des Aufsichtsratsmitgliedes der Messegesellschaft, OB Schmalstieg. Während der Aufsichtsratsvorsitzende und Kollege Walter Leiser Kiep ohne Umschweife erklärte, daß die angestrebte Abrüstung (er meint natürlich: Aufrüstung) „ohne die auf dieser Ausstellung im Mittelpunkt stehende Spezialtechnik kaum realisierbar“ sei (nach „FR“, 17.2.82). Dennoch waren alle Bemühungen im Bündnis (DKP und SAG waren besonders engagiert, der SPD hinterherzulaufen), die SPD in Protestaktionen einzubeziehen, vorgeblich in zwischen wird gegen die IDEE-Gegner eine härtere Gangart eingeschlagen.

OB Schmalstieg gab Protestbriefe an seinen Polizeichef weiter, von dort aus landeten sie prompt beim Verfassungsschutz. Dabei hatte Schmalstieg doch nur das „Beste“ im Auge gehabt, die Polizei sollte daran überzeugt werden, „daß man nicht aufgrund der massiven Proteste die Veranstaltung aus Gründen der Sicherheit verbieten könne“. Wegen möglicher „Straftaten auf politischem Hintergrund“ hätte der Staatsschutz eingeschaltet werden müssen, behauptet die Polizei unverdrossen (nach „Jan“, 26.3.).



Mit uns wird

jeder Schuss ein Treffer.

Die Aussteller auf der

IDEE 82

INTERNATIONALE MILITÄRELEKTRONIKMESSE HANNOVER 1982

15. MAI - HANNOVER - BUNDESWEITE GROSS-DEMONSTRATION ZUM MESSEGELENDE

Zwei Tage später war dann die inzwischen ins Rathaus eingezogene GABL dran. Hausdurchsuchungen im GABL Büro und bei der GABL-Ratsfrau Ulla Henscher dienten der Fährndung nach „Terrorplänen“ (so die „BILD“). Eine „GABL“-Untergrundabteilung“ rief in einem Strategiepapier zu Verkehrsbehinderungen, Sprühaktionen, ja sogar Blockaden auf und schloß mit den Worten „Chaos und Anarchismus“. Obwohl die Polizei dieses Papier schon am 12.2. erhalten haben will und die GABL am 17.2. öffentlich erklärte, daß dies kein GABL-Papier sei, folgte am 26.2. die Durchsuchung. Neben der „BILD“-Zeitung nahm sich besonders auch die „Neue Presse“ bzw. ihr Chefredakteur und Ex(?)MAD'ler Bernd Plogmann der Sache an. Hatte er zur Durchsuchung die Schlagzeile parat „Ratsfrau wußte von geplanter Gewalt gegen Messe“, so sah er in der Demonstration am 1.3. bereits die „Spur der Chartisten“ vom GABL Büro bis zum Steinewerfen „nach Muster des Strategiepapiers“. Plogmann hatte den Bericht des auf der Demo anwesenden „NP“-Redakteurs durch Meldungen ersetzt, die er von der Polizei hatte

Die Polizei hatte die Demonstration gleich aufgelöst und zwei GABL-Ratsfrauen „sachmäßig“ abgeführt, nachdem eine Blechbüchse geflogen war.

Die Polizei geht hier so eifrig gegen die „Gewalttäter“ unter den IDEE-Gegnern vor, damit die tatsächlichen Gewalttäter auf der IDEE freie Hand haben. „Mit uns wird jeder Schuss ein Treffer“, heißt es im Werbebogen eines Ausstellers.

Das IDEE Aktionsbündnis ruft zu einer bundesweiten Demonstration zum hannoverschen Messegelände am 15. Mai auf. Am 3./4.4. findet offenbar parallel zur Beratung des hiesigen Empfangs für Reagan in Bonn ein bundesweiter Vorbereitungskongreß im hannoverschen Reichplatzpark statt.

Kontaktadresse und Informationsbüro hannoversches Aktionsbündnis gegen die IDEE c/o Bau-Büro, Hinüberstr. 16-18 3000 Hannover Tel.: 0511/343023

KB/Gruppe Hannover

SOUL Hannover

Tel. 0511/343023

KB/Gruppe Hannover



Die brutale Fresse der „no future“-Generation. Mit Knüppeln, Totschlägern und Eisenketten fanatisch gegen Andersdenkende. Und der Staat toleriert!

Keine Panik auf der „Titanic“

Aufstandsbekämpfung mit Nazi-Tradition

Es ist alles eine Frage der Verpackung. Wenn man einen auf Jahrtausende hinstrahlenden Atomdruck in die Landschaft klatscht, nennt man das einen „Entsorgungspark“. Und wenn man den medizinischen Bereich auf kommende militärische Aufgaben vorbereitet, nennt man das „Gesundheitsministeriumsgesetz“.

Zu den kommenden großen Aufgaben gehört auch die Kriegspychiatrie. Die beschäftigt sich beispielsweise mit der Frage, was von Seiten der Ärztschaft gegen das Entstehen und die Ausbreitung von „Panik“ im Kriegsfall getan werden soll. Das Thema hört sich harmlos an, ist aber in der Wirklichkeit gemeint ist: Die Kriegspychiatrie faßt unter dem Begriff „Panik“ probzig alle unerwünschten Bevölkerungsreaktionen, einschließlich sämtlichen Formen von politischem Widerstand, zusammen. Da muß dann zügig isoliert und liquidiert werden! Das Ganze geht, man vermutet schon richtig, auf Vorstellungen des Faschismus zurück. Zwischen der Vernichtungs-Wissenschaft (und -Praxis) der Nazis und der modernen Kriegspychiatrie in der BRD besteht ein enger geistiger und t. sogar noch personeller Zusammenhang.

„durch Panzer von den Straßen heruntergelassen...“

Unser Bundeskanzler ist Fachmann für das Problem. Über „Panik-Bekämpfung“ aus militärischer Sicht teilte H. Schmidt schon 1958 in einer Bundestagsrede mit, daß Offiziere, die am Manöver „Lion bleu“ beteiligt gewesen seien, gewarnt hätten: „Sie mußten sich nämlich realistisch auf die Lage einstellen, die in diesem Planspiel Tag für Tag auf sie einströmt, darauf, daß sie der Hunderttausende von Flüchtlingen auf den Straßen im Planspiel nicht anders Herr werden können, als sie durch Panzer von den Straßen heruntergelassen“ (s. Unser Weg 33, S. 19).

Doch es geht bei der „Panikbekämpfung“ keineswegs nur um eine zu erwartende Massenflucht, sondern allgemein um die Aufrechterhaltung einer Kriegsmoral und die Bekämpfung von Aufständen jeder Form. In Anlehnung an Clausewitz: „Die Schlacht ist nicht so sehr ein Totschlagen des feindlichen Kriegers, als des feindlichen Mutes“.

stellt denn auch Kriegspychiater Brickenstein fest, daß „das Entstehen einer Panik beim Gegner sowie die Verhinderung und Bekämpfung bei den eigenen Streitkräften zu allen Zeiten zu den psychologischen Waffen (gehörte), die kriegentscheidend sein können“ (2). Ebenso heißt es in der Heeresdienstvorschrift 100/2, Nr. 159 vom April 1961: „Paniken sind eine schwere Gefährdung für die Truppe und müssen — gegebenenfalls unter Anwendung drastischer Maßnahmen (!) schon im Keime erstickt werden“ (3).

Wir haben bereits im „Arbeiterkampf“ 205 (s. 20 f.) (4) die geplanten Notstandsplanungen auf dem medizinischen Sektor vorgestellt. Wir wollen hier neben der Vorstellung der „Panikspezialisten“ und Kriegspychiater vor allem ihre Vergangenheitsvorstellung. Es ist offensichtlich, daß die Kriegspychiatrie in ihren Aussagen und Vorstellungen und bei ihren „Köpfen“ in der BRD zu den Gebieten zählt, in der weitgehend bruchlos altes braunes Gedankengut fortlebt.

Die Vorstellungen z.B. des „Panikspezialisten“ Brickenstein haben in letzter Zeit verstärkt Eingang in die medizinische Fachliteratur gefunden und waren häufig Gegenstand von „Fortbildungsveranstaltungen“ von Ärzten, obwohl an dem Problem „Panik“ schon seit langem geforscht wird.

Eine Panik ist laut Brickenstein „eine planlose und unzweckmäßige Abwehr- oder Fluchtreaktion einer zur Masse degenerierten Menschengemeinschaft, die kollektiv auf eine tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung ihrer Existenz erfolgt“ (4).

Dabei werde „ein animalischer, bisher suspendierter Selbsthaltungstrieb

von elementarer Wucht freigesetzt. Dieser ist stärker als alle humane Gesinnung, religiöse Bindung, rationale Überlegung und soldatische Disziplin.“ (2)

Logisch, daß eine „Panik“, ist sie erstmal ausgebrochen, für die Herren Militaristen nur noch schwerlich einzudämmen sein wird. So richtet sich denn auch ihr Hauptaugenmerk auf das Erkennen von Umständen, die nach ihrer Meinung einer Panik vorausgehen, und, so hoffen sie, die damit leichter zu verhindern bzw. zu bekämpfen ist.

„Panikpersonen: Selektieren und Behandeln“

Im Blick der Panikverleitungsstrategen sind dabei einmal die sogenannten „Panikpersonen“. Als „Panikpersonen“ gelten solche Menschen, bei denen im Krisenfall die normale Angst durch ihre „psychophysische Konstitution“ zu einer „pathologischen (krankhaften, d.V.) Angst“ degeneriert.

Zu „Panikpersonen“ prädestiniert sind, wie Prof. Friedrich Panse bereits 1952 in einer Studie für das Bundesministerium für Arbeit etwas deutlicher formuliert, „irregelmäßige, emotional labile Persönlichkeiten oder solche, bei denen die sonstige psychische (charakterliche) Struktur, der psychische Aufbau von jeher Mängel aufweist, wie der halt- und willensschwachen Psychastheniker oder auch intellektuell Minderwertigen.“ (5)

Daß hier noch nach dem Wörterbuch der Unmenschlichen formuliert wurde, ist leicht erkennbar — aber dazu später Festzuhalten bleibt, daß mit einer solchen Definition jeder Mensch gemeint sein kann, der sich auf irgend eine Art und Weise nicht in das herrschende System integrieren lassen will.

Solche „Panikpersonen“ erscheinen den Kriegspychiatern als so gefährlich, daß sie „leicht den Ausgangspunkt einer rasch um sich greifenden Panik“ bilden können. (5)

Vor allem dann, wenn sie in „einer Menschengemeinschaft gehäuft auftreten, weil sich immer mehr Personen in ihrer Sicherheit oder Existenz bedroht“ fühlen, vergrößere sich die Gefahr einer Panik.

Eine Panik drohe aber auch dann, so Brickenstein, wenn „ein ideologischer oder religiöser Fanatismus die Überhand gewinnt.“ Womit die politische Dimension des irreführenden Begriffs „Panik“ klar ausgesprochen wäre. Daß „Panik“ treffender mit „Revolution“ zu übersetzen ist, wird bei der Beschreibung der „äußerlichen Merkmale“ der „unheimlichwangeren Panikbereitschaft“ durch Brickenstein deutlich.

Solche Merkmale seien „häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigungen, rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten (vielleicht der Kriegspychiater? — d.V.) und grober Vandalismus“ (4). Daß solche Situationen sicherlich nicht nur für die Kriegspychiater unheimlichwanger sind, ist klar — was sie aber mit Panik zu tun haben, bleibt verborgen.

Ebenso an anderer Stelle: „Unter dem beherrschenden Einfluß von Leidenschaften und politischen und religiösen Schwärmereien oder unter dem Eindruck einer Bedrohung ihrer Existenz kann eine zufällig zusammengekommene Gruppe von Menschen ... zu einer amorphen Menschenmasse degenerieren.“ (4 — Hervorhebung im Original)

Indem im damit, daß unter dem Deckmantel der „Panikbekämpfung“ im Interesse aller eine gezielte Strategie über Befriedungsvorhaben für den Fall der Befriedung, wo die Politik der Imperialisten zu massenhafter Aufhebung und Widerstand der Bevölkerung führen.

Entsprechend brachial sind die Methoden, die selbst in den heute zugänglichen Schriften zur „Panikbekämpfung“ angegeben werden.

Zur Prävention von Paniken empfiehlt Brickenstein „allen Führungs-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

kräften" während der Krise (Streik, Demonstrationen etc.) die „Auseinanderführung zusammengehaltener Menschenansammlungen“. Daß solche „Auseinanderführung“ sicher auch mit Waffengewalt durchgeführt werden, macht allein das brutale Vorgehen des Staatsapparates gegen den Widerstand an der Starobahn West deutlich — ein Widerstand, der für Brickenstein sicherlich nur ein läppischer „Panikanfall“ ist.

Für diejenigen, die die „Panik“ mit einfachen, wohl die Rädelsführer, schlägt Brickenstein eine „sofortige Isolierung“ und anschließend daran eine „separate medizinische Behandlung“ vor. Unter dieser Art medizinischer Behandlung wird im besten Falle eine chemische Ruhigstellung zu verstehen sein. Die von den „Panikpersonen“ gestohlene Menschenmasse soll „aus dem Panikzentrum in eine gewünschte — wenn möglich, in viele verschiedene — Richtungen“ abgeleitet werden. (4)

Strafliche Illusion wäre es, Kriegspychiater wie Brickenstein als durchgeknallte Militaristen anzusehen, ihre Strategien als unbedeutende Randerscheinungen abzutun.

Schon teilweise vor Gründung der Bundeswehr wurden Studien und Artikel veröffentlicht, die sich mit dem Problem von Befriedungstechniken im Falle eines Krieges beschäftigten. So veröffentlichte z.B. Prof. F. Panse bereits 1952 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit — ein Kriegsministerium gab es damals noch nicht — eine Studie zu „Angst und Schreck“, die sich neben anderen Kriegserfahrungen auch mit „Panikproblemen“ befaßt.

Der oben vielfach zitierte Brickenstein veröffentlichte bereits 1967 im Auftrag der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, deren psychiatrischer Berater er war, einen wehrpsychiatrischen Leitfaden, in dem die „Panik“ problematisch einen ebenfalls großen Raum einnahm.

Selbiger Brickenstein organisierte 1979 zusammen mit dem damaligen Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens, Rebenlich, das erste internationale wehrpsychiatrische Symposium überhaupt, auf der sich die Creme der westlichen Kriegspychiater zusammensand. U.a. referierte dort auch Ritter Werner v. Baeyer, mit dem wir uns weiter unten beschäftigen werden. (1)

Die Traditionen bundesdeutscher Kriegspychiater

Die Traditionen bundesdeutscher Kriegspychiater

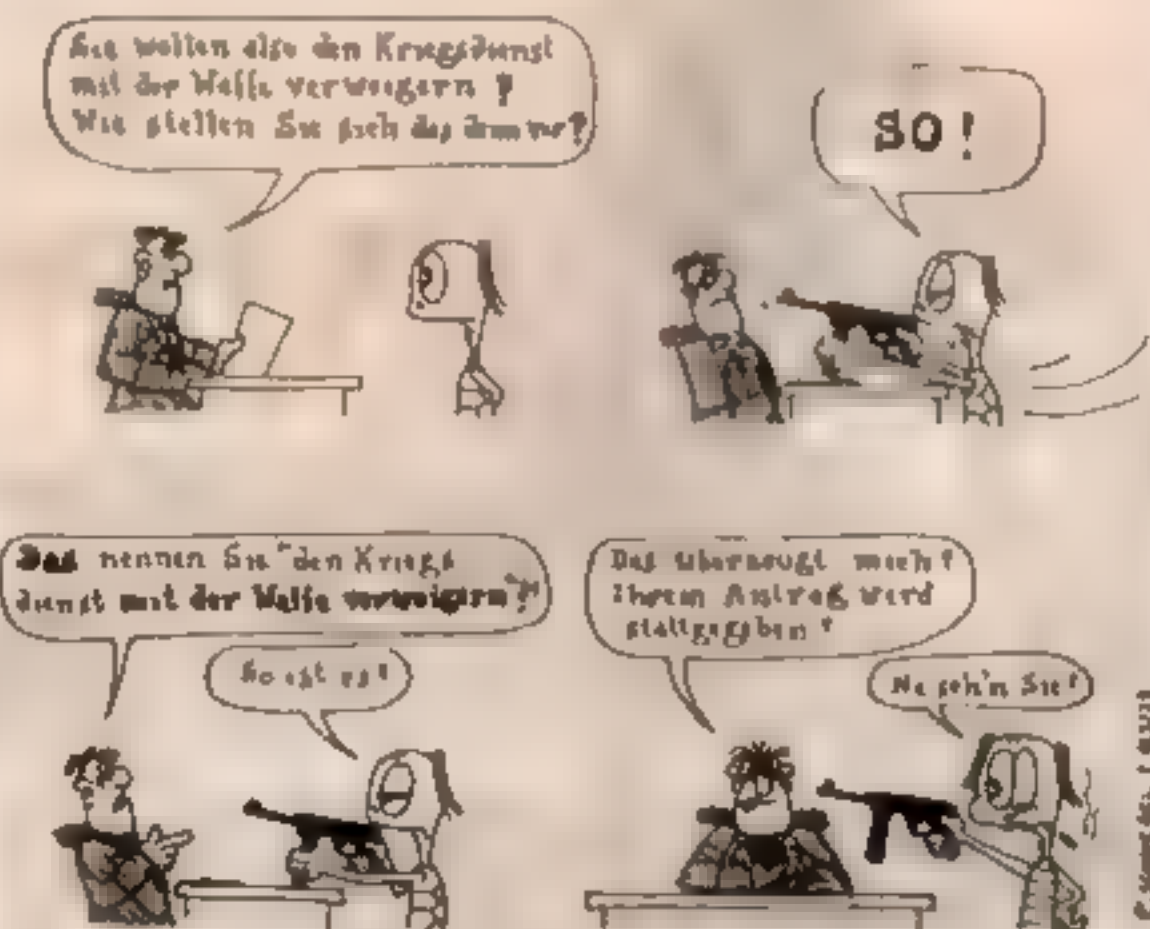
Sowohl ein Blick auf die Biographie einzelner Psychiater als auch die Tradition, aus der heraus die oben umrissenen Strategien entwickelt wurden, macht erst in aller Schärfe klar, worauf diese Pläne hinauslaufen. Durchweg alle hier genannten Psychiater haben ihre ersten Erfahrungen und Verdienste in der nationalsozialistischen Wehrmacht erworben.

Rudolf Brickenstein verfaßte 1943, auf der Höhe des Krieges eine Dissertation zur „Häufigkeit und Ätiologie des Selbstmordes beim Heer und die Auswirkungen des Alkoholmißbrauchs auf dieses“. Wie aus einer Notiz auf dem Einband ersichtlich, war diese Arbeit als „geheim“ eingestuft, durfte selbst an die Bibliotheken nicht ausgeliefert werden. Kein Wunder, wie eine Kostprobe bezeugt: „Bei dieser Gruppe der „Schlappen“, die als solche im zivilen Leben meist nicht erkannt werden, hat tatsächlich der militärische Dienst eine steigernde Wirkung auf die Selbstmordneigung. Jedoch besteht meist kein Grund, solchen Soldaten nachzutrauern. Sie wären immer lebensunfähig gewesen und für das Volksganze ist das Erbgut solcher Menschen nicht nur wertlos, sondern schädlich.“

(6) Friedrich Panse war nach den Akten der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflanzengärten“ vom 14.5.40 bis 16.12.1940 „Gutachter“ der Mordaktion „T4“ an sogenannten „Geisteskranken“. Im Zuge dieser Aktion wurden mehr als 120.000 Menschen als vermeintlich „lebensunwertes Leben“ grausam ermordet. Aufgrund von Todesurteilen, die als Gutachten galten, von Psychiatern gefällt wurden.

(7) Panse besaß außerdem, im Verein mit anderen deutschen Psychiatern, auf „Arbeitslagern“ die nationalsozialistische Wehrmachtführung, wie sie mit abweichendem und höflichem Verhalten von Soldaten umzugehen habe. U.a. wurden dabei Kriterien festgelegt, welchen Verhalten zur sofortigen KZ-Einweisung führen sollte.

Unter den Teilnehmern dieser Arbeitslagern befand sich auch M. Mikorey, aber vor allem in den sechziger Jahren der Panikspezialist der Bundeswehr war. Selbiger Mikorey hatte vor 45 einen Namen als Spezialist über „hysterische Reaktionen im Feldherren“ (8)



Aus Elefantens Press-Karikaturen '80

Auch Ritter Werner v. Baeyer, wohl einer der bedeutendsten bundesdeutschen Psychiater, der entscheidenden Einfluß auf die Wehrpsychiatrie nahm, seit 1963 für mindestens 10 Jahre Mitglied des „Wehrmedizinischen Beirates“, machte sich schon vor Beginn des 2. Weltkrieges einen Namen als Kriegspychiater. U.a. trat er 1938 als Mitverfasser der Festschrift für den damaligen Heeresamtsinspektoren im Reichskriegsministerium Prof. Waldmann hervor. (9)

Die Kontinuität in der Kriegspychiatrie vom Nationalsozialismus bis heute erweist sich nicht nur an den Biographien einzelner ihrer Vertreter, sondern ebenso an den von ihnen entwickelten Strategien.

Eindrucksvolles Zeichen dafür ist allein die Tatsache, daß die „Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie“ in den letzten Jahren eine Schriftenreihe zu den „Erfahrungen des deutschen Sanitätsdienstes im zweiten Weltkrieg“ herausgegeben hat.

Ganz offen bekennen sich die heutigen „Panikspezialisten“ oder besser „Revolutionbekämpfungsstrategen“ zu den Vorschlägen, die ihre Vorgänger während des zweiten Weltkrieges unterbreiteten.

Ganz offen bekennen sich die heutigen „Panikspezialisten“ oder besser „Revolutionbekämpfungsstrategen“ zu den Vorschlägen, die ihre Vorgänger den deutschen Imperialisten vor und während des zweiten Weltkrieges unterbreiteten.

So rühmte z.B. Brickenstein auf dem Wehrpsychiatrischen Symposium in München die Gedankengänge seines Vorgängers Stier, dem anerkannten Nestor deutscher Kriegspychiatrie Stier habe sich mit Problemen befaßt, „die bei uns heute noch aktuell sind, nämlich mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, Männer zu ihrem und der Streitkräfte Vorteil vom Wehrdienst auszunehmen, die dazu geistig nicht tauglich sind und für diese Selektion objektive und praktikable Kriterien zu finden.“ (9)

Bei Betrachtung dessen, was der so hochverehrte Stier von sich gab, wird erschreckend klar, was hier eigentlich gemeint ist: Als die „beste psychiatrische Vorbereitung ... für den Kriegsfall“ forderte er 1936 in einem richtungweisenden Artikel, „schon in Friedenszeiten mit allen nur denkbaren Mitteln die Schwachsinnigen und geistig Minderwertigen vom Heer fernzuhalten bzw. rasch ausschalten“ (17). Da aber, wie er weiter ausführte, die „Anreicherung der minderwertigen Elemente in der Heimat kaum geringere Gefahren in sich birgt“ empfahl er „die Verweisung der gefährlichen Elemente in die Konzentrationslager der Heimat.“ (10)

Deutlicher noch als Stier sprach Oberstabsarzt Simon die politischen Intentionen dieser Vorschläge während eines Vortrages vor der Militärärztlichen Akademie München 1938 aus. Vor allem den „linken Flügel der Psychopathen“ sah er als gefährlich an, da sie sich „teils heimlich, teils offen als Heizer und Aufwürger betätigen.“ „Wir haben im Kriege erfahren, und besonders am Kriegsende, während der Revolution 1918 und in der Rote- und Spartakuszeit zu fühlen bekommen, wie schlimm und wie verheerend sich die zersetzende Tätigkeit dieses linken Flügels der Psychopathen ausgewirkt hat.“ (11)

Vor allem also die Angst der Herrschenden, daß ihre kriegsrische Politik durch eine neue Novemberrevolution bedroht werden könnte, war die Motivation für diese Vorschläge, die damals ihre praktische „Endlösung“ in der Ermordung zig-Tausender in KZs etc. fand.

Und aus der selben Motivation bei aus heutzutage sich heutige Kriegs-

psychiater mit der Bekämpfung sogenannter „Paniken“. Motor dieser Überlegungen ist die begründete Furcht, daß der von den Imperialisten als Mittel ihrer Politik eingeplante atomare Spannungsfall bzw. der kalkulierte atomare Einschlag zu Massenrevolten führen könnte, die ihre Herrschaft ernsthaft bedrohen könnten. Dabei gehen sie weniger davon aus, daß es im Zentrum eines atomaren Schlagabtausches zu massivem Widerstand kommt, sondern vielmehr in den noch relativ unversicherten Gebieten. „Je weiter sich die Menschen vom Nullpunkt entfernt befinden, um so größer wird die Panikgefahr“, wie Mikorey festhält. (13)

Mit dem Rückgriff auf die Kriegspychiatrie unter Nationalsozialismus soll kein platter Analogeschluß nahegelegt werden. Der Unterschied ist durch den Wandel unserer Welt zu sehen: Die Verfeinerung von Herrschaftstechniken die Situation eine andere. Was aber bleibt, und jede andere Meinung wäre blaue Augen Illusion, daß die Imperialisten nur mit brutaler Gewalt versuchen können, einem Massenwiderstand Herr zu werden.

Verfehlt wäre es sicher, die Kriegspychiater als die entscheidenden und treibenden Kräfte solcher brutaler Befriedungsstrategien anzusehen. Sie gehören aber zweifellos zu denen, die als Spezialisten wichtige beratende Funktionen bei der Ausarbeitung der Politik zur Kriegsvorbereitung innehaben. Oder, um Brickenstein selbst sprechen zu lassen: „Der speziellen psychiatrischen Prävention obliegt es vor allem, die verantwortliche organisatorische Leitung bzw. politische oder militärische Führung schon in ruhigen Zeiten darüber zu informieren, ... welche Möglichkeiten es vor, während und nach einer Katastrophe gibt, psychische Fehlreaktionen zu verhindern, einzudämmen oder zu bekämpfen.“ (4)

Stellungnahme zur taz-Berichterstattung über die BAF-Initiative

Dem Arbeiterkampf ging, wie auch anderen linken Presseorganen, die im folgenden abgedruckte Erklärung der Träger des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen (BAF) zu.

Die TAZ hätte, entsprechend ihrem eigenen Anspruch, für die basisdemokratisch orientierten Initiativen und Bewegungen in der Bundesrepublik eine außerordentlich wichtige Funktion, wenn gesichert wäre, daß sich die Aktivitäten des gesamten Spektrums in ihr widerspiegeln.

Mit Bedauern und auch mit Ärger müssen wir aber feststellen, daß die TAZ ihrer Aufgabe bezüglich der Friedensbewegung in keiner Weise gerecht geworden ist. Seit September 1981 gibt es in der Bundesrepublik die BAF-Initiative. Ihr Aufruf wurde von über 80 wichtigen lokalen Friedensinitiativen und überregionalen Gruppen unterstützt. Es haben mindestens 6 überregionale Vorbereitungstreffen, an denen z.T. bis zu 100 Personen teilnahmen, stattgefunden. Die TAZ, und insbesondere der dafür zuständige Redakteur, Klaus Wolschner, erhalten regelmäßig das Informationsmaterial der BAF-Initiative und wurden darüber hinaus auch telefonisch ersucht, über die Initiative zu berichten. Die Tatsache, daß die TAZ kein einziges Mal über diesen immerhin ersten Versuch der überregionalen Zusammenarbeit der Friedensinitiativen mit bestimmtem politischen Inhalt berichtet und selbst die Bekanntgabe der Termine von Vorbereitungstreffen unterlassen hat, verletzt uns zu der Vermutung, daß es sich hier nicht um Schlampererei bzw. ein Versehen handelt, sondern um ein systematisches Unterschlagen der BAF-Initiative. Die offensichtliche Verhinderung eines Kurzberichts der Bochumer Lokal-Redaktion über die Initiative

(zu diesem Zweck wurde aus Bochum mit einem Mitglied des Vorbereitungskomitees am 2.12.81 ein langes Telefonat geführt) und die Tatsache, daß der TAZ-Redakteur Wolschner in seinem Bericht über die Bonner Aktionskonferenz am 6./7.2.82, auf der u.a. auch die BAF-Initiative vorgestellt wurde und auf Zustimmung vieler Teilnehmer stieß, sich mit dem bloßen Hinweis auf eine BAF-Arbeitsgruppe (7) begnügt (die TAZ vom 10.2.82), verleiht uns unsere Vermutung.

Doch seitdem die TAZ sich endlich genötigt sah, sich über den BAF zu äußern, nämlich der Öffentlichkeit dessen Absage mitzuteilen, braucht man eigentlich keine Vermutung mehr anzustellen. Bei ihrer Meldung (TAZ vom 21.2.82) geht sie sogar so weit, das geplante bundesweite Arbeitstreffen anstelle des ursprünglich geplanten Kongresses gänzlich zu unterschlagen. (Dieses bundesweite Arbeitstreffen findet vom 20.3.82 um 11 Uhr bis zum 21.3.82 um 16 Uhr in Osnabrück statt.)

Wir müssen annehmen, daß die Friedenspolitische Stoßrichtung der BAF-Initiative der TAZ nicht genehm ist bzw. zur Position bestimmter Redakteure im Widerspruch steht. Es ist das gute Recht der TAZ bzw. deren Redakteure, eine eigene friedenspolitische Position zu belegen. Diese haben aber auf keinen Fall das Recht, durch ihre Stellung bei der TAZ andere Positionen zu unterdrücken und die Informationen über die Initiative zu manipulieren.

Wir fordern die TAZ auf, unsere Stellungnahme zu veröffentlichen, diesen Vorgang innerhalb der Redaktion umgehend zu diskutieren und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Träger der BAF-Initiative

Noch eine m.E. wichtige Anmerkung zum Schluß: Die obigen Ausführungen dokumentieren eindeutig, wie sehr die Herrschenden bei Fortsetzung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten. Eine von sicherer Seite dokumentierte Aussage, wie sehr die Herrschenden bei Fortsetzung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten. Eine von sicherer Seite dokumentierte Aussage, wie sehr die Herrschenden bei Fortsetzung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten. Eine von sicherer Seite dokumentierte Aussage, wie sehr die Herrschenden bei Fortsetzung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten.

ba, ein KB-Gesamte

Anmerkungen

(1) Kongress gegen Panik — Ärztschaft bezieht sich auf den Atomkrieg vor“ (AK 205 6-2002)

- (1) Brickenstein, R., Wedel, K.-W., Symposium 79 — Wehrpsychiatrie, Bonn 1979, S. 16
- (2) Brickenstein, R., Panikprobleme im Rahmen der Landesverteidigung, in: Beiträge zur Wehrpsychiatrie, Heft 3, Bonn 1967, S. 176 ff.
- (3) Diese Führungsgrundzüge wurden von uns im AK 210 S. 4 16 auszugewiesen dokumentiert. Auch wenn sie in der Form heute nicht mehr gültig sind, dürfen sie sich im Grundgedanken den heutigen Richtlinien decken.
- (4) Brickenstein, R. (Individualreaktionen, Symptomkomplexe und Antriebsreaktionen, in: Münchner Medizinische Wochenschrift 122, 1980, Nr. 42, S. 1439-1462)
- (5) Panse, Friedrich, Angst und Schreck, Stuttgart 1952.
- (6) Erläuterungen 1943, S. 21
- (7) BA R 9611 12/891
- (8) Vergl. Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Schriftenreihe Erfahrungen des deutschen Sanitätsdienstes im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 125-145, Düsseldorf 1981
- (9) Vergl. W. v. Baeyer zit. in Redewitz, Militär und Medizin, Berlin 1974 S. 265 f.
- (10) in: Der Deutsche Militärarzt, 1, 1936, S. 13 f.
- (11) in: Der Deutsche Militärarzt 3, 1938, S. 24 f.
- (12) Mikorey, D., Maßnahmen des Sanitätsdienstes unter den Bedingungen nuklearen Krieges, in: Rebenlich (Hrsg.) Wehrmedizin, München 1980.

Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?

Beiträge zu einer notwendigen Diskussion

M. Massarati • U. Albrecht
K. Meilenthin • K.H. Roth • J.P. Vigier
H. Birckenbach • P.K. Kelly
K. Gentes • W. v. Brodow • B.C. Hoeslein

Protest- und Abzugsappelle

Anzeige

In dieser Anthologie erörtern Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus dem In- und Ausland die durch Aufrüstung, Kriegsdrohungen- und Vorbereitung gekennzeichnete internationale Lage.

Ihre Antworten auf die im Buchtitel gestellte Frage fallen notwendigerweise sehr unterschiedlich aus, da die Verfasser/innen von verschiedenen Grundpositionen aus argumentieren (marxistischen, pazifistischen, sozialdemokratischen, ökologischen ...). Gemeinsam ist den Verfassern freilich das Bemühen, einen Beitrag gegen den Krieg und für den Frieden zu leisten.

144 Seiten, DM 16
ISBN 3-88653-010-8

verlag **buntbuch** bertelsstraße 30
2 Hamburg 8

„Frankfurt, im November 81 – Das Hüttendorf ist geräumt. In den frühen Morgenstunden des 2.11. stürmten Spezial-Einsatzkommandos (SEK) das Widerstandsnest am Frankfurter Flughafen. Im Laufe des Tages räumten sie mit ungezählten Tränengasgranaten den Wald von der mittlerweile auf 15.000 Menschen angewachsenen Demonstrantenmenge. Besonders die SEK's taten sich dabei hervor: ausgerüstet mit den langen Hartholzknuipeln trieben sie die Menschen durchs Unterholz, gewaltfreie Sitzblockierer wurden mit schweren Schlägen wie junge Seehunde niedergemacht. Es wurden mehrere Schädelfrakturen, Wirbelsäulenverletzungen, Gliederbrüche und Nierenquetschungen gezählt. Wer sich nicht mit einem Helm zu schützen gewußt hatte, konnte sich seines Lebens nicht sicher sein. Teilweise wurden den

Sankt aus Frankfurt die Verletzten von den Tragen geprügelt. Mehrmals überrannten die völlig enthemmten Kommandos die gekennzeichneten Sanitzelte, in einem stießen plötzlich dreißig Zivilisten mit gezückter Pistole und verhafteten einen Patienten.“ (Bericht der Sanitargruppen von der Startbahn West, in „Straßenmedizin“ Nr. 3/81).

Spezialkommandos der Polizei sind bei der Aufrechterhaltung der „Ruhe im Land“ heute überall dabei. Ihre überfallartigen Einsätze gegen Demonstrationen haben ihnen durch ihren besonderen, nicht immer als Polizei zu erkennenden Charakter den Beinamen „Todeschwadron“ gegeben. Wie ist es zu einer solchen Spezialpolizei gekommen, die den Vergleich mit der berüchtigt-berechtigten GSG 9 nicht zu scheuen braucht?

Sonderkommandos: Militante Spitze im Bürgerkriegskonzept

Im Zuge der Verbesserung und des Aufbaus der Polizei zum Schutz der „IdGO“ haben wir der sozialliberalen Regierung seit Anfang der 70er Jahre neben dem allgemeinen Ausbau des Sicherheitsapparates auch die Bildung dieser Sonderkommandos zu verdanken. Zur Legitimation der angehobenen Aufblähung der Polizei und Geheimdienstapparates wurden politisch-militärische Gruppen aus dem Erbe der APO benutzt: „Roter Meinhof-Bande“ und „Rote Armee Fraktion/RAP“ wurden mit Hilfe von Presse und Medien zum allgegenwärtigen Staatsfeind Nr. 1. Der Ruf nach „speziellen“ „Anti-Terror-Einheiten“ konnte nun laut erhoben werden. Mit dem Überfall des Schwarzen September auf israelische Sportler 1972 in München fand sich breite Zustimmung gegenüber den Vorschlägen der Politiker, jetzt Spezialeinheiten aufzustellen, die mit den „Terroristen“ kurzen Prozeß machen sollten. Schnell konnten die – bereits aufgestellten – Einheiten vorgestellt werden: Zeltungen und Zeitschriften sorgten für das nötige Klima

Aufbau der „Elite“

Im September '72 beschloßen die Innenminister die Aufstellung von Spezialeinheiten in den Polizeien der Länder und des Bundes (BGS, BKA). Das wurde, neben der Bekämpfung terroristischer Gruppen, auch als Verbesserung der Aufklärung von Banden- und Schwerekriminalität dargestellt. „Ungewöhnliche Methoden“ sollten dabei eingesetzt werden, als Leitbild diente das US-amerikanische FBI sowie französische und britische Spezial-Einheiten, die auf eine längere Erfahrung zurückblicken konnten.

Das „Programm zur Förderung der Inneren Sicherheit“ von 1972 konnte sich auf schon vorhandene Zivile Fahndungsgruppen und Scharfschützentruppen in einzelnen Ländern und sich „für schon“ vollstehende Zivile Fahndungsgruppen und Scharfschützentruppen in einzelnen Ländern und Städten stützen, die vereinzelt mit „ungewöhnlichen Methoden“ gegen Schwerekriminalität, Bandenwesen und politische Täter seit Jahren arbeiteten.

Das Mobile Einsatzkommando (MEK) in Stuttgart stand bereits Anfang '72, in Hamburg im Herbst '72, die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes Anfang '73 einsatzbereit. Die übrigen Länder bauten seit 1971 aus ihren Scharfschützengruppen und Kriminalisten Kommandos auf, die im Zuge der RAP-Hetze übergangsweise bundesweite Zivelfahndungen gegen die „Staatsfeinde“ veranstalteten. Diese

frühen Sondereinheiten leisteten die Todesschüsse, das „Schnell-Urteil“ auf der Straße ein. Im Juli '71 wurden Petra Schelm und Werner Hoppe bei der ersten Großfahndung gegen die RAF von Sonderfahndern gestellt, wobei Petra Schelm durch einen gezielten Kopfschuß getötet wurde.

Seit 1971 sind mindestens 150 Menschen durch die Polizei erschossen worden, wobei die Mehrzahl der Toten auf das Konto von Terroristenjägern geht. Das schnelle und rücksichtslose Schießen der Polizei wurde über Jahre hinweg durch die Terroristenjagd legitimiert und bundesweit eingeübt (Anm. 1).

Nach dieser bundesweiten Aufbauphase umfassend konzipierter Sondereinheiten wurde durch die Innenminister 1974 die Vereinheitlichung aller Sondereinheiten beim BGS und bei den Ländern beschlossen. Neben dem Stötrupp GSG 9 (Mogadischu 1977) wurde die Ausbildung und Struktur der Ländereinheiten einheitlich ausgerichtet, von nun an ging es um den Ausbau der Sondereinheiten SEK (Spezial-), MEK (Mobiles Einsatzkommando) und PSK (Präzisionschützenkommandos) für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche.

Die PSKs wurden aus den schon vorhandenen Scharfschützeneinheiten bei Bereitschaft und Schutzpolizei zusammengefaßt und durch weitere Spezialausbildungen an diversen Zielwaffen ergänzt. Sie stehen den Kreis- oder Berufsbezirken auf Abruf zur Verfügung. Ihre konzentrierten Schußwaffen Ausbildung nach sind sie reine „Vollstrecker“, d.h. auf den gezielten Todesschuß aus allen Lagen und Situationen gedrillt. Neben den PSKs können sich die Polizeien auf überdurchschnittlich ausgebildete Scharfschützen aus allen Bereichen der Polizei stützen, deren Zahl in die Tausende geht.

– Aus der kasernierten Schutzpolizei

reichen der Polizei stützen, deren Zahl in die Tausende geht. – Aus der kasernierten Schutzpolizei (d.h. Bereitschaftspolizei) heraus wurden die Freiwilligen für die SEKs rekrutiert. Ihr Aufgabenfeld liegt damit auch hauptsächlich im Bereich der Schupo, also der Aufrechterhaltung und dem Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Höchste physische Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, Reaktionsschnelligkeit und Geschicklichkeit werden unter extremen Situationen trainiert. Nahkampf, Schießen, Hochgeschwindigkeitstraining, Fernmeldetechnik, Sprengstoffeinsatz, Ablesen aus Hub-Schraubern und Stürmen von Häusern, Kellern und Balkaden stellen höch-

ste Anforderungen an den Einzelnen und lassen nur die Besten in den SEKs bestehen. Neben der Einzelausbildung steht das Verbandstraining in Trupps (Anm. 2). Im Ernstfall tritt das SEK sowohl gegen einzelne „Gewalttäter“ wie auch gegen Menschengruppen auf, um durch „polizeilichen Vollzug“ schnell etwaige Störungen zu beseitigen. Zu ihren Einsatzmitteln gehören neben den üblichen diversen Schlagwaffen Pistole, CM, MPI und Präzisionsgewehre mit Schalldämpfern, Restlichtverstärkern und ähnlichem Waffenzubehör. Ein umfangreicher Fuhrpark mit schnellen PKWs und gepanzerten Sonderfahrzeugen ebenso wie Hubchrauber.

Das MEK (Mobiles Einsatzkommando) hat auf gleichem Ausbildungs- und Ausrüstungsniveau den Schwerpunkt im Fahndungs- und Observierungsbereich und ist den Dienststellen der Kriminalpolizei zugeordnet. Aus deren Reihen wird auch überwiegend ein MEK gebildet, da neben physischen Fähigkeiten gerade kriminalistische Methoden im Vordergrund stehen. Besonders Methoden, d.h. konspiratives Arbeiten im Mühen, gehören zum Alltag. Jede Einheit leistet in der ganzen Vielfalt der Polizei-Aufgabe mehrere hundert Einsätze jährlich. So wird das MEK verstärkt in Zivil und getarnt zur Beobachtung von Treffpunkten und Wohnungen sowie zu überraschendem Zugriff aus dem Hinterhalt eingesetzt. Dazu verleiht die Informationsbeschaffung durch Telefonabhören und über V-Leute (bezahlte Spitzeln) dem MEK besonderen Agentenstatus. Zwischen Geheimdienst und Polizei arbeitet das MEK im Untergrund, jenseits jeglicher öffentlicher und z.T. sogar institutioneller Kontrolle.

„Ungewöhnliche Methoden“ geheimer Agenten

„Ungewöhnliche Methoden“ geheimer Agenten

Die geheime konspirative Aufklärungsarbeit von „kriminellen Szenen“ eingeschleusten Beamten wurde u.a. von dem Polizeistrategen Zühlendorf 1974 (damals Chef des Hamburger MEK) theoretisch aufbereitet. Es bedürfte bei diesen Methoden einer „abgeschulten Legende“ des Beamten (Geld, Tarnname etc.) und „oft langwieriger Vorbereitung“. „Erst dann, wenn etwaiger Zweifel beseitigt sind, wird sogar durch Verstrickung in strafbares Tun, hat er überhaupt die Möglichkeit, Aufklärungsarbeit zu leisten. Darüber kön-



SEK im Wald bei Frankfurt

„... Jahre vergehen.“ Die Gewinn- 1974 die GSG 9, MEK, SEK und PSK nach „unheimlichem Vorgehen“

SEK im Wald bei Frankfurt

„... Jahre vergehen.“ Die Gewinn- 1974 die GSG 9, MEK, SEK und PSK nach „unheimlichem Vorgehen“

Daneben steht das Konzept den Schutz des V-Manns vor Aufdeckung vor, um sich diese Quelle offen zu halten. Der Kripobeamte, der V-Mann-Führer, soll mit Staatsanwaltschaft und Richtern übereinkommen, den Informanten in anderen Verfahren zu schonen und in auf seine Informationen sich stützenden Verfahren nicht persönlich einzubeziehen.

Diese seit Anfang der 70er Jahre gezielte und ausgiebig geübte Praxis beinhaltet klare Rechtsverstöße wie z.B. gegen den § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter Straftaten) sowie gegen § 163 der StPO (Erhöhung der Verdunkelung, Aufschub der Aufklärung von Straftaten) u.a.

Mit diesem Rechtsverstößen, eigenen kriminellen Handlungen eingeschleuster Agenten, dem Schutz bzw. der Straffreiheit abgeschalteter V-Leute u.a. löst sich die Polizei offen vom verfassungsmäßigen Legitimationsprinzip, wonach sie gezwungen ist, als Vollzugsorgan der Staatsanwaltschaft und entlang den geltenden Strafrechts für bekannt werdende konkrete Straftaten entweder zu verhindern oder zur Verurteilung durch ein Gericht zu bringen. Richtschnur polizeilichen Handelns wird vielmehr einzig die sog. „operative Zweckmäßigkeit“. Öffentliche Kontrolle und demokratischer Anspruch einer rechtsstaatlichen Polizei sind dabei bereits weitgehend auf der Strecke geblieben.

Die Polizei Elite steht bereit

Den Vergleich mit der GSG 9 brauchen die Sondereinheiten der Länder nicht zu scheuen, werden doch seit

1974 die GSG 9, MEK, SEK und PSK nach einheitlichem Konzept hinsichtlich Organisation, Ausbildung und Ausrüstung geführt (Anm. 4). Seit 1975 finden jährlich manöverbartige Übungen der Einheiten untereinander statt. Da werden Hetzjagden mit Hubchraubern gegen fiktive Terroristen veranstaltet, Geiselnahmer in verbarrikadierten Häusern und im Gelände überwältigt. Dazu kommen Vergleichsschießen mit internationaler Beteiligung (besonders aus EG-Ländern), bei denen die glorreiche GSG 9 auch mal einem SEK unterliegt (Anm. 5). Im gleichen Rahmen werden bundesweite Großübungen veranstaltet, in denen die Zusammenarbeit der Spezialeinheiten mit regulärer Polizei geprüft wird.

Beispielhaft wurde auf der Höhe der Anti-AKW-Bewegung 1977 der Schutz der Kernforschungsanlage Jülich mit Kreispolizei, SPKs, MEKs und GSG 9 durchgespielt. Die Spezialeinheit des Bundes, GSG 9, 240 Mann stark, und die Einheiten der Länder haben so ein gemeinsames Niveau erreicht, das sich nur noch nach unterschiedlichen praktischen Erfordernissen gezielt untergliedert. Die Stärke der Ländereinheiten beläuft sich im Bundesgebiet auf mindestens 60 Kommandos, jeweils mit einer Größe von 60-90 Beamten. Sie bilden ein jederzeit bereitest Elitopotential von ca. 4000 Mann. Die festen PSK-Einheiten können schnell durch Tausende von Scharfschützen aufgestockt werden, die im normalen Polizeidienst tätig sind.

Sonderstruktur der Eliteeinheiten

Neben den direkten Kontakten zur Anti-Guerilla-Truppe GSG 9, die wesentlich auch ausländischen Sonderpolizeien als Lehrmeister dient und für die BRD auch als imperialistischer Stötrupp zur Verfügung steht (Anm. 6), steht die länderübergreifende Zusammenarbeit der operativen Einheiten SEK und MEK. Für praktische „Amtshilfe“ wird die Brücke



Für eine Hausdurchsuchung in Berlin-Kreuzberg maskierten sich Polizisten als „Cheoten“ – angeblich zum Schutz gegen Fotografen.

schnell über die Landeskriminalämter (LKA) geschlagen. Dort sind sämtliche polizeiliche und nachrichtendienstliche Informationen der diversen technischen Kommunikationssysteme und Speicher verfügbar, dort ist im ständigen Lagezentrum die „Kommandostelle“ für die Einsätze der Polizeieinheiten. Mit diesem zentralen Apparat im Rücken werden die Sondereinheiten als mobile ad-hoc-Einsatzgruppen zum Einsatz gebracht.

In gerader Linie zum Vereinheitlichungsbeschluss von 1974 wurde 1978 eine Bundeskoordinations für die westdeutschen Spezialeinheiten geschaffen. Zunächst als Informationszentrum zum Austausch von technischen und taktischen Erfahrungen vorgesehen, sollen die diversen Kommandos über diese Kontaktstelle gegebenenfalls vor Ort unterstützt werden. Die Ausrichtung der Spezialeinheiten der Länder soll einheitlich vollzogen werden, um den länderübergreifenden Einsatz zu verbessern. Diese Nivellierung (auf höchstem Niveau, versteht sich) geschieht vor allem auf dem Gebiet der Ausrüstung und der Struktur, damit alle Einheiten gleichermaßen besondere Situationen beim Einsatz nicht stören.

Auch beinhaltet die Bundeszentrale die Auswertung nationaler und internationaler „Ereignisse“ wie Geiselnahmen und politische Attentate. Dazu gehört die Erarbeitung taktischer Lehr- und Einsatzkonzepte durch führende Beamte der GSG 9 oder des MEK Hamburg, die dann nur noch nach Hamburg, Dortmund, Freiburg oder München weitergeleitet zu werden brauchen.

Die „operativen Einheiten“ sind regional stationiert und über die LKA zentral abrufbar. Im Alltag wird über die Spitzen des Apparates eine Sondereinheit fallweise abgerufen. So erfüllt z.B. ein MEK Sonderauftrag (Observationen, Fahndung, Festnahmen) für andere kriminalpolizeiliche Dienststellen. Damit verfügt der „Sicherheitsapparat“ heute über eine Elitepolizei mit eigener zentralisierter Struktur und regional höchst mobilen Einheiten, die unabhängig von der regulären Polizei operiert. Sie bildet das Rückgrat der westdeutschen Polizei und die qualitative Spitze bei Zielfahndung, Geiselnahme, gegen im Untergrund arbeitende Hehlerringe und bei Großsammelungen gegen Massenaktionen.

Das ist die Umsetzung und vorläufige Vollendung des Konzeptes aus einem Guß, also einer einheitlichen kriminalpolitischen Strategie, wie es der Stümper, derzeit Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, bereits 1972 forderte.

„Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbrechensverbreitung. Besondere Bedeutung kommt dabei einer sorgfältig geplanten operativen Arbeit der Polizei zu... Ihre Schwerpunkte liegen in der Sicherung von Aufbau und Aktionen meist verdeckt arbeitender größerer Banden und kriminellen Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen sowie in Beobachtungen des Vorfelds auch mit Mitteln der verdeckten Verbrechensbekämpfung... mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeit von vornherein oder einer nachfolgenden radikalen Aushebung unter bewußter Zurückstellung vorzeitiger Einzelverfolgung.“

Bereits 1977 war der Aufbau des Spezial-Polizei strukturell abgeschlossen. Die Aktion der GSG 9 in Mogadishu (und die gleichzeitigen „Selbstmorde“ in Stammheim) bewies der internationalen Öffentlichkeit und den potentiellen Staatseindern aber Art in der BRD, wozu dieser Apparat fähig und bereit ist. Bei den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf wurden MEK und BGS (sowie private Waco-Nord-Truppen) erstmals provokativ auch gegen Massenproteste eingesetzt. Die folgenden Auseinandersetzungen in Grohnde und Kalkar setzten diese Linie fort. Bei der Niederhaltung der Proteste in Gorleben praktizierten gemischte Sonderkommandos (BGS, VS, MEKs u.a.) im Vorfeld von Massenprotesten bereits unverhüllte Kontrolle des ganzen Gebiets und Einschüchterung der Bevölkerung. Die regulären Bereitschaftspolizisten, die später das „Bohrloch 1004“ stürmten, waren demgegenüber blinde Vollstrecker, die erst direkt im Einsatz selbst über Ziel und Ort des Einsatzes unterrichtet wurden. Hieron des Geschehens waren eindeutig die Sonderpolizei-Einheiten (bzw. ihre Einsatzzentrale - damit es keine Mißverständnisse gibt).

Offene Einsätze gegen Massenproteste

Mit dem Entstehen breiterer politischer Proteste tritt die ursprünglich hochgespielte Funktion der Sonderpolizisten als RAF-Verfolger und als Untergrund-Gangster-Jäger tendenziell in den Hintergrund. Ihre Funktion als Auftrags-Bekämpfung-

Elite tritt immer deutlicher als ihre eigentliche Aufgabe hervor. Immer häufiger werden die Sonderkommandos in letzter Zeit bei Massendemonstrationen auch an vorderster Front und exemplarisch verbandsmäßig eingesetzt. Im Vorfeld der regulären Polizeitruppen operieren die SEKs der Bereitschaftspolizei. Sie bilden mobile Greiftruppen, die hinter Wasserwerfern hervorstechen, einzelne Demonstranten angreifen, sich zu mehreren auf das Opfer stürzen und es abführen. Diese Greifer tragen nur ein leichtes Schutzkleid oder Körperschutz, um schnell ausfallartige Kräfte in die Demonstrationen zu treiben, in die dann die Hundertschaften eindringen können.

So bei Brokdorf IV im Februar '81, im Freiburger Häuser- und Straßen-

zettel Angriffe auf einzelne Gruppen unternommen.

In den Auseinandersetzungen um die Startbahn West kam wiederholt die bewährte arbeitsteilige Einsatztaktik zwischen SEK und Bereitschaftspolizei oder BGS zur Anwendung. Ob im Wald oder in den Straßen Frankfurts. Butzartig lösten sich SEK-Truppen aus den geschlossenen Verbänden und griffen im Laufschrift brutal Knüppel an.

Sie (die SEKler, Anm. AK) knüppelten auf alles, was ihnen vor die Augen kam, schlugen alte Menschen und Kinder... Mit Kampfgeschrei stürzten Schlägertruppen auf die Menschen, verfolgten diese mit Knüppelschlägen bis tief in den Wald“ (Bericht aus der Broschüre „Bilder einer Räumung“, S. 6, - Anm. 7)



Prügelnder Bulle in November 1981 auf dem Startbahn-Gelände

senkampf (März '81) und im Frankfurter Wald um die Startbahn West. Hier stellten sich die SEK-Einheiten wesentlich als reine Schlägerbanden dar, die geschlossen gegen Menschenansammlungen mit gezielten Schlägen vorgehen und Schwerverletzte bewußt in Kauf nehmen, bzw. direkt als Mittel zur Erzeugung von Panik und Einschüchterung verwenden wollten.

In einem solchen Terror-Kommando war der mittlerweile bekannte merkwürdige SEK Beamte Schütt bei Brokdorf IV, der im Eifer des Gefechts in einen Graben rutschte. Vor einem Jahr in Freiburg besorgten baden-württembergische Einheiten die Räumung des Schwarzwaldhofs und anderer besetzter Häuser. Bei Demonstrationen wurden ge-

trieben wurde, wurde schnell von BGS- und Polizeitruppen eingekesselt und nochmals „behandelt“.

Für den Einsatz in der ersten Reihe bekam eine SEK-Einheit aus Frankfurt das zweifelhafte Privileg, militärische Blind-Schock-Grenaten einzusetzen, um so deren Inauglichkeit auszunutzen.

Das Beispiel der Startbahn West offenbart zugleich weitere flexible Einsatzvarianten der Freiwilligen-

Während am „Blutsonntag“ (11.10.81) einerseits gegen Menschenmengen in Verbänden gestürmt wurde, betätigte sich ein SEK-Trupp als Feindkletterer und überwallte die Turmbesatzung des Hüttendorfes. Ähnlich wie bei den Räumungen der Wehrtürme in Gorleben und Mörfelden-Walldorf, von besetzten Häusern in Berlin, Freiburg, Ham-

zum Vorwand einer Räumung und Auflösung von Versammlungen.

Im Aufgebot für die Startbahn West erschienen Spezialkommandos in „Räuberzivil“, um im Schutz der Polizeitruppen Einzelne abzugreifen und zu durchsuchen. Auch hier verwendeten die „Gehisamen“ normale Kleidung und die üblichen Plaketten und Aufkleber, um sich unkenntlich unter die Startbahngegner zu mischen. Sie bereiteten darauf auch ihre späteren Einsätze vor, indem sie allgemeine Beobachtungen machen, Versorgungswegen, Kontaktstellen, Zentren und die obligatorischen „Räufelführer“ ausfindig machen, die gesammelten Informationen für die Greiftruppen weiterleiten.

Die geheimen Kommandos arbeiteten auch im Alleingang vor. Bei der Räumung des Hüttendorfes am 2/3.11. zogen sie in größeren Gruppen in ihrer zivilen Verkleidung mit Latzen und Knüppeln gegen Startbahngegner, die allein schon vor dem marialischen Erscheinungsbild zurückschreckten.

Gerade die mobilen Einsatzgruppen haben mit ihren plötzlichen Übergriffen auf Hüttendörfer und Passanten im Wald Auseinandersetzungen erst in Gang gebracht. Einen Einblick in deren Trickkiste gewährt folgender Bericht:

„Ich habe am 4.11. in den späten Vormittags- und in den Mittagsstunden Zivilpolizisten gesehen, die massiv, das heißt in Gruppen zwischen zwanzig und dreißig, teils aber auch einzeln auftraten. Sie schlichen im Wald umher und gruben Löcher in die Erde. Kurz danach fanden wir plötzlich auf unserer Sentrastation Farbbeutel, und zwar an Stellen, wo normal Wassersprüflaschen und Verbandszeug standen... Ebenso fanden wir Benzinkanister, obwohl hier nichts mit Benzin zu tun hat...“ (aus Broschüre, S. 16, Name bekannt; - Anm. 7).

Gestapo-Charakter der Sonderkommandos

Die Terror-Einsätze der Sonderkommandos haben inzwischen eine zügellose Willkür erreicht, in deren Folge Schwerverletzungen wie Schädelfrakturen, Wirbelsäulenprolaxionen, Knochenbrüche und Nierenquetschungen immer häufiger auftreten. Dabei sind die Einsätze der So-Kos nur die Spitze des Eisbergs. Ihre „Effektivität“ dient den Hundertschaften der Bereitschaftspolizei als Vorbild.

Legale Grundsätze für polizeiliche Einsätze wie Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel, Beachtung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit u.s.m. gelten in diesen Einsätzen nicht. Auch nachträglich werden die Schläger in Uniform der Identifizierung und einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung entzogen. Die Billigung jeder Polizeibrutalität und jeder in Uniform begangenen Schweißerei durch die zuständigen Politiker ist garantiert. Selbst ein paar Schädelbrüche werden immer noch als „besonnenes und maßvolles Vorgehen“ der Polizei gelobt. So wird zunehmende Hemmungsllosigkeit der Polizei im Einsatz gezielt gefördert.

Die Sonderkommandos haben inzwischen eine doppelte Funktion. Zum einen sollen sie durch Zielfahndung, Unterwanderung der Protestbewegungen, Provokation und Demoralisierung die Aktivitäten verunsichern bzw. auch kriminalisieren. Zum anderen sollen sie ganz offenbar durch zügellosen Terror die (potentiellen) Massen von Demonstrationen und die Bevölkerung einschüchtern. Damit wäre die westdeutsche Polizei-Entwicklung wieder da angelangt, wo sie 1945 aufhören mußte.

Die Sonderkommandos haben inzwischen eine doppelte Funktion. Zum einen sollen sie durch Zielfahndung, Unterwanderung der Protestbewegungen, Provokation und Demoralisierung die Aktivitäten verunsichern bzw. auch kriminalisieren. Zum anderen sollen sie ganz offenbar durch zügellosen Terror die (potentiellen) Massen von Demonstrationen und die Bevölkerung einschüchtern. Damit wäre die westdeutsche Polizei-Entwicklung wieder da angelangt, wo sie 1945 aufhören mußte.

Antifa-Kommision KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen/Verweise

1. Antifaschistische Russell-Reihe Band 4 „Todeschüsse der Polizei seit 1971“ (Hamburg, 1978).
2. „Deutsche Polizei“ (Zeitschrift der GdP), Heft 9/78, „Neue Westfälische Zeitung“ vom 31.1.79; „Celle-Zeitung“ vom 7.5.80.
3. zitiert nach Antifaschistische Russell-Reihe Band 5 „Nach Schleyer Sonderkommandos in der BRD - Zugewandte Ausbau der neuen GdStPo“, S. 33 ff.
4. Bestandteil des Programms Innere Sicherheit Teil 2, verabreicht von den Innenministern am 15.2.74.
5. „Deutsche Polizei“, Heft 8/79, „Spiegel“, Nr. 28/79.
6. siehe dazu AK Nr. 132: „GSG 9 imperialistischer Stoßtrupp der BRD“.
7. „Startbahn 18 West, Bilder einer Räumung“; Minotaurus Projekt, 1982.

In Südhessen herrscht ...

„In Südhessen herrscht ... ein nichtausgerufener Notstand!“

In der Nacht vom 3 auf den 4. November fand im Frankfurter Stadtteil Bornheim spontan eine Demo gegen die Räumung des Hüttendorfes statt. Gegen Mitternacht warteten auf die 800 Demonstranten Einsatzkräfte der SEKs mit 2 Hundertschaften Polizei in der Rohrbachstraße kam es zu einem unfaßbaren Terrorüberfall: In Kampfenzug, Spezialhelmen und dem berühmten Langhölzern schlichen sich die Bullen von beiden Enden der Straße an den Zug heran, sprangen aus nächtlichen Schatten von Autos, Bäumen und Hauseingängen hervor und kesselten die Demonstranten in dem Straßenteil ein. Was folgte, läßt sich nicht mehr als menschliche Verhaltensweise von Polizisten erkennen. Wie Vieh trieben sie die Demonstranten zusammen, sortierten Gruppen ab, die sie umstellten und mit heldenhändig geführten Schlägen ihrer 1,2 m langen Knüppel traktierten, bis die Menschen schreiend, blutend zusammenbrachen. In toller Panik und Verzweiflung versuchten einige, in Hauseingänge und Hinterhöfe zu flüchten. Waren diese verschlossen oder versagten die Klüfte zum Klettern, wurden sie wie Ratten in einer Falle von den hinterherlaufenden Bullen mit voller Kraft gepußelt.

„Ich habe ca. 10 Schläge auf Kopf, Schulter, Arm, Rücken, Lunge, Niere und Gesicht bekommen. Die Polizisten riefen ein paar Mal voller Haß: 'Thu Dreck-schwein!'. Die Leute neben mir schrien: 'Hört doch auf!' Ich dachte, ich werde totgeschlagen.“

„In kurzer Entfernung war mir als ich wie Polizisten ein blondes, schreiendes Mädchen unter einem PKW hervorzerrten (!) und es in den Bauch und in den Unterleib traten. Ein Polizist

schrillte dabei: 'Die fickt nicht mehr!'“.

Die Bullen schlugen auf wehrlose und z.T. schon verletzte Demonstranten, bis diese sich nicht mehr rührten und „wie ein Embryo zusammengekrümmte“ auf der Straße lagen.

Einige konnten sich in Wohnungen halbbarer Anwohner flüchten, die durch Schreie geweckt wurden. Die Verfolgung durch die Schläger machte auch nicht im Hausflur halt. „Ein Polizist warf sich gegen die Tür, die von innen zugedrückt wurde. Dann gelang es, den Schlüssel umzuwenden und abzuschließen. Die Menschen aus dem Hausflur hatten sich mittlerweile in unserer Wohnung eingefunden - ca. 30 Personen. Einige brachen schluchzend zusammen, viele bluteten am Kopf und am Arm. Wir riefen den Notarzt und versuchten notdürftig, die Verletzten zu verbinden.“

Als Höhepunkt des mörderischen Einsatzes ließen die Bullen ihren Opfern nur einen Fluchtweg frei, den sie durch Spalierstehen zu einer Knüppelgasse machten. Speibrutalen für die Startbahngegner begleitet durch „höhnische Bemerkungen“ „Nun lauft mal schön!“ und massiven Gewaltandrohungen wie „Heute Nacht schlagen wir euch tot!“ Einige Polizeibeamte traten gleichzeitig mit aller Kraft nach den gebückt und voller Angst hastenden Menschen.

„Jimmern schrien Leute und stöhnten, das Klatschen der Knüppel auf den Körpern ging mir durch und durch. Egal, ob Frau oder Mann, alles wurde geschlagen und getrieben wie Vieh. Polizisten, schlugen ohne Unterbrechung. Zwei Männer nahmen ihre Helme ab, um ihre Wehrlosigkeit zu demonstrieren, ein anderer lag am Boden. Selbst auf den Ruf 'Aufhören, da liegt

einer!' stoppte das Schlagen nicht. Mit der Aufforderung 'So und jetzt durch mit euch - aber einzeln!' mußten wir die Knüppelgasse entlang.“

Rückwärts wurde auf blutende Verletzte, die sich schon am Boden krümmten, eingeschlagen wie auf Sandsäcke. Platzwunden am Kopf und Händen, unzählige schwere Prellungen und Blutergüsse waren das Resultat.

„Meiner Freundin haben sie mit dem ersten Schlag den rechten Unterarm gebrochen!“ „Als die Polizisten aufhörten, lagen mehrere Menschen verletzt und zum Teil bewußtlos auf der Straße. Einer, den viele sahen, lag in seinem Blut auf dem Bürgersteig. Ein anderer junger Mann lief einem weglaufenden Polizisten entgegen, um Hilfe für einen Bewußtlosen zu erbitten. Der Polizeiwagen überfuhr ihn fest und hielt nicht an.“

Die Vorfälle in der Rohrbachstraße lassen deutlich werden: Unter der Führung von SEK Beamten werden Polizisten als zügellose, faschistoiden Schlägerbanden, Zivilbeamte vollenden den Terror, indem sie unberechenbar aufsuchen und unkenntlich willkürlich Passanten bedrohen. Die Justiz stellte Strafanzeigen gegen Innenminister Gries, OB Wallmann und Polizeipräsident Gommer ein. Nur gegen tatbeteiligte Polizisten wird noch ermittelt, sofern sie identifiziert werden können.

Anm. Alle Zitate sind Berichte und Aussagen von Zeugen entnommen der Ermittlungsbroschüre der 'Arbeitsgruppe Rohrbachstraße' Herausgegeben von den Klägern gegen die Verantwortlichen des Polizeiberfalls, die GRÜNEN im ROMER im 6. Film 1. Dori erhältlich.

Der Staat und seine Nazis (Teil II)

Die markwürdigen Vorgänge um die Anklageerhebung gegen die „Deutschen Aktionsgruppen“ um den Nazi Manfred Röder (siehe Artikel in diesem Arbeiterkampf) werfen ein beachtendes Schlaglicht auf die Art und Weise, wie die Bundesanwaltschaft mit Generalbundesanwalt Heilmann an der Spitze gegen Nazis vorgeht. Nicht die Bundesanwaltschaft, sondern erst das Stuttgarter Landgericht hatte in seinem Eröffnungsbeschluss die Anklage auf den § 129a StGB (Terroristische Vereinigung) angedeutet. Nun mag man sich durchaus Magenkrämpfe bekommen, was den § 129a anbelangt, der ja in der Vergangenheit eindeutig als Instrument gegen die Linke in das Strafgesetzbuch eingeführt worden ist und von dem gegen Linke hemmungslos Gebrauch gemacht wird. Völlig klar aber sollte sein, daß es sich bei den Verbrechen der Nazis um bandenmäßig organisierte Taten handelt und nicht um gewöhnliche Kriminalität und daß demzufolge die Prozesse gegen diese Nazi-Banden eine andere Dimension haben müssen als die gegen einen gewöhnlichen Bankräuber. Die o.ä. ebenfalls klar ist, daß es bei Verfahren gegen nazistische Banden des § 129a StGB gar nicht bedarf, um den organisierten Charakter dieser Gruppen abzurufen. „Bildung bewaffneter Haufen“, „Nachfolgeorganisation der NSDAP“ u.ä. würden hier völlig ausreichen, um diesen Banden-Charakter der Straftaten ins Valer zu setzen. Doch unter diesem Gesichtspunkt werden in der BRD überhaupt keine Ermittlungen geführt. Und da in der praktischen Verfolgung der Nazi-Untriebe eben allein die §§ 129 (Kriminelle Vereinigung) und 129a (Terroristische Vereinigung) praktische Bedeutung haben, bleibt für eine Analyse der Strafverfolgung auch nichts anderes übrig, als eben diese Prozesse genauer zu betrachten, die unter diesem Vorzeichen gegen Nazis geführt werden. Wenn die Bundesanwaltschaft im Verfahren gegen Röder die Anklage nicht nach § 129a StGB führen wollte, so bedeutet dies schlicht und einfach eine *Schönung* der Angeklagten und eine Verharmlosung des organisierten Charakters ihrer Anschläge. Daß diese „Zurückhaltung“ in der Anwendung des § 129a gegen Nazis keine Ausnahme ist, soll im folgenden demonstriert werden.

Prozesse gegen „Deutsche Aktionsgruppen“

Im Januar begann in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen vier Neonazis der „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA), denen unter der Rädelführerschaft von Manfred Röder u.ä. zwei Mord- und achtfachen Mordversuch vorgeworfen werden. Im Prozeß geht es um Taten, die in der Zeit von April bis Ende August 1980, zwei Monate vor dem Oktober-Anschlag, verübt wurden. Durch Presse und Sprecher der Bundesanwaltschaft war bereits zum Zeitpunkt der Verhaftungen von Teilen der „DA“ von einem „bedeutenden Schlag gegen Rechtsextreme“ gesprochen worden.

Die Wahl des Prozesses im berühmtesten Stammheim soll offensichtlich, ähnlich dem Rückeroberungsprozeß gegen die Hanse-Bande, den Eindruck erwecken, Staatschutz und Bundesanwaltschaft würden sich gleichermäßen gegen Linke und Rechte in Bewegung setzen und seien nicht auf dem rechten Auge blind. Daß es beim Anschlag bleiben soll, erwies sich bereits kurz nach Prozeßbeginn.

„Vollendeter Mord in vier Fällen in Fälschung mit vier Sprengstoff und zwei Brandanschlägen“, so lautet die Vorgabe der Bundesanwaltschaft. Das war sogar dem Gericht zu wenig, so daß „abweichend von der Anklage der als Rädelführer eingestufte Manfred Röder auch der Mittäterschaft bei dem Doppelmord in Hamburg hinreichend verdächtig wird.“ Die drei Angeklagten Röder, Reimund Hörnle und Sybille Vorderbrügge haben sich nicht nur wegen gefährlicher Körperverletzung, sondern auch wegen versuchten Mord in fünf Fällen zu verantworten. Gegen Heinz Colditz wird ebenso

Asylanterheim in Leinfelden. Bei dem anschließenden Zimmerbrand wurden zwei Äthiopier verletzt.

— 17. August Anschlag in Lorrach
— Am 21. August warfen Hörnle und Vorderbrügge in Hamburg Brandbatterien in die Fenster einer Asylantenunterkunft, wobei zwei Vietnamesen getötet wurden. An die Wand des Hauses spritzten sie, wie in anderen Fällen auch, die Parole „Ausländer raus“.

— Zu zwei weiteren Anschlägen (auf ein Caruso-Haus in Köln und auf einen Richter in Ulzen, der Röder verurteilt hatte) kam es, angeblich weil Hörnle sich weigerte, nicht mehr

Verhaftung reiner Zufall?

Wenige Tage nach dem Hamburger Anschlag, am 1. September endlich, kam es zur Verhaftung von sechs Mitgliedern der Bande — ein Ereignis, das dem Staatschutz Gelegenheit gab, mit großen Gedröhn die Tatsache zu verschleiern, daß Manfred Röder, ein von Interpol gesuchter Nazi-Terrorist, die Möglichkeit hatte, ein Jahr (er war angeblich um die Jahreswende 79/80 aus dem Nahen Osten zurückgekehrt) unter den Augen des Verfassungsschutzes und ungeachtet aller polizeilicher Fahndung, jedweder Grenzkontrollen und was es alles gibt, eine kriminelle Bande hochzuziehen und Anschläge quer durch die BRD zu verüben.

So wurden damals auch verschiedene Versuche verbreitet, die die vorbildliche Arbeit belegen sollten, die in „konzentrierten Ermittlungen und Aktionen gegen das gesamte rechtsradikale Netz in der BRD geführt wor-

den. „Jüngere Männer, die zuletzt drei Rechtsextremisten verhaftet worden, „Jüngere Männer, die zuletzt

den, „Jüngere Männer, die zuletzt im Raum Esslingen gewohnt haben“ (SZ, 23.9.80) und dem Kreis um Hörnle zugeordnet. Ein Verhafteter hatte über die Herkunft des Sprengstoffes angegeben, er sei in der Schweiz beschafft worden. Anschließend habe man ihn dann einem „Kollegen“ übergeben, der ihn der rechtsextremen Terrorgruppe zugeordnet habe.

Es ist nicht ganz klar, ob es sich bei einem der drei — mit einem totalen Stillschweigen seitens der Polizei belegt — um den 21-jährigen Peter Glaser handelt (NWZ, 18.10.80). (Es ist angemerkt, daß auch auch die Bande um Paul Otte und die VS-Agenten Lepzien in der Schweiz Sprengstoff beschafft hatte, ebenso wie angeblich der Münchner Attentäter Gundolf Köhler, und das VSK-Mitglied Frank Schubert hatte am 24.12.1980 bei Rückkehr von einer Waffenbeschaffungsaktion zwei Schweizer Grenzbeamte erschossen.) Ebenso ist unklar, ob es sich bei der in einer „FR“ Meldung vom 24.10.1980 angegebenen 31-jährigen Frau und einem 50-jährigen Mann, die beide der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ beschuldigt werden, um zwei zusätzliche Personen handelt. Der Frau wird Beihilfe zu einem Brandanschlag in Leinfelden vorgeworfen, der Mann wird der Beihilfe an einem Sprengstoffattentat beschuldigt, das am 18. April in Esslingen verübt worden war.

Am 27.9.1980 wurde wiederum ein Rechtsextremist im Zusammenhang mit den „Deutschen Aktionsgruppen“ festgenommen. Der Mann aus dem Kreis um Hörnle hatte Bombenrohlinge im Charlottensee bei Uhlingen in Baden-Württemberg versteckt (ZfS, 28.9.1980). Nach einer einfachen Zählung der damals verhafteten ergeben sich insgesamt 15 festgenommene Nazis, von denen drei bereits wenige Tage später wieder freigelassen wurden.

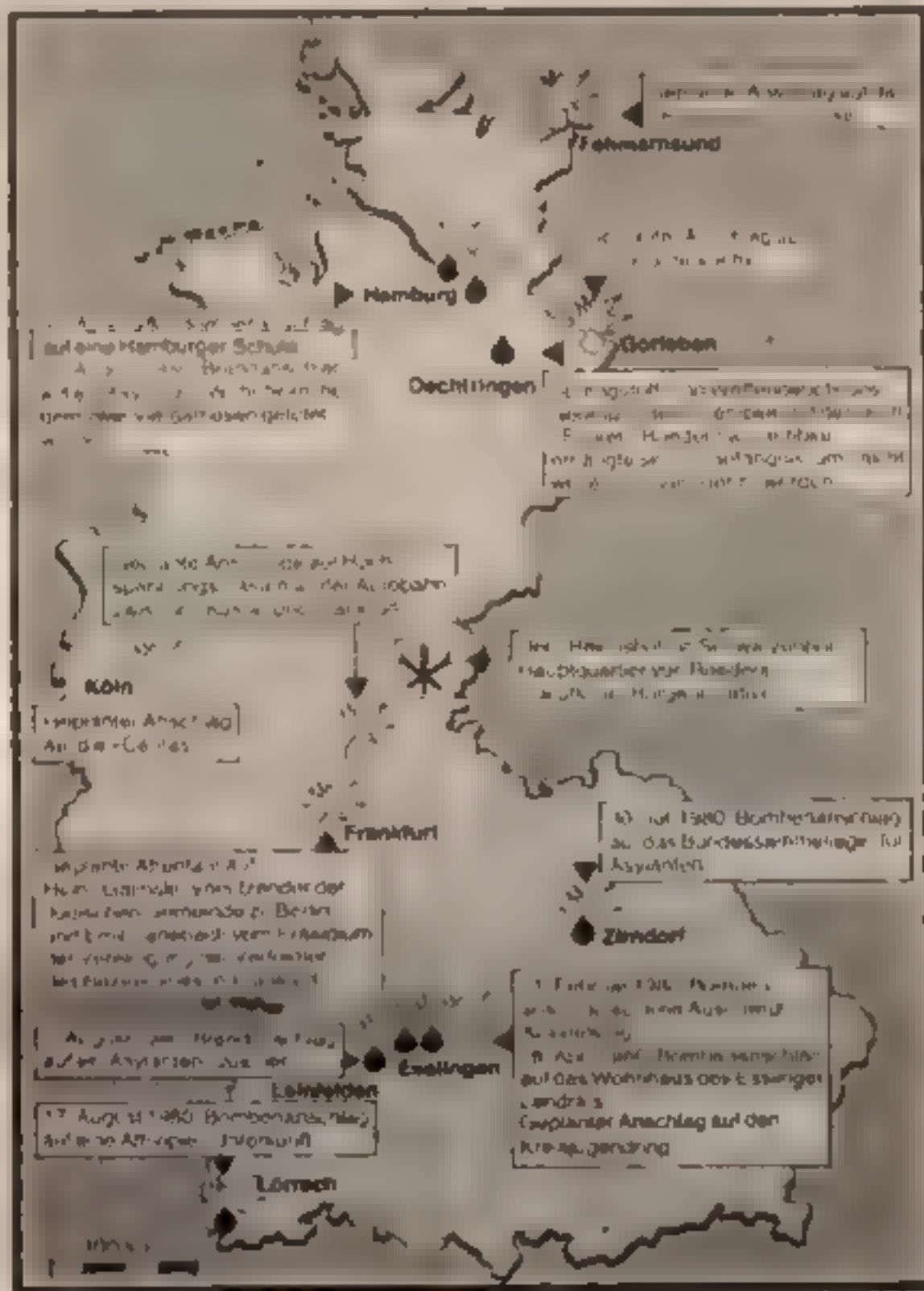
Gegen vier wird in Stammheim verhandelt. Uns bekannt ist darüber hinaus aus ein weiteres Verfahren gegen Hörnles Schwager, das getrennt verhandelt werden soll. Was

daß es mit dem Ermittlungswillen nicht so weit her ist, ganz zu schweigen von dem angekündigten Schlag gegen die gesamte rechte Szene — zeigte sich schon Tage später und in inzwischen Gewöhnlichkeit geworden.

„Drei weitere Personen, die bei der Aktion vorübergehend festgenommen wurden waren, befinden sich zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß“ (GfT, 4.9.80).

Nach am 18.10.80 sprach Reimund Hörnle davon, „den bisherigen Ermittlungen zufolge neun Mitglieder der bislang als am gefährlichsten geltenden Neonazi-Organisation“ in Haft befinden (NWZ). Es handelt sich um die am 1. September festgenommenen Röder, Vorderbrügge, Heinz Colditz, Hörnle und die in Hamburg festgenommenen Gabriele Colditz und Klaus Peter Schulz.

Ende September waren zusätzlich



drei Rechtsextremisten verhaftet worden, „Jüngere Männer, die zuletzt

aus den übrigen Verhaftungen gewor-

den ist, entzieht sich weitgehend dem

aus den übrigen Verhaftungen gewor-

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

den ist, entzieht sich weitgehend dem

tautigkeit aufbauen. Sie boten ihm außerdem die Möglichkeit der finanziellen und materiellen Unterstützung in der Zeit, wo er „untergetaucht“ war.

So fand Röder Unterschlupf bei dem Freundeskreis, den der Kirchheimer Facharzt Heinz Colditz betrieb, und der schließlich zusammen mit Hörnle und dem Fabrikanten Müller den Anstoß zum ersten Anschlag auf die Ausstellung in Esslingen gab. „Der Freundeskreis um Müller nahm die Tat überwiegend positiv auf und unterstützte die Täter weiterhin.“ Der Freundeskreis sammelte auch Benzinsgeld für die Bombenfahrten. Zwischen dem Stuttgarter Freundeskreis und dem Freundeskreis Röder, der auf dessen „Reichshof“ im hessischen Schwarzenhorn zusammenkam, bestanden enge personelle Verbindungen (Stern, a. a. O.).

Die Freundeskreise-Treffen in Schwarzenhorn waren parallel zu Röders Rundbriefen eine der Drehachsen des bundesweiten Neonazismus. So sagte z. B. Christine Sakowski, Mitglied der Otte-Bande, im Prozeß gegen diese Gruppe aus, die selbst habe Otte sowie den VS-Agenten Lepzien im November 1977 auf einer Feier in Schwarzenhorn kennengelernt!

Die „Freundeskreise“, als die sich diese Nazi-Gruppen selbst oft bezeichneten, sind dabei nichts anderes als das Geflecht örtlicher Zirkel, die insbesondere Röder schon seit Jahren (mit seiner „Deutschen Bürgerinitiative“) als Mittelpunkt sammelte. Auch Christophers Treffen (wie Röder und gemeinsam mit ihm ein NSDAP-Propagandist der ersten Stunde) werden als „Treffen von Freundeskreisen“ angekündigt, und die NS-Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten“ bezeichnet sich im Untertitel als Forum unabhängiger Freundeskreise. Zentrales Propagandainstrument war die vom ehemaligen SS-Mann in Auschwitz, Thies Christophersen und mit einem

Propagandainstrument war die vom ehemaligen SS-Mann in Auschwitz, Thies Christophersen und mit einem Vorwort von Röder versehenen Schrift „Die Auschwitzzüge“. Eine dieser Verbindungslinien, vor allem in den nördlichen Teil der BRD, führte schon vor Jahren zur „Deutschen Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide“, deren wichtigste und spektakulärste Aktionen zugleich die Namen der sowohl im Zusammenhang um Lembke wie auch jetzt im Prozeß gegen Röder auftauchenden der Nazis befielen. Der Staatschutz kennt diese Namen, wie wir zeigen werden, schon seit vielen Jahren!

— Odu Dietrich Meyer, Unterzeichner mehrerer Flugblätter der „Deutschen Bürgerinitiative“, Veranstalter einer Röder-Veranstaltung am 30.1.1976 in Lüneburg. Am Tag zuvor hatte Röder aus demselben Anlaß (43. Jahrestag der Machtübernahme durch die Nazis) gesprochen. Der heute 41-jährige Meyer wurde aus ähnlichem Anlaß (Unterzeichnung eines Röder-Flugblatts) im September 76 zu einer Strafe von 4 Monaten auf Bewährung und 2000,- DM Geldstrafe verurteilt (LZ, 4.9.76).

— sein Bruder Helmut ist ebenfalls einschlägig aktiv. Meyer sollte ursprünglich (nach Plänen der „Deutschen Aktionsgruppen“) das Bombenlegen im Norden besorgen (LZ, 29.1.1982).

— In Ulzen (bei einem Treffen der Bande Hörnle, Colditz, Vorderbrügge und Röder) sollte eine inzwischen von Hörnle gebastelte Bombe an den von Röder erwähnten Mann namens Maier übergeben werden“ (LZ, 27.1.1982). Höchstwahrscheinlich handelt es sich bei den Gebrüdern Meyer zusammen mit dem Oberfeldwebel der Bundeswehr, Ludwig Schnasse, um eben die drei Nazis, die kurz nach den Waffenfunden in der Lüneburger Heide im Revier Lembkes (mit Meyer schon 1977 in Lüneburg gegen Anoschisten aktiv) kurzfristig festgenommen worden sind, heute aber im Zuge der These von der „Einzelierschaft“ Lembkes vollgültig unbelehrt und,

Röder Anhänger waren es auch, Fortsetzung nächste Seite

Die Röder-Freundeskreise

Schon vor Beginn des Prozesses in Stammheim, in der Zeit der Ermittlungen, war klar, daß aus der großartig angekündigten Aktion gegen die gefährlichste Terror-Gruppe des Neonazismus nichts geworden ist. Seit Beginn des Prozesses und Details aufgetaucht, die den Verdacht aufdrängen, daß der gesamte Zusammenhang der „Deutschen Aktionsgruppen“ zum sonstigen organisierten Neonazismus gezielt vertuscht werden soll. Da und zum Beispiel die „Freundeskreise“, von denen es ähnlich dem um den Stuttgarter Fabrikanten Müller mehrere gegeben hat. Die „Freundeskreise“ konnte Röder durch die jahrelange Verwendung seiner „Röderbriefe“ sowie ausgedehnte Reisen und Vorträge

Fortsetzung von voriger Seite

die im November 1977 nach einer Protestkundgebung der „Deutschen Bürgerinitiative“ gegen die Stationierung von US-Truppen in der Garlstalstraße Heide mit „Sieg Heil“-Rufen und Geströhle durchs Bremer Osterviertel zogen (BN, 13.1.1979). Dabei — wie auch zu anderen Anlässen — war Röder auch noch mit Kühnen und der Hansa-Bande, mit Oliver Schreiber (aus der Otto-Bande) u. a. zusammengetroffen.

Am 24. März 1977 stürmten Röder und 30 Anhänger ein Theaterauf-führung (ein furchtvolles Stück zu Albert Leo Schlageter, einem Nazi-Helden der Weimarer Republik) eines Gymnasiums in Uelsen. Röder selbst und andere wurden festgenommen (HAN, 25.3.1977).

Röder hatte, wie man/frau sieht, in Form der Freundeskreise und insbesondere der DBI in der Lüneburger Heide einen festen Stamm von Kumpanen, deren Namen, sogar die durch die Waffenfunde spektakulär gewordenen Brüder Meyer, der Öffentlichkeit durch Staatschutz und Bundesanwaltschaft vorzuenthalten werden, deren Existenz überhaupt geleugnet wird. Verschärft wird dieser Umstand durch die Beobachtung, daß von 13 im Zusammenhang der Deutschen Aktionsgruppen Verhafteten, letztlich nur vier in gegenwärtigen Stammheim-Prozessen angeklagt sind, und namentlich bekannte Hinterleute, Helfer und Geldgeber weder in Haft noch von einem Verfahren betroffen sind. Hinzu kommt, daß die Bundesanwaltschaft, wie üblich in Nazi-Prozessen dermaßen vorsichtig und zurückhaltend mit der Anwendung der Paragraphen 129/129a und der Strafverfolgung der „Terroristischen Vereinigung“ sind, daß, wie üblich, auch im gegenwärtigen Verfahren das Gericht die Anklage erheblich ausweiten mußte.

Wie Röder es jedoch gelang, etwa ein Jahr unter dem Pseudonym Norton und unter den Augen einer hochgerüsteten Staatsschutzmaschinerie die verschiedensten namentlich seit Jahren bekannten Stützpunkte abzufahren und die geschilderten Verbrechen zu planen, gewinnt im dem Fall des Fortarbeiters Lembke eine geradezu alarmierende Aktualität.

Röder und Lembke

Röder und Lembke

Als im Herbst 1981 in der Lüneburger Heide das bislang umfangreichste Waffen- und Munitionsdepot von Neonazis ausgebuddelt wurde und der angebliche „Einzelkämpfer“ Heinz Lembke wenige Tage später erhängt in seiner Zelle aufgefunden wurde, versuchten wie auf ein Kommando die Ermittlungsbehörden, jede weitergehende Fragestellung abzuwehren. So hatte es anfangs noch geheißen, mindestens zwei weitere Personen seien festgenommen worden, davon ein Unteroffizier der Bundeswehr, mittlerweile wird dies abgestritten. Harten anfangs selbst offizielle Stellen davon gesprochen, diese Menge an Waffen müsse aus Bundeswehrbeständen stammen, so ist bis heute die Herkunft derselben der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben worden. Zur „Feinservierung“ seien sie noch beim BKA und was die Bundeswehr anbelange — da müsse man halt schon den Verteidigungsminister fragen —, so schmeitete der zuständige Staatssekretär des Innern in einer Bundestagsfragestunde entsprechende Fragen ab.

Ja, selbst Lembkes angebliche Bereitschaft, über personelle Verbindungen allein vor einem ihm aus einer Haftstrafe bekannten Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft auszufragen, wurde in Zweifel gezogen. Bis heute ist Lembke eben „im wesentlichen Einzelkämpfer“, einen Skandal Lembke oder gar einen Skandal Bundeswehr soll es nicht geben.

Die Bombe platzte dennoch, als Raimund Hörnle im Verfahren gegen die „Deutschen Aktionsgruppen“ über deren Beziehungen zu Lembke aussagte. Mehrere Male habe man sich mit Lembke getroffen, dieser habe Waffen und Sprengstoff angeboten etc. „Seine Adresse hatte der 4. jetzt Angeklagte, Dr. Colditz, vermittelt. Lembke (...) zeigte eine Auswahl aus seiner Sprengstoffsammlung und bot an, beliebige viel Sprengstoff zu beschaffen. Er hatte genug. Hörnle erkannte, daß der Sprengstoff militärische Herkunft war. Lembke erzählte auch, er bilde Leute aus. Zwei Tage später fuhr Hörnle mit Vorderbrücke und Röder erneut zu Lembke, um ihn zum Mitmachen bei Attentaten zu überreden. Lembke meinte, er sei noch nicht so weit, das dauert noch bis zum Spätherbst, bis meine Leute so weit sind“ (TAZ, 4.2.1982). Daß Röder schon im Sommer 1980 enge Verbindungen zu Lembke gehabt hatte, war den Ermittlungsbehörden spä-

testens seit dem Winter 1980/81 bekannt. Im Frühjahr 1981 wurde nämlich Lembke zu 6 Monaten Beugehaft verurteilt und eingekerkert, weil er eben über seine Beziehungen zu Röder nicht aussagen wollte. Eine damalige Hausdurchsuchung bei ihm förderte aber nur Unwesentliches zutage. Umso weniger glaubhaft ist daher die Version von „Kommunisten-Zufall“, der unmittelbar nach Lembkes Entlassung aus dem Knast diese Waffendepots entdeckt haben soll.

Vielmehr ist es wohl so, — und das haben eben die Aussagen Hörnles ergeben —, daß im „Fall Lembke“ nachweisbar die ermittelnden Behörden, allen voran Generalbundesanwalt Rehmanna, die Öffentlichkeit nach Strich und Faden hinter Licht geführt haben. Selten ist so deutlich geworden wie gerade im Fall Lemb-

ke und seiner nachträglichen „Klärung“ vor dem Stuttgarter Gericht, auf welche Art und Weise diese Täuschung gehandhabt wird. Durch gezielte Halb- und Desinformation, durch Verweigerung konkreter Auskünfte und ähnliches mehr.

Im Prozeß gegen die „Deutschen Aktionsgruppen“ um Manfred Röder geht es um die bislang schwerwiegendsten Vorwürfe gegen eine neonazistische Bande, nämlich mehrfachen Mord und Mordversuch.

Nach Willen der Bundesanwaltschaft und auch des Gerichts beschränkt sich auch dieser Prozeß auf die 4 Angeklagten, die in ihrer Isolation allenfalls als gefährliche Psychopathen erscheinen. Dabei wäre es so einfach, mehr aus diesem Prozeß zu machen, ja wenn Gericht und Bundesanwaltschaft nur wollten.

Bemerkenswerte Traditionen

Der Bückeburger Prozeß

Im Sommer 1979 wurde vor dem Oberlandesgericht Celle in Bückeburg der bis dahin spektakulärste Prozeß gegen Neonazis verhandelt. Angeklagt waren Michael Kühnen, Uwe Rohwer, Manfred Börm, Klaus-Dieter Puls, Lothar Schulte und Lutz Wegener, die als sogenannte „Werwolf-Untergrundarmee“ mehrere Banküberfälle, Waffen-

beschaffungsaktionen etc. begangen hatte.

Angeklagt waren sie alle u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Michael Kühnen speziell als Rädelführer.

Ausdrücklich mit der Begründung, daß diese Taten mit zum komplexen „Terrorismus“ zählten, wurden verschiedene weitere Verfahren gegen Kühnen und Wegener, die in Hamburg

anhängig waren, an das OLG Celle verwiesen.

Neben vielen weiteren „Merkwürdigkeiten“ in diesem Verfahren, kam das Gericht zu dem Urteil, daß zwar die 5 anderen wegen 129a StGB zu verurteilen seien, nicht aber Michael Kühnen, der weder bei einem der konkreten Delikte beteiligt gewesen sei und dessen „Rädelführerschaft“ auch nicht erwiesen sei.

Noch während des Prozesses versuchte die Bundesanwaltschaft, ein weiteres Verfahren wegen 129a gegen Michael Kühnen in das Verfahren einzubringen: Diesmal sollte Kühnen als Mitglied der terroristischen „NSDAP/AO“ (zu ihr hatte er sich im Prozeß bekannt) belangt werden. Parallel hierzu wurde ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen bisher „unbekannte Mitglieder der terroristischen Vereinigung NSDAP/AO“ von der Bundesanwaltschaft eingeleitet.

Die Nachtragsklage gegen Kühnen wurde vom OLG Celle „mangels hinreichendem Tatverdacht“ abgelehnt, (außerdem wäre eine solche Nachtragsklage auch vom Einverständnis des Angeklagten abhängig gewesen, hätte Kühnen die Einbeziehung abgelehnt, hätte dieses zweite Verfahren völlig getrennt vom ersten stattfinden müssen).

Mit der Urteilsverkündung im September 1979 hatte die Bundesanwaltschaft also in beiden von ihr angestreb-

ten Verfahren Niederlagen einstecken müssen.

Noch im Herbst 1979 allerdings entschied der Bundesgerichtshof in beiden Fällen zugunsten der Bundesanwaltschaft: Die Ablehnung der Nachtragsklage (Mitgliedschaft in der terroristischen NSDAP/AO) durch das OLG Celle wurde aufgehoben, und die Revision in der Hauptklage (Kühnens Rädelführerschaft in der „Werwolf-Untergrundarmee“) zugelassen. Doch wer gedacht hätte, nun sei der Weg frei für ein neues Verfahren gegen Kühnen, sah sich getäuscht: Im Februar 1980 verzichtete die Bundesanwaltschaft auf die mögliche Revision; auch die beiden übrigen Verfahren nach § 129a StGB gegen „unbekannte Mitglieder der NSDAP/AO“ (Ironie am Rande: gegen Unbekannte kann's natürlich keine Prozesse geben und gegen Bekannte wird ja nicht ermittelt) wurden seitdem nie wieder aufgenommen.

Ergebnis dieser Praxis ist nun, daß Kühnen im August 1982 (11) seine lächerliche Strafe abgesessen haben wird und — wie er selbst vom Knast aus lauthals verkündet — als Gallionsfigur der Nazi Szene wieder in Aktion treten wird.

Odfrid Hepp & Co

Anders als Michael Kühnen, der bisher seine Strafe von 4 Jahren voll absitzen muß, ist Odfrid Hepp schon wieder auf freiem Fuß, obwohl er erst im Oktober 1981 (11) zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und selbst unter Anrechnung der Untersuchungshaft höchstens 6 Monate einsitzen sollte.

Odfrid Hepp war Führer der „Wehrsportgruppe Schlageter/Oriental“, die im Herbst 1979 aufgelöst war und im Orianau-Kreis und Freiburg ihr Unwesen getrieben hatte — mit Verbindungen zur WSK-Hoffmann und dem mutmaßlichen Attentäter von München, Gundolf Köhler. Damals waren insgesamt 17 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, 6 Nazis schließt, darunter Hepp, wurden kurzfristig in Haft genommen. Im Mai 1980 verkündete die Staatsanwaltschaft, sie bereite 9 Verfahren in diesem Zusammenhang vor, davon 5 wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 StGB) und 4 wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB). Der für Herbst 1980 vorgesehene Prozeß platzte, da von den Angeklagten zumindest Hepp und Dupper sich im Juni/Juli 80 zusammen mit weiteren Hoffmann-Leuten in den Libanon abgesetzt hatten.

Völlig verrückt wird die ganze Geschichte deshalb, weil die Gruppe an der deutsch/österreichischen Grenze auffiel und kontrolliert wurde ... und anstandslos passieren konnte. Als Hepp, Dupper und andere dann kurz vor dem Münchner Attentat im September 80 auf der Beiruter BRD-Botschaft auftauchten, erhielten sie anstandslos Geld und neue Pässe: Angeblich — so das Ergebnis einer parlamentarischen Anfrage — hätten sie damals nicht einmal im Fahndungsbuch gestanden!

Hepp und Dupper wurden schließlich im Juni 81 in Haft genommen, als sie aus dem Libanon zurückkamen. Aus dem im Mai 1980 groß angekündigten Verfahren waren in der Zwischenzeit allerdings zwei geworden. Von den ursprünglich 5 Angeklagten wegen „krimineller Vereinigung“ waren nur noch 4 übrig geblieben, die im September 81 dann auch nicht wegen 129 StGB, sondern wegen anderer Delikte verurteilt wurden.

Und auch im Fall des Bandenchefs Hepp selbst und seiner mitangeklagten Freunde Dupper, Maucher und Müller mochte die Staatsanwaltschaft im Oktober 81 nichts mehr von terroristischer und krimineller Vereinigung wissen. Verurteilt wurden Hepp und Co. wegen Verstoßen gegen das Versammlungsgesetz, Volksverhetzung und ähnlicher einschlägiger Delikte.

Der Schleswig-Prozeß

Am 28. März 1979 wurden 6 Neonazis, die der NS-Bande Tönning zugerechnet wurden, verhaftet. Der Zugriff des Staatsschutzes erfolgte nicht aufgrund eigener Ermittlungen, sondern durch einen „Überläufer“ informierte Zeitschrift „Konkret“ erstattete Anzeige.

Bei dieser Gruppe handelte es sich um die Bande, die sich seit ca. 1977 um den ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden von Nordfriesland, Ernst-August Möller (Tönning) aufgebaut hatte und beste Beziehungen zur „Hansa“ Bande um Michael Kühnen,

Ein Trio macht Geschichte

Die drei Alt- und Neonazi Manfred Röder (fordert „das offene Bekenntnis zu Adolf Hitler als dem Führer und Vorbild unseres Volkes“), Thies Christophersen („Ich bin kein Demokrat — Ich bin ein Rassist“) und Erwin Schönborn („Wir bekennen uns zum Dritten Reich, und wir fordern das Dritte Reich“) sind jahrelang offen neonazistisch aktiv, Schönborn sogar seit Anfang der 50'er Jahre. Anfang der 70'er gewannen sie in der sich nach verbreitenden Neonazi-Szene zunehmend an Einfluss. Sie traten am offensten und unverhülltesten als neue „NSDAP“-Propagandisten auf.

Im folgenden wollen wir kurz wichtige Stationen dieses Trios nachzeichnen. Statt die Rolle bundesdeutscher Justiz hier noch



Thies Christophersen

wichtige Stationen dieses Trios nachzeichnen. Statt die Rolle bundesdeutscher Justiz hier noch einmal genauer zu würdigen, sei hier nur darauf hingewiesen, daß das Trio bis vor ein/zwei Jahren fast ungestört seine Aktivitäten entfalten konnte ...



Manfred Röder

Saubermänner ...

Röder und Christophersen machten zum ersten Mal von sich reden durch Aktionen „gegen den gesteuerten Kulturverfall“ („Anti-Porno“-Aktionen gegen Sexfilme und die „documenta“ in Kassel 1972).

... im braunen Gewande

1973 erschien dann die berühmteste „Auschwitz-Lüge“ von Christophersen, Ex-„Sonderführer (Z), das war der Rang eines Leutnants“ im Auschwitz-Nebenlager Rajst. Röder schrieb das Vorwort. Original-Ton: „Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren. Zwar mußten sie ihre Straßenträger tragen, aber ihre Wäsche, Strümpfe und Schuhe waren einwandfrei und tipptopp. Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht. Lippenstift und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge.“

Thies Christophersen

„Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Allenfalls Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. Der Geruch vom dem Einbrennen der Häftlinge war natürlich nicht angenehm. Übrigens, der Leiter dieser Besichtigungsmale lebt heute in meinem Nachbardorf.“ Soweit Christophersen — nun Röder:

„Jeder anständige Jude wird unsere Suche nach der Wahrheit und deshalb diese Schrift begrüßen. Denn mit der Herausgabe dieses sensationellen Berichts schüren wir keinen Nationalismus oder Haß, sondern dienen der Wahrheit, und nur die Wahrheit wird uns und andere frei machen. Und nur wirklich begangenes Unrecht kann wiedergutmacht oder vergeben werden. Erfundene Unrecht aber schafft unweigerlich neuen Haß und Zündstoff.“

„Hitler wollte gar nicht die Juden umbringen und hat niemals einen Befehl zur Ausrottung gegeben, auch nicht zur Ausrottung anderer Völker. Es gab keine Vergasungsmaschinen. Das sind alles Erfindungen krankhafter Hirne. Fast sämtliche sog. Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse sind mit mangelhaften Zeugen und gefälschten Dokumenten geführt worden.“

Und Schönborn ergänzt: „Wer behauptet, daß in einem deutschen KZ auch nur ein einziger Jude verstorben wurde, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher.“

Als provokante Begleitmusik organisierten die drei Aktionen gegen die Auschwitz-Ausstellungen, Hetzkundgebungen gegen antifaschistische Persönlichkeiten und Organisationen sowie eindringliche Bekenntnisdemonstrationen für Faschismus. Als Spitzen des Eisbergs seien hier angeführt:

Am 20.1.75, dem Tag der berühmten „Wannsee-Konferenz“ veranstalteten Röder und Schönborn eine NS-Kundgebung vor der Frankfurter Wohnung von Dr. R. Kempner dem ehemaligen US-Minister in den Nürnberger Kriegsverbrecher-

prozessen, unter den Parolen: „Raus mit dem monströsen Judenpack aus Europa“ — „Kommer mal Heß ins Gefängnis“ — unter Polizeischutz!

Am 23.5.75 organisierten Christophersen und Röder den „Reichstag zu Flensburg“ (Anlaß war die Festnahme des Hitler-Nachfolgers Dönitz in Flensburg am 23.5.45). Im Flugblatt dazu heißt es: „Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtslosigkeit und Terror.“ Die Kundgebungsteilnehmer, die ein „Bekenntnis zum Deutschen Reich“ ablegten, wählte Röder zum „Sprecher des Deutschen Reichstages“.

Das ganze Ausmaß organisierter NS-Tätigkeit dieses Trios kann hier unendlich dargestellt werden. Es sei an dieser Stelle auf das „Russell-Buch“ („NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe“) verwiesen.

Als noch Mitte der 70er Jahre neonazistische Schlagbarden herausgebildet („Wehrsportgruppe Hoffmann“, „Hansa-Bande“ usw.) waren Röder, Christophersen und Schönborn ebenfalls mit von der Partie. Christophersen war es, der am 26.2.78 in Hamburg zu einem bundesweiten Nazi-Treffen einlud. Wiederum unter Polizeischutz erschien die Nazi-Prominenz: Karl-Heinz Hoffmann, Uwe Rohwer, Chef der „Wiking-Jugend/Nordmark“, Erwin Schönborn, die Hansa-Bande um Michael Kühnen, Mitglieder der NS-Gruppe Tönning usw. Röder konnte nicht erscheinen, weil er schon in die Illegalität abgetaucht war.

„Der Kampf geht weiter“ ...

... unter diesem Motto agierte Röder, als er wegen einer anzu-tretenden Haftstrafe untertauchte. Eine zeitlang hielt er sich im Ausland auf, bis er 1980 mit seiner „Deutschen Aktionsgruppe“ offen zu terroristischen Aktionen überging. Thies Christophersen, gerade selbst ins Ausland wegen anzu-tretender Haftstrafen abgetaucht, schrieb in ungewohnter Deutlichkeit: „Ich distanziere mich nicht von Manfred Röder. Er hat keine strafbaren Taten begangen. Was er getan hat, hätten wir alle tun müssen“ („Bauernschaft“, 3/81, S. 9 — Zeitung von Christophersen). Dabei scheint sich Christophersen seiner Haut sehr sicher zu fühlen, denn er kündigt in seiner letzten „Bauernschaft“ (4/81) an, daß er sich auf eine „Reise durch Südwestafrika“ begeben wird.

(Alle Quellen, sofern nicht im Text angegeben, aus „Russell-Buch“ 3, „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe“, bunte Buchverlag).

Fortsetzung von voriger Seite

auf „Wiking-Jugend“ um Uwe Rohwer und insbesondere auch zu Paul Otto (Braunschweig) unterstellt. Im einzelnen sind über den Bandenchef Möller bekannt geworden:

— Jürgen Töpke (Tönning) u. a. Teilnehmer des Nazi-Treffens vom 26.2.1978 in Hamburg-Lurup (mit Rohwer, Hoffmann, Christophersen etc.)

— Heinrich Eisermann auch Wandaup (Originalton der Nazis „Das Hauptquartier“) langjähriger Bekannter Christophersens. Am 18.8.1977 bekam Eisermann von Otto sowie dem VS-Agenten Lepzien eine Bombe überreicht, die er am 2.9.1977 vor dem Flensburger Landgericht zusätzlich eines dort verhandelten Prozesses gegen einen Neonazi zündete;

— Martin Geisert aus Westerröfeld bei Rendsburg. Er kommt aus der „Wiking-Jugend“ um Uwe Rohwer;

— Armin Peil aus Hannover, die wohl merkwürdigste Figur dieser Bande. Peil war engster Mitarbeiter der Otto-Gruppe hier und gilt als „harter Nazi“. Aus bislang nicht näher bekannten Gründen ist Peil irgendwann 77/78 in die Illegalität abgetaucht und zog im Sommer 78 bei Bandenmitglied Rolf Dieter Böhm ein, wenig später dann bei Möller. Gemeinsam mit Peil kam auch seine damalige Freundin Irmgard Schmitts (heute Brünning) zur Bande.

Aufgeflogen ist die Bande nur deshalb, weil Peil aus bis heute undurchsichtigen Gründen gegenüber der „Konkret“ auspackte. Dabei wurde bekannt, daß die Bande geheime NATO-Papiere geklaut hatte (mit denen sie u. a. Rudolf Heß freipressen wollte), mehrere Diebstahlspläne und einen Brand-Explosionsanschlag auf eine Freimaurerloge in Hamburg konkret geplant hatte. Banküberfälle sollen auch im Gespräch gewesen sein. Nach den Festnahmen übernahm sofort die Generalbundesanwaltschaft um Kurt Rebmann die Ermittlungen. Sie warf der Bande vor, „eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben“ (Hamburger „Morgenpost“, 31.3.79).

Die Anklage

Hatte die GBA anfangs noch nach § 129a ermittelt und demzufolge kaum Informationen herausgelassen (die Rolle und der Name Peils wurden nicht preisgegeben), wurde es um die Bande und die staatlichen Ermittlungen ruhiger.

Erst mit der Eröffnung des Prozesses (preisgegeben), wurde es um die Bande und die staatlichen Ermittlungen ruhiger.

Erst mit der Eröffnung des Prozesses gegen die Bande im Januar 81, wurde klar, wie die Staatsanwaltschaft gegen die Nazis vorgehen wollte:

— Der Vorwurf der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ wird vollständig fallengelassen (eine Begründung ist uns nicht bekannt).

— Der Prozeß wird in zwei Verfahren aufgeteilt:

- Gegen Rolf-Dieter Böhm, Ernst August Möller und Jürgen Töpke wegen Vorbereitung zum Landesverrat, Begünstigung und Hehlerei
- Gegen Böhm, Möller, Töpke, Martin Geisert, Heinrich Eisermann, Irmgard Brünning und Armin Peil wegen Vorbereitung/Verbreitung zum Brandanschlag geplant für den 26.4.79 (bei dem die Heusermeisterfamilie nicht

überlebt hätte), Diebstähle und Hehlerei

Da die NS-Gruppe aus zehn Mitgliedern bestanden haben soll („Mopo“, 30.3.79), werden drei gar nicht erst angeklagt:

— Die geplanten Banküberfälle fallen ebenfalls unter den Tisch

— Armin Peil, der Überläufer, wird trotz seiner Teilnahme am Klauf der NATO-Papiere und an dem geplanten Anschlag nur wegen Diebstahls angeklagt. Ihm kommt die Rolle des „Kronzeugen“ zu.

Das Urteil

Das Schleswiger Obergericht verurteilte im ersten Verfahren lediglich Böhm zu einem Jahr und vier Monaten Freiheitsstrafe (bei ihm wurden Waffen, Sprengstoff und die NATO-Dokumente gefunden), Töpke, der mit Peil und Brünning die Papiere geklaut hatte, wurde zu 2000,— DM Geldstrafe verurteilt, Möller bekam 7200,— DM Geldstrafe. Peil und Brünning waren nur als Zeugen geladen. Dabei plauderte Peil offen heraus, daß er „Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt haben will“ („Flensburger Tageblatt“, 27.8.81).

Der zweite Prozeß vom Flensburger Landgericht Ende letzten Jahres sollte ursprünglich gegen sieben Nazis eröffnet werden, jedoch war Böhm inzwischen untergetaucht. Eisermann immer noch verhandlungsunfähig und gegen Brünning wurde das Verfahren abgetrennt. Sie wurde vor einem Jugendgericht lediglich verwarnet. Blichen noch vier Nazis, angeklagt wegen Verbreitung/Vorbereitung zum Sprengstoffanschlag, Diebstählen, Beihilfe dazu und Hehlerei. Peil trat wieder als „Kronzeuge“ auf und wurde nur wegen 21 Diebstählen (teilweise gemeinsam mit Töpke) zu einem Jahr und sechs Monaten Haftstrafe auf Bewährung sowie 1000,— DM Geldstrafe verurteilt. Möller, nur wegen Hehlerei und Beihilfe zum Diebstahl angeklagt, mußte zusätzlich zu den 7200,— DM aus dem ersten Prozeß 600,— DM zahlen. Töpke wurde zu drei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung und 2000 DM Geldstrafe verurteilt. Einzig Geisert wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Jugendhaftstrafe verurteilt, weil er angeblich der „spiritus rector“ gewesen sein soll bei der Planung des Anschlages und einen Waffendiebstahl begangen hatte. Deshalb war er auch gar nicht erst zur Urteilsverkündung erschienen, sondern ist untergetaucht.

hatte. Deshalb war er auch gar nicht erst zur Urteilsverkündung erschienen, sondern ist untergetaucht.

Bilanz: Die Generalbundesanwaltschaft hat von Anfang an das Verfahren an sich gezogen, mit der Begründung, sie ermittele nach § 129a. Schweigen über den Fall breitete sich aus. Dann wird das Verfahren in zwei aufgeteilt, Zusammenhänge in der Bande und mit anderen Nazis werden auseinandergerissen, die Aktionen erscheinen mehr oder weniger als Einzelaktionen. Bestimmte Dinge, wie geplante Banküberfälle oder tatsächlich abgelaufene Aktionen (Verteilen von NS-Flugblättern, Schmierereien usw.) fallen in den Prozeß nach Einsicht in den ganzen Prozeßführung staatsicherheits nicht offenkundig werden: daß hier eine Nazi-Bande mit allerbesten Kontakten

zur restlichen norddeutschen Nazi-Szene organisiert. Wahlaktivität leistete. Entsprechend fielen auch die Urteile aus: Zwei Haftstrafen (beide Nazis sind abgetaucht), eine Verwarnung, ansonsten Geldstrafen oder Haftstrafen auf Bewährung (Quellenangabe: Soweit nicht weiter gekennzeichnet, alle Angaben aus Prozeßberichterstattungen bzw. Pressemeldungen darüber).

Die Maschen des Gesetzes ...

Tatsächlich werden in der BRD die Mitglieder neonazistischer Banden in aller Regel als Einzelkämpfer abgeurteilt, wenn überhaupt. Nur in Ausnahmefällen wird der organisierte Charakter ihrer Verbrechen auch direkt in den Prozeß eingebracht (was dann in An-

klagen nach §§ 129/129a mündet). Doch selbst in den wenigen Prozessen, wo überhaupt der organisierte Charakter dieser Umtriebe zur Sprache kommen könnte, beschränken sich die Anklageschriften stets nur darauf, diejenigen Nazis, die gemeinsam eine bestimmte Tat auch verübt haben (etwa einen Banküberfall o. ä.) zusätzlich als eine kriminelle/terroristische Vereinigung anzuklagen.

Mit solchen Regelmäßigkeiten führt ein solches Vorgehen in den Prozessen dazu, daß eigentliche Miliärs nur noch als Zeugen auftreten. So wurden beispielsweise im Bückeburger Prozeß gegen Kohnen und Co. die Nazis Otto und Schreiber, der VS-Agent und Nazi Lepzien sowie Uwe Jürgen aus Celle „nur“ als Zeugen vernommen, obwohl sie jeweils ebensoviel als Miliärs in einzelnen Tatkomplexen auf der

Anklagebank hätten sitzen können. Und umgekehrt ist es dann so, daß im Verfahren gegen Olaf Braunschweiger Gruppe wiederum andere Nazis als Zeugen vernommen wurden, die bei näherer Betrachtung ebensolche Mitglieder dieser, beweisbar über ganz Norddeutschland verbreiteten, Nazi-Bande waren.

Der „Affentanz“ um die Anklagen nach §§ 129/129a StGB in Verfahren gegen Neonazis ist dabei „nur“ der juristisch/prozessmäßige Ausdruck der Tatsache, daß alle Ermittlungsbehörden so bislang schlicht leugnen, daß es seit Jahren eine organisierte terroristische Nazi-Untergrund gibt, der sich selbst „NSDAP/AO“ nennt, dessen Mitglieder weitgehend bekannt sind und dessen verschiedene Untergruppen für jeweils verschiedene Taten verantwortlich zeichnen.

Leserbrief

Der ironische Unterton, mit dem die „Neujahrspredigt“ des „Obergurus westdeutscher Sicherheitsfanatiker“ Dr. Alfred Stümper eingeleitet wird, gefällt mir nicht so recht. Natürlich, der philosophische Horizont von Stümper läßt seine geschraubt-tiefenwässrigen Ergüsse über eine historische Umbruchphase ein bißchen skurril und nichtlich erscheinen. Aber so verbrochen er sich auch anhört, — unter all seiner vernebelten Begrifflichkeit reflektiert Stümper ziemlich klar und weitwichtig die gegenwärtige Krise des Imperialismus, deren ideologische, politische und soziale Reflexe und die Anstrengungen (und Risiken) des Imperialismus zu einer völligen Neuordnung der Welt. „Weltpolitisch“ ständen — so Stümper — in dieser Periode des „Umbruchs“, „aufgrund gewandelter Interessenlagen und neu belebter Zusammengehörigkeitsgefühle“ (deutsche Originaltexte — beim Lesers?) „selbst die Zusammenstöße von Staatsgeboten und insoweit auch Staatsgrenzen wieder in Frage“. Innenpolitisch könne die krisenhafte Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Ausländerfrage, Verelendung) zu Büchern in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. führen und vor allem die wachsende Kriegsgefahr brichte „schwere oder gar undurchsichtige, gefährliche, ja sogar hochexplosive Spannungen“ (wird heißen Verschärfungen der Klassenkämpfe — möglicherweise bis hin zu revolutionären Massenbewegungen).

So gesehen ist Stümper gibt eine viel umfassendere und dialektischere Einschätzung der Entwicklung des Imperialismus nach innen und außen, der daraus resultierenden Widerstandspotentiale und der notwendigen Härte von deren Unterdrückung, als dazu heute der allergrößte Teil der Linken in der Lage ist. Wo verschärfte linke Polizeistaatskritik nur die Gefahr einer totalen Überwältigung und Bespitzelung („1984“) herausarbeiten und den Ausbau des staatlichen Repressionsapparates als „schon-gar-nicht-mehr-notwendig“ abtun, geht Stümper aufgrund der von ihm prognostizierten Entwicklungen davon aus,

daß durch eine geschickte „gesellschaftsmantel“ (Harold) politische Präventivstrategie spontane und organisierte Massenkämpfe letztlich nicht zu verhindern sein werden. Die Erfassung und wissenschaftliche Auswertung jeder Widerstandsbewegung ist für ihn nur die Vorbereitung, Mittel zur „Erstellung eines richtigen Lagebilds“, um „festentzschlossen“ und geizt diese Widerstandspotentiale eindämmen und zerlegen zu können.

Wenn man Stümper Analyse nur richtig liest und „überwacht“, ist sie die beste Bestätigung für die politischen Aussagen von Lenins Imperialismustheorie ebenso wie für unsere Einschätzung der vorbeugenden Festsicherung des BRD-Staates, durch einen der — bei aller Klassenbedingtheit — weitwichtigsten „Macher“ dieser Putschierung.

Neben Stümper Realanalyse sind auch die eindeutig ideologischen Aspekte seines Artikels es wert, daß man sich näher mit ihnen beschäftigt. Ist das nicht ein altseim bekannter Ton, in dem die „Haltlosigkeit“ und „Leblosigkeit“ dieser Gesellschaft und vor allem ihrer Jugend, die „zerstrenden Kräfte“ kritischer intellektueller „Schreibstilt“ (vor allem in den Medien), die „Vernichtungsstrategie“ ausländischer Mächte, die hinter allem und jedem standen die Auswirkungen des „Ausländerproblems“ auf „Werdegang und Schicksal eines Volkes“ usw. beschworen

Auswirkungen des „Ausländerproblems“ auf „Werdegang und Schicksal eines Volkes“ usw. beschworen werden in dem die „Politik“ des Zuhaltens, der Unfähigkeit, einhalt und Leichtigkeit herbeizuführen und und Mathematisieren eine „fest entschlossene inneren Abwehrbereitschaft“ „unseren Staaten“ gefordert wird, gestützt auf die Neubelebung von Werten wie „Ehrlichkeit“, „Mut“ und „Opferbereitschaft“. Genau diesen Tonfall haben Anfang der 30er Jahre die Nazis und ihre Gesinnungsgenossen im Staatsapparat angeschlagen, als sie (nur noch eine halbe Oktave schriller) gegen die „geutige Entwurzelung des deutschen Volkes“, gegen die „jüdisch-bolschewistische gesteuerte Zersetzung und die schwachen und korrupten Parlamente und Politiker der Weimarer Republik po-

lomisierten und stattdessen eine starke Hand forderten, die endlich wieder Ordnung und moralische Sauberkeit bringen werde.

Stümper Artikel will nicht nur den Polizeisystem politisch-ideologisch auf eine künftige drastische Verschärfung der Klassenkämpfe vorbereiten, sondern auch auf den Übergang zu ganz neuen Herrschaftsformen des Imperialismus. Das Polizeiführungsorgan soll bei diesem Übergang eine Avantgarde-Rolle spielen — oder wie Stümper selbst es formuliert — entsprechend seiner „richtigen Zielvorstellungen und Entscheidungsvorgaben“, „eine an den politischen Realitäten ausgerichtete „Durchsetzungstrategie“ entwickeln.

Ich finde, wenn wir solche Dokumente wie Stümper Artikel veröffentlichten, sollten wir auch herausarbeiten, was hinter dem vorharmlos-dümmlichen (auch sehr, sehr vorrichtigen) Amtdeutsch an brisanten und für uns wichtigen Überlegungen steckt.

Das soll jetzt keine Grundsatzkritik sein, sondern mehr eine Ergänzung, vielleicht könnte ihr ja das obige als Leserbrief im nächsten AK veröffentlichten.

Viele Grüße und RfJ Jo, Freiburg

Antwort der Antifa-Kommission

Antwort der Antifa Kommission

Lieber Jol Du hast recht. Auch von antifa Seite haben wir uns gegen das zu wehren, daß dieser Vorprozeß der ja zum ersten Anzeichen und Vorzeichen sein könnte, daß die Nazis sich schon wieder da! Das war natürlich ganz und gar nicht unsere Absicht, wie sich daraus erkennen läßt, daß wir diesen Aufsatz von Stümper für nachdruckenswert genug hielten. Nun ja, wir werden uns deinen Hinweis sowohl in agitatorischer Hinsicht als auch bezüglich zukünftiger sachlicher Ausführungen zu Herzen nehmen.

Grüße Antifa-Kommission

„Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen“

Die Bundesregierung über die Schleyer-Entführer am 10.10.77

Am 4. Dezember letzten Jahres endete der Prozeß gegen Stefan Wismiewski vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf mit dem erwarteten Urteil Lebenslange Freiheitsstrafe. Erwartetes Urteil deshalb, weil die Schleyer-Entführung endlich gestraft und „rechtstastlich“ bewältigt worden sollte. Das Liberalisierungsgezwitsch ist allenfalls für die bundesdeutsche Promissandtschaft da — zum Vernebeln der großen Abrechnung.

Beim Wismiewski-Prozeß handelte es sich um das erste Verfahren und Urteil zum Schleyer-Komplex. Weitere Verfahren gegen Clemens Wagner, Peter Bönig und Angelika Speitel stehen im Arsch. Bemerkenswert ist, daß dieses Verfahren nicht einheitlich zusammen durchgeführt werden, sondern gestreut nacheinander. Zum Verbot der Mehrfachverurteilung (§ 146 StPO) kommt durch dieses Scheitern hinzu, daß in jedem Verfahren nur zwei Verteidiger des umfangreichen Prozeßstoff bewältigen können, bei mehreren Angeklagten wäre immerhin eine Arbeitsstellung unter diesen Verteidigern möglich.

Der jetzt zu Ende gegangene Prozeß gegen Stefan Wismiewski hat überdeutlich gemacht, daß wegen der Schleyer-Entführung und seiner späteren Tötung eine Verurteilung der Angeklagten um jedes Preis erreicht werden soll — ungeachtet der konkreten Beweislage und unter Verletzung verschiedener rechtsstaatlicher Gebote. Jedes Mittel ist der politischen Justiz dabei im Verfahren gegen Wismiewski recht gewesen, um ihn trotz fehlender eindeutiger Beweise für eine Tatbeteiligung lebenslanglich in den Knast zu bringen.

Wegen der exemplarischen Bedeutung dieses Verfahrens und der dabei von der Justiz angewandten Metho-

den sollen im folgenden die wichtigsten Stationen des „Falles Wismiewski“ von seiner Verhaftung bis zur Verurteilung nachgezeichnet werden.

Die Verhaftung

Wismiewski wurde am 11. Mai 1978 auf dem Pariser Flughafen Orly bei der Paßkontrolle verhaftet. Gegen ihn lag zu diesem Zeitpunkt ein Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) vor. Wie es in der Presse hieß, wollte er mit gefälschten Ausweispapieren nach Zagreb/Jugoslawien fliehen, wo kurz vorher Brigitte Mohn

haupt, Peter Bönig, Siegfried Hoffmann und Rolf-Clemens Wagner festgenommen worden waren (1). Für diese habe Wismiewski „Kuriersdienste“ geleistet (2). Angeblich hatte er „Befreiungspläne für mehrere alle in der Bundesrepublik einsitzenden Terroristen“ im Innern besitzt (3).

Wismiewski wurde noch am selben Tag gegen seinen Willen und ohne Anhörungsverfahren in die BRD abgeschoben (4). Diese Umgehung eines förmlichen Auslieferungsverfahrens hatte später zur — katastrophalen — Folge, daß Wismiewski vor bundesdeutschen Gerichten ohne jede Einschränkung angeklagt werden konnte. Bei Einhaltung der Auslieferungsbestimmungen hingegen hätte er lediglich wegen der Delikte angeklagt werden können, dererwegen ihn ein französisches Gericht ausgehört hätte — und damals lag gegen ihn eben nur Haftbefehl wegen § 129a StGB vor. Bei Beachtung dieser Grundrechte hätte Wismiewski also nur wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ angeklagt werden können — Höchststrafe fünf Jahre Gefängnis!

Im Knast

Wismiewski wurde von BKA Beamten von Paris direkt in die JVA Frankenthal „verbracht“. Dort wurde er we-

nig später zu acht Monaten Knast verurteilt wegen „Mitleidens Angriff und Beleidigung“ weil er während einer Vernehmung den Ermittlungsrichter Kuhn „überfallen“ habe (5).

Im März 1980 versuchte Wismiewski zu fliehen, die Flucht scheiterte, er wurde deshalb im September zu sechs Jahren (!) Knast wegen Raub (er hatte einem überwältigten Schloßer dessen Büro abgenommen), Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Das Strafmaß entsprach exakt dem Antrag der Staatsanwaltschaft (6). Mit der Sicherheit, Wismiewski erstmal ein paar Jahre „untergebracht“ zu haben, konnte die Bundesanwaltschaft Anklage und Prozeß vorbereiten.

Die Anklage

Im November 1980 wurde Anklage gegen Wismiewski vor dem 4. Strafbenat des OLG Düsseldorf erhoben. Die Bundesanwaltschaft warf ihm vor: Beteiligung an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und dessen Begleitern in Köln, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF), Räuberische Erpressung, Gewaltnahme, Erpresserischer Menschenraub, fahrlässige Körperverletzung, versuchte Nötigung eines Verfassungsorgans,

Urkundensfälschung (7).

Konkret soll Wismiewski bei der Entführung Schleyers den von den Tätern benutzten VW-Bus gefahren haben. Später soll er während der Verhandlungen zwischen den Entführern und der Bundesregierung „Kunert“ gewesen sein. Außerdem habe er am 3. August 1977 mit zwei anderen Tätern die Nationalbank in Essen überfallen und 463.000 DM erbeutet, um damit den geplanten Anschlag auf Schleyer zu finanzieren (8).

Der Vorsitzende

Der Vorsitzende in diesem Verfahren, der Richter am Oberlandesgericht, Klaus Wagner, war für seine Aufgabe prädestiniert. Er hatte vorher Angelika Speitel gegen die das Verfahren wegen Schleyer noch bevorsteht — zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wegen Mordes an einem Polizisten, der bei ihrer Verhaftung erschossen wurde. Dabei hatte die Verhandlung ergeben, daß Angelika Speitel jedenfalls nicht den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Aber das war für Wagner kein Hinderungsgrund, seine Argumentation: A. Speitel sei Mitglied der RAF gewesen, da ihrerseits eine terroristische Vereinigung sei. Daher

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

muss sie sich auch die Handlungen der anderen „Terroristen“ zurechnen lassen. Wer Mitglied der RAF sei, identifiziere sich auch mit deren Zielen, zu denen auch die Tötung von Menschen zähle. Daher sei unbeachtlich, daß A. Speitel nicht geschossen habe und überhaupt unklar sei, wer geschossen hat. (Dieser Kontaktschuld-Theorie sollte sich Wagner später gegenüber Wisniewski (Börgera wieder bedienen)

Wagner begann den Wisniewski-Prozess mit einem Eklat. Er ließ per brutalem Polizeieinsatz den Saal am ersten Verhandlungstag räumen, nachdem massiv die Herstellung voller Öffentlichkeit für den Prozess gefordert worden war. Sein Kommentar zu den Polizeiblenken: „Wir haben hier noch ein paar Zimmer frei.“ also am besten gleich jeden einsperren, der auf dem Recht auf öffentlicher Gerichtsverhandlung besteht?

Aber Herr Wagner hat „nerwös“, wie die „Welt“ meinte, weil Angelika Speitel, von ihm lebenslänglich in den Knast gebracht, am selben Tage einen Selbstmordversuch gemacht hat (9).

Die „Beweise“

Die Anklage stütze sich im Verfahren im wesentlichen auf drei „Säulen“, die eine Tatbeteiligung Wisniewskis an der Kölner Entführung und der Tötung Schleyers und seiner Begleiter nachweisen sollten: Auf die Aussagen einer Augenzeugin, die Wisniewski als Fahrer des bei der Entführung verwendeten VW-Busses erkannt haben will, und auf die Aussagen des Stammschmeiers Kronzeugen Volker Speitel und die angeblichen Angaben des „Aussteigers“ Peter Boock.

Die „Augenzeugin“

Die Zeugin Susanne S., eine 28-jährige Sparkassenangestellte, fuhr am 5.9.77 mit ihrem Auto zum Zeitpunkt der Entführung über die Kreuzung. Sie will dort durch das Heckfenster ihres Fahrzeuges den VW-Bus und dessen Fahrer erkannt haben. Aber der Fahrer war der Zeugin zufolge zunächst nicht Wisniewski, sondern sie erkannte zwei Wochen nach dem Geschehen nach Polizeifotos Will-Peter Stoll (10).

Überhaupt nannte das BKA damals andere Tatverdächtige (neben Stoll vor allem Knut Folkerts und Christian Klur), Wisniewski tauchte nicht auf (11).

Will-Peter Stoll aber wurde am 5. September 1978 erchossen. Er stand daher als Angeklagter nicht mehr zur Verfügung.

Knut Folkerts wurde in Holland verhaftet und darf in der BRD nicht wegen der Beteiligung an der Schleyer-Entführung angeklagt werden, da

„Knut Folkerts wurde in Holland verhaftet und darf in der BRD nicht wegen der Beteiligung an der Schleyer-Entführung angeklagt werden, da die vom höchsten holländischen Gerichtshof als politisches Delikt gewertet wurde. Folkerts stand daher ebenfalls nicht als Objekt staatlicher Sühne zur Verfügung.“

Jedenfalls legte sich die Zeugin Susanne S. ein Jahr später aufgrund von Fotos dann auf Wisniewski als VW-Bus-Fahrer fest – allerdings erst nach einer „Gegenüberstellung“ in der Turnhalle der IVA Frankenthal, deren nähere Umstände der Erwähnung bedürfen: Fünf Beamte des BKA und Wisniewski, der sich heftig wehrt, schreit, Grimassen schneidet, an Händen und Füßen gefesselt, werden vorgeführt. Selbst unterstellt, die BKA-Leute haben sich Mühe gegeben, den Eindruck zu erwecken, sie würden sich ebenfalls wehren – daß unter diesen Umständen jeder mühelos Wisniewski als denjenigen identifizieren konnte, der identifiziert werden sollte, liegt auf der Hand.

Diese seltsamen Wandlungen in den – beendigen – Aussagen der Zeugin werden wohl am folgendsten liegen: Nach Recherchen von Redakteuren der Kölner STADT-REVUE, die die Situation am Entführungsort nachzeichnet, ist es so gut wie ausgeschlossen, daß die Zeugin aus ihrer Position das Gesicht des VW-Busfahrers hätte sehen können (12).

Der Umsteiger Volker Speitel

Die zweite „Säule“ der Anklage heißt Volker Speitel. Er wurde Ende 1977 verhaftet und begann kurz nach dem Stammschmeier „Selbstmord“ vor der Staatsanwaltschaft „auszupacken“. Er wurde zu einem der „wichtigsten Zeugen der Anklage“ in Terroristenprozessen (13). Daher widerfuhr ihm in seinem eigenen Prozess vor dem OLG Stuttgart auch ungewöhnliche Mühe: 3 Jahre Knast erhielt er wegen Mitgliedschaft in der RAF,

nach 2 Jahren war er wieder draußen – „neuer Name und Aufenthaltsort sind unbekannt“ (14).

Ganz so unbekannt aber denn doch nicht. Speitel machte nämlich vor einem ersuchten deutschen Konsul im Ausland (!) eine Aussage in Sachen Wisniewski: Dieser soll, so Speitel, unmittelbar vor dem Entführungstage gesagt haben: „Wenn ich ein morgen denke, geht mir der Arsch auf Grundeis.“ (15)

Speitel und ein anderer „Aussteiger“, der Wisniewski belastete, Hans-Joachim Delwo, bekundeten, daß Wisniewski an einer Reihe von Treffs in Amsterdam, Luxemburg und Wuppertal im Jahre 1976 teilgenommen habe, die wesentlich der Vorbereitung des Anschlages auf Schleyer in Köln dienten (16).

Die Glaubwürdigkeit der Aussage Speitels, die Wisniewski ja nur indirekt belastet, ist – ohnehin angesichts seiner Prostitutionierung für den Staatsschutz stark erschüttert – praktisch gleich Null, wenn man die von ihm selbst zugegebene Tatsache berücksichtigt, daß er vom BKA 90 000 DM erhalten hat (17).

Der Aussteiger Peter Boock

Die dritte „Säule“ sollte Peter Boock sein. Indessen sind die Umstände, unter denen angebliche Aussagen Boocks zum Gegenstand des Wisniewski-Verfahrens gemacht worden sind, besonders skandalös. Die „Aussage“ Boocks ist in den Prozess eingeführt worden, um die morsche „Säule“ Speitel abzustützen.

So soll Boock die Aussage Speitels, also die Äußerung Wisniewskis, ihm ginge der „Arsch auf Grundeis“, bestätigt haben.

Soll – denn Boock bestreitet, diese Aussage Speitels bestätigt zu haben, und bezeichnet seine Einführung als „Zeuge“ in den Prozess als „perfide Konstruktion der Anklage“ (18).

Zur Vorgeschichte, die wirklich ein Musterbeispiel bundesdeutscher „Rechtfertigungskunst“ dokumentiert: Boock sitzt in Hamburg ein und hat sich – schon ein Jahr vor seiner Festnahme – von der RAF „losge-sagt“. Im Januar bzw. Februar 1981 soll er in Gesprächen mit dem Staatsschutz Wisniewski „schwer belastet“ haben (Bestätigung der Aussage Speitels). So sagten jedenfalls die beiden „Gesprächspartner“ Wisniewski, insbesondere Bundesanwalt Zeiss, im Prozess aus. Angeblich seien die Gespräche auf ausdrücklichen Wunsch Boocks zustande gekommen, der auch seinen Vertrauensanwalt H. Hannover nicht dabei haben wollte. (19)

„Einziges Haken“ bei dieser perfiden Konstruktion Peter Boock, gegen seinen Willen in den Wisniewski-Prozess als Zeuge vorgeführt, widersprach dort der geschilderten Version. Es sei „keine Aussage“ gewesen, „glaube seinen Willen in den Wisniewski-Prozess als Zeuge vorgeführt, widersprach dort der geschilderten Version. Es existiert keine einzige von ihm unterschriebene Aussage in der Richtung, wie sie ihm unterstellt wird (20). Offenbar soll künftig das Beweismaterial in solchen Prozessen nicht bloß – wie schon lange üblich – durch dubiose Kronzeugen a la Speitel beigebracht werden, sondern auch durch solche, die – wie Boock – gegen ihren Willen zu solchen Kronzeugen gemacht werden sollen. Daß diese „Zeugen“ dann im Prozess etwas anderes, nämlich das glatte Gegenteil bekunden, spielt keine Rolle: glaubwürdig ist für das Gericht vielmehr das, was andere – hier der Bundesanwalt Zeiss – über angebliche Aussagen zu berichten wissen.

Diese Art der „Beweisführung“ in politischen Prozessen ist ein weiterer Schritt in die Richtung, die schon mit der „letzt Feilung“ eingeschlagen worden ist. Man erinnere sich: Hermann Feilung war bei dem Versuch, einen Sprengsatz, der für das argentinische Generalkonsulat in München bestimmt war, nochmal zu überprüfen, in Heidelberg schwer verletzt worden, weil ihm der Sprengsatz unter den Händen explodierte. Er verlor dabei beide Beine, erblindete und trug schwere Brandverletzungen davon.

Unmittelbar danach wurden aus ihm von der Polizei 1 300 Seiten umfassende „Aussagen“ herausgeholt, die mehrere Personen bezeugten – in einer Situation, wo der todkranke Feilung unter wahnsinnigen Schmerzen litt, unter dem Eindruck eines schweren Schocks stand, an epileptischen Anfällen litt, mit starken Schmerzmitteln vollgepumpt war, ohnehin durch seine Erblindung und Beinamputation vollständig hilflos und abhängig.

Feilung konnte auch später nicht erinnern, überhaupt Aussagen gemacht zu haben, geschweige denn welche. „Ich kann mich weder an sie (die Aussagen) erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so

der Wahrheit entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte.“ So Feilung (21).

All das hinderte Staatsschutz und Justiz indessen nicht, die Aussagen Feilings zu verwenden, d. h. sie als Belastungsmaterial gegen andere, vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen“ zu verwenden. Feilings jetzige Aussagen interessieren demgegenüber nicht, er darf als Zeuge nicht aussagen! Neben der darin steckenden moralischen Unrechtmäßigkeit ist es auch ein justizieller Skandal sondergleichen.

Der Zusammenhang zur Einführung der angeblichen Boock Aussagen in den Wisniewski-Prozess liegt auf der Hand. In beiden Fällen wird die Verurteilung von Menschen auf Belastungsmaterial gestützt, das nach geltendem Recht überhaupt nicht verwertet werden dürfte – entweder, weil es jemandem abgezwungen wurde, der nicht wollte, daß und was er aussagt (Feilung), oder weil der Zeuge wider Willen, dessen „Aussagen“ in den Prozess eingeführt wurden, das Gegenteil dessen bekundete, was später bei der Aburteilung verwertet wird (Boock).

Insbesondere das letztere Vorgehen würde, sollte es Schule machen, die politischen Anklagen bei künftigen Prozessen aller Beweisnots erbinden. Es werden einfach Aussagen fabriziert und jemandem untergeschoben, dessen Dementis im Prozess „nicht berücksichtigt“ werden. Dafür bezuzogen BKA Beamte und Bundesanwälte alles zur Verurteilung notwendige.

Die „Aussagen“ Boocks, spricht das BKA und die Bundesanwaltschaft, bewahren einzig und allein, zu welcher skandalösen Methoden die politische Justiz in diesem Verfahren zu greifen bereit war, um überhaupt Belastungsmaterial gegen Wisniewski zu konstruieren.

Schleyer und die Staatsterror

Fines jedoch dürfte in diesem Verfahren unter keinen Umständen problematisiert werden. Die Person des prominentesten Opfers, Schleyer – ehemaliger Nazi-Faschist und später einer der größten Kapitalisten in der BRD (eine für die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft ja nicht untypische Kombination). Nein, das dürfte keine Rolle spielen, denn mit Politik oder politischer Motivation haben die Aktionen der RAF nach heutigem Verständnis ja nicht zu tun. Nur Kriminell sind sie. Folglich ist auch jeder Versuch Wisniewski oder seiner Verteidiger, diese Seite der Sache mitzubezeichnen, abgewürgt worden und damit der Versuch, die Schleyer-Entführung in den politischen Kontext zu stellen, in den sie gehört.

Ebensowenig mochten die Grabschreiber „unserer“ Rechtsordnung das „ur den politischen Kontext“ zu stellen, in den sie gehört.

Ebensowenig mochten die Grabschreiber „unserer“ Rechtsordnung das zur Kenntnis nehmen, was die Verteidigung vorbrachte hinsichtlich eines womöglich ganz anders, nämlich ganz oben zu suchenden Mitverantwortlichen für den Tod des Oberkapitalisten Schleyer. Der Bonner Krisenstab, so Wisniewski, habe im Oktober 1977 das Leben Schleyers gesponsert, um nicht elf Mitglieder der RAF freilassen zu müssen. Der Krisenstab habe den Sarg Schleyers gesponsert. (22)

Für die politische Verantwortlichen stand von vornherein als Handlungsmaxime fest: Eine Freilassung des elf Gefangenen, wie sie die Entführer

forderten, kam niemals in Betracht. Orientierungspunkt für das Handeln des „Krisenstabs“ war vielmehr u. a.: „...drillens die Fähigkeit des Staates zu sichern, seine Bürger gegen Gefahren zu schützen, das Vertrauen der Bürger in diese Schutzfunktionen unseres Staates zu wahren – und das heißt, die Terroristen nicht freizulassen.“ (23)

„Freilassung der elf hatte eine neue Gefahr für das Leben vieler anderer Menschen heraufbeschworen.“ (24)

Gegenüber der Staatsterrorion wog das Leben Schleyers also zu wenig. Aber wog es sogar weniger als 15 Millionen Dollar, die die Entführer verlangten.

Insamertin sollte diese Summe von dem Schleyer Sohn Hans-Eberhard zweimal überbracht werden – bestmals ist die Übergabe des (von der Bundesregierung angeblich zur Verfügung gestellten) Geldes gescheitert. Einmal – in Frankfurt daran, daß das Treffen mit den Entführern publik wurde und sich Heerscharen von Journalisten einfanden – aufgrund einer gezeigten „Indiskretion“ gegenüber dpa (25) (man mag spekulieren, wer überhaupt davon wissen und folglich „indiskret“ sein konnte).

Ein andermal daran, daß der Schleyer Sohn nicht mit dem Geld nach Paris – dem geplanten Übergabepunkt – ausreisen durfte. Die Bundesregierung war dagegen. (26)

Es drängt sich nach allem die Schlußfolgerung auf, beides sowohl die Freilassung der Gefangenen als auch die Übergabe des Geldes – stand für die Verantwortlichen nie ernsthaft zur Diskussion. Damit war aber auch die Entscheidung gegen das Leben Schleyers getroffen.

Das Urteil

Am 4. Dezember 1981 wurde das Urteil gegen Stefan Wisniewski verkündet. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend erhielt es lebenslänglich. Das Gericht hielt seine Beteiligung an dem Mord an Schleyer und dessen Begleitern, erpresserischem Menschenraub, Ordnungsbruch, räuberischer Erpressung, versuchter Nötigung der Bundesregierung, und seine Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, für erwiesen.

Unverkennbar war es für den Senat, daß nicht erwiesen war, ob Wisniewski am Tatort selbst geschossen hat. Auch daß Wisniewski den VW-Bus gefahren hat, stand nicht zur Gewißheit des Senats fest. (27) Mit anderen Worten: Es konnte nicht nachgewiesen werden, ob Wisniewski überhaupt Teilnehmer an dem Geschehen in Köln war. Schon gar nicht konnten Tatsachen dafür gefunden werden, daß er mit der späteren Ermordung Schleyers zu tun hatte.

Mit der Kontaktschuld-Konstruktion ist das Lebenslänglich-Urteil auch ohne konkrete Beweise begründbar.

Mit der Kontaktschuld-Konstruktion ist das Lebenslänglich-Urteil auch ohne konkrete Beweise begründbar. Wisniewski sei Mitglied der RAF, die eine Terrororganisation sei, die ihre Aktionen gemeinsam diskutiere und plane. Im Rahmen einer solchen terroristischen Vereinigung sei nicht nur derjenige als Täter zu verurteilen, der strafbare Handlungen eigenhändig verübe, sondern auch derjenige, der sich die Handlungen der anderen Mitglieder zurechnen lassen, der an dem Tatentscheid und seiner Ausführung nicht unmittelbar beteiligt war. (28) So bleibt festzuhalten, daß mit dem Urteil gegen Wisniewski – mit Hilfe unglaubwürdigen Zeugin, Speitel

nach nicht einmal im Prozess angewandter Kronzeugen, einem zwangsweise eingeführten „Kronzeugen“ wider Willen und schließlich mit Hilfe abenteuerlicher juristischer Konstruktionen – der Staat seinen Sühneanspruch wegen der Entführung und Ermordung Schleyers, konnte es, was es wollte, vollstreckt hat.

Wie offensichtlich hier Willkür-Justiz am Werk war, macht überdies ein Vergleich mit den zahllosen Verfahren gegen Altknast deutlich, die in der BRD nach 1945 durchgeführt wurden: Da kam es haufenweise zu Freisprüchen oder geringfügigen Haftstrafen für Massenmorde „mangels Beweisen“. Da gab es keine Kontaktschuld-Theorie. Jüngstes Beispiel ist die Verurteilung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Friedrich Paulus durch das Landgericht Frankfurt zu 4 (I) Jahren Gefängnis für die Beteiligung an der Ermordung von mindestens 161 Polen im Jahre 1940. (29) Wobei dessen Tatbeteiligung feststand!

„Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen“, hieß es unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes von Schleyer in einer Presseerklärung der Bundesregierung. (30) Das war am 19. Oktober 1977.

– In der Nacht davor wurde die entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ in Mogadishu von der Spezialeinheit GSG 9 gestürmt. Drei „Terroristen“ wurden getötet.

– In der Nacht zuvor kamen auch Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stuttgart-Stammheim unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben. Ingrid Möller wurde ebenfalls schwer verletzt im Knast gefunden.

– Am 4. Dezember 1981 ward Stefan Wisniewski wegen der Schleyer-Entführung und -Ermordung zu lebenslänglichem Knast verurteilt.


– Weitere Prozesse wegen dieser Vorgänge – gegen Clemens Wagner, Angelika Speitel, Peter Boock – werden folgen. Auch entsprechende Urteile sind zu erwarten.

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

1. Frankfurter Rundschau 5.11.79
2. Welt 28.11.80
3. Rheinische Post 26.11.80
4. Spiegel 15.8.80
5. Spiegel 20.8.80
6. Frankfurter Rundschau 5.9.80
7. Süddeutsche Zeitung 28.11.80
8. Tagesspiegel 28.11.80
9. Welt 28.11.80
10. Tagesspiegel 22.12.80
11. vgl. Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von H.M. Schleyer, 1977, S. 209
12. Kölner Stadt-Anzeiger
13. Stern Nr. 36, 20.8.81
14. Stern 20.8.81
15. Tagesspiegel 4.12.81
16. Frankfurter Allgemeine 5.12.81
17. Stern 20.8.81, Tagesspiegel 20.8.81
18. Frankfurter Rundschau 28.10.81
19. Frankfurter Rundschau 27.11.81
20. Frankfurter Rundschau 27.11.81
21. Arbeiterkampf 188, 7.10.80
22. Frankfurter Neue Presse 28.11.80
23. Dokumentation BuReg 8.382
24. Dokumentation BuReg 8.384
25. Dokumentation BuReg 8.386
26. Tagesspiegel 14.7.81
27. Frankfurter Allgemeine 6.12.81
28. Tagesspiegel 7.12.81
29. Tagesspiegel 13.2.82
30. Dokumentation BuReg 8.347

AM 5. MAI

Once had a Life



„Der junge Mann hat einen Namen“

Am 5. Mai 1981 starb Rudolf Krah in Mönchengladbach gegen die Mitternacht und hinterließ eine Frau und zwei Kinder. Sein Leben war ein Kampf um die Anerkennung seiner Existenz. Er war ein Mann, der sich nicht aufgeben ließ, der sich für seine Rechte einsetzte. Er war ein Mann, der sich nicht aufgeben ließ, der sich für seine Rechte einsetzte.

KONTAKT: und alle bei der Dokumentation: WFA, 417 Oberwall 5, Postfach 15, Tel. 0511/73181

MATERIAL: Am 5. Mai 1981 starb Rudolf Krah in Mönchengladbach gegen die Mitternacht und hinterließ eine Frau und zwei Kinder. Sein Leben war ein Kampf um die Anerkennung seiner Existenz. Er war ein Mann, der sich nicht aufgeben ließ, der sich für seine Rechte einsetzte.

EINEN TAG ANDERS LEBEN



Stunden das Zivilschutzamt, bis die Beamten klein gaben.

Die Mehrzahl der Parolen und Transparente der Demonstrationen zum Frauentag (auch, wo es nicht mit der Verweigerungsaktion gekoppelt waren) bezogen sich auf das Thema Frieden bzw. Krieg phantastische Verkündungen von Demonstrationen als Trümmern, Krankenschwestern etc. witzige Transparente (z. B. in Pfm. „Frieden schaffen ohne Affen“ mit entsprechender Abbildung der Herren Schmidt und Reagan); in Bremen ließen die Teilnehmerinnen der Verweigerungsaktion an bunten, vor allem blaue Luftballons ein Transparent in die Luft mit der Aufschrift „Bremser Frauen gegen Krieg“, das noch lange über der Stadt zu lesen war.

Vertiefende Informationen lieferten Veranstaltungen von antimilitaristischen Frauengruppen: In Nürnberg wurde eine „Zivilschutzshow“ geboten, in Bonn gastierten die „Katastrophenachtern“ (Refrain „Keine Sorge, keine Sorge“); in Kiel informierte die DFG/VK über „Frauenrolle im Militär“; das Frankfurter Frauenforum organisierte eine Veranstaltung

„Frauen in die Bundeswehr“; die von den Berliner AL-Frauen initiierte Abendveranstaltung enthielt in ihrem bunten Programm auch ein Theaterstück der „Frauen für den Frieden“ und eine Ausstellung des „Sozialistischen Frauenbundes“ zur schleichenden Militarisation des Alltags, in Braunschweig, Aachen und Göttingen gab es ebenfalls Veranstaltungen. Eine der Göttinger Veranstaltungen unter der Fragestellung „Frauen in der Friedensbewegung — Zurück zum Nebenwiderspruch?“ (von Frauenzentrum und Friedensfrauen) fiel mit ihrer thematischen Frontstellung allerdings etwas aus dem Rahmen.

Am besten versorgt waren zweifellos die Hamburgerinnen, die konnten im Rahmen der Frauenwoche „Frauen lernen gemeinsam“ u. a. auch unter einer großen Zahl von interessanten Veranstaltungen zu Krieg und Militarismus wählen.

DGB: Rote Nelken verteilt

Daß der DGB sich auch dieses Jahr nicht mit Ruhm bekleckerte, wurde schon oben im Bericht über die Ham-

burger Demo angedeutet.

In Frankfurt entschied sich der Kreisfrauenrat schäpp gegen eine Demo und für eine Veranstaltung im Saal (ca. 1000 Besucherinnen). Am Montag verteilte der DGB in den Betrieben rote Nelken an die Frauen.

In Bremen setzten sich die DGB-Männer über den Beschluß der DGB-Frauen hinweg und führten stattdessen eine Saalveranstaltung durch, die obendrein auch noch zum selben Zeitpunkt angesetzt war, wie die Kundgebung der Demonstration. Die DKP-lerinnen demonstrierten Ausgewogenheit, indem sie beide Flugblätter gleichzeitig verteilten.

In Nürnberg blieb der Beschluß zur Nicht-Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenbewegung bestehen.

ASF: Bauchtanz zum 8. März

Die ASF Frankfurt lag dieses Jahr voll im Trend Lieber Bauchtanz als Demo! Obwohl eine ASF-Vorstandsfrau die ganze Zeit im Frauenforum mitgearbeitet hatte, stand plötzlich in der Presse, daß die ASF aufgrund schlechter Erfahrungen im Vorjahr (7) dieses Jahr nicht auf die Straße gehen würde. Stattdessen machte sie eine Veranstaltung im Club Voltaire zum Thema „Emanzipation der Frauen im Orient“ mit einem Bauchtanz als Höhepunkt. Das Frauenforum schrieb daraufhin einen offenen Brief an die ASF, worin die ASF nach ihrem Verständnis vom 8. März gefragt und ihr Vorgehen kritisiert wurde. Der Brief wurde weder beantwortet noch veröffentlicht. Einige Frauen

sind dann auf die Veranstaltung gegangen und haben dort eine heftige Diskussion ausgelöst; viele ASF- und Juso-Frauen teilten ihre Kritik, sogar eine Frau aus dem Vorstand.

In Göttingen haben es die SPD-Frauen verstanden, den 8. März für ihren Wahlkampf zu nutzen. Die

SPD-Kandidatin und ASF-Bundesvorsitzende Wittig-Danielmeier konnte sich auf den Veranstaltungen „Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz?“ und „Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter“, ungehindert durch die anwesenden Teile der Frauenbewegung, profilieren.



England: Mehr Schutz und Rechte für die Frauen oder mehr „Law and Order“?

Erregte Diskussionen, verbale und körperliche Auseinandersetzungen aller Couleur, Ankündigungen von Gesetzesinitiativen und parlamentarischen Untersuchungen, seitenlange Artikel in der Tagespresse, Schlagzeilen auf den Titelseiten — es dreht sich um das Thema Vergewaltigung.

Die gesamte britische Bevölkerung verfolgte die Debatte und verschaffte sich öffentlichen Druck.

Was war geschehen, um das breite Interesse an dem sonst so gut verschwiegenen und verhassten Verbrechen an Frauen zu provozieren?

Drei Vergewaltigungsskandale

Anfang Januar wurde ein 33-jähriger Geschäftsmann, „glücklich verheiratet“, wegen einer von ihm zugegebenen Vergewaltigung an einer 17-jährigen Frau zu einer lächerlichen Geldstrafe von 2000 Pfund (ca. 9000 DM) verurteilt. Richter Richards begründete dieses milde Urteil mit der „Mitschuld“ der Frau: sie war abends spät allein getrunken!

An die Öffentlichkeit kommt dieses ungeheure Urteil durch lauten Protest aus der Frauenbewegung. „Männliche Gewalt für 2000 Pfund verkauft“ und „Männer vergewaltigen — Frauen werden dafür verantwortlich gemacht“ waren die Parolen, mit denen die Frauen am 7.1. vor das Gerichtsbäude in London zogen. Sie forderten die sofortige Entlassung des Richters und Gefängnisstrafe für alle verurteilten Vergewaltiger. Weitere Aktionen und Demonstrationen wurden in den darauffolgenden Tagen veranstaltet.

Am 18. Januar zeigte das BBC im Rahmen der Dokumentarserie „Polizei“, die über die Arbeit der Polizei informieren will, ein Verhör einer Frau, die auf einer Londoner Polizeistation eine Vergewaltigung anzeigt. Die Polizeibeamten (darunter eine Frau (1), die gleich zu Anfang des Verhörs die Glaubwürdigkeit und die geistige Zurechnungsfähigkeit der Frau anzweifelte), zogen sich in dem einstündigen — fast vollständig gefilmten — Verhör von ihrer „besten“ Seite: „Wie oft hatten Sie Geschlechtsverkehr? — Wann das letzte Mal? — Bekommen Sie Ihre Menstruation regelmäßig? — Waren Sie schon mal in psychiatrischer Behandlung?“ („Guardian“ + „G“, 19.1.), diese und ähnliche Fragen an die Frau gerichtet, die gerade vergewaltigt worden war, zeigten Millionen von britischen Fernsehzuschauern, warum viele Frauen es vorziehen, ihre Vergewaltigung nicht anzuzeigen. Die Frau, die außerdem körperlich belästigt wurde von den männlichen Bullen, brach nach einer Stunde zusammen und zog die Anzeige zurück.

Die Empörung in der Bevölkerung war groß! Eine Flut von LeserInnenbriefen stürmte auf die Zeitungen ein.

Die Polizei erklärte im ersten Kommentar, diese Art von Verhör würde die Frauen am besten auf den Gerichtsprozeß vorbereiten!

Zwei Tage nach dieser empörenden, jedoch alles andere als unrealistischen Fernsehsendung, wurde der schon länger zurückliegende „Glasgow-Fall“ bekannt: eine 30-jährige Frau war im Oktober 1980 von drei Jugendlichen überfallen, vergewaltigt und schwer verwundet worden. Obwohl ein schriftliches Geständnis eines der Jugendlichen und eine Zeugenaussage vorlagen, ließ der zweite Kronanwalt von Schottland, Nicholas Fairburn, im Sommer '81 die Anklage fallen, das Beweismaterial sei zu dünn. Außerdem habe ein psychiatrisches Gutachten ergeben, daß der Frau eine Vorladung vor Gericht, wegen Selbstmordgefahr, nicht zuzumuten sei. Die Frau wurde allerdings nicht gefragt, was im Gegenteil zu einer Aussage immer bereit gewesen.

Erste Empörung — und zweites Nachdenken

Die Debatte hielt wochenlang an, sowohl in der Presse als auch im Parlament. Alle schienen sich einzig in der Empörung über die drei skandalösen Vorfälle und in ihrem Bestreben, den Forderungen von Frauen nach konsequenter Verfolgung von Vergewaltigungsverbrechen und größerem Schutz von vergewaltigten Frauen nachzukommen. Wir geben im folgenden einen Überblick über die öffentliche Diskussion und die doch wohl nicht ganz einheitlichen Interessen. (Leider liegen uns jedoch nur wenig Informationen über die Aktivitäten und Forderungen der Frauenbewegung vor.)

Kritik von Labour-Seite ...

Am meisten getroffen fühlten sich viele englische Frauen von dem Urteil des Richters Richards, mit dem er Männern quasi einen Freibrief für die Vergewaltigung von Transparenzen ausstellt. Diese Empörung nahmen sich auf parlamentarischer Ebene am stärksten die linken Labour-Abgeordneten Ashley, Roberts und Richardson an und griffen als erste die Forderung der Frauenbewegung nach Suspendierung des Richters auf. Ashley schlug vor, der Richter solle die Strafe vor Ablauf von 28 Tagen erhöhen; dies ist nach britischem Strafrecht die einzige Möglichkeit der Revision eines Urteils, sofern der Angeklagte geständig ist.

Jo Richardson, die linke Labour-Abgeordnete, die sich während der gesamten Debatte äußerst engagiert zeigte, startete eine Kampagne für die Suspendierung des Richters und gewann 30 Unterhausabgeordnete zur Unterstützung ihrer Forderung.

„Richter Richards muß sofort abgesetzt werden ... Das würde andere Richter davor warnen, solche degradierende Bemerkungen über Frauen in ihren Urteilen zu machen. Wir müssen von der Situation wegkommen, wo Leute in Machtpositionen sagen können, daß Frauen von der Straße verschwinden sollen. In dieser Situation von zunehmender Gewalt gegen Frauen sind es offensichtlich die Männer, die von der Straße ferngehalten werden sollten.“ („lat“, 26.1.).

... und Forderungen nach Gesetzesverschärfung

Mit ihrer ersten Aktion gegen das „Mitschuld“-Urteil hatten die Frauen der Frauenbewegung auch die Forderung nach Gefängnisstrafe für jeden verurteilten Vergewaltiger erhoben.

An diesem Punkt trafen sich die Forderungen der Frauenbewegung mit denen konservativer Politiker:

Der erste konservative Politiker, der in die Debatte eingriff, der Abgeordnete Maxwell-Hyslop, brachte eine ältere Gesetzesinitiative hervor, die eine Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis bei Vergewaltigung vorschlug; der konservative Lord Lane, einer der ranghöchsten Richter, forderte ebenfalls Gefängnis für jeden Vergewaltiger, abgesehen von Ausnahmefällen.

Diese Forderungen bestimmten weitgehend den weiteren Verlauf der öffentlichen und parlamentarischen Debatte. Zustimmung für seine Forderungen erhielt Lane postwendend vom Labour-Abgeordneten Ashley und der Frauenbewegung, einige Tage später auch von Margaret Thatcher, die mit großen Schlagzeilen auf der Titelseite ihr Herz für Frauen zeigen durfte: „Es ist absolut wichtig, daß Frauen Vertrauen haben können in die Fähigkeit des Gesetzes, sie vor dem gewalttätigen, abscheulichen und ekelhaften Verbrechen zu schützen und zu zeigen, daß Personen, die solche Verbrechen begehen, für schuldig erklärt werden.“ („G“, 20.1.). Sie begrüßte die Forderung des Lord Lane nach Gefängnisstrafe für Vergewaltiger. Gefragt nach Konsequenzen ihrerseits zu diesem Urteil, erklärte sie, es sei bestens, dies in den Händen von Lord Hailham zu belassen. Auch für den Polizeiskandal zeigte sie sich nicht zuständig. Das lag in der Verantwortung des Innenministers.

Nachdem auch der „Glasgow-Fall“ bekannt wurde, verstärkte sich der Ruf nach Strafverschärfung. Offizielle Erklärungen von Thatcher und anderen hohen Ministern ließen keinen Zweifel aufkommen, daß so gut wie jede Strafverschärfung von ihnen angenommen würde.

Eine eigene Gesetzesvorlage der Regierung sei allerdings nicht geplant.

Die Rolle der Richter

Ihre Grenze fanden die „frauenfreundlichen“ Bemerkungen der Regierung allerdings dort, wo sie mit den Interessen der Rechtssprecher kollidierten.

Schon der oberste Richter Lord Hailham hatte in der offiziellen Erklärung zu dem Richterspruch zwar das Urteil mißbilligt, zu einer Kritik an dem Richter geschweige denn zu seiner Suspendierung allerdings keinen Anlaß gesehen er befürchtete, daß mit derartigen Maßnahmen das „heilige Prinzip“ der Unabhängigkeit der Richter angetastet würde. „Ein gelegentlich kontroverser Urteilspruch ist der Preis, den die britische Öffentlichkeit für die Unabhängigkeit der Justiz zahlen müsse ...“ („G“, 11.1.).

Lord Hailham war im übrigen alles andere als geeignet, um in dieser Angelegenheit klare Worte zu sprechen. Vor 5 Jahren hatte er sich selbst durch äußerst frauenfeindliche Äußerungen zum Thema Vergewaltigung unbeliebt gemacht. Er hatte in einem Vergewaltigungsverfahren behauptet, ein Mann könne von dem Vorwurf der Vergewaltigung befreit werden, „wenn er, wie ungläubig auch immer glaube, daß die Frau, die er vergewaltigt hatte, einverstanden gewesen sei.“

Der zunehmende Widerstand der Richterschaft gegen etwaige gesetzliche Festlegungen und einer damit möglicherweise verbundenen Einschränkung der „Unabhängigkeit der Justiz“ steckte für jede Art von Gesetzesänderung einen recht engen Rahmen. Sie würde, sollte sie die Zustimmung der Regierung bekommen, daher in jedem Fall irgendwelche konkreten Festlegungen enthalten, sei es in der Frage nach einer Mindeststrafe oder bei der Konkretisierung des von Lord Lane vorgeschlagenen „Ausnahmefalls“. So eingeschränkt, würde eine Gesetzesänderung die unter dem bestehenden Gesetz geübte juristische Praxis unverändert lassen, der Guardian kommentierte richtig:

„... (die Gesetzesvorlage) scheint kaum was zu ändern. Richter würden immer noch die Verfügungsgewalt haben, eine Gefängnisstrafe unter Ausnahmebedingungen abzulehnen, was z.B. dem Ipswich-Richter [Richards] erlauben würde, seine Entscheidung zu wiederholen ...“ („G“, 22.1.).

Thatcher warnte denn auch davor, unter dem „Druck der emotionalisierten Öffentlichkeit“ in aller Eile ein neues Gesetz zu schaffen, das vielleicht schlechter wäre („Guardian“, 23.1.) und erklärte schließlich am 27.1. zusammen mit führenden Regierungsmitgliedern ihre Ablehnung jeglicher Gesetzesveränderung.

Der für diesen AK angekündigte zweite Teil des Artikels über die „Feministisch-sozialistische Bewegung“ in den Niederlanden“ erscheint im AK 220.

Neueschweizer-Feminisation

Als wesentliches Argument für diese Meinungsänderung wird das Prinzip der Entscheidungsfreiheit der Richter genannt.

Die Polizei — Freund und Feind aller Frauen

Der Dokumentarstreifen der BBC löste von allen drei Skandalen die größte Unruhe aus — mehr jedoch bei der Regierung und ihren Ordnungshütern, als bei Frauen, von denen die Realität der Darstellung am wenigsten angezweifelt wurde: „Dieser Film beweist, was wir seit Jahren gesagt haben, daß durch die Handhabung der Polizei die meisten Frauen lieber passiv bleiben, als sich auf Polizeistationen als Angeklagte behandeln zu lassen.“ („lat“, 26.1.). Von polizeilicher und parlamentarischer Seite lag das größte Bestreben nach Ausstrahlung der Sendung jedoch darin, das erschütterte öffentliche Vertrauen in die Polizei wiederherzustellen.

Ein Polizeichef der inkriminierten Polizeistation betonte, daß das gezeigte Verhör in keiner Weise typisch sei und beklagte sich über die Schwierigkeiten der Polizei bei der Wahrheitsfindung: „Es gibt außerordentliche Schwierigkeiten bei der Untersuchung von Vergewaltigungsfällen. Oft trifft man auf Grauzonen, besonders wenn die Leute sich gekannt haben oder man auf Einverständnis [der Frau] schließen kann.“ („G“, 19.1.). Die unmittelbare Konsequenz, die aus dem „Vorfall“ gezogen wird, ist die Ankündigung, spezielle Einheiten von Polizeistationen zu schaffen, die sich mit Verbrechen von und gegen Frauen beschäftigen.

Aus dem Londoner „Rape Crisis Centre“ (+ Notruf) wird bekannt, daß die Zahl der Anrufe sich durch die breite Öffentlichkeit verdoppelt habe, daß aber nur 40 % der anrufenden Frauen bereit seien, Anzeige zu erstatten.

Als größter Trumpf gegen die öffentliche Empörung über die Praktiken von Richtern und Polizei wird ein Tag nach der BBC-Sendung das harte Urteil gegen einen 11-fachen Vergewaltiger dick in die Presse gebracht. Der Mann war zu unbegrenzter Freiheitsstrafe in einer psychiatrischen Anstalt verurteilt worden.

Der zuständige Richter erklärte, „er hoffe, daß dieser Fall genau soviel Öffentlichkeit erhalte, wie der Fernsehschilm, um ein Gegengewicht zu dem in der Öffentlichkeit erzeugten Eindruck über Polizeipraktiken bei Vergewaltigung herzustellen.“ („G“, 20.1.).

Für dieses „Gegengewicht“ wurde dann auch einiges getan: nicht genug konnte in den nächsten Tagen betont und mit Betroffenenberichten unterstrichen werden, daß alle von diesem



Mann vergewaltigten Frauen eine der Polizei äußerst zuvorkommend und hilfreich behandelt worden seien („Ich wurde nie anders behandelt als mit Respekt und Mitleid.“)

Einem weiteren Beitrag zum Thema vergewaltigter Frauen meinte die Polizei leisten zu müssen, indem sie nach einer weiteren Vergewaltigung einer trampenden Frau verurteilt Kontrahierung und alle trampenden Frauen verurteilt.

Jedoch wurden von „unseren Freunden und Helfern“ auch konkrete Konsequenzen gezogen so wurde einer der an dem skandalösen Verhör beteiligten Kriminalbeamten strafverurteilt, und — begeistert kann Ende des Monats Scotland Yard der Öffentlichkeit mitteilen, daß sie ihr um einiges erhöhtes Budget (24 %) zum Nutzen kann, mehr Polizei-Beamte einzustellen und besser auszubilden.

Kronanwalt Fairbairn — ein (wenig schmerzliches) politisches Opfer der Regierung

Der „Glasgow-Fall“ hatte als einziger der drei Skandale ein parlamentarisches Nachspiel mit dem Verantwortlichen, dem Kronanwalt und Minister Fairbairn, das schließlich zu dessen Rücktritt führte.

Fairbairn hatte sich schon vor einigen Jahren einmal mit Äußerungen zum Thema Vergewaltigung „profiliert“. „Die Unterhausabgeordneten sollten gut daran, sich zu erinnern, daß Vergewaltigung eine Tatigkeit umschließt, die normal ist ... Es ist Teil des Verhaltens von Männern und Frauen, daß sie jagen und gejagt werden und 'ja' und 'nein' sagen ... und das Gegenteil meinen.“ (Zit. nach „FAZ“, 23.1.)

Der Zorn der Regierung entzündete sich allerdings weniger an Fairbairns Haltung zur Vergewaltigung als an seinem „Vergehen“, zuerst der Presse und nicht dem Parlament von dem Fall berichtet zu haben. Thatcher ist dafür bekannt, auf „undiszipliniertes“ Verhalten umgehend mit Rauschmaß zu reagieren. Fairbairn hatte sich überdies schon vorher durch exzentrisches Auftreten und einen persönlichen Skandal für den Abschuß qualifiziert.

Weitere politische (Nicht-)Konsequenzen dieses Skandals: die Labour-Forderung nach einer detaillierten gerichtlichen Untersuchung wurde abgelehnt; die Privatklage der vergewaltigten Frau nicht zugelassen (obwohl vorher versprochen) mit der Begründung, die breite Öffentlichkeit des Falles würde eine gerechte richterliche Entscheidung unmöglich machen.

Präzise auf eine Studie über die kriminologischen, psychologischen und medizinischen Verfahrenswesen bei Vergewaltigung angefertigt werden, über deren Veröffentlichung im Sommer (1) entschieden werden soll.

Und die Konsequenzen?

Ein staatsanwalt Kriminalbeamter der Abteilung eines unheimlich politisch ungenügenden und schon durch einen persönlichen Skandal belasteten Ministers („FAZ“, 25.1.), verhaltenskritisch an einem skandalösen Richter spruch und eine (die wievielte?) Studie — das und, unterm Strich, die Konsequenzen, die aus diesen drei Skandalen gezogen wurden.

Kaum anzunehmen, daß sich für die betroffenen Frauen in Zukunft etwas ändern wird, und schon gar nicht, daß damit derartige Urteilsprüche oder Polizeipraktiken ein Ende gesetzt wäre.

Die an der Diskussion beteiligten Vertreter von Staat und Regierung, angefangen bei Frau Thatcher über honorierte Minister und hohe Polizeibeamte bis hin zu Labourabgeordneten, konnten sich als scheinbare Interessenvertreter der vergewaltigten Frauen und der Frauenbewegung in ein positives Licht setzen und haben es dabei verstanden, ein weitergehendes Aufdecken von Hintergründen und Ausmaß von Gewalt an Frauen und ihrer staatlichen „Behandlung“ aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten.

So gibt es auch für England Zahlen, die belegen, mit welcher Gleichgültigkeit sich die Behörden dem Vergewaltigungsverbrechen gegenüber verhalten: von 1225 angezeigt Vergewaltigungen im Jahr 1980 ist es nur bei 433 zu Verurteilungen gekommen („FR“, 23.1.). Eine kürzlich veröffentlichte Studie bewies, daß Frauen trotz eines gesetzlichen Verbots nach wie vor bei der Polizei und vor Gericht nach ihrem Sexualleben gefragt werden. („O“, 6.2.)

Gerade auch M. Thatcher, die sich in dieser Debatte für die „sache der Frauen“ einzusetzen schien und sich mit am lautesten für die Forderung nach Strafverschärfung einsetzte, sprach nie über diese Fakten (und die ihrer Parteikollegen) größte Sorge war viel eher das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit in Polizei und Justiz.

Forderungen nach höheren Strafen (oft gekoppelt mit Heize gegen Resozialisierungsmodelle und Reformen im Strafvollzug) gehören im übrigen zum Standard-Repertoire reaktionärer Justizpolitik. Ist auch die Nicht-oder

kaum über Erfolg von Vergewaltigung im deutschen Strafrecht. Die Beachtung in einer Gesellschaft, so läßt sich doch umgekehrt aus hohen Strafen für Vergewaltigung noch nicht auf besondere Frauenfreundlichkeit der Verantwortlichen schließen. Hierzu kommt, daß gerade bei Vergewaltigungsgeschehnissen nicht nur nach der Kollisions der Akteure unter sondern auch nach denen der Klassen vorzugehen wird. So wurde die Inhaftierung in England durch die Presse instrumentalisiert, um die Polizei, aus dem Leben zu hohen Gefängnisstrafen vorstellten Vergewaltigung und zwar ohne Ausnahme Arbeiter, Arbeitslose und Schwarze.

Lindsay German weist in ihrem Kommentar in „Women's Voice“ (Feb. 82) der Socialist Workers Party auf den Zusammenhang der Diskussion mit der innenpolitischen Lage Englands hin: „Es kommt deshalb nicht unerwartet, daß wir zusammen

Gesellschaft in anderen Bereichen — Anwesen von Prostitution, Straßenraub, den Verbrechen der Armut und Arbeitslosigkeit — auch ein Anwachsen von Vergewaltigung beobachten können.“

Die Rufe von Thatcher und Whitelaw sind kosmetischer Art. Sie sind genau diejenigen, die diese Bedingungen geschaffen haben; jetzt sind sie die ersten, die nach Gesetz und Ordnung schreien. Als diejenigen, die die Unruhen verursacht haben, indem sie das Leben in den Städten für Jugendliche so unerträglich gemacht haben, insbesondere für Schwarze, rufen sie jetzt nach einer kurzen scharfen Schockbehandlung, um sie zu stoppen.“

Der Fall macht das Dilemma der Frauenbewegung deutlich, die für eine öffentliche Anerkennung von Vergewaltigung als Verbrechen kämpft, welche sich aber in Staaten wie Großbritannien oder der BRD auf manifizierten kann in der Bestrafung im Rahmen eines insgesamt fragwürdigen Systems von Justiz und Strafvollzug.

„Gewonnen“ haben in diesem Zusammenhang die Frauen. „Gewonnen“ haben vielmehr die Richter, denen es, protegiert vor allem von Thatcher, gelungen ist, den verheerenden Versuch, einen Richterspruch nicht wie einen unumstößlichen Gottespruch zu behandeln, einen Riegel vorzuschieben.

„Gewonnen“ hat letztendlich auch die Polizei — die durch diese Diskussion für immer wieder aufgepoltert und ihr Anliegen nach mehr Personal der Öffentlichkeit nahebringen kann.

Internationale Frauensolidarität

Vom 11.2. bis 16.2. fand eine Veranstaltungsreihe in Aachen zur Situation von Frauen in Eritrea, dem Iran und der Türkei statt. Die Informations- und Diskussionsabende wurden von Frauen aus dem Eritrea- und Iran-Komitee Aachen, der ATIF, Frauen aus dem deutsch-türkischen Verein zur Verbesserung der sozialen Integration türkischer Arbeitnehmerfamilien in der BRD und dem Frauenprojekt beim AStA der RWTH Aachen organisiert. Es wurden Filme und Dias gezeigt und Vorträge gehalten.

Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Wir schätzen z.B. die Anzahl der Personen auf dem Türkei-Abend auf 80 bis 100.

Es wurden folgende Spendenaufträge an uns herangetragen:

Wenn eine Frau hier in der BRD ihre Periode hat, geht sie in ein Geschäft und kauft sich Binden in Eritrea gibt es das nicht. Viele Frauen, vor allem die eritreischen Kämpferinnen, haben auf das, was sie am Körper tragen, so daß noch nicht einmal Stoffelzen als Ersatz dienen können. Die eritreischen Frauen die sich in der Eritreischen Frauenorganisation zusammengeschlossen haben, wollen im Vertrauen auf die eigene Kraft eine eigene Bindenfabrik aufbauen.

Spenden für Frauen und Männer in türkischen Knästen

(politische Gefangene)
Frauen und Männer werden in türkischen Knästen gefoltert. Die Frauen werden vergewaltigt. Sie brauchen starke Medikamente, z.B. gegen TB, Magengeschwüre und innere und äußere Verletzungen. Auch brauchen sie Geld für Anwälte.
Postfachkontonr. 353 795 609
6000 Frankfurt/Main
W. Hofmann
Stichwort: Internationale Solidarität

Spenden für eine Bindenfabrik in Eritrea

Stichwort: Frauenprojekt
Kontonr. 11 76 32 24
Stadtparkasse Köln

Aufruf zur Spendenaktion für politische Gefangene in der Türkei

Unterstützen wir die revolutionären Frauen und Männer in den faschistischen Gefängnissen in der Türkei! In unserem Land herrscht zur Zeit die schlimmste faschistische Diktatur. Hunderttausende Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre werden in den Gefängnissen gefoltert, unter Folter und Hunger zum Tode verurteilt. Die Revolutionäre sind die einzigen, die die Freiheit und die Demokratie in der Türkei zu erringen vermögen.

Die Junta versucht, die Revolutionäre durch schlimme Forderungen einzuschüchtern. Sie sind gezwungen, unter unmenschlichen Verhältnissen zu leben. Wir können und dürfen sie nicht allein lassen.

Es gibt noch viele, die schreien und kämpfen. Wir müssen sie unterstützen. Die Revolutionäre sind die einzigen, die die Freiheit und die Demokratie in der Türkei zu erringen vermögen. Wir müssen sie unterstützen. Die Revolutionäre sind die einzigen, die die Freiheit und die Demokratie in der Türkei zu erringen vermögen.

Es fehlt an Geld, um einen Anwalt zu bezahlen. Verurteilte werden

selbst eingesperrt und gefoltert, wenn sie nach dem Verbleib ihrer Angehörigen forschen.

Die Inhaftierten müssen ohne ärztliche Betreuung leben. Dabei haben 90 % der politischen Gefangenen Tuberkulose oder Magengeschwüre. Unter allen diesen Bedingungen muß man die letzten Tage des Lebens verbringen. Die Revolutionäre sind die einzigen, die die Freiheit und die Demokratie in der Türkei zu erringen vermögen.

Unsere Aufgabe als Demokraten und Antifaschisten beiderlei Geschlechts ist es, uns mit den Gefangenen zu solidarisieren und ihnen mit Medikamenten, Kleiderung und durch finanzielle Unterstützung zu helfen.

Um diesen Hilfe leisten könnten wir ein Komitee bilden. Sie können Kontakt mit dem Frauenprojekt beim AStA der RWTH Aachen aufnehmen. Wir werden Ihnen auf dem Postfach 353 795 609, 6000 Frankfurt/Main, Nachricht über den Fortschritt mitteilen.

Postfachkontonr. 353 795 609
6000 Frankfurt/Main
Stichwort: Internationale Solidarität
„St“, 1. April 1982, 1. Seite



FRAUEN





Lohnraubpolitik und Tarifrrente Zwei Seiten einer Medaille

Nach dem Beginn massiven Abbaus sozialer Leistungen durch die Verabschiedung des „Spar“-haushalts und des „Beschäftigungsprogramms“, das eine weitere Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten des Kapitals beinhaltet, folgt jetzt der Einschnitt bei den Löhnen.

Mit dem 4,2 %-Ergebnis von Metall dürfte zugleich die Höchstgrenze der Tarifrunde 1982 festgelegt sein. Die Nettoinflationsrate von derzeit 3,8 Prozent im Bundesdurchschnitt ist damit kaum zur Hälfte ausgeglichen worden. Zum dritten Mal hintereinander seit Bestehen der BRD stimmte die Gewerkschaftsführung einem Lohnabschluß unterhalb der Inflationsrate zu, wobei die Tendenz nach unten unübersehbar ist.

Schlummer noch als bei Metall wird es wohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kommen.

Zwar verwahrte sich Klüncker wortgewaltig gegen eine staatlich verordnete Lohn- und Gehaltskürzung von einem Prozent und wies dies als Angriff auf die Tarifautonomie zurück. Daraufhin stellte dann die ÖTV-Führung eine Forderung von 6,5 Prozent auf und lag damit ein Prozent unter der IGM-Forderung. Wo ist da der Unterschied?

Forderung von 6,3 Prozent auf und lag damit ein Prozent unter der IGM-Forderung. Wo ist da der Unterschied?

Verbessert haben sich die Ausgangsbedingungen der ÖTV sowie der Bahn- und Postgewerkschaft, die inzwischen nachgezogen sind, dadurch sicherlich nicht! Nach wie vor bestehen die öffentlichen Arbeitgeber auf einen einprozentigen Abzug vom Endergebnis!

Auch für die IG-Chemie-Führung scheinen die 4,2 Prozent von Metall noch nicht wenig genug zu sein. Sie hat sich für dieses Jahr ein ganz besonderes „Sonderopfer“ einfallen lassen. Auf einer Pressekonferenz der Hausen-schild-Mafia erklärte die IG-Chemie-Führung die Bereitschaft, „sich bei Festsetzung der Löhne und Gehälter mit einem deutlichen Absinken der Kaufkraft der Arbeitnehmer abzufinden“ (zitiert nach „FAZ“, 19.2.82). Der im Vorstand für die Tarifpolitik zuständige Horst Metke teilte ferner mit, daß er es „unehrenhaft“ fände, in der jetzigen Situation eine Sicherung des Reallohns zu verlangen. Ein Absinken der Kaufkraft sei für die chemische Industrie unerheblich, da diese eh vom Export lebe (dies sagt wohlgerne ein Gewerkschaftsführer!).

Statt eines Inflationsausgleiches solle nunmehr der Sicherung der Arbeitsplätze „auf absehbare Zeit“ der Vorrang eingebracht werden. Der Hebel

hierfür soll die Tarifrrente sein, über die jetzt mit den Kapitalisten verhandelt werden soll. Sollte eine solche Tarifrrente zustandekommen, sei man gerne bereit, auf ein Lohnprozent zu verzichten. „auch nicht verhindern, daß weiter rationalisiert werde“ („FR“, 19.2.82), dennoch habe die Gewerkschaft die Hoffnung, die für dieses Jahr zu befürchtenden 10.000 Entlassungen in der chemischen Industrie mit der Einführung der Tarifrente verhindern zu können.

Die Tarifrente scheint auf diesem Sektor etwas in Gang gesetzt zu haben, was man eine tarifpolitische Nachrüstungsdebatte nennen kann.

Motto: Die Kapitalisten drohen mit Entlassungen, falls die Gewerkschaften nicht zu einseitigen Vorleistungen bereit sind (Lohnverzicht). Eine Garantie auf Gegenleistung gibt's nicht, am Ende wird doch entlassen; schließlich muß die Konkurrenzfähigkeit erhalten bleiben, um nicht noch mehr Arbeitsplätze zu gefährden. „Begründungen“ für Tatsachen liegen sich bekanntlich immer finden...

Die Tarifrentenmodelle

Die Tarifrentenmodelle

Die derzeit diskutierten Tarifrentenmodelle sind hoch im Kurs. Sonst stets alleiniger Mittelpunkt der öffentlichen Tarifdebatte wurden die Metallverhandlungen fast schon überschattet von der Diskussion um die Tarifrente. Während Döding und Ehrenberg spätestens seit Jahreswechsel an einem Modell basteln, welches offenbar Gültigkeit haben soll für den gesamten Industriebereich, arbeiten IG-Chemie und Chemiekapitalisten an einem mehr internen Modell mit dem Ziel, schon in den diesjährigen Tarifverhandlungen „ein Signal zu geben, damit es anderswo aufgenommen werden kann“ (Horst Metke). Auffallend bei beiden Modellen ist die durchweg positive, fast überwiegend bürgerliche Reaktion aus dem gesamten bürgerlichen Lager und Parteienspektrum. Auch die Kapitalisten möchten in der Öffentlichkeit ihre Zustimmung nicht verhehlen, wenn sie auch mehr aus taktischen Gründen — einige „Bedenken“ anmelden.

Döding, Ehrenberg-Modell sieht vor, daß ältere Lohnabhängige, wenn diese es wollen, schon mit 58 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden können. Sie sollen dann 75 Prozent ihres bisherigen Nettoentgeltes erhalten. Gleichzeitig sollen die Sozialver-

tragsbeiträge weitergezahlt werden. Das ganze soll dann bis zum Erreichen des vollen Rentenalters bezahlt werden und zwar auf folgende Weise:

— 50 Prozent der Kosten sollen von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) getragen werden. Angeblich soll dies nicht zu einer weiteren Belastung, sondern zu einer teilweisen Umachichtung der Mittel führen, da für den vorzeitig Ausscheidenden ein Arbeitsloser neu eingestellt werden soll, was wiederum die BA entlasten würde.

— Die restlichen 25 Prozent sollen die Tarifparteien tragen, wobei der Verteilungsschlüssel noch nicht ganz klar zu sein scheint.

Der Beitrag der Gewerkschaft soll durch einen entsprechenden Lohnverzicht bei den Tarifverhandlungen erreicht werden (daher der Begriff „Tarifrente“).

Die Gesamtregelung soll nur begrenzt gelten und zwar so lange, „wie dies die wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich machen“ (Döding nach „Welt“, 10.1.82).

Das Chemie-Modell, welches am 15.3.82 von den Mitgliedern der regionalen Tarifkommissionen abgesegnet wurde, sieht im einzelnen drei Stufen vor:

1. Die freiwillig mit 58 Jahren Ausscheidenden sollen ein Jahr von der Arbeit freigestellt werden und in dieser Zeit 75 Prozent ihres letzten Bruttoentgeltes erhalten. Dieses Geld sowie die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge soll aus einem Unterstützungsfond der Gewerkschaft aufgebracht werden, während die Chemiekapitalisten lediglich die andere Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben.

2. Mit dem 59. Lebensjahr soll das Arbeitsverhältnis aufgekündigt werden. Die Chemiekapitalisten sollen dann für ein Jahr lang zahlen und zwar erstmalig 68 Prozent des letzten Nettoentgeltes (das entspricht der Arbeitslosenunterstützung) und dann zusätzliche zehn Prozent aus ihrem Unterstützungsfond. Die Gewerkschaft übernimmt für dieses Jahr wiederum die andere Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge.

3. Ab dem 60. Lebensjahr soll dann die Rentenversicherung die vorgezogene Altersrente bezahlen. Gleichzeitig fordert die IG-Chemie von den Kapitalisten eine Beschäftigungsgarantie für die nächsten vier Jahre sowie für jeden Ausscheidenden eine Neueinstellung.

Sicherung von Arbeitsplätzen?

Beide Tarifrentenmodelle geben vor, durch Lohnverzicht eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu erreichen, wodurch neue Arbeitsplätze angeboten werden könnten. Während Döding und Ehrenberg von 500.000 Arbeitsplätzen sprechen, ist die IG-Chemie-Führung hier etwas bescheidener.

Sie geht davon aus, daß — nachdem der Beschäftigungsstand in der chemischen Industrie in den letzten Jahren im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft konstant geblieben ist — für das kommende Jahr ca. 10.000 Entlassungen geplant sind, die gleiche Anzahl also, der im Alter von 58 Jahren in der Chemie-Industrie Beschäftigten. Von diesen würden — so ihre Berechnungen — ca. 70 Prozent, d.h. 7000, von der neuen Regelung Gebrauch machen. Obwohl diese 7000 dann nicht mehr in der Produktion beschäftigt, sondern von den Lohnabhängigen finanziert bereits im Ruhestand wären, gelten sie nicht als entlassen, da ihr Arbeitsverhältnis ja formal noch ein Jahr bestehen bleiben soll.

Erst wenn das Arbeitsverhältnis gekündigt wird, sollen die Kapitalisten neu einstellen. Das elegante Modell ermöglicht den Chemiekapitalisten einen Rationalisierungseffekt, der 7000 Entlassungen entspricht!

Diese Rechnung geht davon aus, daß die Kapitalisten sich auf die von der IG-Chemie geforderten Arbeitsplatzgarantie einlassen. Das werden sie natürlich nicht tun und sie erklären schon jetzt klipp und klar und aus ihrer Sicht völlig logisch, daß es in der „freien Marktwirtschaft“ keine Beschäftigungsgarantie geben wird.

Und die IG-Chemie will also wettmachen, daß sie den Motor des Kapitalismus, die kapitalistische Rationalisierung, außer Betrieb setzen wird? Das müssen die Kapitalisten wohl völlig

Wie war es bisher? Bis zum Jahresende galt die sog. 59er-Regelung. D.h. zahlreiche Kolleg/innen wurden mit 59 Jahren entlassen, meldeten sich arbeitslos, konnten in der Regel nicht vermittelt werden und bezogen dann ein Jahr später automatisch die vorgezogene Rente. Das kam den Kapitalisten in der Regel sehr teuer zu stehen, da diese Kolleg/innen aufgrund von Alter und Betriebszugehörigkeit oftmals unkündbar waren und nur dann gingen, wenn ihre Abfindungssumme entsprechend hoch war. Meistens war sie so ausgelegt, daß die Betroffenen weder im Jahr der Arbeitslosigkeit noch beim Bezug ihrer Rente (die aufgrund fehlender Beitragszahlungen der letzten Jahre wesentlich geringer ausfällt) Einbußen haben hinnehmen mußten. Tausende von Kolleg/innen wurden auf diese Weise in stiller Zusammenarbeit von Kapitalisten, Betriebsrat und Arbeitsamt wegrationalisiert. Just seitdem diese Regelung außer Kraft ist, treten die Herren Döding und die von der IG-Chemie-Führung auf den Plan und unterbreiten den Kapitalisten Vorschläge, wie sie dieses Geld zukünftig sparen können, ohne daß freilich hierdurch der Rationalisierungseffekt geschmälert wäre. Im Gegenteil: Die Kapitalisten können die älteren, ausgelasteten Kolleg/innen durch Neue ersetzen und dadurch die Arbeitsintensität erhöhen. Sie können auch bei formaler Einhaltung der Neueinstellungsgarantie weiterhin genauso entlassen, alter Wahrscheinlichkeit nach sogar noch wesentlich mehr, denn mit frischen, jungen Arbeitskräften lassen sich schnell ganze Arbeitsbereiche umstrukturieren, die Konkurrenz wächst und der Rationalisierungsdruck wird forciert.

Was die beschäftigungspolitische Seite betrifft, so werden sich die Kapitalisten das Recht dazu nehmen, im oben beschriebenen Sinne zu verfahren. Das Tarifrentenmodell kann diesem Teilbestand keinen Riegel vorschieben und so wird es — was diese Seite betrifft — auch nur einige gutklingende Absichtserklärungen und keinen konkret überprüfbaren Kontrollmechanismus in den Vereinbarungen über die Tarifrente geben!

Was die Gewerkschaften hier als „beschäftigungspolitische Initiative“ auszugeben versuchen, ist striktes kapitalistisches Krisenmanagement!

Das einzige, was bei der Tarifrrentendiskussion als sicher gelten kann, ist, daß die Verursacher von Krise und Arbeitslosigkeit entlastet werden und die Lohnabhängigen und Rentner zu zahlen haben. Und dies nicht zu knapp, wie die IG-Chemie in einem Beispiel verdeutlicht. Dabei unterstellt sie wiederum, daß ca. 70 Prozent der 58jährigen von der Tarifrrente Gebrauch machen würden. Für ihre Finanzierung, so errechnet die IG-Chemie, müßte von den Beschäftigten der gesamten chemischen Industrie 250 Mio. Mark aufgebracht werden. In ihrer Modellrechnung geht sie von einer 4,5-prozentigen Lohnerhöhung aus (ist zu hoch gegriffen). Nun müßte jeder(r) Beschäftigte entweder über Jahr gerechnet auf ein Prozent des Lohnes verzichten, oder — auf den Monat bezogen — drei Monate Lohnerhöhung in den gemeinsamen Unterstützungsfond einzahlen. Nach diesem Rechenbeispiel müßte also jeder(r) Beschäftigte im Durchschnitt 450 Mark im Jahr für die Finanzierung der Tarifrrente bezahlen!

Und — so schränkt die IG-Chemie schon jetzt ein — sollte dieser Betrag nicht reichen, so „verpflichtet sich die Gewerkschaft, Geld in den Fonds nachzuschließen“ (zitiert nach „FAZ“, 19.2.82).

Für die Frühausscheider sieht es ebenso schlecht aus. Im Döding/Ehrenberg-Modell werden zwar bis zum Rentenalter die Sozialversicherungsbeiträge bezahlt, nicht aber in der vollen Höhe. Das mindert die Rente erheblich, da nach einem besonderen Schlüssel die letzten Beitragsjahre überproportional in die Rentenberechnung eingehen. Völlig unklar scheint, wie das beim Chemie-Modell funktionieren soll. Hier sollen die Beiträge erst zwei Jahre lang gekürzt und mit 60 soll bereits die Rente ausgezahlt werden, d.h. hier gehen drei Beitragsjahre völlig flöten. Unvermeidlich würde sich hier das Rentenloch, das die Bundesregierung für dieses Jahr mit 1,1 Mrd. Mark veranschlagt, das inzwischen aber schon mit „einer zweistelligen Milliardensumme pro Jahr nicht zu hoch geschätzt“ sein dürfte („Welt“, 23.2.82), noch zusätzlich vergrößern. Klar ist schon jetzt, wer auch hier wieder zur Kasse gebeten werden wird. Hinzu kommt, daß „mit etwas sieben Prozent pro vorgezogenem Versicherungs-jahr erhebliche Einbußen für den Rentner“ entstehen werden („Welt“, a.o.) und das beim Chemie-Modell mal drei!

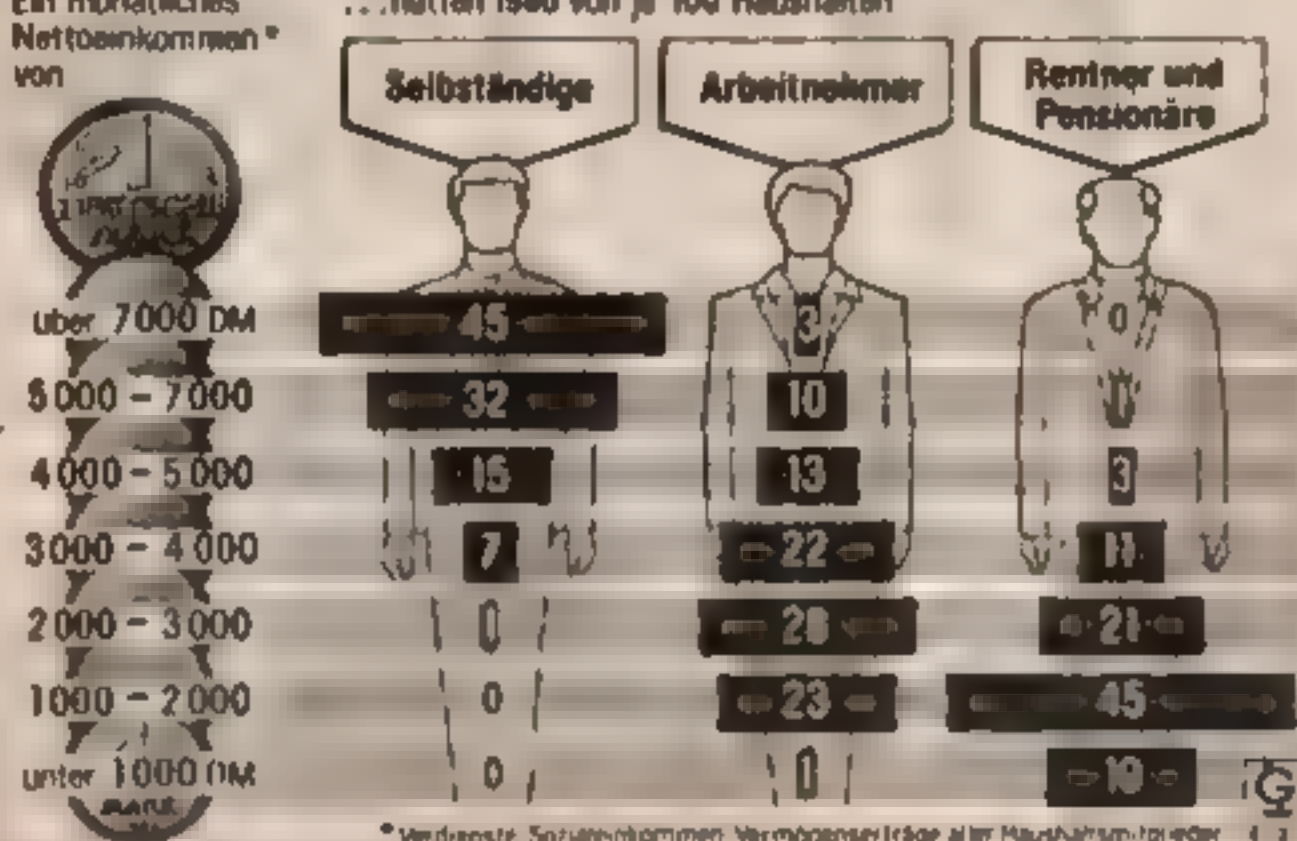
Geht die IG-Chemie ernsthaft davon aus, daß unter diesen Bedingungen zwei Drittel der 58jährigen von der Tarifrrente Gebrauch machen werden? Was passiert mit dem eingehalten Geld? Wird dann irgendwann einmal die Kopfgeldprämie pro 38er erhöht oder werden die Arbeiter/innen plötzlich Zwangsinhaber von Aktien der neuen Heimat oder wie oder was?

Das ganze offenbart sich doch als offensichtlicher Schwindel.

Kommunisten Betrieb und Gewerkschaft

Stufen des Einkommens

Ein monatliches Nettoeinkommen* von



Quelle: Die Quelle, Funktarifzeitschrift des DGB vom März 1982

Makabres Szenario

„Ein klares, rasches und maßvolles Lohnsignal könnte erfrischend auf die leistungsfähigen Investitionen wirken“. Nur fünf Tage später konnte der selbe Kommentator aufatmen: „Die Lohnzahl aus Krefeld darf von der Bundesbank und den Unternehmern aus spezieller Erfahrung als Ermüdung begriffen werden. Sie hätte auch schlimmer ausfallen können“ (Peter Gillea, „Welt“, 3. bzw. 8.3.82).

Die Metallkapitalisten und der „Graf“ können es sich dieses Jahr nicht verkneifen, der IGM-Führung für ihren maßvollen 4,2 Prozent-Abschluß ausnahmsweise auch einmal öffentlich Lob zu zollen.

Daß nun auch die IGM-Führung diesen als „Erfolg“ (Loderer), zumindest aber als „vermittelbaren Kompromiß in schweren Zeiten“ (Janßen) herauszustellen versuchen, ist ebenso wenig aufregend und neu, wie ihr Appell an die „Preisdisziplin“ der Kapitalisten, die nunmehr an der Reihe seien zu beweisen, daß die „jetzt gesetzten Daten auch bis zum Jahresende richtig gesetzt sind“ (der Kölner IGM-Bezirksleiter Brauer).

Man braucht kein besonderer Kenner der Tarifszene zu sein, um aus der

diesjährigen Lohnrunde den Eindruck gewinnen zu können, als habe sich die IGM-Führung bereits vor der ersten Verhandlung mit dem zu erwartenden Ergebnis abgefunden. Eine halbherzige Mobilisierung wie im letzten Jahr, an deren Ende wiederum ein mieses Ergebnis steht, die Erwartungen schürt, möglicherweise Radikalisierung hervorruft und zum Abschluß dann die Enttäuschung vergrößert — das alles sollte sich dieses Jahr nicht wiederholen.

1982 ging es für die IGM-Führung offensichtlich nur um eins: dem absehbaren Trauerspiel ein möglichst rasches Ende zu bereiten.

Wie schon im Jahr zuvor ist der IGM-Vorstand mit seiner Lohnforderung „empfehlung“ von maximal 7,5 Prozent frühzeitig an die Öffentlichkeit getreten und hat damit Fakten geschaffen. Insbesondere in Krisenzeiten ist ein Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Mitgliedschaft nicht gefragt, er könnte sich nur störend auf die „Sozialpartnerschaft“ auswirken.

Kaum ging es in die erste Verhandlungsrunde, wurden die 7,5 Prozent im gewerkschaftsoffiziellen Sprachge-

Kommentar zur Lohnrunde Metall

brauch bestenfalls noch am Rande erwähnt. Daß man es so „ernst“ mit dieser Forderung nicht nahm, signalisierte die IGM-Führung mit der auch von ihrer Seite betonten Bereitschaft für einen raschen Ablauf der Verhandlungen. Als dann die Kapitalisten die Schlichtung beantragten, stimmte die IGM „schweren Herzens“ aber dennoch mit „deutlicher Mehrheit“ diesem Ansuchen zu.

„Schlichtung — aber mit Druck“ hieß von nun an die einseitige Parole. Im Falle einer Zwangs-Schlichtung hätte man dieser Parole sicherlich etwas Positives abgewinnen können. Aber geht man freiwillig eine Schlichtung ein und das erklärtermaßen zu einem Zeitpunkt, wo nach Meinung der IGM-Führung noch nicht einmal die Möglichkeiten der „freien Verhandlungen ausgeschöpft“ waren, um hierüber „Druck“ auszuüben? Aber, wie gesagt, in diesem Jahr ist alles nicht so ernst genommen worden.

Ganz in dieses Bild paßte auch die Rolle des „Schlichters“, des greisen Herrn Werner Figgen, dessen Aufgabe es war, mit Schwanks aus seiner Ver-

gangenheit und ebenso allgemeines wie platten Kommentieren über den Stand der Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu labern. Verhandeln und einig geworden und sich schließlich die Spitzengremien beider Organisationen. Einen „Schlichter“ hätte man dafür nicht gebraucht, wohl aber erwies sich die „Schlichtung“ als Möglichkeit, das Szenario zu beschleunigen.

Ganz geschafft vor Ablauf der „Friedenspflicht“ hatte man es nicht und so wollte die IGM-Führung nicht gänzlich auf ihr „kämpferisches“ Pflichtprogramm verzichten. Daß die Warnstreiks einiger, vorwiegend traditionell kampfstarker Betriebe, auf den realen Verlauf der Verhandlungen keinen Einfluß mehr haben konnten, dürfte wohl auch bei den betreffenden Betrieben unumstritten gewesen sein.

In einer ersten „Auswertung“ der Metalllohnrunde schlägt Janßen zwei Punkte für kommende Tarifrunden vor: Tarifrente und Veränderung der Lohnstruktur. Von Reallohnausgleich oder -erhöhung ist auch bei der IGM-Führung nichts mehr zu hören.

Kommission B & G

Neue Zumutung für Arbeitslose

Karrieren beim Arbeitsamt: Nach 16 Monaten kann jetzt ein promovierter Akademiker als Hilfsarbeiter vermittelt werden; ein Facharbeiter kann nach 8 Monaten als Handlanger auf den Bau geschickt werden.

Möglich ist dies durch die neue Zumutbarkeits-Anordnung, die am 16.3. vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter beschlossen wurde. In ihrem Kern sieht diese Anordnung die Eingruppierung der Arbeitslosen in fünf Kategorien vor (1. Hochschul- und Fachhochschulabschluß, 2. Fachschule, 3. Ausbildung in einem Ausbildungsberuf, 4. Atern-ausbildung, 5. übrige Beschäftigungen). Nach viermonatiger (bei sechsmonatiger Berufstätigkeit sechsmonatiger) Arbeitslosigkeit wird der Arbeitslose in die jeweils nächstniedrigere Kategorie heruntergestuft. Hat das Arbeitsamt jedoch nur „unterworfene Ausbildungsstellen“ zu bieten, die nicht länger als ein halbes Jahr dauern, so müssen noch nicht einmal diese Anstandsfristen gewahrt werden.

Arbeitslose Lehrer, auf zum Schachschippel! Neu festgelegt wurde auch eine zumutbare Fahrzeit von 2 1/2 Stunden für Hin- und Rückfahrt zum Arbeitsplatz. Zumutbar ist ferner eine Beschäftigung, deren Lohn 80 % des letzten Bruttolohns erreicht. Nach vier Monaten muß der Arbeitslose auch einen Lohn akzeptieren, der dem gezahlten Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe entspricht. Bereits nach 4 Monaten müssen Arbeitslose, die zuvor eine Teilzeitarbeit hatten, auch zur Annahme einer Vollzeitarbeit bereit sein. Arbeitslose, die kein „Aufsichtsbedürfnis“ (77) Kind unter 16 Jahren zu betreuen haben, kann nach dem Wochenendpendeln oder ein Umzug zugemutet werden.

Gegen Arbeitslose, die diese Zumutungen nicht hinnehmen und eine als zumutbar ausgewiesene Arbeit ablehnen, hatte schon das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz Maßnahmen ergriffen: 8 Wochen Sperrzeit, im Wiederholungsfall Ausschuß aus der Arbeitslosenversicherung.

Der jetzt verabschiedete Erlaß nimmt den Grundgedanken aus dem umstrittenen „Runderlaß 230“ vom August 1978 wieder auf und enthält ge-

genüber dem damaligen Erlaß ethische Verschärfungen. Der „Runderlaß“ sah die Einteilung der Arbeitslosen in drei Qualifikationsstufen (Hochschulabschluß; Fachschulabschluß; übrige Beschäftigungen) vor. Nach spätestens sechs Monaten sollte den Arbeitslosen die nächstniedrigere Qualifikationsstufe zugemutet werden. Steht der Arbeitslose nur dem örtlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung, so war von vornherein eine Verkürzung dieser Frist um ein Drittel vorgesehen. Daneben legte der Erlaß fest, daß eine zweistündige Fahrzeit, bei 6-monatiger Arbeitslosigkeit das Wochenendpendeln und bei 1-jähriger Arbeitslosigkeit ein Umzug zumutbar sei.

Die DGB-Vertreter im Verwaltungsausschuß der Bundesanstalt für Arbeit

eine neue Zumutbarkeits-Anordnung herausgegeben, die die gesetzlichen Verschärfungen konkretisierte, aber sich vom „Runderlaß“ positiv abhob (abgedruckt in „FR“, 29.10.79).

Mit der Behauptung, hinter der Zahl der Arbeitslosen verborgen sich einige, „die arbeiten könnten, aber tatsächlich nicht wollen“ („Welt“, 11.12.80) kurbelte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff dann zum Jahreswechsel 80/81 die Diskussion über die Zumutbarkeitsbestimmungen wieder an. Unter der Leitung von Ministerialdirektor Bodenbender wurde im Bundesarbeitsministerium eine Kommission eingerichtet, die Klarheit in die Arbeitslosenstatistik bringen sollte und sich „mit dem Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung“ („FAZ“, 16.1.81) beschäftigten

beigegeben einen Entwurf für eine derartige Anordnung vorgelegt, der sich sehr eng an „Runderlaß“ von 1978 anlehnte. Auch hier war die Einteilung der Arbeitslosen in drei Qualifikationsstufen und ihre Herabstufung nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit vorgesehen. Eine Fahrstrecke von 50 km zum Arbeitsplatz sollte zumutbar sein; vor allem unverheirateten Arbeitnehmern sollte auch Wochenendpendeln oder Umzug zugemutet werden (vgl. „FR“, 3.7.81).

Ein dreistufiges System „mit fließenden Übergängen“ („FAZ“, 24.2.82) wurde auch von Bundesarbeitsminister Ehrenberg befürwortet.

Im Februar legte dann der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit einen Entwurf vor, der die jetzt verabschiedete



hatten diesem Erlaß zugestimmt. Erst als sich in der Öffentlichkeit die Kritik an der skandalösen Verordnung häufte, ging auch der DGB auf kritische Distanz. Arbeitsminister Ehrenberg sah sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen zu erklären, der Erlaß sei „etwas ungeschickt formuliert“ („FAZ“, 19.10.78) und kündigte eine korrigierende Gesetzesänderung an.

Die Gesetzesänderung, nämlich die 5. Novelle zum Arbeitsförderungs-gesetz, trat zum 1.6.79 in Kraft. Sie schwächte zwar einige Aussagen des „Runderlaßes“ ab, verschärfte aber das bis dahin geltende Recht. Wesentliche Änderung war, daß bei der Beurteilung der Zumutbarkeit auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen sei. Auch wurde festgeschrieben, daß eine Arbeit zumutbar ist, „auch wenn der Beschäftigungsort nicht täglich erreichbar ist“. Weitere Verschärfungen waren, daß nun einem Teilzeitarbeitsuchenden eine Vollzeitarbeit zugemutet werden konnte und daß ein Wechsel vom Angestellten- zum Arbeiterstatus zumutbar sei.

Bei der einstimmigen Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag konnte der SPD-MdB Lutz frohgemut erklären: „Ich sage ganz offen für meine Fraktion, daß wir nach mehr darüber befriedigt sind, daß die 5. Novelle des Arbeitsförderungs-gesetzes — nimmt man alles in allem — im Einverständnis mit den Gewerkschaften und nicht gegen sie hier heute beschlossen wird“ (vgl. dazu ausführlich AK 162, S. 14).

Auf der Grundlage dieser Gesetzesänderung wurde dann im Oktober 1979

sollte. An dieser Kommission beteiligten sich auch Vertreter des DGB.

Später erklärte der DGB, die Kommission habe nur das Mandat gehabt, „die Arbeitslosenstatistik zu verbessern“ („FAZ“, 2.6.81), tatsächlich wurde hier höchst produktiv gearbeitet. Es wurde ein 129-Seiten-Papier erstellt, dessen Kernpunkt ein 37 Punkte-katalog zur Bewertung des „Leistungs-mißbrauchs“ bei der Arbeitslosenversicherung war (veröffentlicht in „FR“, 19.20.22.23.6.81). An diesem Katalog hatten die Gewerkschaften „mitgearbeitet, ohne das Ergebnis jedoch zu billigen“ („FR“, 9.6.81). Wesentliche Vorschläge des Katalogs waren die Verschärfung der Sperrzeiten bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit von 4 auf 8 Wochen sowie die Konkretisierung der „Zumutbarkeit“ durch Erlaß der Bundesanstalt.

Beides wurde inzwischen in die Tas umgesetzte. Zum 1.1.82 trat das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz in Kraft, das die Sperrzeiten bei Arbeitsaufgabe oder Nichtaufnahme einer als zumutbar angesehenen Beschäftigung von vier auf acht Wochen verlängerte und das außerdem festlegte, daß die Bundesanstalt für Arbeit bis zum 31.3.82 „eine neue, an den erschwerten Arbeitsmarktbedingungen orientierte Anordnung über die Zumutbarkeit von Beschäftigungsangeboten zu erlassen“ habe.

In die Ausgestaltung dieser Anordnung wurde nun in den letzten Monaten geigen. Konstruktiver Partner bei diesem Ringen war zu jedem Zeitpunkt der DGB.

Bereits im Juli 1981 hatten die Ar-

Einteilung der Arbeitslosen in fünf Kategorien und ihre Abstufung in die nächstniedrigere Kategorie nach jeweils 4 Monaten vorsch. Der DGB hatte zunächst nur geringe Verbesserungswünsche: „Man möchte im Sinne der Arbeitslosen erreichen, daß die Schonfrist auf mindestens fünf Monate verlängert wird, damit die Arbeitsämter in die Lage versetzt werden, aktive Vermittlung zu betreiben“ („Welt“, 19.2.82). Außerdem legte der DGB einen Alternativ-Entwurf vor, der von 10 Qualifikationsstufen ausging („FR“, 10.3.82).

Anfang März wurde dann noch von den Staatsvertretern in der Bundesanstalt für Arbeit ein Bundesarbeitsministerium ausgearbeiteter Entwurf für eine Zumutbarkeits-Verordnung vorgelegt, der in zwei Punkten sogar über den Stigl-Entwurf hinausging. Zumutbar war nach diesem Entwurf auch eine Tätigkeit, für die man nur 80 % des früheren Lohns erhält (Stigl-Entwurf: 85 %); eine Fahrzeit von 2,5 Stunden täglich sei zumutbar (Stigl-Entwurf: 2 Stunden).

Erst zu diesem Zeitpunkt erkannten die DGB-Vertreter in den Gremien der Bundesanstalt für Arbeit, daß sie mit ihren Abmilderungsvorschlägen nicht weiterkommen würden und daß die Vertreter der Arbeitgeber und des Staates sie zu überstimmen beabsichtigten. In öffentlichen Erklärungen wurde jetzt die „soziale Demontage“, die „Politik der Restauration“ und die Grundgesetzwidrigkeit der geplanten Anordnung kritisiert. Doch die Würfel waren schon gefallen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postleitzahl 08246 A
239 Flensburg
Kiel
H. Lankau
Postleitzahl 00 98 83 A
2300 Kiel 1
Lübeck
Postleitzahl 082 314 A
24 Lübeck 1
Dachau
Eutin, Plön, Malente
Postamt Eutin
Postleitzahl A 022853
2420 Eutin

Bremen
K. C. J. W. W. W. W.
Sonnenstraße 8
2850 Bremen
Tel.: 0471 47887

B. Mölle
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postleitzahl 081 378
33 Braunschweig
Emden
Postleitzahl 0874 58 A
297 Emden
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. K8
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1
Hildesheim
Postleitzahl 019182
3200 Hildesheim
Lüneburg
Postleitzahl A 017 890
314 Lüneburg
Weeser-Ema-Gebiet
Postleitzahl 070 178 A
29 Oldenburg
Bielefeld
Vertriebsbüro
Büdelstraße 9
48 Bielefeld
Bochum
Postleitzahl A 050011
463 Bochum
Dortmund
3. u. 4. Geschoss
Große Heilmstraße 52
48 Dortmund 1
Duisburg
Postleitzahl 080 190 A
4600 Duisburg 1

Duisburg
Postleitzahl 080 190 A
41 Duisburg
Köln
K.B. Drupp
Köln
c/o BUL-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach
Postleitzahl A 006 748
4050 Mönchengladbach

Münster
Postleitzahl Nr. 039033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostleitzahl
Postleitzahl Nr. 019040 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Limmer
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rabe
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Währstraße 16

Melk
Postleitzahl 071080 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postleitzahl 063590 B
78 Karlsruhe

Stuttgart
Postleitzahl 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröbner
Postfach 180 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postleitzahl 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postleitzahl Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

DIE SPITZE DES MONITOR

PHOTOGRAPHIEUNTERSUCHUNGEN
VON JOACHIM BENZ
UNTERRICHTEINHEIT

Herausgeber: Jugendvertreter von
Joachim Benz Unterrichtsheim
Bezugsadresse: Joachim Jungbeck
König-Karl-Str. 82, 7000 Stuttgart 80

Karibikplan der USA

Lüge, Zynismus und Drohungen

Vor einer Sonderitzung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) verkündete Reagan Ende Februar den sogenannten Hilfeplan der USA für Mittelamerika und die Karibik, der seit fast einem Jahr in Arbeit und in der Diskussion ist.

Ungeplant, gemeinsam mit Mexiko, Venezuela und Kanada wirtschaftliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Region zu entwickeln. Vor allem durch die politischen Bedenken Mexikos und die wachsende Zurückhaltung von Kanada und Venezuela konnte dieses gemeinsame Projekt bisher nicht durchgesetzt werden, so daß die US-Administration jetzt einen eigenen Plan vorlegte. Eine „Mischung aus Lüge, Zynismus und Drohungen“ – so faßte Fidel Castro die Rede Reagans vor der OAS treffend zusammen.

Die konkreten Maßnahmen

Der Inhalt des ganzen Plans ist schnell zusammengefaßt. Es geht dabei um:

- Handelspräferenzen und Investitionsförderung für einige ausgesuchte Staaten, die nach politischen Kriterien und den Interessen der USA ausgewählt werden. Kuba, Nicaragua und Grenada sind davon natürlich prinzipiell und ausdrücklich ausgeschlossen.
- Die Schaffung einer regionalen Freihandelszone, d.h. sämtliche Produkte der ausgewählten Länder sollen für 12 Jahre von den US-Importzöllen befreit werden (ausgenommen sind Textilien), dies allerdings mit Einschränkungen in Bereichen, wo Landwirtschaft und Industrie der USA besondere Schutzmaßnahmen erfordern!
- Steuerbegünstigungen für nordamerikanische Investoren, um „Arbeitsplätze zu schaffen“.
- Möglichkeiten für bilaterale Investitionsabkommen mit interessierten Regierungen.
- 350 Mio. Dollar Soforthilfe, die in erster Linie in die Privatwirtschaft El Salvadors, Costa Ricas, Jamaicas und der Dominikanischen Republik fließen soll.
- Ausbildung und technische Hilfe zur Förderung des Privatsektors in diesen Ländern.
- 60 Mio. Dollar Militärhilfe.

Auf eine Formel gebracht bedeutet dieser Plan den Abbau von Importrestriktionen und einige Investitionsanreize, der ganze Rest wird der privaten ökonomischen Initiative und dem



freies Spiel der Marktwirtschaft überlassen.

Warum an diesem Plan fast ein Jahr lang gearbeitet wurde, ist von der Sache her völlig unverständlich. Stärkung der Privatinitiative und Anreize für das freie Spiel der Marktkräfte, das sind genau die zentralen Positionen, die Reagan seit seinem Amtsantritt in allen Bereichen der Entwicklungshilfe und der Nord-Süd-Auseinandersetzung vertritt (letztere und besonders deutlich auf dem Nord-Süd-Cipfeltreffen in Cancun im Oktober 81). Daß die Reagan-Regierung so lange mit der Bekanntgabe ihres Plans gewartet hat, hängt eher damit zusammen, daß man andere Staaten für das Projekt gewinnen und damit vor allem Mexiko, aber möglichst auch Länder der EG in die US-Maßnahmen für Mittelamerika einbinden wollte.

In seiner OAS-Rede beschränkte sich Reagan natürlich nicht darauf, die konkreten Maßnahmen darzustellen, sondern nutzte die Gelegenheit, um wieder einmal die „vitalen Interessen der USA“ zu betonen und Nicaragua und Cuba samt Sowjetunion massiv anzugreifen. Es waren auch wieder einmal die bekannten „Argumente“:

Zwei Drittel des in die USA impor-

tierten Erdöls und 50 % der im Ausland gekauften strategischen Minerale werden durch den Golf von Mexiko und den Panama-Kanal transportiert. „Amerika kann deswegen nicht gleichgültig zusehen, wenn diese Handelswege durch politische Unruhen und wirtschaftliche Katastrophen gefährdet werden“ („NZZ“, 26.2.82).

Weiter dann, daß Cuba Guerilleros ausbilde, Waffen liefere und selber ständig aufrüste, daß in Nicaragua die Indianer ausgerottet würden, keine Presse- und Wahlfreiheit herrsche usw. auf. Das Schreckgespenst befreier Staaten läßt ihm keine Ruhe.

„Die düstere Zukunft ist angezeigt in der Armut und der Repression im Cuba Castros, im Schraubstock,

te“ und die „freie unternehmerische Initiative“ der Imperialisten und ihrer einheimischen Gefolgsleute eine der wesentlichen Ursachen für Unterentwicklung, krasse soziale Ungleichheit und Massenelend darstellen.

Ebenso bekannt ist, daß mit den von Reagan beschlossenen Maßnahmen nur eine kurzfristige und oberflächliche Stabilisierung der Wirtschaft (und das auch nur im günstigsten Falle und nur für Teile der Bourgeoisie) zu erreichen ist.

So äußerten selbst die Botschafter konservativer karibischer Regierungen ihre Skepsis, weil in Reagans Plan die unterentwickelte Infrastruktur nicht berücksichtigt wird. Handels- und Investitionshilfen würden nichts

zum Ausbau des Transportwesens, der Stromversorgung oder der Kommunikationssysteme beitragen, hieß es („SZ“, 26.2.82).

Vertreter der ehemaligen Carter-Administration kritisierten den Plan, weil die Hilfe viel zu gering sei, um tatsächliche Veränderungen herbeizuführen, und weil eine grundlegende politische Neuordnung in Ländern wie El Salvador oder Guatemala völlig außer Acht gelassen werde.

Aus Brasilien war die Befürchtung zu hören, daß durch den Plan die eigenen brasilianischen Geschäfte beeinträchtigt werden könnten, wenn die Zölle für karibische – aber nicht für brasilianische – Produkte fallen würden.

Ein geplantes Treffen von Regierungschefs mittelamerikanischer Staaten (Honduras, El Salvador, Costa Rica, Panama), das die Entwicklung einer mittelamerikanischen Gemeinschaft und die Diskussion über Reagans Plan beinhalten sollte, platzte in letzter Minute durch die plötzliche Abreise Panamas (diese mittelamerikanische Gemeinschaft ist ein Versuch, die sogenannten demokratischen Staaten gegen die allzu diskreditierten rechtsradikalen Regierungen (wie Guatemala) einerseits, vor allem aber gegen Cuba, Nicaragua und Grenada zusammenzuschließen, vergl. AK 218).

Und schließlich wollen die Staaten der EG, die ursprünglich in den US-Plan einbezogen werden sollten, noch im März auf ihrer Außenministerkonferenz eine eigene Mittelamerika-Initiative beraten.

Die deutlichste Kritik kam wieder aus Mexiko. Lopez Portillo hat den US-Plan explizit wegen der Ausgrenzung Cubas kritisiert und schon vor der OAS-Sitzung einen eigenen Vorschlag gemacht.

In seiner Rede anläßlich eines Besuchs in Managua forderte Portillo Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador und bot sich als Vermittler an. Er forderte weiter direkte Verhandlungen zwischen den USA und Cuba, um so die Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen. Für Nicaragua schlug er einen Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und USA vor, verbunden allerdings mit der Aufforderung an Nicaragua, jegliche weitere Aufrüstung einzustellen (was angesichts der massiven Drohungen und Interventionspläne der USA ein schlechter Witz ist, aber zugleich die Rolle, die Mexico als Anwalt der mittelamerikanischen Länder spielt, verdeutlicht).

Trotzdem wurde der Vorschlag von US-Seite zurückgewiesen; Reagan nahm ihn in seiner OAS-Rede gar nicht erst zur Kenntnis, und aus dem State Department wurde ebenfalls bekanntgegeben, daß es keinen neuen Dialog mit den Sandinisten geben werde.

Neue Allianz für den Fortschritt?

In der Presse wird Reagans Karibikplan derzeit ständig mit der Allianz für den Fortschritt der 60er Jahre verglichen. Der Vergleich hinkt insofern, als diese Allianz mit dem Karibikplan derzeit ständig mit der Allianz für den Fortschritt der 60er Jahre verglichen. Der Vergleich hinkt insofern, als die „Allianz für den Fortschritt“ immerhin deutlich größeren Umfang hatte und auch bescheidene Reformprogramme (Landreform) vorsah, die allerdings durchweg am Widerstand und Boykott der echten Oligarchen scheiterten.

Der Vergleich ist treffend, was Ziele und Stoßrichtung anbetrifft.

Die Allianz für den Fortschritt war eine Reaktion Kennedys auf den Kuba-Schock. Sie sollte durch vorsichtige und kontrollierte Agrarreformen und Wirtschaftshilfen die sozialen Brennpunkte entschärfen, der Revolutionsbereitschaft der Massen in Lateinamerika den Schwung nehmen und gleichzeitig den politischen und wirtschaftlichen Rahmen für die militärische Bekämpfung der Aufstandsbewegungen in den 60er Jahren abgeben. Unter dem Mantel der „Allianz für den Fortschritt“ wurde die Counter-Insurgency Politik entwickelt und praktiziert (Kolumbien, u.a. Bolivien, aber auch in anderen Ländern).

Die Funktion von Reagans neuem Plan dürfte im wesentlichen darin liegen, wirtschaftliche und politische Begleitmaßnahmen für die militärische Bedrohung der Länder und den militärischen Kampf gegen die Widerstandsbewegungen zu liefern.

In diesem Zusammenhang einige letzte Meldungen: Anfang März wurde offiziell bestätigt, daß seit zwei Monaten ein US-Zerstörer mit hochempfindlichen elektronischen Abhörgeräten an Bord vor den Küsten Nicaraguas und El Salvadors im Golf von Fonseca operiert hat. Das Schiff ist jetzt in die USA zurückgekehrt, aber durch ein anderes ersetzt worden.

Ebenfalls bestätigt wurde inzwischen, daß im März ein NATO-Manöver vor der Küste Kubas stattfinden soll, bei dem auch eine Landung auf dem widerrechtlich von den USA besetzten Stützpunkt Guantanamo geübt werden soll. Bei diesem Manöver ist auch der NATO-Partner BRD beteiligt.



Nicaragua hat siegt El Salvador siegt Chile wird siegen



mit dem die totalitäre Linke Grenada und Nicaragua umspannt und in der wachsenden Hilfe des von der Sowjetunion unterstützten Cubas für eine gewaltsame Revolution in Mittelamerika ... Wenn wir nicht schnell und entschlossen handeln, um die Freiheit zu verteidigen, werden aus den Ruinen der heutigen Konflikte neue Cubas erwachsen“ (nach „taz“, 26.2.82).

Demgegenüber wurde El Salvador hervorgehoben mit seiner „beispielhaften Landreform“ und der Durchführung „freier Wahlen“ im März.

Reaktionen auf den Karibikplan

Zufrieden äußerten sich bisher die Regierungen von El Salvador und Guatemala, denen natürlich jeder Dollar recht ist, um die katastrophale Wirtschaftslage zu mildern und sich als rechtmäßige und international anerkannte Regierungen zu beweisen. Im übrigen wurden überwiegend skeptische Stimmen laut; zum einen aus politischen Erwägungen wie im Fall Mexiko, zum anderen aus Zweifel an der Effektivität eines solchen Plans.

Es ist natürlich nicht unbekannt, daß gerade das „freie Spiel der Kräfte“



25.000 Menschen demonstrierten am 13. März in Frankfurt gegen die drohende Intervention des US-Imperialismus in El Salvador. Diese Zahl ist umso beachtlicher, als die Demo noch bis Freitag von Oberbürgermeister Wellmann verboten war; das Verbot wurde erst in der Nacht zum Sonnabend vom Verwaltungsgericht aufgehoben. Auf der Abschlussskundgebung sprach ein Repräsentant der FDP/FMLN, der nochmals die Bereitschaft der politischen und militärischen Opposition hervorhob, durch Gespräche und Verhandlungen eine friedliche Lösung herbeizuführen.

1982: Chile ist frei von Frey

Am 22. Januar starb Eduardo Frey, die Schlüsselfigur der bürgerlichen Opposition in Chile. Frey, der 1933 über das Thema „Die Lebensweise der Arbeitnehmer“ promovierte, gehörte 1936 zu den Gründern der an den spanischen Faschisten orientierten chilenischen „Falange Nacional“. Über diese Organisation, die 1957 die Christdemokratie mitbegründete, gelangte er 1945 zu einem Ministerposten für „Öffentliche Arbeiten“ („NZZ“, 26.2.82). 1964 ging er aus den Präsidentschaftswahlen als Sieger hervor, wobei ihm der CIA mit mehreren Mio. Dollar zur Seite stand („FR“, 29.1.82). Sein damaliger Gegenpieler war Salvador Allende, gegen dessen Volksfrontbündnis seine Partei sechs Jahre später die Wahlen verlor. Diesen Wahlsieg faßte die chilenische Bourgeoisie als Kampfansage auf. Als Anfang 1973 klar wurde, daß die Unidad Popular auf parlamentarischen Wege nicht zu besiegen war (die Rechte erreichte nicht die zum Sturz Allendes erforderliche Zweidrittelmehrheit in den Parlamentswahlen), übernahm Frey die politische Vorbereitung des Putsches vom 11. September. Die Regierung Allende wurde für verfassungswidrig und illegal erklärt, der mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr betretbar war. Hiermit war die Legitimationsgrundlage für die Militäre geschaffen. „Ihre Pflicht zu tun“. Frey kann somit als einer der entscheidenden politischen Drahtzieher des Putsches von 1973 bezeichnet werden. Seine Rechnung jedoch, daß die Militärs den Christdemokraten die Rückkehr an die Macht ermöglichen würden, ging nicht auf. Pinochets Mordbefehle dachten nicht an eine Zusammenarbeit mit Frey. Freys Enttäuschung und seine daraus resultierende spätere Kritik an den Militärs wurde aus von der gesamten bürgerlichen Presse „auf den Muntars wutro“ nur von der gesamten bürgerlichen Presse fälschlicherweise zur aufrechten Opposition des „Demokraten Frey“ gegen die Diktatur hochstilisiert.

Indessen ist die Trauer über „einen der profiliertesten Politiker Südamerikas“ (so die „FR“ v. 29.1.) nicht unbegründet. Hatte die Christdemokratie durch ihre zwiespältige Haltung zu den Querillas bei einem Großteil ihrer einfachen Mitglieder schon länger abgewirtschaftet, so ist nun mit Frey auch diejenige Integrationsfigur in die Kiste gesprungen, die einen „reformierten Faschismus“ oder eine „demokratische Öffnung“ hätte repräsentieren können. Der Spielraum bürgerlicher Herrschaft hat sich merklich verkleinert, da zwischen der Herrschaft der Maschinengewehre und dem sich immer stärker organisierenden Volkswiderstand kaum noch politisch relevante Kräfte existieren. Dies kam insbesondere auch während der Trauerfeierlichkeiten zum Ausdruck, die über eine halbe Mio. Menschen dazu nutzte, gegen Pinochet zu demonstrieren. Der Diktator, der an der Totenmesse teilnahm, wurde von der Menschenmasse mit den Rufen „Mörder, Mörder“ vor der Kathedrale von Santiago empfangen.

Pinochet ließ auch 1982 keinen Zweifel aufkommen, diesen Ehrentitel mit aller Gewalt verteidigen zu wollen. Erst Ende Februar wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft der Finanzbeamten, Tucapel Jimenez, mit mehreren Messerstichen im Hals, in der Nähe von Santiago ermordet aufgefunden. Jimenez gehörte zu den Mitunterzeichnern des „Plego nacional“ (Forderungskatalog der Gewerkschaften an die Junta) und war im letzten Jahr auch in der BRD gewesen, um über die Gewerkschaften in Chile zu informieren. Anlässlich seiner Betätigung demonstrierten mehrere tausend Menschen in Santiago. Die Polizei nutzte die Gelegenheit zu Massenverhaftungen, die aus dem Trauerzug heraus wahllos vorgenommen wurden („SZ“, 1.3.82).

Noch nicht vergessen ist die Verurteilung von Guillermo Rodriguez vor dem Kriegesgericht, der für 30 Aktionen des bewaffneten Widerstandes verantwortlich gemacht wurde. Die vom Kriegesgericht gefällte Todesstrafe wurde aufgrund internationaler Proteste in lebenslänglich umgewandelt. Doch am 9. Dezember vergangenen Jahres erkrankte Rodriguez zusammen mit anderen politischen und sozialen Gefangenen an einer mysteriösen Lebensgefährlichen „Lebensmittelvergiftung“. Zwei Gefangene starben. Das Konzept von Mord und Folter ist sich auch im neunten Jahr ihres gebüh-

Die Linke dagegen hat in den letzten zwei Jahren erheblich an politischer Kraft gewonnen. Dies ist nicht nur in einer Vielzahl von Streiks zum Ausdruck gekommen, sondern auch durch eine Reihe spektakulärer bewaffneter Aktionen. (Wir haben mehrfach darüber berichtet.)

Bis heute sind über 150 bewaffnete Aktionen der Volksmilizen erfolgt (Siehe auch nebenstehendes Interview mit einem Mitglied der Volksmilizen in Santiago).

An der Basis realisiert sich seit Jahren schon eine ~~Entscheidung~~ aller politischen Kräfte der Linken. Als symptomatisch mag die gemeinsame Erklärung von KP und MIR gelten, in der die Notwendigkeit des Aufbaus eines Volksheeres zum Sturz der Diktatur hervorgehoben wird. (Siehe nebenstehenden Abdruck.)

Im Lande selbst ist die Junta politisch isoliert, wodurch sie immer mehr zu einer vom Imperialismus ausgehaltenen Besatzungsmacht degradiert. Ein Interesse an ihrem Weiterbestehen hat nur eine relativ dünne Schicht von mit dem Ausland verbundenen Monopolkapitalisten. Diese sind mit ihren Millionengewinnen tatsächlich so vom Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik überzeugt, daß bisweilen selbst westdeutsche Staatssekretäre mit ihrer aufrechten „Bewunderung“ nicht hinter den Berg halten. 700 000 Obdachlose, 15 % Arbeitslosigkeit, 12 Mrd. Dollar Auslandsschulden, das sind schließliche Zahlen, die den „Leistungswillen“ der chilenischen Wirtschaft unter Beweis stellen.

Interview mit einem Mitglied der Volksmilizen von Santiago

Gesamte Anibal, kommt da erst einige Beispiele bewaffneter Aktionen des Volkswiderstandes an?

Vielleicht die Besetzung von Radio Portales, wo zum ersten Mal im ganzen Land eine Sendung ausgestrahlt wurde, die die Bedeutung des Volkswiderstandes zum Gegenstand hatte; oder die Strafkaktionen gegen DINA-Agenten (chil. Geheimdienst, d.V.), wie zum Beispiel die Hinrichtung von Carlos Tapí.

Als ein drittes Beispiel wäre die Simultanaktion gegen die chilenische Staatsbank und gegen zwei Polizeistationen zu nennen, die gezeigt haben, wie die staatlichen Repressionsorgane zu paralisieren sind.

Welches Ziel verfolgen diese Aktionen?

Das Hauptziel der Massenbewegung, als deren integraler Bestandteil wir uns begreifen, ist die Schwächung der Diktatur und ihrer repressiven Organe. In der jetzigen Etappe dominiert dabei immer noch die Kampfform der bewaffneten Propaganda.

Kann es ein Beispiel den Zusammenhang zwischen Aktionen des Volkswiderstandes und des bewaffneten Widerstandes aufzeigen?

Da fällt mir das Beispiel der Studenten der pädagogischen Fakultät ein. Die Studenten sahen sich einer fortwährenden Repression ausgesetzt, die sie insbesondere auf die Tätigkeit zweier CNI-Spitzel zurückführten. Die Studenten forderten schließlich in einem Aufruf, Maßnahmen gegen die beiden Personen zu ergreifen. In diesem Moment begann die Volksmiliz einzugreifen, sie startete eine Warnaktion, gab zwei Schüsse auf die Geheimdienstagenten ab, die dadurch „Wahlaktoren“ ~~hat~~ ~~er~~ ~~schloß~~ auf die Geheimdienstagenten ab, die dadurch leicht verletzt wurden. Am nächsten Tag die Presse mit Vertretern der Studenten sprach, distanzierten sich diese nicht von der Aktion, sondern stellten sie im Gegenteil als legitimes Mittel gegen die staatliche Repression dar. Bemerkenswert an dieser Einstellung ist die Tatsache, daß es sich bei den Studenten überwiegend um sehr junge Menschen handelt, die die Allende-Zeit kaum oder nur unbewußt mitbekommen haben, die also im wesentlichen durch die Schule der Diktatur gegangen sind. Sie sind es aber, die Schulen besetzt haben und Straßensperren errichteten.

Gibt es auch bewaffnete Aktionen?

Nein, bewaffnete Aktionen, wie wir sie aus den Städten kennen, gibt es hier noch nicht, was nicht heißt, daß die Landbevölkerung diese Kämpfe nicht unterstützt. Das haben wir ja an Neltume gesehen (siehe nebenstehenden Bericht), wo die Guerrilleros auf die Unterstützung der Landbevölkerung angewiesen waren, um den ersten Repressionsgürtel zu überwinden.

Dennoch wird es auch hier über kurz oder lang zu bewaffneten Aktionen kommen. Heute gibt es nur Aktionen, die einen geringen Organisationsgrad aufweisen, z. B. gegen einzelne Großgrundbesitzer. Aber diese Kampfformen werden bald überwunden sein.

Wie schätzt du die Vorgänge von Neltume ein?

Dies ist sicherlich eine bittere Erfahrung, die wir machen mußten, schließlich haben wir sieben Genossen verloren. Die Guerrilla operierte bereits seit einem Jahr in dieser Gegend. Ein Teil dieser Guerrilla ist nun von den Repressionsorganen entdeckt worden. An der Jagd beteiligte sich die kombinierte Macht der Re-

Die Verfolgung geschah durch Luft- und Bodenangriffe, mit Carabineros, Militär, Geheimdienst, CNI und Faschisten. Es wurde eine spezielle Anti-Guerrillatruppe von ca. 3000 Mann eingesetzt.

Was sind die Hauptprobleme der Volksmilizen?

Finanzen! Das heißt, es gibt noch etwas Schwierigeres: Wenn sich Genossen in den Volksmilizen integrieren, dann tun sie das mit dem Wunsch, möglichst bald ein freies demokratisches Chile zu schaffen. Aber ihre Erfahrungen und ihre Ausbildung mit bewaffneten Kampfformen sind meistens gleich Null. Die derzeit größte Schwierigkeit ist vielleicht die Ausbildung von geeigneten Kadern. Auch persönliche und fami-

liäre Probleme sind nicht zu unterschätzen. Ein Milizionär muß ggf. Eltern, Freunde, Kinder verlassen auf unbestimmte Zeit.

Wie wird man Mitglied der Volksmilizen?

In erster Linie sind uns die Genossen durch die politische Arbeit bekannt. Entscheidend ist dabei ihr politisches Bewußtsein. Der erste Schritt zur Volksmiliz ist die Selbstverteidigung, d. h. der Schutz von Versammlungen, Demonstrationen, politischen Aktionen usw. Das sind quasi die ersten Erfahrungen.

Hat ein Milizionär Angst?

Sicherlich habe ich Angst, aber es ist weniger die Angst, das Leben zu verlieren, als der Gedanke, daß sie mich umbringen könnten, ohne daß ich das Ziel erreicht habe, ohne daß ich für den Volkswiderstand etwas getan habe. Ich glaube, daß jedes Mitglied der Volksmilizen so denkt.

Wie können wir in Westeuropa auch...

Ihr könnt, abgesehen von der finanziellen Unterstützung für den Widerstand, die natürlich unheimlich wichtig ist, v. a. die Öffentlichkeit hier über die Zustände in Chile informieren, insbesondere könnt ihr auch die Haltung diverser „demokratischer Staaten“ anprangern, die so tun, als würden heute in Chile die Menschenrechte wieder geachtet. Die Bundesregierung vertritt ja eine ähnliche Haltung. Vor allem aber könnt ihr auch über die Volksmilizen informieren, über die revolutionäre Rolle, die sie für die Massenbewegung in Chile spielen.

Die Kämpfe von Neltume

Die Existenz einer Guerrilla in dem Gebiet von Valdivia hat die Pinochet-Diktatur offenbar in erheblicher Weise beunruhigt. Nach unseren Informationen ergibt sich bisher folgendes Bild: Sieben Kämpfer des chilenischen Volkswiderstandes fielen bei Auseinandersetzungen in der Nähe des Sees von Neltume, im Süden Chiles.

Die Gefallenen, die zu einem ländlichen Vorposten der Volksmilizen gehörten, sind Raul Obregon Torres, Pedro Yanez Palacios, Prospero Guzman Soto, Patricio Calduval Henriquez, Jose Monsalve Sandoval, Rene Bravo Aguilera und Julio Rizzo Figueroa. Der Tod dieser Kämpfer wurde in einer Erklärung des MIR an das chilenische Volk bestätigt.

Die ersten Versuche der Junta, diese „Landguerrilla“ einzukreisen, wurden bereits im Juni 81 bekannt, als die Entdeckung von unterirdischen Guerrilla-Camps zum ersten Mal offiziell zugegeben wurde. Schnell wurden die Polizeikräfte verstärkt, der Geheimdienst wurde auf den „Fall“ angesetzt, was Suchaktionen in diesem Gebiet zur Folge hatte. Gleichzeitig wurden aus entfernten Militärstützpunkten des Landes mehrere tausend Soldaten antransportiert, die das Gebiet durchkämmen sollten, unterstützt von Hubschraubern, die mit Spezialkameras ausgerüstet waren. Auf diese Weise wurden über 200 Quadratkilometer unwegsames Berg- und Waldgebiet nach einer aus dem Vietnamkrieg bekannten „Malmeter-Technik“ abgesucht. Hunderte von Fallschirmspringern wurden aus Santiago eingeflogen. Geheimdienstbeamte verhörten die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, was unzählige Festnahmen zur Folge hatte.

Der Aufmarsch eines derart gewaltigen Repressionsapparates brachte indes keinerlei Neuigkeiten ans Tageslicht.

Ende Juli gab die Junta bekannt, alles unter Kontrolle zu haben, was im August zu intensiver Fortführung der Suchaktionen führte. Berichterstattungen über die Vorgänge wurden jedoch streng unterzogen, was mit einem zur gleichen Zeit erlassenen Gesetzesdekret begründet wurde, welches die Verbreitung von Informationen über „terroristische Umtriebe“ nur mit vorheriger staatlicher Genehmigung erlaubt („El Mercurio“ v. 6. - 12.8.81).

Erst am 13. September kam es zum offenen Kampf zwischen Guerrillas und Repressionskräften, bei denen

ein Genosse getötet wurde. Am 17. und 20. September folgten weitere Gefechte, bei denen die sechs anderen Genossen ums Leben kamen. Verluste der Junta wurden offiziell nicht bekannt gegeben. (Informationen nach „resistencia“, Nov. Dez. 81).

Ob damit die Guerrilla in diesem Gebiet insgesamt vernichtet wurde, ist vorerst nicht überprüfbar. Die Tatsache, daß die Guerrilla erst über zwei Monate nach ihrer Entdeckung Verluste hinnehmen mußte, ist ein Indiz für eine gewisse Verankerung und der damit verbundenen Möglichkeit des Untertauens.

Lateinamerika-Kommission

Kommuniqué des MIR und der KP Chiles

Gemeinsame Erklärung der Regionalkomitees in der 3. Region vom Juni 81 (Auszug)

Die KP und der MIR — Region Concepcion und Arauco — sind zusammengekommen und geben ihre Entscheidung bekannt, gemeinsam zu arbeiten, um offensiv die zahllosen Kämpfe anzuführen, die das Volk der Diktatur liefert. Wenn wir die verschiedenen Kampf- und Organisationsformen koordinieren — die legalen und halblegalen und die im Untergrund, die gewaltsamen und die nicht gewaltsamen — werden wir die Krise herbeiführen können, die den Sturz der Diktatur ermöglicht.

Die wachsende Übereinstimmung auf der Ebene der Massen, in der gegen die Diktatur gerichteten Aktionen und Propaganda und in der Notwendigkeit, den Gebrauch der organisierten Gewalt durch das Volk zu legitimieren, haben die regionalen Leitungen beider Parteien dazu gebracht, ihre Aufgaben im Kampf um politische und gesellschaftliche Rechte zu koordinieren: an der Front der Gewerkschaften, der Landarbeiter, der Slumbe-wohner, der Jugend etc. (Zitat nach Lateinamerika-Nachrichten, Dez. 81)



Bundespräsident Dr. Karl Carstens, der sich in Begleitung von Kanzler Schmidt sowie des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Reagan, am Samstag, dem 27.2., auf einem Bummel durch die Hamburger Innenstadt befand, stieß dort gegen 11.30 Uhr mit einer offenbar regierungsfeindlich gesonnenen Gruppe von Polizisten zusammen. POK H., der den Bundespräsidenten trotz Immunitätsschutz sofort festnehmen wollte, konnte im Verlauf längerer Deputats, während derer sich Tausende von Hamburgern am Ort des Geschehens versammelten, dazu bewegt werden, nur den Sabel des Präsidenten — ein ettes Erbstück der Familie Carstens — zu beschlagnahmen. Seine Begründung: Der Bundespräsident habe sich das Führen einer Waffe in einer öffentlichen Versammlung schuldig gemacht (Vorgehen gemäß Verz.G. § ... Abs. ...).

Die Betauerungen von Seiten des US-Präsidenten, denen auch der deutsche Bundeskanzler vollinhaltlich beipflichtete — bei dem Sabel handele es sich nur um das notwendige Requisit einer Kunstfigur und sowieso sei das Ganze als künstlerische Theatersaufführung zu bewerten, mochte sich POK H. nicht anschließen; er drohte vielmehr mit Strafanzel und war auch erst durch nachhaltiges Insistieren der Regierungschefs dazu zu bewegen, eine Quittung für den Sabel auszustellen. Wie der Pressesprecher des Bundespräsidialamtes später mitteilte, steht Prof. Carstens einem eventuellen Prozeß mit Gelassenheit entgegen und wird sich zu gegebener Zeit in dieser Angelegenheit selbst äußern.

Erklärung der Kunstgruppe Hamburg



Bahman Nirumand, 45 Jahre, aktiver CISNU-Mitglied während seines Aufenthalts in der BRD in den 60er und 70er Jahren, veröffentlichte 1967 im Rowohlt-Verlag ein Buch über die Schah-Diktatur, das Grundlage wurde für das Engagement der deutschen Studentenbewegung gegen das Schah-Regime. Im Frühjahr 1979 kehrte er in den Iran zurück und arbeitete als Dozent an der Teheraner Uni.

„Heute muß die Linke versuchen, möglichst viel an bürgerlich-demokratischen Rechten durchzusetzen, um im Rahmen dieser Rechte die notwendigen Instrumente für den bevorstehenden Kampf schaffen zu können. Wenn in den nächsten Tagen oder Wochen das Schah-Regime gestürzt und eine Koalitionsregierung zwischen den Religiösen und Bürgerlich-Liberalen zustande käme, was durchaus eine denkbare Möglichkeit wäre, würde meiner Ansicht nach diese Herrschaft nicht von langer Dauer sein, vielleicht sechs Monate, ein Jahr, zwei Jahre, dann würde wieder eine Diktatur an die Macht kommen. Wir haben also nicht viel Zeit, gerade während dieser für die Linke so lebenswichtigen Periode müssen wichtige Vorbereitungen für die bevorstehende Revolution getroffen werden.“

Diese Sätze stammen aus einem Interview mit Bahman Nirumand, das am 17.12.78 (vgl. AK 145) in Westberlin gemacht wurde, wenige Wochen, bevor der Schah Iran verlassen mußte und bevor durch den bewaffneten Aufstand der Massen — unter Führung der Linken — das Schah-Regime endgültig gestürzt wurde.

Inzwischen sind mehr als drei Jahre vergangen, im Iran herrscht der blutdürstige Terror des Khomeiny-Regimes, das die Verbrechen des Schah-Regimes — so makaber der Vergleich sein mag — in den Schatten stellt.

Wie kann das Khomeiny-Regime gestürzt werden und wie sollte die Alternative aussehen? Um diese Frage geht es im folgenden Interview, das wir Ende Januar mit Bahman Nirumand und Mehdi Teherani machten, die als Vertreter der „Demokratischen Nationalfront“ und des „Rates der Vereinigten Linken“ für einige Zeit nach Westeuropa gekommen sind, um am Aufbau des „Nationalen Widerstandsrates“ teilzunehmen, dem beide Organisationen angehören.



Mehdi Teherani, 48 Jahre, gehörte als Mitglied der CISNU, der Konföderation iranischer Studenten, während der 60er und 70er Jahre zu den aktiven Gegnern des Schah im Ausland. Nach seiner Rückkehr in den Iran im Frühjahr 1979 arbeitete er als Journalist.

Interview

„Keine Organisation im Iran ist allein imstande, Khomeiny zu stürzen und die Macht zu übernehmen“

Der Rat der Vereinigten Linken hat, wie beispielsweise auch der Nationale Widerstandsrat, ein Programm für die Zeit nach dem Sturz des Khomeiny-Regimes vorgelegt. Aber wie kann das Khomeiny-Regime gestürzt werden? Die Volksmodjahedin haben sich mit ihrer Ankündigung im Sommer, der Sturz des Khomeiny-Regimes sei eine Frage von zwei bis drei Monaten, ja offensichtlich verschätzt.

Nirumand: Ich glaube, daß das eigentliche Problem nicht darin besteht, wie man das Regime Khomeiny stürzt, und wer ihm letztendlich den letzten Schlag versetzt, sondern darin, wie man das Land wiederaufbauen kann und welche Regierungsform dazu notwendig ist, um tatsächlich die Garantie zu liefern, daß kein Bürgerkrieg ausbricht, daß dem Kreislauf des Blutvergießens ein Ende gesetzt wird, daß die Wunden, die das Khomeiny-Regime den iranischen Völkern zugefügt hat, geheilt werden, daß die Voraussetzungen für eine Entwicklung zu Freiheit und Unabhängigkeit geschaffen werden. Das ist meiner Ansicht nach das Hauptproblem.

Natürlich muß man genauere Überlegungen anstellen, wie das Khomeiny-Regime zu stürzen ist. Die Basis des Khomeiny-Regimes, die am Anfang nahezu die gesamte Bevölkerung umfaßte, ist auf zehn Prozent zusammengeschrumpft.

Die ökonomische Misere, von der nun das ganze Volk betroffen ist, die soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheit, die politische Unterdrückung, die Repression gegen Frauen, gegen nationale und religiöse Minderheiten, schließlich der Versuch einer ideologischen Gleichschaltung der gesamten Gesellschaft haben dazu geführt, daß das Regime Khomeiny bei der überwiegenden Mehrheit der iranischen Bevölkerung verhaßt ist, die eben aus diesem Grund mit der Opposition sympathisiert.

Das Khomeiny-Regime konnte sich innerhalb dieser drei Jahre zu keinem Zeitpunkt stabilisieren. Trotz des Unterdrückungsapparates ist es nicht in der Lage, die Opposition zu kontrollieren. Die nackte Gewalt, die heute an den Tag gelegt wird, reicht nicht dazu aus, die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Allerdings ist diese nackte Gewalt nicht einfach durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu besiegen. Der Sturz des Regimes muß militärisch erfolgen, dazu muß die politisch-organisatorische Vorarbeit geleistet werden. Diese Aufgaben können nur von einer Koalition gelöst werden, d.h. es gibt keine Organisation im Iran, die alleine imstande wäre, Khomeiny zu stürzen und die Macht zu übernehmen.

Wie soll diese politische-organisatorische und militärische Vorarbeit aussehen?

Nirumand: Die Koalition der in Frage kommenden Kräfte und Organisationen steht ja bereits auf festem Boden. Durch den Aufruf der Volksmodjahedin und Banisadr wurde der Nationale

Widerstandsrat gegründet, an dem inzwischen verschiedene Organisationen teilnehmen, wie die Demokratische Partei Kurdistan, die Demokratische Nationalfront und der Rat der Vereinigten Linken. Dieser Rat muß ganz konkrete Aufgaben leisten: die militärische Koordinierung der bestehenden Kräfte und vor allem Teile der Bevölkerung politisch darauf vorbereiten, daß sie im Falle einer militärischen Großaktion bestimmte Aufgaben übernehmen können, wie z.B. Streiks in den Fabriken, Schulen, staatlichen Ämtern.

Der von den Volksmodjahedin vorhergesagte Sturz des Khomeiny-Regimes ist nicht eingetreten, nach der Berichterstattung hier hat man sogar den Eindruck, daß das Regime sich seit dem Sommer, als beispielsweise das Büro der Islamischen Republik-Partei samt Beheerd und anderen hohen Funktionären in die Luft flog, stabilisieren konnte und eine relative Ruhe eingekehrt ist.

Nirumand: Von Ruhe kann ja keine Rede sein. Gerade vorgestern (27.2.82) haben militärische Einheiten die Stadt Amol am Kaspischen Meer besetzt. Sie haben alle Polizei- und Gendarmestationen, das Bürgermeisteramt, die Stadtverwaltung, alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt 24 Stunden lang besetzt halten können. Ohne wesentliche Opfer konnten sie sich zurückziehen. In Teheran und vor einigen Tagen ähnliche Aktionen durchgeführt worden, an den westlichen Grenzen Irans herrscht Krieg und in verschiedenen Teilen des Landes finden täglich bewaffnete Aktionen statt. Von Ruhe kann man da nicht reden. Allerdings sind durch die Eskalation der bewaffneten Aktionen in den Monaten September und Oktober große Erwartungen geweckt worden, die nicht erfüllt worden sind. Selbst viele politische Aktive haben auf eine sehr rasche Beseitigung des Regimes gehofft und dies auch für realistisch gehalten. Das ist nicht eingetroffen.

Woran liegt das?

Teherani: Ich glaube, daß die Ereignisse, die schließlich zur Absetzung Banisadr geführt haben, zu unserer aller Überraschung zügiger erfolgt sind als vor allem die Volksmodjahedin und auch selbst Banisadr erwartet hatten. Da haben die Strategen des Regimes schneller die Initiative ergriffen und bevor auf Seiten der Opposition die gemeinsame Frontbildung reibsig wurde, wurde innerhalb von wenigen Tagen Banisadr zunächst als Oberbefehlshaber der Armee und anschließend als Staatspräsident abgesetzt. Es war ein perfekter Staatsstreich. Wäre aber die Absetzung Banisadr unumwiderrprochen geblieben, so hätte das Regime doch als einen großen Erfolg für sich buchen können. Die Volksmodjahedin, als stärkste Organisation der Opposition, befanden sich also in Zugzwang. Trotz Mangel an Vorbereitungen mußte die Opposition ihre Macht demonstrieren, um dem Aufkommen einer möglichen Resignation bei den Massen Einhalt zu gebieten. Die Demonstrationen und bewaffneten Aktionen wurden also vor-

wiegend von den Volksmodjahedin — unterstützt von einigen linken Gruppen — durchgeführt. Auf der anderen Seite hat aber gerade die Demonstration der Stärke Erwartungen und Hoffnungen geweckt, die nicht eingelöst werden konnten, weil die Aktivitäten zu einer Frontbildung aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte noch nicht zum Erfolg geführt hatten. Diesen Mangel wollte man mit der Bildung des Nationalen Widerstandsrates beseitigen.

Hat der von den Volksmodjahedin vorhergesagte Sturz des Khomeiny-Regimes sich deshalb nicht geklappt, weil das Khomeiny-Regime doch noch viel fester im Sattel sitzt als angenommen? Ist nicht die Stärke des Khomeiny-Regimes unterschätzt worden?

Teherani: Ich sehe es als ein Zeichen von Schwäche an, wenn ein Regime gezwungen ist, innerhalb von fünf Monaten mehr als 4.500 Menschen hinzurichten und mehr als 10.000 politische Gefangene zu haben. Das Regime selbst befindet sich im Untergrund. Der Sitz von Khomeiny ist völlig abgeschnitten, das Parlament gleicht einer Festung, in der die Abgeordneten sogar übernachten. Sie trauen sich nicht mehr auf die Straße. Wenn sie es doch gewagt haben, wurden sie abgeknallt.

Wo steht ihr da die Stärke oder Stabilität des Regimes? Gibt es eine blühende Wirtschaft, eine Außenpolitik, die der Entwicklung des Landes dient? Sind der Krieg gegen Irak, die sechs Millionen Arbeitslosen, die zwei Millionen Kriegsflüchtlinge, die zwei Millionen Afghanen, die sich in Iran befinden, ein Zeichen von Stabilität? Die Schließung der Universitäten? Ein normales Leben gibt es in Iran nicht, und das ist meiner Ansicht nach keine Stabilität.

Aber kann man sich angesichts dieser Situation nicht vorstellen, daß die Bevölkerung sehr viel massiver reagiert hätte, gerade wenn der Rückhalt Khomeiny so gering geworden ist? Viele iranische Linke haben doch noch gehofft, daß die Bevölkerung auf die Straße gehen würde, wie damals unter dem Schah.

Teherani: Die zivile Bevölkerung steht mit leeren Händen da und kann nicht so massiv vorgehen, wie manche sich das hier vorstellen. Für die zivile Bevölkerung muß eine Rückendeckung da sein. Außerdem hat man es heute im Iran jeden Tag mit der nackten Gewalt zu tun. Wie kann man verlangen, daß die Zivilbevölkerung ohne starke Rückendeckung und unorganisiert auf die Straße geht und gegen die Brutalität protestiert und selbst Opfer dieser Brutalität wird? Die Bevölkerung braucht eine politische und organisatorische Zuversicht, um sich aktiv an dem Kampf gegen das Regime beteiligen zu können. Außerdem wollen die Menschen dieses Mal genau wissen, nicht nur wogegen, sondern auch wofür sie kämpfen. Sie wollen sich also nicht mehr mit leeren Versprechungen begnügen, sie möchten ein klares Programm sehen, in dem sich ihre Interes-

sen deutlich widerspiegeln.

Sind nicht Teile der Bevölkerung einfach angesichts der Entwicklung seit dem Sturz des Schah-Regimes resigniert?

Nirumand: Enttäuschungen sind da, weil die Bevölkerung das Regime viel schneller weghaben möchte, als es tatsächlich machbar ist. Aber von Resignation kann man nicht reden. Resigniert ist ein Volk nur dann, wenn es sich bereitwillig anpaßt und den Anordnungen des Regimes Folge leistet. Das ist im Iran nicht der Fall.

Allen die Tatsache, daß in Teheran 30.000 Menschen im Untergrund leben müssen und die Bevölkerung bereit ist, ihnen Unterkunft zu gewähren, zeugt davon, daß das Volk zu Opfern bereit ist. Auf die Beherbergung einer Oppositionellen steht die Todesstrafe.

Auf wen kann sich Khomeiny jetzt noch stützen?

Nirumand: Khomeiny's eigentliche Basis sind die entwurzelten Schichten, die infolge der Bodenreform des Schahs von ihren Ländereien vertrieben worden sind und die gezwungen waren, die Dörfer zu verlassen, in die Städte zu ziehen und dort in menschenunwürdigen Verhältnissen zu leben. Sie sind jetzt zur Macht gekommen, sie bilden die eigentliche Basis des Khomeiny-Regimes. Das ist das sogenannte Lumpenproletariat. Ich würde sagen, daß das Khomeiny-Regime eine Diktatur des Lumpenproletariats darstellt.

Du sagtest vorher, es sei nicht entscheidend, wie Khomeiny gestürzt wird, entscheidend sei die Alternative danach.

Nirumand: Vor drei Jahren sind die Menschen auf die Straße gegangen, ohne sich lange zu überlegen, was nach dem Sturz des Schah kommt. Vor allem Khomeiny hat in seinem Pariser Exil sehr viel versprochen und die Parolen aufgenommen, die von der Befreiungsbewegung propagiert worden sind. Khomeiny hat diese Versprechungen nicht eingelöst, im Gegenteil, er hat sie wieder zurückgenommen.

Heute ist das Volk natürlich sehr darauf bedacht und sehr aufmerksam, wofür es auf die Straße geht. Deshalb ist es unheimlich wichtig, neben den militärischen Aktionen, auch politisch zu arbeiten und die Alternative zu propagieren.

Die Alternativen, die die linken Organisationen wie die Volksfedayin und Peykar und etliche kleinere Gruppierungen vorgelegen, stellen im Grunde keine Alternative für die iranische Gesellschaft dar. Es werden derartige Verallgemeinerungen und Dogmen zum besten gegeben, die überhaupt nichts mit der konkreten Situation im Iran zu tun haben. Das ist ja schon immer die Miserie der Linken gewesen. Die Linke hatte nicht auf Grund ihrer Theorien und Meinungen, sondern auf Grund der bewaffneten Aktionen, die sie unter dem Schah-Regime durchgeführt hatte, eine sehr große Sympathie unter der Bevölkerung genossen. Diese Sympathie hat sie nach und nach eingebüßt, weil sie konkret nichts anzubieten hat.

Ich bin der Ansicht, daß man dem iranischen Volk tatsächlich genauere Vorstellungen darlegen muß, was nach einer Machtübernahme geschieht, und ohne diese Aufgabe zu leisten, ist, glaube ich, das Volk diesmal nicht so leicht zu verführen. Das ist meiner Ansicht nach die Aufgabe des Nationalen Widerstandsrates.

Radjavi hat ein Programm vorgelegt und dieses Programm muß noch überarbeitet werden. Ich glaube, daß sich in dem Programm einige Widersprüche befinden, die beseitigt werden müssen. In den Hauptpunkten für eine einheitliche Plattform sind wir uns einig: Nach der Beseitigung der Khomeiny-Diktatur müssen wir uns auf die Verwirklichung ganz konkreter Demokratie und auf das Erreichen der Unabhängigkeit von Ost und West konzentrieren.

Wir stimmen der These nicht zu, daß man nur ant imperialistisch sein kann, wenn man abhängig vom Ostblock wird. Wir trauen uns schon zu, eine eigene Politik zu betreiben und unabhängig zu bleiben.

Das von Radjavi und Banisadr vorgelegte Programm des Nationalen Widerstandsrates ist religiös bestimmt. Iran soll ja nach einer islamischen Republik bleiben, zwar eine demokratische islamische Republik, aber doch eine islamische Republik. Oder ist das auch noch Verhandlungsgegenstand?

Nirumand: Bei dem Programm handelt es sich um einen Vorschlag, der noch diskutiert wird. Sollte das tatsächlich von den Volksmodjahedin oder von Banisadr und von anderen islamischen Gruppierungen, die im Rat sind, so verstanden worden sein, daß wir wieder eine Regierung oder eine Staatsform haben sollen, in der die Politik von der islamischen Ideologie bestimmt wird, dann wird das ein sehr wichtiger Punkt der Auseinandersetzung sein.

Ich glaube, daß dieses Wort „Islamisch“ einfach der Tatsache Rechnung trägt, daß die große Mehrheit der iranischen Bevölkerung Moslems sind. Für uns ist es auf jeden Fall äußerst wichtig zu betonen, daß Religionsfreiheit herrscht und daß die Politik, die Staatsform und die Staatsführung überhaupt nicht und in keiner Weise von einer ganz bestimmten Ideologie und in diesem Fall von der islamischen Religion bestimmt werden. Und ich bin sicher, daß auch die Volksmodjahedin damit übereinstimmen und daß wir da keine Schwierigkeiten haben werden.

Du sagtest vorher davon, daß es in dem Programm des Nationalen Widerstandsrates Widersprüche gibt. Wo zum Beispiel?

Nirumand: Das Programm, das die Volksmodjahedin vorgelegt haben, beinhaltet sowohl Elemente des sowjetischen Konzeptes des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges als auch Elemente des Konzeptes einer autonomen Entwicklung des Landes. Einerseits werden Verstaatlichungen, Konzentrierung der politischen und ökonomischen Macht in der Hand des Staates gefordert, andererseits die Bildung von Räten und Zugangsstellen in die auto-

notwendigen Bestrebungen der Völker. Das sind Widersprüche im Konzept, die in den einzelnen Punkten des Programms zum Ausdruck kommen.

Soweit es in unserer Macht steht, werden wir diese Widersprüche zugunsten einer autonomen Entwicklung zu beseitigen versuchen. Wir lehnen als Mitglieder des Rates der Vereinigten Linken und der Demokratischen Nationalfront das Konzept des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges vollkommen ab, weil dieser Weg in die Sackgasse führt. Dieser Weg verhindert, daß die Menschen sich und ihre Gesellschaft entwickeln und führt entweder in die totale Abhängigkeit von der Sowjetunion oder in die totale Abhängigkeit vom Imperialismus. Dafür haben wir ja genügend Beispiele.

Mit der von euch vorgeschlagenen Programmpunkte, daß ihr — im Gegensatz zu anderen linken Organisationen — dem Privatkapital eine besondere Rolle bei der Entwicklung der iranischen Gesellschaft beilegt.

Nirumand: Wer der Meinung ist, daß der Iran unmittelbar vor einer sozialistischen Revolution steht, der liegt vollkommen falsch. Weder die ökonomischen Voraussetzungen noch die sozialen und geistigen Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution sind gegeben.

Die Produktionsformen und — verhältnisse, die Eigentumsformen usw. sind außerordentlich heterogen. Wir haben z.B. in unserem Land fast vier Millionen Nomaden. Die modernsten Produktionsmethoden werden neben Produktionsmethoden angewendet, die sich seit mehr als eintausend Jahren überhaupt nicht entwickelt haben. Kollektive Eigentumsformen, Privateigentum und vor allem staatliches Eigentum bestehen nebeneinander. In der Landwirtschaft gibt es volkmechanisierte, automatisierte Plantagen neben Bewirtschaftungsmethoden, die schon seit ein paar hundert Jahren veraltet sind.

Wir können deshalb nicht plötzlich utopisch verfahren und uns einfach den Sozialismus wünschen. Es geht zu nicht an, eine harmonische Entwicklung herbeizuführen, d.h. sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie voranzutreiben, und zwar entsprechend den Bedürfnissen in den verschiedenen Gebieten Irans.

Bisher ist der Iran zentralistisch regiert worden. Der Staat war der größte Kapitalist, der Staat bestimmte alle ökonomischen und sozialen Projekte. Selbst wenn zwei Dörfer 30 km voneinander und beide 2.000 Kilometer von Teheran entfernt lagen, wurden die Beziehungen zwischen diesen beiden Dörfern von Teheran aus geregelt. Die gesamte Verwaltung der kurdischen Bevölkerung, der Belutschen und Aserbaidschanis ebenfalls. Eine solche Zentralisierung hält das Volk in Unmündigkeit und verhindert jede sowohl ökonomische als auch kulturelle oder soziale Entwicklung.

Das wichtigste für die gegenwärtige Phase im Iran ist die Demokratisierung des Landes und die Verwirklichung der inneren Autonomie der Völker, also deren Selbstverwaltung unter Einbeziehung der Bauernräte und Bildung von Kooperativen. Wir werden verschiedene Formen des Eigentums haben, sowohl kapitalistische Formen als auch Übergangsformen zum Sozialismus, wo das möglich ist.

Welche Rolle spielt das Privatkapital?

Nirumand: Das Privatkapital wird noch für längere Zeit sowohl zur Industrialisierung des Landes als auch zur Mechanisierung der Landwirtschaft beitragen. Das Privatkapital muß unserer Ansicht nach natürlich mit Einschränkungen zugelassen werden und es muß mit Hilfe einer bestimmten Zoll- und Steuerpolitik, durch Kreditvergabe usw. auf notwendige und wichtige Projekte, die dem Volk zugute kommen, gelenkt werden. Viele Gebiete, vor allem Städtegebiete, müssen nationalisiert werden, damit die Boden Spekulation des Privatkapitals nicht fortgesetzt werden kann.

Was heißt, daß der Staat trotzdem sehr wichtige Funktionen erfüllt?

Nirumand: Der Staat muß nach wie vor die Wirtschaft kontrollieren, aber nicht als Kapitalist, sondern durch seine Gesetzgebung, durch Kreditvergabe, also durch politische Kontrolle.

Mir scheint das Ganze doch noch etwas echtes Wunschtraum zu klingen.

Nirumand: Wenn der Versuch eines Entwicklungslandes, eine eigene Entwicklung einzuschlagen und sich dabei auf die konzentrierten Bedürfnisse des Landes zu konzentrieren als Wunschtraum zu bezeichnen ist, dann kannst Du uns ja gerne als Utopisten bezeichnen. Aber ich bin der Ansicht, daß die gegenwärtige Situation im Iran, die geopolitische Lage des Landes, die ökonomischen Voraussetzungen und schließlich das Verhältnis der sozialen Kräfte die Realisierung eines solchen Weges sehr begünstigen.

Voraussetzung für die Durchführung eines solchen Planes ist meiner Ansicht

nach ein Pluralismus an der Macht. Der Iran befindet sich im Augenblick in diesem großen Unglück in einer glücklichen Situation. Keine Macht ist allein imstande, das Land zu beherrschen, gezwungenmaßen muß eine Koalition gebildet werden. Ein Pluralismus an der Macht schafft die Möglichkeit, die Gesellschaft zu demokratisieren, er muß zwangsläufig verschiedene politische Organisationen zulassen. Er muß das Spiel der demokratischen Kräfte akzeptieren. Wir haben im Iran eine Gesellschaft, in der die bewußte Trennung der Klassen noch nicht stattgefunden hat.

Die ganzen versteckten — offenen gab es nicht — Klassenkämpfe haben sich zwischen dem Volk und dem Staat abgespielt, der alles war, der größte Kapitalist, der größte Machthaber usw. Wir wollen jetzt, daß verschiedene Schichten des Volkes an der Regierung beteiligt werden. Dadurch wird die Mehrheit des Volkes im Staat repräsentiert sein. Das wäre ein großer Schritt Demokratie.

Wäre nicht auch ein Militärputsch denkbar, der euren Plänen zuvorkommen könnte? In der Presse hier wird ja häufiger über die Monarchisten, über alte Schah-Generäle, den ehemaligen Ministerpräsidenten Bakhtiari berichtet. Stellen diese Kräfte überhaupt einen Machtfaktor dar?

Nirumand: Im Moment wäre ein Putsch völlig unmöglich im Iran. Es gibt weder in der Bevölkerung noch bei Basis für den Putsch, noch wäre die Armee dazu imstande. Die Armee ist nicht einheitlich, sie besteht aus Anhängern der Royalisten, aus Anhängern von Banisadr, aus Anhängern der Volksmodjahedin und linken Gruppierungen und aus Anhängern Khomeinis. Die Armee kann nicht einheitlich für einen Putsch eingesetzt werden. Selbst wenn Teile der Armee ein Putsch gelänge, würde es einen jahrelang dauernden Bürgerkrieg geben, denn die oppositionellen Gruppen sind ja alle bewaffnet.

Teheran: Sinn hätte ein solcher Putsch, besonders für die Amerikaner und die Multinationals doch nur, wenn damit Stabilität geschaffen würde. Das wäre im Augenblick unmöglich, allerdings, wenn wir einen Fehler machen und ohne ausreichende Basis und ohne politischen Plan versuchen würden, die Macht zu ergreifen, dann wäre das Chaos da. Und dann können Teile der Bevölkerung, den Royalisten und den Mittebschichten z.B., ein Militärputsch gelegen kommen, um aus dem Chaos herauszukommen.

Im Iran ist es im Moment ein Problem, wie man die Macht erlangt, sondern es geht um Erhalt und Ausübung. Die Volksmodjahedin hätten die Macht möglicherweise in dem Augenblick ergreifen können, als Beheshti und mit ihm über neunzig wichtige Funktionäre der Volksmodjahedin hätten die Macht möglicherweise in dem Augenblick ergreifen können, als Beheshti und mit ihm über neunzig wichtige Funktionäre des Khomeiny-Staates ins Innere befördert wurden. Sie hätten wichtige Punkte, das Fernsehen etc. besetzen, Khomeiny und einige weitere Leute verhaften und provisorisch die Macht übernehmen können. Aber damals fehlte eine politische Front und eine aktive Massenbewegung, es hätte wirklich zu einem Bürgerkrieg kommen können. Die Bildung des Nationalen Widerstandsrates soll also nicht nur dem Sturz Khomeinis beschleunigen, sondern gleichzeitig die Voraussetzungen zu einer Entwicklung in Unabhängigkeit und Freiheit schaffen.

Ihr wart in eurem Programm gleichermäßen vor der Gefahr, vom Imperialismus oder vom „Osten“ abhängig zu werden. Weshalb besteht für die Gefahr des „Ostens“?

Nirumand: Wir wollen ganz einfach versuchen, die Bausteine für eine unabhängige Entwicklung zu errichten. Ob die USA aggressiver sind und die Sowjetunion weniger aggressiv, kann man so pauschal nicht sagen. Die Sowjetunion ist auch schon sehr aggressiv vorgegangen, besonders auch im Iran. Wir haben in unserer Geschichte die sowjetische Großmachtpolitik wiederholt zu spüren bekommen.

Wir wollen weder von der Sowjetunion noch von der USA und anderen imperialistischen Ländern abhängig sein. Das bedeutet nicht, daß wir keine ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion oder anderen imperialistischen Staaten haben werden. Aber diese Beziehungen müssen sich nach den Bedürfnissen unseres Landes richten. Wir wollen uns von niemandem ausbeuten lassen.

Noch einmal, was meint ihr mit den Gefahren aus dem Osten konkret?

Teheran: Besonders in den letzten Monaten ist der Einfluß der Sowjetunion im Iran sichtbar gestiegen. Abgesehen von der moskauorientierten Tudeh-Partei, die die Interessen der Sowjetunion im Iran vertritt, und die sich durch die blinde Unterstützung des Khomeiny-Regimes Zugang zu wichtigen Kreisen des Staates und zu bestimmten Schlüsselpositionen verschafft hat, gibt es selbst im religiösen Lager eine wichtige und zur Zeit dominierende Fraktion, die sich sowohl

konzeptionell als auch politisch-taktisch immer mehr an der Sowjetunion orientiert.

Nirumand: Khomeiny betreibt einen verblenden Antiamerikanismus im Iran. Das genügt den Sowjets, um an Einfluß zu gewinnen. Die Tudeh-Partei, die ja moskauorientiert ist, versucht das Khomeiny-Regime zu unterstützen. Obwohl die Tudeh-Partei keine Massenbasis hat, ist sie ein sehr wichtiger strategischer Stellen, z.B. im ganzen Propagandaapparat, im Fernsehen, im Rundfunk. Die Presse wird zum größten Teil von Tudeh-Leuten gesteuert. Es gibt zahlreiche sowjetische Berater im Iran, Militärberater, Geheimdienst- und Wirtschaftsberater, Berater in der auswärtigen Politik. Oft sind die Nachrichten aus sowjetischer Perspektive dargestellt. TASS wird oft zitiert, die ganze Bewegung in Polen wird z.B. aus sowjetischer Sicht dargestellt. Der bulgarische Botschafter kann eine Stunde im Fernsehen über die bulgarische Befreiung reden usw. Dann sehen wir schon eine große Gefahr der sowjetischen Einflußnahme.

Das verwundert mich etwas, da ich gerade in der jüngsten Zeit gelesen habe, daß auch die Tudeh-Partei verfolgt wird, und ich immer davon ausgegangen bin, daß ein hervorstechendes Merkmal Khomeinis sein Antiamerikanismus ist.

Nirumand: Khomeiny selbst ist natürlich kein Kommunist. Aber es gibt eine sehr starke und führende Fraktion innerhalb des Khomeiny-Regimes, die aus verschiedenen Gründen eher sowjetisch orientiert ist, ohne kommunistisch zu sein. Da sie wirklich eine antiamerikanische Politik betreiben wollen, fühlen sie sich gezwungen, auf die Offerten der Sowjetunion einzugehen. Die Sowjetunion hat ja kürzlich den Vorschlag gemacht, einen Freundschaftsvertrag mit dem Iran zu schließen. Ein Freundschaftsvertrag bedeutet, daß die Sowjetunion ihre militärische Macht jederzeit im Iran einsetzen kann. Und das ist etwas sehr Gefährliches. Khomeiny tendiert zu dieser radikalen Fraktion, die im Augenblick herrscht und prosojetisch orientiert ist.

Teheran: Die Verfolgung der Mitglieder der Tudeh-Partei, besonders des Zentralkomitees, besagt nicht, daß die Sowjetunion ihre Politik nicht durch andere Kräfte fortsetzen läßt. Die Sowjetunion wäre bereit, die ganze Tudeh-Partei zu opfern, wenn das der Weg zur Einflußnahme wäre. Auch dafür kennt man genügend Beispiele, z.B. Irak.

Ihr sagt, daß Khomeiny derzeit zur moskauorientierten Fraktion tendiert. Könnte er seine Haltung ändern?

Nirumand: Es gibt die Möglichkeit, daß Khomeiny einen Kurswechsel vornimmt, und sogenannte gemäßigte protestantische Leute wie den ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan unterstützen. Diese Fraktion zieht immer mehr Leute aus dem Khomeiny-Regime an. Sie umfaßt zunächst nur Leute um Bazargan, jetzt auch den Generalstaatsanwalt Ardebili und Kni, der eine Zeit lang Ministerpräsident war, und selbst der Parlamentspräsident Rafsanjani steht inzwischen auf dieser Seite, und es besteht die Möglichkeit, einen Wechsel herbeizuführen.

Mir allerdings scheint das sehr fraglich zu sein, denn die kleinste Minderheit würde sofort die gesamte Opposition auf den Plan rufen und auch der Bevölkerung die Möglichkeit geben, auf die Straße zu gehen. Dann würde wahrscheinlich genau dasselbe passieren wie unter dem Schah, der viel zu spät die Liberalisierung vorgenommen hat, und dann buwengepflegt wurde.

Teheran: Aber für eine mögliche Wendung gibt es zwei Gründe. Iran ist wirtschaftlich und technologisch bis zur letzten Schraube vom Westen, besonders von den USA abhängig. Das ist ein maßgeblicher ökonomischer Grund. Der andere Grund ist der Khomeiny und seine Helfershelfer, wie auch Bazargan, versuchen natürlich, den Nationalen Widerstandrat eine Alternative entgegenzusetzen. Im Nationalen Widerstandsrat sind auch religiös orientierte Kräfte vertreten, die sowohl innerhalb des islamischen Lagers als auch insgesamt unter der Bevölkerung einen starken Rückhalt haben.

Diese Kräfte haben selbst Einfluß innerhalb der Pasdaran, der Islamischen Republik Partei und auch in der Bazargan-Partei. Schon von daher ist der Nationale Widerstandsrat für die Religionen eine gefährliche Alternative.

Außerdem ist die jetzt herrschende Clique zu schwach für die Staatsführung. Sie besteht aus dem Staatspräsidenten Khomeini, aus Khomeini und anderen niederen Geistlichen, die sich auf einen Teil der Pasdaran und auf die Montazeri-Organisation stützen können, aber im Grunde können sie das Land nicht regieren. Für Khomeiny gibt es angesichts der bestehenden Probleme nur die Möglichkeit, seinen politischen Kurs zu wechseln und sich auf die Seite der protestantischen Fraktion zu schlagen.

Ihr sagt, daß die linken Organisationen in der iranischen Politik erheblich an Einfluß eingebüßt haben. Vor zwei oder zweieinhalb Jahren hatten die Volksmodjahedin doch z.B. einen relativ starken Einfluß im Iran.

Nirumand: Kurz nach der Revolution gewannen die Volksmodjahedin eine große Sympathie unter der Bevölkerung und das ist Recht, denn sie haben neben den Volksmodjahedin den wichtigsten Kampf gegen das Schah-Regime geführt. Aber das Volk ist nur bereit, eine Zeit lang die Tradition zu berücksichtigen und will neue Aktivitäten sehen. Die Volksmodjahedin waren nicht instande, die richtigen Antworten auf die Probleme des iranischen Volkes zu geben. Sie haben sich in sieben oder acht Gruppen gespalten, die eine Gruppe unterstützt Khomeiny, die andere hat sich mit der Tudeh-Partei zusammengeschlossen, die auch Khomeiny unterstützt, die nächste propagiert den bewaffneten Kampf, die andere lehnt den bewaffneten Kampf ab. Nach diesen Spaltungen kann man nicht erwarten, daß sie eine große Massenbasis haben.



Welche Gruppen außer den Volksmodjahedin verfügen über eine gewisse Massenbasis?

Welche Gruppen außer den Volksmodjahedin verfügen über eine gewisse Massenbasis?

Nirumand: Neben den Volksmodjahedin verfügt die Demokratische Partei Kurdistans in Kurdistan über eine sehr große Massenbasis. Eine größere Massenbasis hatte Staatspräsident Banisadr. Unter den Linken gibt es keine Organisation, die eine größere Massenbasis hat. Die Volksmodjahedin sind bei weitem die größte Organisation. Zur Zeit tragen sie die Hauptlast des Widerstands gegen Khomeinis Schreckensherrschaft.

Do sprachst eben davon, daß Banisadr eine größere Massenbasis hatte. Die hohe Stimmenzahl, die Banisadr bei den Präsidentschaftswahlen bekommen hat und die die Volksmodjahedin als Beweis für seine Massenbasis aufzählen, spricht meiner Ansicht nach nur dafür, daß er der Kandidat Khomeinis war.

Nirumand: Wenn ich von einer Massenbasis Banisadrs gesprochen habe, dann meine ich nicht die Wahlen, sondern die Zeit, in der Banisadr in Opposition zu Khomeiny getreten ist. Diese Opposition hat Banisadr nicht unter der Fahne eines besseren Islam geführt, sondern unter der Fahne der Freiheit, und das ist ein Verdienst Banisadrs. Trotz aller Kritik, die ich an Banisadr zu üben habe, muß ich zugeben, daß Banisadr diese Unterstützung des Volkes auch verdient hat. In den letzten Monaten seiner Regierungszeit hat er das Volk auf die Zustände des Khomeiny-Regimes aufmerksam gemacht, er hat deutlich gemacht, daß das Khomeiny-Regime ein reaktionäres Regime ist, daß die Menschen in den Gefängnissen gefoltert werden, daß alle Freiheiten außer Kraft gesetzt worden sind. In den letzten Monaten hat er sich für die demokratischen Freiheiten tatsächlich eingesetzt, und zwar mit dem Einsatz seines Lebens, nicht nur mit dem Einsatz seiner Macht und seiner Position. Man muß den Banisadr der letzten Monate von dem Banisadr zuvor unterscheiden.

Aber gerade Banisadr hat sehr aktiv am Aufbau des gesamten Repressionsapparates teilgenommen. Hat er sich tatsächlich verändert?

Nirumand: Wir Marxisten gehen davon aus, daß die Menschen veränderbar sind. In den Gesprächen, die wir mit

ihm in Paris geführt haben, habe ich feststellen müssen, daß er aus seinen Erfahrungen wirklich gelernt hat. Mir schien, daß er die Notwendigkeit der Demokratie wirklich begriffen hat. Teheran: Für die Millionen Menschen, die in der Zeit auf die Straße gegangen sind, in der Banisadr für bestimmte Freiheiten eingetreten ist, repräsentiert er die ursprüngliche Motivation für den Sturz des Schah-Regimes: das Streben nach Freiheit.

Dies hat Banisadr auch wahrgenommen. Er hat begriffen, daß die Menschen jede Form von Despotie hassen, gleich ob sie in dem Gewand des Schahs oder Khomeinis auftritt. Die Linken müssen lernen, hier gerecht zu urteilen. Sie können nicht einfach sagen, weil Banisadr diesen und jenen Fehler gemacht hat, muß er grundsätzlich verurteilt werden. Wie wollen sie das der breiten Masse erklären, für die sie so schwärmen? Viele Linke sagen, Banisadr war gezwungen, so zu handeln, weil seine Macht begrenzt worden ist. Das stimmt nicht. Zu der Zeit, als Banisadr für die Freiheiten eingetreten ist, war er Staatspräsident, Oberbefehlshaber der Armee, Vorsitzender des Revolutionärrates. Eine solche Machtposition hatte niemand. Außerdem war er der treue Sohn Khomeinis, er brauchte nur zu nicken oder eine kleine Beichte zu leisten und hätte der Nachfolger von Khomeiny sein können.

Ihr betont sehr stark die Wandlung Banisadrs. Ich will nicht auf die Position der Volksmodjahedin eingehen, die ja die Person Banisadr als Hauptgrund angeben, weshalb sie sich nicht am Nationalen Widerstandsrat beteiligen. Aber selbst Radjavi hat ja in Interviews betont, daß er sich mit Banisadr an einer bestimmten Etappe des Weges getroffen hat, in der gegen die ganz brutale Herrschaft Khomeinis gekämpft werden muß, daß er aber nicht derjenige ist, der die Vergangenheit Banisadrs beurteilen und rechtfertigen müsse.

Nirumand: Ein Bündnis mit Banisadr bedeutet keineswegs, daß wir seine Vergangenheit rechtfertigen wollen. Vieles von dem, was er vor und in der ersten Periode seiner Präsidentschaft getan hat, ist zu verurteilen. Da denke ich z.B. an Turkmen-Sahra, an Kurdistan und an die Schließung der Universitäten.

Das sind Tatsachen, die man nicht leugnen kann und darf. Das ist eine Etappe in Banisadrs Entwicklung. Aber er hat sich verändert. Die andere Etappe besteht darin, daß er massiv für Freiheit und für Demokratie eingetreten ist. Wenn man das eine betrachtet, muß man auch das andere sehen.

Gesetzt den Fall, er hat aus machtpolitischen Kalkül gehandelt, was das Schlimmste wäre, selbst dann hat er mit seiner Politik in den letzten Regierungsmonaten dem Khomeiny-Regime einen Kalkül gehandelt, was das Schlimmste wäre, selbst dann hat er mit seiner Politik in den letzten Regierungsmonaten dem Khomeiny-Regime großen Schaden zugefügt. Das sind Tatsachen, das sind politische Rechnungen. Wenn die Linke nicht bereit ist, politisch zu rechnen, ist das nicht unsere Schuld. Außerdem: Es sind nicht die schlechtesten Leute, die zu Banisadr gegangen sind. Banisadr hat wirkliche Aufklärung betrieben. Seine Zeitung war das einzige Presseorgan, das das Volk noch aufatmen ließ.

Teheran: Wenn Banisadr in seiner Zeitung Khomeiny attackiert hat, betrug die Auflage eine halbe Million. Die Menschen haben sie sich von den Nachbarn geliehen, weil nicht genügend gedruckt werden konnten. Aber wenn Banisadr taktierte, was er oft tat, wenn er sich zurückzog, nachdem er gerade in die Offensive gegangen war, sich mit Khomeiny traf und dann zwei Wochen oder einen Monat stillhielt, dann sank die Auflage der Zeitung sofort auf 30 000 bis 40 000. Das war ein Barometer für das, was die Bevölkerung will.

Man darf nicht vergessen, daß die letzten drei Jahre bei der Bevölkerung nicht nur zur Enttäuschung geführt haben, sondern auch zur Steigerung des politischen Bewußtseins. Daraus müssen alle Politiker die notwendigen Lehren ziehen. Mit Heruntaktieren kommt man nicht weit, und dies hat auch Banisadr deutlich zu spüren bekommen. Das Volk will nun Klarheit haben, es will genau wissen, wo jeder steht und was er im Schilde führt. Und gerade dieses politische Bewußtsein der Bevölkerung bietet allen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen die Chance, unterstützt von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, den Kampf für Freiheit und Demokratie mit Erfolg fortzusetzen.

Wir danken euch für das Gespräch!

Das Programm des Rates der Vereinigten Linken ist zu beziehen: Rat der Vereinigten Linken Postlagerkarte Nr. 076287 A 5600 Wuppertal I

Preis: 3 DM

Spenden auf das Konto Nr. 398573 BI 2 33040000 Stadtparkhaus Wuppertal

Philippinen — vorgeschobener US-Stützpunkt in Asien

Eine beispiellose Aufrüstung und Militarisierung findet gegenwärtig im gesamten ostasiatischen Raum statt. Um die angeblich bedrohlich wachsende Militärpräsenz der Sowjetunion zurückzudrängen (tatsächlich hat die UdSSR lediglich auf eigenem Territorium Stützpunkte in dieser Region, noch nicht einmal, wie häufig berichtet, in Vietnam), bauen die USA ihre strategischen Stützpunkte im Ost-/Südostasien Zug um Zug aus.

— mit Japan wurde jetzt ein Abkommen vereinbart, das eine reibungslose logistische Nutzung Japans durch die USA im Kriegsfall gewährleisten soll (1). Der japanische Imperialismus wird zu immer höheren Rüstungsausgaben gedrängt.

— im Pazifik sollen seegestützte Marschflugkörper stationiert werden (2) — gleichzeitig werden die Militärregimes dieser Region — insbesondere die fünf ASEAN-Staaten und Südkorea — durch steigende Militärhilfe weiter massiv gestützt.

Im Folgenden wollen wir uns etwas näher mit den Philippinen beschäftigen, einem Land, das durch seine wichtige strategische Lage in diesem Krisenraum und durch seine enge ökonomische Anbindung an den US-Imperialismus für diesen von besonderem Interesse ist.

Die Philippinen — US-Bastion mit langer Tradition

Die koloniale Vergangenheit der Philippinen wird schon im Namen deutlich: sie sind benannt nach dem spanischen König Philipp II., in dessen Regierungszeit die dem ostasiatischen Festland vorgelagerte Inselgruppe (1521) unterworfen und dem spanischen Kolonialreich eingeordnet wurde. Danach waren die Filipinos über 300 Jahre lang Opfer von Unterdrückung und Ausbeutung durch die Spanier, gegen die sie sich allerdings in mehr als 200 erfolgreichen Aufständen zur Wehr setzten. Die Spanier blieben — vor allem wegen ihrer überlegenen Kriegstechnik — Sieger.

Die Situation änderte sich Anfang des 19. Jahrhunderts. Im Zuge der napoleonischen Kriege und infolge des Aufstiegs einer einheimischen Oberschicht in den Kolonien zerfiel das spanische Weltreich. Auch auf den Philippinen kam es erstmals zum organisierten Befreiungskampf in größerem Umfang. 1898, kurz vor dem zu erwartenden Sieg der philippinischen Befreiungsbewegung, kamen die USA, die sich gerade bestmöglich im größeren Umfang, 1898, kurz vor dem zu erwartenden Sieg der philippinischen Befreiungsbewegung, kamen die USA, die sich gerade bezüglich der Karibik und Florida mit den Spaniern im Krieg befanden, den Filipinos zu Hilfe, was von diesen ebenfalls begrüßt wurde. Doch bei den spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen im Jahre 1899 wurde der Sieg den USA zugesprochen, die daraufhin kurzerhand die Philippinen zum Spottpreis von 10 Mio. Dollar kauften. Die Philippinen wurden zur US-Kolonie, die „Befreier“ zu Kolonialherren.

Aber die Filipinos sahen mit dem Kommen der USA ihre Befreiung nicht als abgeschlossen an: schon 1899, also im gleichen Jahr noch, kam es zum philippinisch-amerikanischen Krieg. Die „Befreier“ mußten ihre Eroberung mit Gewalt aufrechterhalten. Ebenso wie schon den Spaniern vor ihnen gelang ihnen insbesondere die Kontrolle des moslemischen Südens nicht.

Auf dem Weg der USA zur Weltmacht waren die Philippinen nicht nur von ökonomischer Bedeutung als Rohstofflieferant und Absatzmarkt, sondern auch von strategischem Interesse und zwar, wie es ein geheimes US-Memorandum 1945 beschrieb, nicht nur als Außenposten der USA, sondern auch als ihr Sprungbrett für Invasionen und Interventionen in Asien (2).

1900 starteten von den Philippinen aus US-Truppen, um den „Boxer-Aufstand“ in China niederzuwerfen, und auch die US-Einheiten, die 1918 - 20 gegen die Rote Armee in Sibirien kämpften, starteten von den Philippinen. Nach dem 2. Weltkrieg nach zwischenzeitlicher japanischer Besetzung (1943 - 45) wurden die Philippinen von den USA „in die Unabhängigkeit entlassen“ — aber natürlich nicht, ohne daß sich die USA die militärische Verfügungsgewalt über die Insel durch einen Vertrag gesichert hatten. 1947, in einer Zeit, in der die USA rund um den Globus in 44 Militärpakten und -abkommen, durch eine Unzahl von Stützpunkten ihre weltweite Vormachtstellung sicherten und die mili-

tärische Einkreisung der Sowjetunion perfektionierten, schlossen sie auch mit der philippinischen Regierung einen grundlegenden Vertrag über die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen.

Dieser Vertrag, dessen wesentliche Teile auch heute noch in Kraft sind, enthält u.a. folgende Punkte:

- die Überlassung von 23 (!) Militärbasen an die USA, auf denen diese wachen und achten können, wie es ihnen beliebt,
- die USA können Filipinos als freiwillige Soldaten für ihre Armee rekrutieren
- die USA können nicht nur auf dem Gelände der Basen, sondern auf dem gesamten Territorium der Inseln militärische Operationen durchführen.

Obwohl die Verträge 1966 und 1979 noch leicht modifiziert wurden (so wurden die Stützpunkte offiziell unter philippinische Hoheit gestellt, die USA verpflichteten sich, Pacht

für die Nutzung zu zahlen), hat sich doch grundsätzlich an der Substanz der Verträge nichts geändert: es erlaubt den US-Militärs nahezu schrankenlose Verfügungen über philippinisches Territorium sowie großzügige Rekrutierungsmöglichkeiten unter der philippinischen Bevölkerung für die Arbeit auf den Basen. Noch heute arbeiten auf den Stützpunkten über 30.000 philippinische Männer und Frauen, das US-Personal besteht aus über 8.000 Militärs und 500 Zivilisten. Fast überschwinglich äußern sich denn auch US-Militärs, nirgendwo könnten sie mit weniger Einschränkungen operieren als auf ihren Basen auf den Philippinen. (4)

Aus der Sicht eines Filipinos liest sich das so: „1979 machte meine Regierung einen bösen Kuhhandel mit den USA. 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe gegen ungehinderte militärische Aktionsmöglichkeiten auf den Philippinen, schlimmer noch, den Amerikanern wurde zugesagt, daß sie sich an Sicherheitsaktivitäten beteiligen und ihre Sicherheitskräfte außerhalb der Militärstützpunkte einsetzen dürfen. Diese Zugeständnisse geben den USA eine Blankovollmacht, jedes Volk in einem Atomkrieg hineinzustehen und sich in unsere internen Angelegenheiten zu mischen. Wir Filipinos leben heute mit einem auf uns gerichteten Gewehrlauf — und der Finger am Abzug gehört keinem Filipino“ (5).

Daß die Existenz der US-Basen mit ihrer strategischen Bedeutung für ganz Asien gleichzeitig für die USA das fast selbstverständliche Recht beinhaltet, sich ständig in philippinische Angelegenheiten einzumischen — ausdrücklich eingeschlossen die Beteiligung an der Niederschlagung von

Aufständen — äußerte ein Militär-sprecher ganz offen: die USA würden sich jeder Veränderung der politischen und sozialen Struktur des philippinischen Staates in eine weniger US-freundliche Richtung entschieden widersetzen, um die Sicherheit ihrer Basen nicht zu gefährden.

Nach Abschluß des Stützpunktvertrages 1947 ist die Bedeutung der philippinischen Basen für die USA ständig gestiegen: „Während des Vietnam-Krieges war Clark Air Base dann der zentrale Umschlagplatz für Soldaten und Ausrüstungen. Und im Mai 1975 machten jene amerikanischen Marines hier eine Zwischenlandung, die von Okinawa aus zur Befreiung der ‚Mayaguez‘-Besatzung aus den Händen der roten Khmer aufgebrochen waren“ (6). Von den Philippinen starteten im Vietnam-Krieg die B-52-Bomber mit Napalm, die Insel war der Hauptumschlagplatz für Material, und in Vietnam selbst kämpften 8.000 philippinische Soldaten für die USA. In die Kriegsführung einbezogen war auch die Marinebasis Subic Bay: „Durchschnittlich 110 Schiffseinheiten wurden auf dem Höhepunkt des amerikanischen Engagements im Vietnam-Krieg monatlich hier erwartet, repariert und neu verproviantiert und jährlich fast vier Millionen Seeleute durchgeschleust“ (7).

Nach dem Vietnamkrieg

Eine wichtige Rolle spielten die Philippinen bei der Entwicklung der amerikanischen Nach-Vietnam-Strategie für Asien. Daß sie trotz ihrer Niederlage nicht bereit waren, ihre blutigen Finger von Indochina zu lassen — und warum — erläuterte der ehemalige US-Außenminister Dean Rusk in aller Offenheit: „In Südostasien und den zugehörigen Inselgruppen, die über reiche Rohstoffquellen verfügen, leben rund 200 Millionen Menschen. Geographisch gesehen ist dieses Gebiet von großer strategischer Bedeutung — es beherrscht den Weg vom Pazifik in den Indischen Ozean und flankiert auf der anderen Seite Australien und Neuseeland. Viele Südostasien den Kommunisten in die Hände, so würde dies eine schwerwiegende Beeinträchtigung des politischen Gleichgewichts zum Schaden der Interessen der freien Welt bedeuten“ (8). Die militärischen Konsequenzen aus der Vietnam-Niederlage bestanden denn auch im wesentlichen aus einer Umgruppierung und Neuverteilung der US-Truppen im pazifischen Raum. Kernpunkte dieses Programms waren:

- Verlagerung des Hauptkontingents an Soldaten und Material auf die dem Festland vorgelagerten Inseln, u.a. auf die Philippinen
- Neuaufbau und Ausbau einer zusammenhängenden Stützpunktkette auf diesen Inseln (Okinawa, Guam, Micronesien, Philippinen, Taiwan, Südkorea, Japan, usw.)
- Zentralisierung der Kommandostruktur
- massive Aufrüstung der befreundeten Atomstaaten Japan, Südkorea, Taiwan, usw. „Diesen Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, selbständig in diesen Ländern für Sicherheit und Ordnung zu sorgen“ (Rusk, 1972)

Die USA gingen daran, ihre „Kräfte an Plätzen zu konzentrieren, wo diese nach den Gesetzen einer See- und Luftmacht konzentriert werden müssen vor dem asiatischen Kontinent. Amerika wird in Hawaii, Guam, Taiwan und Japan verteidigt“ (9).

Neben dem für den US-Imperialismus überaus wichtigen Aspekt der vorhandenen Rohstoffquellen, Absatzmärkte usw., und der Kontrolle der strategisch wichtigen Seefahrtswege durch den Pazifik und den Indischen Ozean (Japan z.B. wird über diese Schifffahrtsrouten zu über 90% mit Erdöl aus dem Persischen Golf und einem fast ebenso hohen Anteil an der Versorgung anderer Rohstoffe aus Afrika und Australien versorgt) bekamen die philippinischen Stützpunkte nach dem Rückzug vom asiatischen Festland eine enorme Bedeutung im Rahmen der globalen „Eindämmungs-“ und Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion, und — zumindest damals — auch gegen die VR China.

Internationales Kapital und nationaler Widerstand

Seit Ende der 60er Jahre geriet die starke Position der USA auf den Philippinen ins Wanken. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen im Lande kam es vermehrt zu Unruhen und Streiks in den Städten. 1969 wurde die Neue Volksarmee (New Peoples Army, NPA) als bewaffneter Arm der massenorientierten kommunistischen Partei gegründet, die vornehmlich auf dem Lande operierte und rasch Anhänger gewann. Im Süden spitzten sich die militärischen Auseinander-

setzungen von Regierungstruppen und um politische Eigenständigkeit kämpfenden Moslems zu. Bei den Präsidentschaftswahlen 1972 drohte zudem eine Fraktion des philippinischen Kapitals ihren Kandidaten an die Macht zu bringen, die eine weniger US-freundliche, stärker auf den Schutz philippinischen Kapitals vor ausländischer Konkurrenz gerichtete nationalistische Politik verfolgte.

In dieser Situation verhängte Präsident Marcos, der Repräsentant US-freundlicher Kreise, das Kriegsrecht. Regiert wird das Land seitdem durch Präsidentenerben. Daraus hat sich auch nach der — aber komatowoban — Aufhebung des Kriegsrechtes durch Marcos 1981 nichts geändert.

Die von Marcos ganz im Sinne der US-kontrollierten Weltbank betriebene Wirtschaftspolitik bedeutet quasi den Ausverkauf des Landes an die multinationalen Konzerne, denen alle ardenklichen Investitionsanreize gegeben wurden (und werden). Man lockt mit billigen Lohnkosten, die durch das Verbot des Streikrechtes aufrechterhalten werden, mit der Garantie, investiertes Kapital und Profite zu 100% wieder aus dem Land abziehen zu können, mit billigen Krediten, Steuerbefreiungen, usw. In sog. „Freien Produktionszonen“, Industriegebieten, die nach den Anforderungen der Multis maßgeschneidert werden, winken darüberhinaus Zollfreiheit für Im- und Export von Gütern aller Art, schlüsselfertige Fabrikgebäude und ein vom philippinischen Staat rekrutiertes und ausgebildetes Arbeitskräftepotential.

Der Anteil der USA am Außenhandel der Philippinen nahm denn auch einen für die USA höchst erfreulichen Verlauf: 1900: 11%, 1910: 41%, 1920: 65%, 1935: 72%.

Opfer der Wirtschaftspolitik von Marcos war das nationale Kapital, das — vorher durch staatliche Schutzbestimmungen am Leben erhalten — nun der ausländischen Konkurrenz zum Opfer fiel. Opfer war aber vor allem die Masse der philippinischen Bevölkerung, deren Lebensbedingungen sich rapide verschlechterten. Die Reallohne sanken drastisch (für Industriearbeiter um 40% zwischen 72 und 74), die Inflationsrate stieg beträchtlich und die Zahl derer, die unter der Armutsgrenze leben, stieg auf über 70% infolgedessen leisteten immer mehr Filipinos Widerstand gegen das Marcos-Regime und schlossen sich in der National-Demokratischen Front (NDF) zusammen. Diese brachte nationale Einheitsfront, in der die kommunistische Partei ebenfalls mitarbeitete, umfaßt Bauern, Arbeiter, Slumbewohner sowie fortschrittliche Kräfte der Kirche und der Mittel-schicht. Ihre Hauptziele sind der Sturz der Marcos-Diktatur, die Nationalisierung des Vermögens der Multis, eine Landreform und die Auflösung der US-Militärbasen. Mit der Formulierung „NDF“ wurde die Formulierung des NDF erstarkte auch die NPA immer mehr.

Militarisierung der philippinischen Gesellschaft unter US-Regie

Um den wachsenden Widerstand zu brechen, der die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA und ihrer einheimischen Verbündeten gefährdete, wurde seit 1972 eine forcierte Militarisierung des Landes betrieben, deren Beginn die Ausrufung des Kriegsrechtes signalisierte. Der Krieg gegen die Moslems und die NPA sowie alle, die auch nur im kleinsten Verdacht standen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wurde mit aller Härte geführt. Repressionen, Massenverhaftungen, Folterungen von Zivilisten sind an der Tagesordnung. Es wird vermutet, die gesamte Bevölkerung gegen den inneren Feind zu mobilisieren. Das Ausmaß der Militarisierung wird schon alleine daran deutlich, daß die Mannschaftsstärke der philippinischen Armee von 1972 bis '79 auf mehr als das Vierfache erhöht wurde. In der gleichen Zeit stieg der Militärauslast auf mehr als das Fünffache (10). Ohne die großzügige Hilfe der USA wäre die massive Aufrüstung nicht möglich gewesen: so erhöhte sich die offizielle Militärhilfe der USA von 1972 bis 1976 um stolze 100%, so daß die Philippinen unter den zahlreichen — meist repressiven — Regimes, die von den USA mit Militärhilfe unterstützt werden, vom 16. auf den 9. Platz aufstiegen. 1979, bei Erneuerung des Stützpunktvertrages hatte Carter versprochen, „daß sie (die USA) während der nächsten fünf Jahre für Manila Militärhilfe und Kredite im Wert von 500 Millionen US-Dollar aufbringen werde. Diese Summe unterteilt sich in 250 Mio. für Militärkredite, 200 Mio. für Beiträge zur Sicherheit und 10 Mio. für Militärhilfe“ (11). 1981/82 soll diese Summe bereits 43,2 Mio. Dollar mit steigen.

Fortsetzung nächste Seite





Tigray: 7 Jahre bewaffneter Kampf

Fortsetzung von voriger Seite

der Tendenz) nochmals um ein Drittel erhöht werden. Den USA waren ihre Freunde immer schon etwas wert!

Der philippinische Militäretat stieg von 880 Millionen Philippinischer Pesos 1972 auf 5,5 Milliarden 1979, die Zahl der bewaffneten Streitkräfte und paramilitärischen Truppen von 62.000 im Jahre 1972 auf 335.000 im Jahr 1979 (19).

Daß die USA diese massive militärische Stärkung des Marcos-Regimes hauptsächlich durchführen, um den „inneren Feind“ zu bekämpfen, zeigt sich schon am Charakter der gelieferten Waffen. Sie eignen sich nicht vorzüglich zum Anti-Guerilla-Kampf. Schnellfeuerwaffen, Napalm, Granatwerfer, gepanzerte Mannschaftswagen. (12)

Eine Wellenlicht noch wichtigeren Rolle spielen die USA als Ausbilder und Organisatoren. Fast die gesamte Führungsschicht des philippinischen Militärs, aber auch der paramilitärischen Organisationen und der Polizei wurden und werden in den USA ausgebildet. General F. Ramos, bis vor kurzem Oberbefehlshaber der philippinischen Armee, graduierte z. B. an der US-Remondier-Militärakademie Westpoint. (13)

Darüber hinaus gewährt die USA Marcos Unterstützung durch eine stattliche Anzahl von Militärberatern, die der philippinischen Armee in allen militärtechnischen Fragen einschließlich der psychologischen Kriegsführung, Folterung und Spionage mit Rat und Tat zur Seite stehen. Über ein gemeinsames Luftwaffenbildungsprogramm auf dem philippinischen Stützpunkt Clark Air Base schreibt die „FAZ“: „Zu dem achtmal pro Jahr für zwei Wochen veranstalteten Programm, zu dem amerikanische Piloten aus Südkorea, Japan, den Philippinen – aber auch philippinische Luftwaffenpiloten – zusammengezogen werden, gehören auch simulierte Angriffe auf nachgebaute sowjetische Radarstationen, Flugabwehraketen-Batterien des Typs SA-2 und SA-3 sowie aus Bambus täuschend echt nachgebaute Stellungen und Konvois ... es hilft den Piloten, ein Höchstmaß an realistischer Vorbereitung für einen Ernstfall zu erhalten ...“ (14)

Die Zusammenarbeit zwischen US- und philippinischem Militär geht

Arbeitsgemeinschaft (15)

Die Zusammenarbeit zwischen US- und philippinischem Militär geht sogar soweit, daß sich US-Armeeeinheiten gelegentlich auch aktiv am Krieg gegen den philippinischen Widerstand beteiligen. (15)

US-Basen auf den Philippinen

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zur Bedeutung der US-Basen. Die drei wichtigsten sind Subic Bay (Marinestützpunkt), Clark (Luftwaffenstützpunkt) und San Miguel (Nachrichtenzentrale). Zusammen bedecken sie eine Fläche von 70.000 ha, sind also wesentlich größer als die ebenfalls bedeutenden US-Basen auf den Inseln Guam (Pazifik) und Diego Garcia (Indischer Ozean). Allein Clark Air Base ist etwa so groß wie Westberlin. Die Air Base ist Heimatstützpunkt der 13. US-Luftwaffe „mit 48 Phantom F-4 B als taktische Luftwaffe und 16 Transportern des Typs C-130, letztere zum Militärischen Lufttransportkommando (MAC) gehörend und direkt dem Oberbefehlshaber Pazifik (CinCPac) auf Hawaii unterstehend. Kommandiert wird der Stützpunkt von einem Zwei-Sterne-General, dessen operatives Einsatzgebiet „Mittels Taiwan“ beginnt und bis jenseits des Kaps der guten Hoffnung reicht. An den gemeinsamen amerikanisch-philippinischen Manövern im Frühjahr letzten Jahres (d. h. 1978) war der amerikanische Luftwaffenstützpunkt auf den Philippinen direkt beteiligt und bewies, daß von dort in kürzester Zeit nicht nur Kampfflugzeuge, sondern auch Truppen und Ausrüstungen mit Transportern nach Südkorea verlegt werden könnten. Der Hauptaufgabengebiet der auf Clark Air Base stationierten 13. Luftwaffe ist jedoch zweifellos das Südchinesische Meer und der Indische Ozean.“ (16)

Auf dem Stützpunkt befindet sich das einzige Übungsgelände der US-Luftwaffe für schwere Munition außerhalb der USA. Bei regelmäßigen Übungen wird hier der Luftkampf gegen sowjetische Flugzeuge und Raketenstellungen trainiert, unter Teilnahme philippinischer Piloten.

Subic Bay ist ein natürlicher taifun-sicherer Tiefseehafen. Er ist Heimatbasis der 7. US-Flotte, zu der u. a. zwei Flugzeugträger und ein Lenkwerferzerstörer gehören. Der Hafen hat so große Ausmaße, daß er zur Not alle 55 Schiffe der 7. Flotte aufnehmen könnte. Der zugehörige Flughafen bietet Start- und Landemöglichkeiten auch für die größten Transportmaschinen sowie Lagerraum für 46.000 Tonnen Bombenmaterial,

unter ihnen auch Atomwaffen. Auf dem Gelände befindet sich zusätzlich noch ein Ausbildungszentrum der berüchtigten Lederhosen für Landeübungen und Dschungelkrieg. Subic Bay ist mit Clark „der am weitesten in den Westpazifik vorgeschobene amerikanische Stützpunkt und ein fast unentbehrlich. Subic liegt nicht nur auf der direkten Schifffahrtsroute von der amerikanischen Pazifikinsel Guam nach Japan und Südkorea. Der Marinestützpunkt auf den Philippinen liegt auch genau auf dem halben Weg zwischen Japan und dem Persischen Golf. Er ist das Bindeglied zu dem winzigen Atoll und Kommunikationszentrum Diego Garcia. Er ist das Tor zum Indischen Ozean. Von hier brach zum Beispiel auf dem Höhepunkt der Krise im Iran der Geiselnachdruck auf. Schon mit dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam und Auflösung ihrer Luftwaffenbasen auf Thailand, mit denen die amerikanischen Streitkräfte die letzten Stützpunkte auf dem südostasiatischen Festland verloren, war die strategische Bedeutung von Subic Bay gesunken. Ihr Wert muß sich jetzt mit der wachsenden Unruhe in Indochina, der Gefahr einer Ausbreitung der bewaffneten Auseinandersetzungen auf die vielen von China, Vietnam, den Philippinen und Taiwan beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer sowie insbesondere der Möglichkeit, daß die sowjetische Pazifikflotte in Vietnam permanente Landeplätze bekommen könnte, noch drastisch erhöhen.“ (17)

Die siebte Flotte ist neben der Luftwaffe das zentrale Kriegsinstrument der USA im asiatischen Raum. Für den Bodenkampf sollen nach der, als Konsequenz aus Vietnam entwickelten „Nixon Doktrin“ („Asiaten gegen Asiaten kämpfen lassen“) die Truppen der befreundeten Länder eingesetzt werden, verstärkt durch eine „Schnelle Eingreiftruppe“ für den Pazifischen Raum. Neuesten Meldungen zufolge soll die 7. Flotte demnächst mit seegestützten Marschflugkörpern ausgerüstet werden. (18)

Die strategische Bedeutung der Philippinen („unsinkbarer Flugzeugträger“) beruht im wesentlichen auf zwei Aspekten. Zum Einen sind sie ein wichtiges Glied im Einkreisungsgürtel um die Sowjetunion, sowohl als Aufmarschgebiet für die US-Truppe als auch was die Blockade wichtiger Seerouten betrifft. Die geplante

als auch was die Blockade wichtiger Seerouten betrifft. Die geplante Cruise-missile-Stationierung verdeutlicht, wie weit die Basen in die „Vorwärtswartung“ der USA bereits einbezogen sind. Der zweite Aspekt besteht in der Bedeutung als Sprungbrett für Interventionen in ganz Asien. Z. B. lagert ein großer Teil des für einen Krieg in Korea benötigten Materials auf den Philippinen. Das operative Einsatzgebiet von Clark Air Base geht sogar noch erheblich darüber hinaus. US-Langstreckenbomben können von hier bis nach Südafrika und bis ins Herz des Nahen Ostens operieren.

Die Philippinen sind also in jeder Hinsicht eine wichtige Bastion des US-Imperialismus für die Durchsetzung seiner Interessen in Südostasien und darüber hinaus. Aber auch der Versuch, diese Bastion durch innere Militarisierung, Repression und Kriegrecht stabil zu halten, hat nicht verhindern können, daß sich seit Ende der 60er Jahre zunehmend Widerstand regt. Es bleibt zu hoffen, daß es diesem gelingt, die Philippinen dem amerikanischen Zugriff zu entreißen, bevor die USA ihrerseits die Philippinen zum Ausgangspunkt einer erneuten Aggression in Asien machen.

Mit der Entwicklung des philippinischen Widerstandes, dessen Bestandteil auch – und dies nicht zuletzt – der Kampf gegen die US-Stützpunkte ist, wollen wir uns demnächst im AK beschäftigen.

TL und Ra.

Philippinen-Gruppe Göttingen

in Zusammenarbeit mit der Antikolonialkommission/KB Göttingen

Anmerkungen

- (1) „Frankfurter Rundschau“, 11.1.82
- (2) W. Bello u. a., „Logistics of Repression“ (1977), S. 102
- (3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 26.3.78
- (4) Bello, S. 141
- (5) Jose Diokno, „Militarisierung in Asien“
- (6) „FAZ“, 8.7.79
- (7) „FAZ“, 26.3.78
- (8) zit. nach „Modelle der kolonialen Konstruktionsrevolution“, S. 187
- (9) „FAZ“, 3.5.78
- (10) who-magazine, 25.7.81
- (11) Wehrkunde 4/79
- (12) Bello, S. 20
- (13) Bello, S. 17
- (14) „FAZ“, 6.7.79
- (15) Bello, S. 27
- (16) „FAZ“, 6.7.79
- (17) „FAZ“, 26.3.78
- (18) „FR“, 11.1.82
- (19) NOF-Update, September 1981

Seit 1975, dem Jahr der Gründung der TPLF (Tigray Peoples Liberation Front) findet in Tigray, der nördlichsten Provinz des Vielvölkerstaates Äthiopien, ein bewaffneter Befreiungskampf statt. Bei uns ist dieser Kampf kaum bekannt. Bekannt ist einiges über Eritrea (vgl. AK 137, 140, 176, 177). Heute befinden sich ca. 80% der Bevölkerung Äthiopiens im bewaffneten oder politischen Kampf gegen die von der Sowjetunion unterstützte Zentralregierung DERG in Addis Abeba.

Am 18.2. jährt sich zum 7. Mal der Gründungstag der TPLF. Seitdem konnte sie ca. 85%, d.h. fast den ganzen ländlichen Bereich Tigrays befreien. Dort wird bereits, soweit das unter den Bedingungen eines dauernden Kriegszustandes möglich ist, mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft begonnen.

Tigray ist die nördlichste Provinz Äthiopiens. Im Norden und Nordwesten grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan, im Süden und Südwesten an die äthiopischen Provinzen Wollo und Gondar. Tigray ist halb so groß wie die BRD (100.000 qkm). Die Bevölkerung umfaßt 4,5 - 5 Mill. Menschen, die aber teilweise vor Hunger und Arbeitslosigkeit in andere Bereiche Äthiopiens abwandern oder in den Sudan oder sogar noch weiter (Europa, USA) fliehen. Die Hauptreligionen sind Christentum und Islam. Die Hauptsprache ist Tigrinya. Allerdings gibt es auch noch einige kleinere Sprachgruppen, die sich zum Volk der Tigray zählen.



Ca. 98% der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Es existiert kaum Industrie, obwohl das Land reich an Rohstoffen wie Eisen, Gold, Mangan, Platin, Asbest, Jod, Graphit, Salz usw. ist. Tigray hat Thermalenergie, die das ganze Horn von Afrika mit elektrischem Strom versorgen könnte. Mehr als die Hälfte des Weizenanbaus der Welt kommt hierher. Das Gebiet von Süd- und Westtigray ist sehr fruchtbar und könnte bei richtiger Nutzung mehr als den Gesellschaftsverbrauch an Nahrung stellen. Daß es außer einer kleinen Hausindustrie wie z.B. Korn- und Ölmöhlen, sowie Handwebereien keine sonstigen Industrien gibt, ist das Erbe der feudalen und kolonialistischen Haltung des Haile Selassie-Regimes.

Auch von einer sozialen Infrastruktur kann nicht die Rede sein. Für die ganze Bevölkerung Tigrays existieren nur 5 schlecht ausgerüstete höhere Schulen. Nur 3,6% der Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen eine Schule. Und natürlich wird in amharischer Sprache amharisches Bildungsgut (Amharisch + das die herrschende Oberschicht bildende Volk Äthiopiens) vermittelt. 80% der Einwohner sind Analphabeten.

Das Gesundheitswesen ist denkbar schlecht entwickelt. Außerhalb der Städte hat ein staatlicher Gesundheitsdienst nie bestanden. In den Städten gibt es nur 4 dürftig ausgestattete

Krankenhäuser, die zur Zeit auch noch wesentlich für militärische Zwecke seitens der DERG genutzt werden. Nur 15% Zivilisten werden zugelassen. Weiter gibt es 5 Gesundheitszentren, 21 Polikliniken, 7 Ärzte und 106 Schwestern und Pfleger. Die Kindersterblichkeitsrate ist extrem hoch. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 30 - 35 Jahren.

WIDERSTAND Woyane Aufstand 1943

Seitdem es den Amharas aus der Provinz Shoa unter Menelik II 1889 gelang, Tigray zu unterwerfen, hat es verschiedentlich Versuche in Form von Aufständen gegeben, die Verhältnisse zu ändern und der Unterdrückung zu entkommen. Für den „Sturm“ Äthiopiens, dem feudalen „Reichsgründer“ Menelik II (1889-1913) war die zentrale Kernprovinz Tigray ein mächtiger Konkurrent. Er selbst war Angehöriger der Shoa-Provinz. Ende des Jahrhunderts wurde in einem Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Italien eine Grenzlinie zum Nachteil Tigrays beschlossen, die Tigray erheblich schwächte. In den folgenden Jahrzehnten und insbesondere unter der Herrschaft Haile Selassies (Kaiserkrönung 1930) wurde Tigray systematisch in die Unterentwicklung getrieben. Eine der wichtigsten Bauernrevolten war der Woyane-Aufstand 1943.

ten arbeitete. Sie führte politische Schulungen durch und gab verschiedene Schriften heraus.

Der Sturz Haile Selassies und die Machtübernahme durch den DERG im Juli 1974 war mit großen Hoffnungen der unterdrückten Völker verbunden. Doch diese wurden – abgesehen von verbalen Absichtserklärungen – gründlich enttäuscht. Vor allem in einer Hinsicht gleicht das DERG-Regime dem Kaiserreich Haile Selassies vollständig: Es ist ebenso wenig bereit, anzuerkennen, daß Äthiopien ein Vielvölkerstaat ist. Die verschiedenen Sprachen und Kulturen werden nicht anerkannt, und die Forderungen des Volkes von Tigray und anderer Völker (wie z.B. Eritrea) werden mit Waffengewalt beantwortet. Diese Politik hat die nationale Frage heute zum hauptsächlichsten Widerspruch der Gesellschaft werden lassen.

TPLF-Gründung

Angesichts dieser Situation und der existenziellen Probleme des Volkes von Tigray gründeten einige Intellektuelle am 18.2.1975 die TPLF und nahmen den bewaffneten Kampf auf. Ausgebildet worden waren sie zum Teil durch die EPLF (Eritrea). Sie vertrieben zunächst die feudalistischen Reaktionen der EDU (Ethiopian Democratic Union), die versuchten, die Schwäche der Zentrale auszunutzen, Einfluß zu gewinnen.

Als 1976 der DERG eine große Bauernarmee rekrutierte und in Richtung Eritrea schickte, gelang es im wesentlichen dank der Agitation durch die TPLF einerseits und tiefsetzende anti-amharische Ressentiments andererseits zu erreichen, daß 20.000 zwangsrekrutierte tigrinische Bauern desertierten. Sie kehrten mit ihren Waffen in den ländlichen Bereich zurück und schlossen sich zum Teil der TPLF an.

Innerhalb kurzer Zeit vergrößerte sich die Organisation immens. Heute hat die TPLF schon ca. 80% des Landes befreit. Fast der ganze ländliche Bereich wird von ihr kontrolliert. Nur die großen Städte entlang den beiden Hauptstraßen und jeweils ein ca. 5 km breiter Streifen im Umkreis sind noch unter der Kontrolle der Regierungstruppen. Aber auch die großen Straßen, wie z.B. die zwischen Addis Abeba und Asmara (Eritrea), sind für das Militärregime nicht mehr nutzbar, was eine unschätzbare Hilfe für den Widerstand in Eritrea ist.

In diesen ganzen Jahren hat das Militärregime in 6 großen Offensiven mit jeweils ca. 20.000 - 50.000 Soldaten (die letzte war im August 1980 bis Anfang 1981 mit 30.000), unterstützt durch sowjetische und kubanische Militärberater, mit 21. Mig 24 Kampfflugzeugen, anderen schweren Kriegsmaterial versucht, den Widerstand zu brechen. Alle Offensiven wurden von der TPLF und den Volksmilizen zurückgeschlagen, allerdings unter großen Verlusten in der Zivilbevölkerung, Verwüstung von Dörfern und Feldern, was zu nunmehr 80.000 Obdachlosen geführt hat.

Programm und Politik der TPLF

Die TPLF verfügt heute nach Schätzungen über 25.000 Kämpfer/innen. Ca. 28% der Militanten sind Frauen. Hinzu kommen noch die Volksmilizen in den Dörfern. Gefragt, ob die TPLF eine secessionistische Bewegung sei, erklärte A.H., Mitglied des Zentralkomitees der TPLF in einem Interview mit „Sturm“ (Dez. Nr. 1981): „Die TPLF ist keine secessionistische Bewegung. Wir sind nicht gegen die freiwillige Einheit des Volkes in der Region oder der Nationen und Nationalitäten im Empire State. Wenn es eine demokratische Atmosphäre gibt und wenn es der Wille des Volkes ist, dann ist die TPLF nicht gegen die Einheit mit anderen Völkern. Nur

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

wenn keine demokratischen Bedingungen herrschen, wenn die politischen Freiheiten des Volkes gewaltsam unterdrückt werden, und dem Volk ein erniedrigendes ökonomisches und soziales Leben aufgezwungen wird, dann entscheidet es sich für die Bildung einer unabhängigen demokratischen Republik."

Die Schaffung eines demokratischen Äthiopien, in dem alle Volksgruppen, d.h. auch die amharische, auf gleichberechtigter freiwilliger Ebene, ohne Unterdrückung und Ausbeutung, unter Wahrung der eigenen Kulturen und Sprachen friedlich zusammenleben, ist das Ziel. Ohne diese

aus gesundheitlichen Gründen. Und sie helfen auch denen, die so arm sind, daß sie keine Zugtiere und landwirtschaftliches Gerät besitzen. Die TPLF hilft dabei insofern, als sie die Dorfversammlungen mitorganisiert und Unterricht in landwirtschaftlicher Nutzung gibt. Ziel der TPLF ist es, allen Großgrundbesitz und das Pachtsystem abzuschaffen und eine Flurbeurteilung der durch Erbschaften zerstückelten landwirtschaftlichen Flächen herbeizuführen, sowie langfristig kooperative Formen der Bestellung des Bodens zu organisieren. Aber all das nicht mit Druck, sondern gemäß den Wünschen der örtlichen Bevölkerung. Verbunden mit der Landreform sind Alphabetisierungskurse, die poli-

In den befreiten Gebieten versucht die TPLF, dieser Sklaverei ein Ende zu setzen. Gemäß der Erkenntnis, daß Frauen doppelt unterdrückt sind, d.h. einmal durch die alle betreffenden politischen Verhältnisse, zum anderen durch die Männer, hat es einige einschneidende Veränderungen gegeben.

1. Das Heiratsalter wurde auf 18 Jahre heraufgesetzt und Frauen können nicht mehr gegen ihren Willen verheiratet werden. Die Praxis laut „Sturm“: Wenn einige Eltern versucht haben, ihre Tochter gegen ihren Willen mit jemandem zu verheiraten, haben andere Leute aus dem Dorf interveniert und mit den Eltern diskutiert. Normalerweise geben die Eltern nach, aber in einigen Fällen haben TPLF-Kader intervenieren müssen, um die Familie des Mädchens davon zu überzeugen, die veränderten Verhältnisse zu akzeptieren.

2. Frauen haben jetzt das gleiche Recht, sich scheiden zu lassen, und Besitz wird zu gleichen Teilen zwischen Mann und Frau aufgeteilt. Im Falle der gemeinsamen Kinder bleiben diese normalerweise, soweit sie unter 8 Jahre alt sind, bei der Mutter. Kinder über 8 Jahre haben das Recht, selbst zu entscheiden, bei wem sie leben wollen.

3. Frauen haben jetzt das gleiche Recht, Eigentum zu besitzen. Wenn der Mann stirbt, erbt die Frau das Land und erhält Hilfe durch die Bauern- und Jugendorganisation, das Land zu bebauen. Wenn es zu groß für sie ist, erhält sie ein kleineres Stück. Dabei muß festgestellt werden, daß das Land nach den Erfordernissen der Familie verteilt wird, und dies berücksichtigt die Anzahl der Familienmitglieder. Frauen haben jetzt - auch die Möglichkeit, eine Ausbildung zu erhalten. Sie werden als Schneiderin, Mechanikerin, Weberin und in Reparaturwerkstätten ausgebildet. Frauen-Kämpferinnen arbeiten auch in landwirtschaftlichen Projekten. Dort lernen sie zu pflügen und Trecker zu fahren anstelle des in der Vergangenheit üblichen Pflückens und Umpflanzens. Das ist z.B. ein großer Unterschied zu der äthiopischen Landreform, wo die Männer nach wie vor die Arbeitsmittel unter Kontrolle haben und Frauen zu den schlecht oder gar nicht bezahlten, „einfachen“ Arbeiten verurteilt sind. Heute findet man auch die Frauen in den Selbstverwaltungsorganen und Büros oder als Lehrerinnen in Schulen.

4. Für die bessere medizinische Versorgung sorgen die neuen Gesundheitszentren. Die Barfußärzte und -ärztinnen geben außer medizinischer Hilfe Unterricht in Gesundheitsvorsorge, und Frauen werden ermuntert, sich ausbilden zu lassen.

„ge, und Frauen werden ermuntert, sich ausbilden zu lassen.“

te Tigrays betreffen. Diese regionalen Versammlungen wählen die Delegierten zum TPLF-Congress. Der TPLF-Congress tritt alle 3 Jahre zusammen und umfaßt auch die Delegierten aus den Massenorganisationen, wie z.B. Jugend-, Frauen- und Bauernvereinigungen. Frauen können so auf verschiedene Weise in zentrale Entscheidungsprozesse eingreifen. Von ausländischen Beobachtern wird immer wieder hervorgehoben, daß die neugegründeten Frauenvereinigungen, die die aktiven Träger dieser Veränderungen sind, die wohl kämpferischsten Massenorganisationen in den befreiten Gebieten sind.

Der Aufbau dieser Vereinigungen geht etwa so vor sich. Der erste Schritt sieht so aus, daß weibliche TPLF-Kader Familien in den neu befreiten Gebieten besuchen und mit den Eheleuten sprechen. Sie ermuntern die Frauen, in die neugegründeten Vereinigungen einzutreten und Alphabetisierungskurse mitzumachen. Dieses Sprechen mit beiden, Mann und Frau, soll dazu dienen, nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer in den neuen Prozess mit einzubeziehen. Zum Teil ist es dann auch so, daß Männer ihre Frauen selber mit agitieren. Ist dieser Schritt getan, sind die Frauen dann schnell dabei, für sich selbst zu kämpfen.

Einen weiteren integralen Bestandteil der sozialen Revolution stellt die Alphabetisierungskampagne dar. Zum erstenmal in der Geschichte Tigray erhalten hier die bäuerliche Bevölkerung im allgemeinen und die Frauen im besonderen Les- und Schreibunterricht und damit einen verstärkten Zugang zur eigenen Kultur und zu moderner Bildung. In den befreiten und halb befreiten Gebieten wurden Grundschulen aufgebaut.

Einen weiteren Eckpfeiler beim Aufbau sozialer Strukturen und Verwaltungen bildet neben der Landreform und der Alphabetisierungskampagne der Aufbau eines medizinischen Versorgungssystems. Mehrere zentrale Feldhospitäler, zahlreiche mobile medizinische Teams und eine wachsende Anzahl von Barfußärzten sind die Grundelemente dieses entstehenden Gesundheitswesens. Es wurde eine medizinische Schule eingerichtet, die ausgewählten Bauern und Kämpfern Unterricht gibt.

Zum Schutz der befreiten Gebiete werden von der TPLF aus den Reihen der Massenorganisationen Volkamilizen aufgebaut. Ihre Aufgabe ist es, die Bewachung der befreiten Gebiete zu gewährleisten und im Falle eines äthiopischen Angriffs die erste Verteidigung und später die Unterstützung der TPLF-Truppen zu organisieren. Die Stärke dieser Milizen übertrifft

die TPLF-Truppen um ein Vielfaches. Die Stärke dieser Milizen übertrifft

führen und so den Gegner zur Aufsplitterung seiner Kräfte zu zwingen. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß die TPLF keinerlei militärische Unterstützung aus dem Ausland erhält. Ihre Waffen und alles Material kommen vom Gegner. „We destroy our enemy with his own weapons“, d.h. „wir zerstören unseren Feind mit seinen eigenen Waffen“ ist ihre Parole, auf die sie sehr stolz sind. Und da sie bisher so erfolgreich waren, und sie heute außerordentlich gut ausgerüstet und in der Lage, überschüssige Materialien in andere Gebiete Äthiopiens an befreundete Organisationen abzugeben.

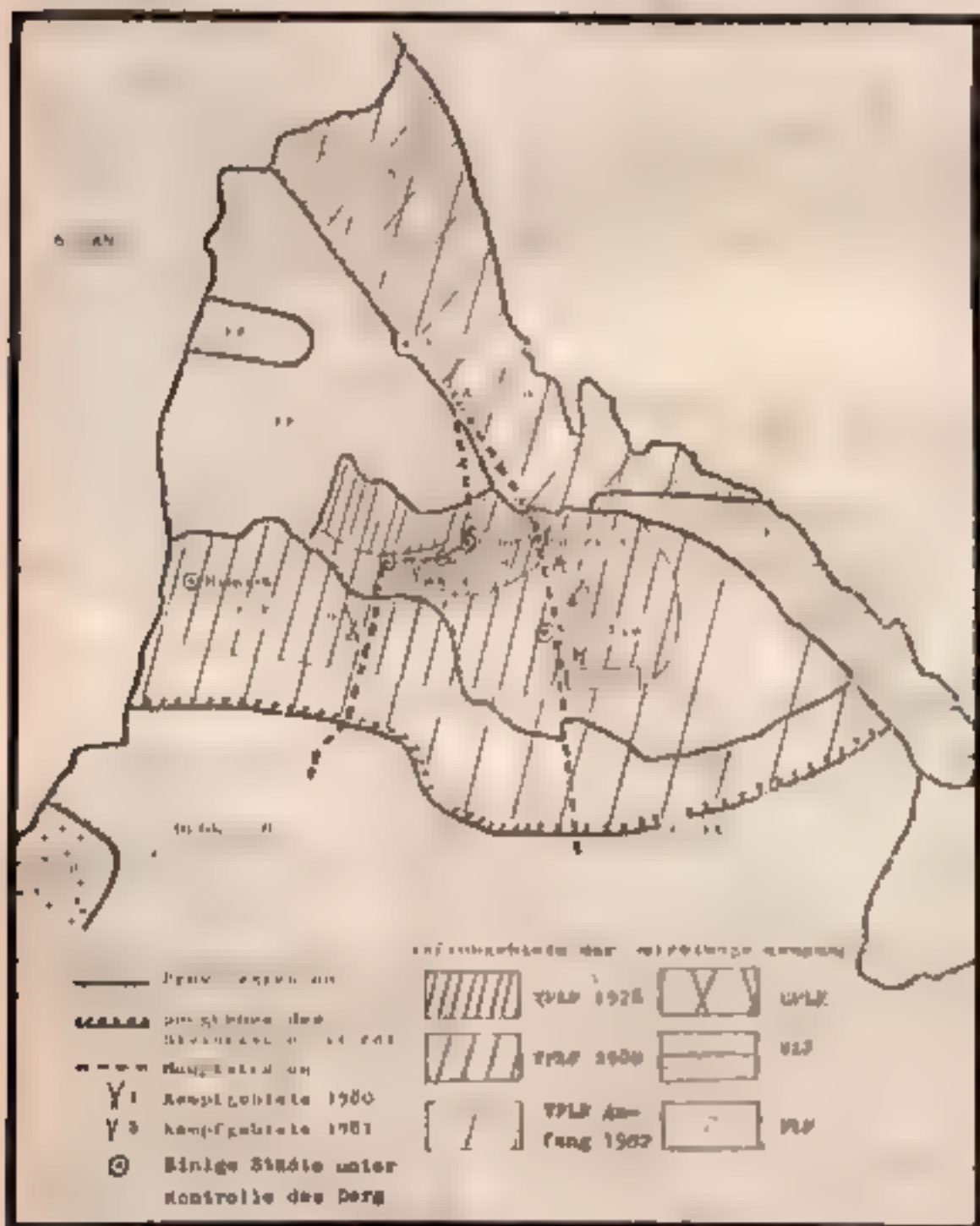
Für das äthiopische Regime und ihre sowjetischen Freunde bleibt die Lage schlecht aus. Noch 1978 konnten sie die entsetzten Kämpfer in einer Mammutoffensive zurückschlagen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kämpfer in Äthiopien selber noch nicht so weit entwickelt. Wenn sie heute Tigray zurückerobern wollten, müßten sie eine Armee von über 100.000 Mann aufstellen (So groß ist heute gerade die Armee Äthiopiens). Das können sie nicht, weil sie es heute nicht nur mit einer Front zu tun haben, sondern an den verschiedensten Stellen angegriffen werden: z.B. die Tigrays, Eritreer, Oromos und Somalis. Der DERG versucht durch Zwangsrekrutierungen Menschenmaterial für seine Kriege zu bekommen, was ihm aber im eigenen Land nur immer neue Gegner schafft.

Ein großes Problem allerdings ist die nahezu tägliche Bombardierung von Dörfern und Kleinstädten. Durch das Verbrennen der Ernte aus der Luft und der Zerstörung der Häuser ist eine große Anzahl von Menschen obdachlos und ohne die nötige Nahrung. Das hat zu einem großen Flüchtlingsstrom geführt. Die TPLF versucht, dafür zu sorgen, daß die Menschen im Land bleiben können und nicht ins Ausland fliehen müssen. Die Aufgabe der Versorgung der Flüchtlinge wird von der „Relief Society for Tigray“ (REST) übernommen. Diese Organisation versucht, in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen Hilfsgüter wie Nahrungsmittel, medizinisches Material, Schulmittel usw. zu beschaffen. Im Sudan sind zwei Kinderheime aufgebaut worden und kleine Werkstätten wie Webereien, Schneidereien. Die hergestellten Güter werden nach Tigray exportiert und dort verkauft.

Die deutsche Sektion von REST ist die „Hilfsorganisation für Tigray e.V.“. Wer dem Volk von Tigray helfen will, kann auf folgendes Konto Geld überweisen.

Kontaktadresse: c/o Asbeha Tesfay Eulengasse 48 - 52, 6000 Frankfurt/M.

Eulengasse 48 - 52, 6000 Frankfurt/M.



Möglichkeit allerdings nimmt die TPLF das Recht auf Ablösung für sich in Anspruch. Um diesen Punkt zu verwirklichen, arbeitet die TPLF an der Schaffung einer vereinten Demokratischen Front aller unterdrückten Völker Äthiopiens. Sie unterhält gute Beziehungen zur OLF (Oromo Somali Liberation Front) und zur WSLF (Western Somali Liberation Front) und arbeitet auch mit der EPLF (Eritrean People's Liberation Front) zusammen. Sie unterstützt auch andere Organisationen in Äthiopien und ruft sie auf, an der Schaffung einer Demokratischen Front zu arbeiten. So wird z.B. ein Teil der ehemaligen EPRF von ihnen militärisch und politisch ausgebildet, und überzahlige Waffen werden an die Befreiungsbewegungen gegeben, so wie es vorher von der EPLF gegenüber der TPLF gemacht wurde.

tische und militärische Bewaffnung der örtlichen Bevölkerung und deren medizinische Versorgung.

Frauen

Frauen

Einer der wohl wichtigsten Faktoren in der sozialen Revolution ist die sich verändernde Rolle der Frauen. Und es ist auch wohl gerade die Frauenfrage, an der sich, wie auch in Eritrea, der fortschrittliche Charakter dieser Bewegung besonders festmacht. Früher hatten die Frauen im feudalen Äthiopien überhaupt keine Rechte. Sie waren wenig mehr wert als Vieh. Als kleine Mädchen beschnitten (Kutria und kleine Schamklappen wurden herausgeschnitten und der Rest zum Teil zusätzlich noch zugenäht), im noch kindlichen Alter verheiratet, ohne das Recht auf Besitz, ohne Erbrechtsprechung, ohne jegliches Mitspracherecht wurde ihr Leben von Anfang bis Ende von Männern bestimmt.

Ein Mädchen konnte mit 12 oder manchmal sogar mit 9 oder 10 von ihren Eltern verheiratet werden. Dabei hatte sie keinerlei Einfluß auf die Wahl des Ehemannes. Scheidungen konnten nur vom Mann ausgesprochen werden, und dieser entschied auch, was mit den gemeinsamen Kindern passierte. Frauen, ohne das Recht auf eigenen Besitz, waren so entweder darauf angewiesen, bei irgendwelchen Verwandten um Unterschlupf zu bitten oder aber ihnen blieb noch die Alternative der Prostitution.

Ihre Rolle war die, viele Kinder zu bekommen, und viele Frauen waren von dauernden Schwangerschaften mit Ende 20 physisch fertig. Die Lebenserwartung lag bei 35 Jahren. Neben der Produktion von Kindern mußten sie den Haushalt versorgen, Wasser holen, Holz sammeln, was teilweise lange Wegstrecken erforderte. Korn mahlen und oft noch auf den Feldern arbeiten. Fehlende medizinische Versorgung führte zu hoher Mütter- und Kindersterblichkeit.

Die Ursache dieser Verhältnisse liegt in den kulturellen und religiösen Fesseln einer feudalistischen und stammlich-chauvinistischen Tradition. Die Kirche, ob Christentum oder Islam, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Sie machte die Frauen zum Eigentum des Mannes, dem sie allezeit zu gehorchen hatten.



5. Ca. 28% der Militanten der TPLF sind heute Frauen. Der größte Teil von ihnen kommt aus den Massenorganisationen. Die Voraussetzungen sind physische Gesundheit und ein Alter über 17 Jahre. Nur wenigen wird erlaubt, vor diesem Alter teilzunehmen. Der größte Teil der Kämpferinnen ist sehr jung, obwohl es auch einige ältere Frauen gibt, die hunzustoßen. Frauen erhalten ein spezielles Trainingsprogramm. Danach sind ihre Ausbildung und ihre Aufgaben die gleichen wie die der Männer.

6. Auf der politischen Ebene nehmen die Frauen an allen Entscheidungen teil. Zum Beispiel sind sie gleichberechtigte Mitglieder der Dorfversammlungen, die wiederum regionale Versammlungen wählen, die große Gebiete

noch bei weitem die Anzahl der TPLF-Truppen.

Die militärische Strategie der TPLF liegt zum einen in ihrer Verankerung in der Bevölkerung, zum anderen in ihrem Konzept der mobilen Guerillakriegsführung begründet. Sie verbindet die offene Feldschlacht mit Stellungskämpfen um Orte. Unter dem Namen der Gegner Vorstöße in befreite Gebiete, versucht die TPLF ihn mit Angriffen aus dem Hinterhalt und Blitzangriffen auf rückwärtige oder Vorausabteilungen aufzuhalten, zu schwächen und, wenn möglich, zum Stehen zu bringen. Die Präsenz der TPLF in nahezu dem gesamten Gebiet Tigrays ermöglicht ihr zugleich, im Falle eines äthiopischen Vorstoßes an mehreren Stellen entlastende Angriffe zu

Spendenkonto: BTG Stuttgart (BLZ 600 101 11) Nr. 1096535000 oder: Postscheck Stuttgart (BLZ 600 100 70) Nr. 15112-700

Benutztes Material:
1. „Jugend“ Nr. 98, Sept. 1981
2. „Jugend“ Nr. 93, Juli/Aug. 81
3. „Sturm“, Somali, Tigray und Oromo Resistance Monitor, Vol. 1, Nr. 8, Dez. 1981
4. „Tigray in Struggle“ (Information Bulletin of the TPLF published by the Foreign Affairs Bureau Europe and the America Section)
5. „Women of Tigray in Struggle“ Vol. 1 Nr. 1, Juni 1981
6. Union of Tigrays in Europe, Women's Study Group

Afrika-Kommunen mit Hilfe von Tigrayern in Hamburg

Von Sanrizuka lernen!

Schien es im Herbst und Winter 1971 zwar, als gelänge es der staatlichen Repression in Japan, den Widerstand der verbliebenen Bauern endgültig zu brechen, so wurden Regierung, Polizei und die Flughafengesellschaft Narita binnen kurzem eines besseren belehrt.

Neue Lösungen: Die Verbindungen des Kampfes gegen den Flughafen mit dem Kampf für die Produktion

Im Zusammenhang mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Auseinandersetzungen an der Toho-Kreuzung, bei denen drei Polizisten starben, werden 32 Mitglieder des Oppositionsverbandes verhaftet. Alle gleich mehrmals, immer ein bis zwei Monate und immer gerade dann, wenn in der Landwirtschaft ihre Arbeitskraft dringend benötigt wird. Ziel dieser Aktion ist nicht nur Einschüchterung und Kriminalisierung sondern auch, die Bauernfamilien ökonomisch zu ruinieren. Gleichzeitig sehen sich die Bauern, die ihre Höfe auf dem für die 2. Ausbauphase des Flughafens benötigten Land haben, mit einem weiteren Problem konfrontiert. Die Äcker, die nach dem 2. Weltkrieg neuangelegt wurden, verlieren um das Jahr 1972 nach und nach immer mehr an Fruchtbarkeit, da der Boden durch intensive Nutzung von chemischem Dünger und Insektiziden ausgelaugt ist. Die Erträge pro Hektar sinken. Hinzu kommt eine staatliche Landwirtschaftspolitik, die nicht nur in Sanrizuka auf Bauernlegen abzielt.

Dagegen entwickeln sie ihr Konzept alternativer, von staatlicher Subvention unabhängiger Landwirtschaft. Anfangs vier, dann 17 Bauernfamilien haben sich zu Kollektiven zusammengeschlossen, die gemeinsam die Äcker bestellen. Daraus hat sich eine Vertriebsgenossenschaft entwickelt, die die Produkte direkt an die Verbraucher zu Festpreisen verkauft.

Ähnlich ist es mit der Bin-Paket-Bewegung. Ein Paket enthält Frischgemüse für den Wochenbedarf einer Familie. Insgesamt 1.200 angeschlossene Familien werden auf diese Weise von fünf weiteren Bauernfamilien ernährt.

Zusätzlich wird eine Konservenfabrik gebaut; sie wurde finanziert durch Spenden aus ganz Japan sowie Anteilsscheine und beschäftigt 15 Arbeitskräfte. Vor allem auch wegen der schmerzhaften Erfahrung, daß die zwangseingetragenen Bauernfamilien eine nach der anderen Sanrizuka verließen, da sie keine Arbeitsplätze finden konnten, werden hier ältere Frauen beschäftigt, deren Land enteignet worden war.

Die verbliebenen 13 Familien bebauen nicht nur die ihnen gehörenden 37 ha Land, sondern sie haben weitere 85 ha, die bereits im Besitz der Flughafengesellschaft sind, wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt.

Die verbliebenen 13 Familien bebauen nicht nur die ihnen gehörenden 37 ha Land, sondern sie haben weitere 85 ha, die bereits im Besitz der Flughafengesellschaft sind, wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt.



Aufbau einer nationalen Unterstützungsbewegung

1974 gelingt es dem Oppositionsverband durch die Kandidatur seines Vorsitzenden Isaku Tomura bei den Unterhauswahlen, eine eigene Organisationsstruktur in ganz Japan aufzubauen. 230.000 Wählerstimmen sind ein Ergebnis davon. In jeder größeren japanischen Stadt gibt es eine Unterstützungsgruppe. 1976 gar findet sich — erstmals nach dem Zusammenbruch der Studentenbewegung und der Bewegung gegen den Krieg in Vietnam — wieder eine Gruppe prominenter Autoren und Intellektueller zusammen, um einen Aufruf zu verfassen, der die Forderungen der Bauern „Weg mit dem Flughafen, keine zweite Bauphase“ unterstreicht, und das Schweigen in der japanischen Öffentlichkeit über die Vorgänge in Sanrizuka durchbricht.

Der Kampf um den Iwajama-Turm

Im Januar 1977 erklärt Premierminister Fukuda die Eröffnung des Flughafens von Narita zu einer der wichtigsten innenpolitischen Anliegen seiner Regierung. Gleichsam nebenbei soll die Bauernbewegung von Sanrizuka mit erledigt werden. Zwar ist der Flughafen seit März 1973 mit einem Rollfeld fertiggebaut, doch sahen sich die vorherigen Regierungen nicht in der Lage ihn zu eröffnen. Daß es ihm erst damit sei, sollte am Iwajama-Turm exemplarisch gezeigt werden.

Dieser Turm, eine 62 m hohe solide Stahlkonstruktion, war im Frühjahr 1972 innerhalb zweier Tage im Schutz einer nationalen Großdemonstration unter den Augen der Eliteeinheiten der japanischen Polizei aufgebaut worden. Entwickelt und gebaut in der Nähe Tokios wurden seine Einzelteile von Tausenden von Demonstranten durch die Polizeipersonen geschmuggelt. Fünf Jahre lang steht er als Symbol für den gemeinsamen Widerstand der Bauern, Arbeiter und Studenten. Plaziert an der südlichen Spitze der 4.000 m langen Start- und Landebahn inmitten unwegsamem Gelände blockiert er erfolgreich den Flugverkehr.

Zwar war im Februar 1976 mit einem „strategischen“ Straßenausbau begonnen worden, um überhaupt mit Abfuhrwegen an den Turm heran zu kommen, doch wurden die Bauarbeiten immer wieder erfolgreich behindert.

Am 17. April 1977 findet zur Verteidigung des Turmes und um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren eine Kundgebung mit 23.000 Teilnehmern in Iwajama statt. Trotzdem gelingt es der Polizei in einem Überraschungsangriff 14 Tage später, den Turm zu schleifen. Bei der anschließenden Demonstration wird Kaoru Higashiyama, ein 27 Jahre alter Arbeiter, von einer Tränengasgranate tödlich getroffen. Sie wurde aus 5 Metern Entfernung von einem Polizisten direkt auf ihn abgefeuert.

Als am nächsten Tag von einem Demonstrationszug, der gegen die Ermordung „wahreivater“, am nächsten Tag auf ihn abgefeuert.

Als am nächsten Tag von einem Demonstrationszug, der gegen die Ermordung Higashiyamas protestiert, das Haus des Bürgermeisters von Shibayama angegriffen wird, eines entschiedenen Befürworters des Flugha-

fenprojektes, kommt es wieder zu harten Auseinandersetzungen, wobei diesmal ein Polizist sein Leben verliert.

Gleichwohl erklärt der Transportminister Tamura, daß der Flughafen endgültig am 30. März 1978 eröffnet werden soll. Zwar wird im Winter 1977 an der Stelle des ehemaligen Iwajama-Turmes eine neue Position, diesmal aus Beton, errichtet, und zusätzlich ein weiteres Rollfeld mit einem Stahlurm am Ende der geplanten Querrollbahn der zweiten Ausbauphase gebaut. Doch auch dieser Eisenurm wird von der Polizei zerstört. Fürs erste scheint es so, als wäre damit die Eröffnung des Flughafens gewährleistet, da es diesmal ohne „nennenwerten“ Widerstand abgegangen ist.

Der Widerstand der Eisenbahner

Doch da bekommen die Flughafenbetreiber an ihrer Achillesferse zu spüren, welche Ablehnung dieses umweltzerstörerische Projekt in der Region um den Flughafen erfährt. Da Sanrizuka noch nicht über so reiche Erdölvorkommen wie z.B. unter dem Frankfurter Flughafen verfügt, muß das Kerosin irgendwie an den Flughafen gebracht werden. Zwar existierte ein Plan aus dem Jahre 1971, wonach diese kostbare Flüssigkeit vermittle eine 47 km lange Pipeline vom Hafen in Chiba nach Narita fließen sollte, doch schon im Frühjahr 1973 mußte von diesem Projekt wegen „lokaler Gegnerschaft“ wieder Abstand genommen werden. So hatte man im August 1975 mit den japanischen Eisenbahnen eine Vereinbarung getroffen, daß sie den Transport des Kerosins übernehmen würden.

Als die Öllieferungen im März 1978 aufgenommen werden, kommt es zum Streik der Lokführer. Sie sind in der DOKO CHIBA organisiert, einer kleinen aber sehr militanten Gewerkschaft der staatlichen Transportarbeiter, die sich auch in der Vergangenheit nicht an das Streikverbot im Staatsdienst gehalten hatte. Nur mit massiver Unterdrückung gelingt es, den Streik zu brechen. Doch sollte sich diese Form des Öllieferungs auch in der Zukunft als einer der wunden Punkte des Flughafens herausstellen.

Neue Formen des Widerstands?

Am 26. März passierte dann das, was durch die Medien weitergetragen als das Eigentliche des Kampfes in Sanrizuka übrigbleibt und den Mythos der Militanz begründet:

Bei einer Großdemonstration gegen die Eröffnung des Flughafens mit mehreren Zehntausend gelangt es einer kleinen Gruppe von 30 Demonstranten, durch ein Flughafentor zu brechen, in den Tower einzudringen und dort sämtliche wichtigen elektronischen Anlagen zu zerstören. Mehr als 200 Personen werden an diesem Tag verhaftet, mehrere hundert zum Teil schwer verletzt. Yukio Niijama, der sich beim Angriff auf den Kontrollturm schwere Brandverletzungen zuzog, stirbt wenig später. Die Eröffnung des Flughafens wird nach dieser Aktion nochmals um zwei Monate verschoben. Am 20. Mai 1978 stattgefunden (siehe hierzu AK 126 und AK 130). Schluß folgt.

Wie Phoenix aus der Asche — Energiekrise und „Modell Deutschland“

In den letzten Jahren sind die Energiepreise überproportional gestiegen. Alle spüren es in der Geldbörse, die einen weniger und die anderen mehr. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in den letzten zwei bis drei Jahren auf dem Buchmarkt eine Reihe von Titeln erschienen, die sich mit der „Energieproblematik“ befassen. Wesentliche Aussage dieser Bücher ist, daß bei Ausschöpfung des großen Reservoirs an Einsparungsmöglichkeiten sowie einer stärkeren Ausnutzung regenerativer Energiequellen der Energieverbrauch selbst bei steigendem Wohlstand gesenkt werden könne. Auch ökologische Forschungsinstitute (Ökoinstitut Freiburg und Ifeu Heidelberg) publizierten Bücher zu diesem Thema („Energieende, das Sanfte Energiehandbuch“). Gemeinsam ist allen Autoren, daß sie sich darauf beschränken, zu zeigen, was technisch machbar wäre. Der politische Rahmen der Bücher ist allerdings recht dünn und erschöpft sich zumeist in der such von der Bundesregierung propagierter Parole „Weg vom Öl“.

Das am Juli 81 im Verlag 2000 Pocket erschienene Taschenbuch „Wie Phoenix aus der Asche — Energiekrise und „Modell Deutschland“ macht hier eine rühmliche Ausnahme: In insgesamt 9 Beiträgen werden ökonomische, politische und ökologische Dimensionen der „Energiekrise“ und des „Energiesparens“ herausgearbeitet. Die Autoren zeichnen zunächst die Energiepolitik der BRD seit 1973

— der sogenannten „1. Energiekrise“ — mit zahlreichen Fakten und Übersichten nach 1973 hatte nämlich das Erdöl einen Anteil von 55% des Primärenergiebedarfs erreicht. Seit den ersten Preiserhöhungen durch die OPEC-Länder im Jahre 1973 haben die imperialistischen Staaten eine ganze Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen, um den Ölanteil zu senken. In der BRD konnte der Anteil des Erdöls an der Primärenergie auf 43,8% im Jahre 1981 gesenkt werden. Die „Energiekrise“ war für das Energieversorgungssystem der BRD von entscheidender Bedeutung.

Nach 1981 mußten nur 14,9% der Primärenergie eingeführt werden. Der Hauptteil wurde durch Kohle von Ruhr und Saar abgedeckt. 1973 waren es 56,6%, d.h. die BRD war stark abhängig von Energieimporten geworden.

Es trat eine Verschiebung der Preisrelation zwischen den verschiedenen Primärenergieträgern ein. Kohle, Erdgas, Atomenergie etc. konnten nach der Ölpreiserhöhung wieder mit dem Erdöl konkurrieren.

Diese Faktoren machten eine Umstrukturierung des Energiesektors notwendig. Diese Notwendigkeit wurde für das Kapitel durch die „2. Energiekrise“ 1979/80 noch entscheidend bekräftigt. Zum erstenmal in der Geschichte der BRD wurden Waren im höheren Wert ein- und ausgeführt (Suchwort: negative Handelsbilanz). Dies war aber nicht nur bedingt durch

höhere Preise für Erdöl (wertmäßiger Anstieg um 17%), sondern auch durch verstärkte Einfuhren aus Japan (Anstieg um 32%) und den USA (17% Anstieg).

Mit dem starken Anstieg des Energiepreinsniveaus wurden alternative Energieträger wie etwa neue Kohletechnologien, Wärmepumpen, Biomasse, sowie bessere Wärmeisolierung rentabel. Dies wiederum eröffnete für das westdeutsche Kapital (insbesondere dem Maschinen- und Anlagenbau) einen neuen, profitablen Markt, der „fette Chancen in mageren Jahren“ verspricht. Da nun die BRD gerade im Maschinenbau, im Anlagenbau und in der Elektrotechnik etc. den imperialistischen Mitkonkurrenten mehr als eine Nasenlänge voraus ist, bietet die Energiekrise „für das bundesdeutsche Kapital die Chance, die europäische Konkurrenz auszuwandern, alte Weltmarktpositionen zu behaupten und neue hinzuzugewinnen. Das „Modell Deutschland“ wird so befähigt, als Phoenix aus der Asche der abgebrannten Weltenergiesysteme hervorzugehen“ (Seite 31). So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Außenhandelsbilanzüberschüsse im Herbst 81 mit 5,3 Milliarden DM monatlich ein noch nie gekanntes Hoch erreicht haben. „Besonders hat der Maschinenbau dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik einen bevorzugten Platz unter den Industrienationen des Westens einnimmt“ („Spiegel“ vom 14.12.81).

Da nun aufgrund des politischen Ersatzes des Erdöls nicht allein oder hauptsächlich durch Atomkraft erfolgen kann, hat sich die Bundesregierung für einen Weg des „Option-offen-haltens“ entschieden. Diese Entwicklung steuert die Autoren anhand der Energiegenetekommission dar. Daß das bundesdeutsche Kapital ebenfalls für alle Optionen gut gerüstet ist, wird dann anhand von Siemens, AEG-Telefunken, Gutehoffnungshütte, VW etc. exemplarisch dargestellt.

Die Autoren beschränken sich in ihrer Darstellung hauptsächlich auf die Chancen des westdeutschen Kapitals, durch neue Energietechnologien neue Märkte zu erschließen und Profite zu machen. Nicht diskutiert wird, welche Auswirkungen die Reduzierung des Ölverbrauchs und die Rückverlagerung der Energieversorgung in politische „sichere“ Gebiete (Nordseeöl, Alaskaöl etc.) auf die Wirtschaft der OPEC-Länder selbst und das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Weltenergiesystemen hervorbringen“ (Seite 31). So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Außenhandelsbilanzüberschüsse im Herbst 81 mit 5,3 Milliarden DM monatlich ein noch nie gekanntes Hoch erreicht haben. „Besonders hat der Maschinenbau dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik einen bevorzugten Platz unter den Industrienationen des Westens einnimmt“ („Spiegel“ vom 14.12.81).

Die Autoren beschränken sich in ihrer Darstellung hauptsächlich auf die Chancen des westdeutschen Kapitals, durch neue Energietechnologien neue Märkte zu erschließen und Profite zu machen. Nicht diskutiert wird, welche Auswirkungen die Reduzierung des Ölverbrauchs und die Rückverlagerung der Energieversorgung in politische „sichere“ Gebiete (Nordseeöl, Alaskaöl etc.) auf die Wirtschaft der OPEC-Länder selbst und das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Weltenergiesystemen hervorbringen“ (Seite 31). So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Außenhandelsbilanzüberschüsse im Herbst 81 mit 5,3 Milliarden DM monatlich ein noch nie gekanntes Hoch erreicht haben. „Besonders hat der Maschinenbau dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik einen bevorzugten Platz unter den Industrienationen des Westens einnimmt“ („Spiegel“ vom 14.12.81).

Das Zerbrechen des OPEC-Kartells, in dem sich heute die „13 Mitgliedsstaaten gegenseitig unterbieten, um — wie etwa im Fall des Iran und Libyens — dem drohenden Bankrott zu entgehen“ („RNZ“, 4.3.82), ist ein ebenso gewollter Effekt der Umstrukturierung der Energieversorgung in den imperialistischen Ländern wie die Chance des Kapitals, neue

profitable Märkte zu erschließen. Es scheint mir aber nicht zufällig, daß die Autoren diesen außenpolitischen Aspekt vergessen. So schreiben sie in ihrem Fazit: „Die Industrielle Offensive, sanfter Technologismus profitiert vom Vormarsch der „sanften“ Philosophie und beschleunigt diesen zugleich; woraus zwar keine Allianz auf Dauer entstehen kann, wohl aber ein effektives Bündnis gegen den Atomkomplex. Brokdorf treibt einen Keil auch ins kapitalistische Lager... Zunächst jedenfalls eröffnen sie lediglich die Option zwischen „schlechten“ und „guten“ Kapitalisten mit oder ohne GAU-Risiko.“

Ausnutzen der Widersprüche zwischen den „harten“ und den „soften“, den „guten“ und den „bösen“ Kapitalisten scheint bei den Autoren das Energiegeschäft zu beherzigen. Trotz dieser politischen Schwächen kann ich das Buch nur allen, die sich mit der Energiefrage auseinandersetzen, empfehlen. Es hat seine Stärken in den ökonomischen Analysen, ist recht faktenreich bezüglich der Veränderungen auf dem Energiemarkt und alles in allem recht lesbar geschrieben.

profitable Märkte zu erschließen.

Es scheint mir aber nicht zufällig, daß die Autoren diesen außenpolitischen Aspekt vergessen. So schreiben sie in ihrem Fazit: „Die Industrielle Offensive, sanfter Technologismus profitiert vom Vormarsch der „sanften“ Philosophie und beschleunigt diesen zugleich; woraus zwar keine Allianz auf Dauer entstehen kann, wohl aber ein effektives Bündnis gegen den Atomkomplex. Brokdorf treibt einen Keil auch ins kapitalistische Lager... Zunächst jedenfalls eröffnen sie lediglich die Option zwischen „schlechten“ und „guten“ Kapitalisten mit oder ohne GAU-Risiko.“

Ausnutzen der Widersprüche zwischen den „harten“ und den „soften“, den „guten“ und den „bösen“ Kapitalisten scheint bei den Autoren das Energiegeschäft zu beherzigen. Trotz dieser politischen Schwächen kann ich das Buch nur allen, die sich mit der Energiefrage auseinandersetzen, empfehlen. Es hat seine Stärken in den ökonomischen Analysen, ist recht faktenreich bezüglich der Veränderungen auf dem Energiemarkt und alles in allem recht lesbar geschrieben.

W/K/G/Gruppe Heidelberg

„Wie Phoenix aus der Asche“ — Energiekrise und „Modell Deutschland“, Hrsg. von Volkhard Brandes, Jens Hahn und Joachim Hirsch erschienen im Verlag 2000 GmbH und kostet DM 10

Kommentar

Alles klar mit der GAL Hamburg?

Nun ist sie also gebildet, die gemeinsame Liste für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Viele, nicht nur Mitglieder der Grünen und der AL, dürften bei dieser Nachricht aufatmen. Das Damoklesschwert eines Scheiterns der Einigungsbemühungen schwebte wochenlang über der grün/alternativen Wahlbewegung. Also alles paletti? Immerhin verlief sie sachlich, ja fast harmonisch, die erste gemeinsame Mitgliederversammlung am 13./14. März. Nun, das war kein Wunder, die Schlachten waren vorher geschlagen, die Kompromisse vorher gefunden, für die Sachdebatte Raum geschaffen. Man kann sich der weiteren Programmarbeit und dem „Wahlkampf“ widmen. Doch sollte dies nicht über die immer noch bestehenden Differenzen hinwegtäuschen. Was ist davon zu halten, wenn zeitgleich mit der Arbeitstagung Grün/AL am 27.2., auf der die historische Einigung in der „SPD-Frage“ gelang, in Springers „Welt“ der Landesgeschäftsführer der GRÜNEN, Ingo Borsum (Gruppe Z) bislang undemokratisch zitiert wurde: „Wir werden dort anknüpfen, wo Klose resigniert hat“ – also Anknüpfen bei gescheiterter SPD-Politik, die belächelt nicht allzuviel an fortschrittlichen Elementen enthielt, die als „Erfolge“ eine Verringerung schlimmer Berufsverbotepraxis und ein ohnmächtiges Ja zu Brokdorf aufzuweisen hatte? Wenn Borsum zitiert wird, man werde der SPD ein „Unterstützungspaket anbieten“ und für Dohnanyi stimmen, wenn die SPD einige unserer Forderungen übernimmt („Welt“, 27.2.), dann stellt sich die Frage: Lügt die „Welt“, oder wie haltbar sind die Vereinbarungen zwischen Grünen und AL, in denen klar festgelegt ist, daß für einen Schacher auf dem Niveau von Klose'scher Regierungspolitik kein Platz sein wird? Klarstellungen namens der Grünen wären entschieden angebracht, auch wenn die AL zugunsten des Einigungsbemühens auf das „Hochkochen“ solcher Äußerungen verzichtet hat.

Auch die bisherige Programmarbeit war längst nicht so harmonisch, wie sie sich darstellt. Die Zusammenarbeit war längst nicht so harmonisch und frei von scharfen Widersprüchen, wie es zeitweise den Anschein hatte. Besonders deutlich wurde das in der Friedensdebatte, wo Forderungen nach Auflösung der Bundeswehr und Austritt der BRD aus der NATO auf Widerspruch von Vertretern der Gruppe Z stießen. Nicht weil man die Forderungen für falsch hielt, sondern weil es Aufgabe besserer Parlamentsarbeit sei, vernünftige Schritte hin zu solchen Zielen anzugeben (deshalb „schrittweise Herauslösung“ der BRD aus der NATO). Nun ist es beliebter Stil in heutigen Auseinandersetzungen mit nicht reformerischen Linken, „blinden Revolutionismus“ und „unrealistische utopische Ziele“ vorzuwerfen. Muß es denn zwangsläufig ein Widerspruch sein, radikale, von großen Teilen der Friedensbewegung getragene Forderungen zu formulieren und gleichzeitig konkrete Verbindungen hier und heute, „machbare“ Zwischenschritte, zu fordern und zu unterstützen?

Umgekehrt wird ein Schuh draus: die krampfliche „Bürger Nähe“ (man kann's auch Schielen auf die Sozialdemokratie nennen) auf der Grundlage von Pseudo-Rationalität kann sehr schnell zur Entfernung von den Antriebskräften der eigenen politischen Existenz werden; zur Entfernung von einer außerparlamentarischen Bewegung, die eine andere Rationalität in den letzten 10 Jahren praktiziert hat (Raus aus der NATO, Weg mit dem Atomprogramm usw.) und dabei schon erhebliches politisches Bewegt hat.

Daß dies kein Hickhack um Formeln, kein „Streit um Kaiser's Bart“ ist, zeigen andere Programmentwürfe, die am 13./14.3. nur bedingt sichtbar wurden, da sie teilweise schon im Vorfeld ausgefochten wurden. Ob da nun im grünen Wohnungsprogramm die Hausbesetzungen schlicht vergessen wurden, ob viel über Wasser und Elbe gesagt, aber die Forderungen der Elbischer vergessen wurden; ob im Bildungsprogramm die Gesamtschule einseitig hochgejubelt und radikale Forderungen der Schülerbewegung, die in



Nach langen Querelen eine positive Meldung: GAL Hamburg gegründet

Hamburgs Grüne und die Alternative Liste – beide zusammen repräsentieren über 1.000 Mitglieder – haben sich endlich geeinigt. Am 13./14. März beschlossen sie gemeinsam eine Gruppe von 29 Kandidaten zu unterstützen, die als „Grün/Alternative Liste“ – GAL – zu den Bürgerschaftswahlen am 6. Juni antreten wird. Diese Einigung war eine wichtige Voraussetzung für eine chancenreiche Kandidatur, deren Ergebnis allgemein erheblich über der 5%-Hürde erwartet wird.

Der 13./14.3. war ein intensives Arbeitswochenende, auf dem die wichtigen Programmpunkte zu den Themen Umweltschutz/Ökologie, Wirtschafts- und Haushaltspolitik, Frieden, Frauenpolitik sowie Wohnungs- und Verkehrspolitik verabschiedet wurden. Der gemeinsame Programmkongress wird am 27./28. März fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlossen werden am 29./30. März fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlossen.

Weiter wurden Papiere verabschiedet, die den Modus der internen Zusammenarbeit zwischen Grünen und AL sowie zwischen diesen beiden und der Kandidatengruppe GAL regeln, außerdem Papiere zum Verhalten gegenüber der SPD im Parlament und grundlegende Aussagen zur Parlamentsarbeit.

Grüne und AL hatten in getrennten Mitgliederversammlungen ihre Kandidaten für die gemeinsame Liste gewählt. Auf der Liste kandidieren Mitglieder von Bürgerinitiativen wie

dem „Aufsicht“ gegen die Sparpolitik, der Moorburger BI gegen die Hafenerweiterung, aus Frauen- und Umweltschutzgruppen, Ökologen, ehemalige (und ein Noch-SPDler, zwei Mitglieder des KB, ein DKP-Mitglied, ein ehemaliges FDP-Mitglied und zwei Mitglieder der Gruppe Z. Auf den aussichtsreichen acht vorderen Plätzen kandidieren: Theo Bock (AL, BI Moorburg), Thomas Ebermann (Grüne, Z), Angelika Birk (Grüne), Ulla Jelpke (AL, KB), Klaus Görtner (Grüne), Udo Hergenroder (AL, DKP), Bernd Vetter (Grüne) und Regula Schmitt-Bott (AL, ehemals SPD-Vorstand). Auf Platz 5 kandidiert, von der AL vorgeschlagen, Süreyya Turhan (Türkei).

Elf der 29 Kandidaten sind Frauen, unter den ersten zehn sind fünf Frauen.

Das GAL-Programm

Das GAL-Programm

Wichtige Programmpunkte wie Demokratie, Recht, Justiz, Antifaschismus, Ausländer, Bildung und Gesundheit sind noch nicht behandelt. Im folgenden die Grundzüge des bisher verabschiedeten GAL-Programms.

Frieden

Die GAL „versteht sich als Teil der Friedensbewegung und wird auch deren Forderungen in den Parlamenten vertreten“. Die Kriegsgesetze gehen von der aggressiven Politik der USA und der NATO aus, die „einen Atomkrieg

gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar machen“ wollen. Aktuelles Ziel ist die Verhinderung der „Nachrüstung“. Neben der Vernichtung aller Atomwaffen werden die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Portugal bis Polen und einseitige Abrüstungsschritte der BRD gefordert. Als Weg zum NATO-Austritt der BRD werden Zwischenschritte zur „Herauslösung der BRD aus der NATO“ angegeben. Eine Auflösung der Bundeswehr wird angestrebt. Zur Sowjetunion wird gesagt, daß sie nicht „grundsätzlich friedliebend“ sei, wie ihr Verhalten in der CSSR und Afghanistan zeige, daß aber eine friedliche Entwicklung in dem Maße möglich sei, wie die Bedrohung der SU durch das westliche

Wirtschafts- und Haushaltspolitik

„Die kapitalistische Marktwirtschaft

ordnet die Menschen ihrer Krienerentwicklung unter und opfert die natürlichen Reichtümer der Gesellschaft der Konkurrenz um immer größere Gewinne. Ökonomische und ökologische Krisen haben den gleichen Ursprung und vergleichbare Auswirkungen: Beide zerstören Produktivkraft, menschliche und natürliche“. Gefordert werden „Produktionsverhältnisse, in denen eine bewußte Planung der Bedürfnisbefriedigung die natürlichen Reichtümer erhält bzw. wiederherstellt, und in denen die arbeitenden Menschen demokratisch über ihre Arbeitsverhältnisse bestimmen und in Kooperation mit jeweils betroffenen Bevölkerungsteilen in Stadtteilen, Krankenhäusern usw. über Produkte und soziale Leistungen entscheiden“. Gefordert werden Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit (35-Stunden-Woche), Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die kompromisslose Ablehnung jeglicher Sparpolitik sowie ein Beschäftigungsprogramm für Hamburg mit den Schwerpunkten Rüstungskonversion, Energie (Fernwärmeausbau), kommunaler Wohnungsbau und Ausbau der sozialen Dienste, für das die Mittel aus Umschichtungen im Hamburger Haushalt (Ablehnung der Hafen-, Mess- und Polizeierweiterung) sowie aus Spitzenbesteuerung, Eintreibung der Steuerrückstände und Subventionsabbau gefordert werden.

Als langfristiges Ziel wird die „gesellschaftliche Aneignung der Produktion“ formuliert.

Umweltschutz/Energie

Kernpunkt ist die Ablehnung der Kernenergie mit den Forderungen nach Nicht-Bau des AKW-Brokdorf, Nicht-Inbetriebnahme von Krümmel und Stilllegung von Brunsbüttel und Stade. Durch Kraft-Wärme-Kopplung und Nutzung industrieller Abwärme soll ein neues Energiekonzept mit den Schwerpunkten Fernwärmeversorgung und dezentralen Kraftwerksbau verwirklicht werden. Die Ablehnung von Strompreiserhöhungen zu Lasten der privaten Haushalte sowie die Verstaatlichung der Ham-

burger Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke unter demokratischer Kontrolle gehört zum Programm. Neben Programmen zur Trinkwasserversorgung, Lärmschutz und der Luftreinhaltung sowie dem Naturschutz liegt ein Schwerpunkt auf der Ablehnung der Hafenerweiterung sowie der Erhaltung der gefährdeten Dörfer Moorburg, Francop und Altengwerder. Die Unterelbe-Industriehäuser soll gestoppt werden, die Elbe nicht



weiter vertieft und das Einleiten industrieller Abwässer in die Elbe verboten werden. Die Forderungen der existenzbedrohten letzten Elbfischer werden unterstützt und eine Elbbewirtschaftung gefordert.

Wohnungspolitik/Stadtplanung/Verkehr

„Wohnen darf keine Ware sein“, deshalb fordert die GAL die Kommunalisierung von Grund und Boden, das heißt Vergabe von Nutzungsrechten durch den Staat, einen kommunalen Wohnungsbau mit öffentlichen Geldern unabhängig vom freien Kapitalmarkt, bedürfnisgerechte Wohnungen mit hohem Standard für alle.

Neben Forderungen zur Herstellung eines Mietrechts als echter Mieterschutz wird der Schutz des Wohnungsbestandes gegen Abriss, profitabile Modernisierung und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gefordert. Bereitstellung von Wohnraum wird von der GAL unterstützt, „Duldung statt Räumung von Besitzungen leerer Wohnungen“ gefordert.

In der Stadt- und Verkehrsplanung „müssen ökonomische und ökologische Kriterien für eine bessere Aufgabenteilung für die verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten en-

Grüne Alleinkandidatur in Hamburg-Wandsbek

In einer Kampfabstimmung beschlossen die Wandsbeker Grünen mit 25 gegen 18 Stimmen eine grün-offene Liste unter dem Namen DIE GRÜNEN für die Bezirksversammlung anzumelden. Ein Bündnis mit der AL wurde abgelehnt. Der Beschluß vom 3.3. erfolgte nur vier Tage nach dem grün-alternativen Arbeitstreffen, auf dem die Weichen für eine Einigung in Richtung GAL gestellt wurden.

Wandsbek ist ein grüner Kreisverband, in dem sich traditionell viele Ökologen und Opponenten zur Mehrheit bilden. Im Hamburger Landesverband sammeln. Der Beschluß erfolgte, obwohl die Wandsbeker AL (sie gehört zu den stärksten AL-Gruppen) treu den Hamburger Vereinbarungen für ein Zusammengehen folgte. Die AL reagierte zunächst sehr zurückhaltend. Der grüne Landesvorstand leitete ein Schlichtungsverfahren ein. Noch während der Schlichtung verteilten Wandsbeker Mehrheits-Grüne öffentlich Flugblätter, auf denen ihre Kandidatur als Grüne und die Ablehnung des Bündnisses mit der AL bekundet gegeben wurden. Gleichzeitig wurde in einer internen Erklärung der Schuldige gefunden: „Die grün-offene Liste wurde aus inhaltlichen und juristischen Gründen beschlossen. Dies insbeson-

dere, weil der KB als tonangebend in der AL Wandsbek keine Kraft ist.“ Die Töne und bekannt bei solchen Spaltungen, im Einklang mit einer Wandsbeker AL mit 60-70 Mitgliedern aber besonders pikant und provozierend: In dieser Bezirksgruppe ist der KB mit einem organisierten Mitglied sowie einigen Anhängern vertreten, ansonsten ist die große Mehrheit außer in BIs nicht anderweitig organisiert.

Besonders provozierend für die Wandsbeker ALer das Mißachten jeglicher Schlichtungsmaßnahmen durch die Mehrheits-Grünen, die ihren Spaltungskurs durchziehen, vornehmlich durch die Wandsbeker Bürgerschaftskandidat Lutz Dau, Platz 22 der GAL. Eine Erklärung der Wandsbeker ALer wurde daher zum (notwendigen) Wermutstropfen bei der Hamburger GAL-Gründung. Sie waren nicht bereit, einer Liste zuzustimmen, auf der Dau kandidiert, solange in Wandsbek die Grünen den Alleingang praktizieren. Sie fordern eine GAL auch für Wandsbek (was auch die grüne Minderheit unterstützt) oder Rückzug von Dau von der Bürgerschaftsliste. 40 Mitglieder der AL enthielten sich am 14.3. aus Protest bei der Abstimmung über die gemeinsame Kandidatenliste der Stimme.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite

Interview mit Udo Hergenröder

Mitglied der DKP und der AL Hamburg



AK: Auf dem DKP-Bundestag Ende Mai letzten Jahres wurde eine gewisse Öffnung der Partei gegenüber den Grünen und der alternativen Wahlbewegung beschlossen; örtlich sollte eine Beteiligung an Wahlkämpfen gesucht werden. Wie würden du eine heutige Sicht diesen Beschlusses bewerten?

U.H.: Ich schätze das so ein, daß es tatsächlich aus dem ehrlichen Bemü-

hen heraus geschehen ist, aus der Isolierung und der Sektiererei herauszukommen und in der ökologischen, der alternativen und bunten Bewegung Fuß zu fassen. Ich meine allerdings, daß es bislang über eine faktisch-verbale Erklärung nicht hinausgegangen ist. Eine inhaltliche Öffnung gegenüber diesen Bewegungen ist in diesen Überlegungen nicht enthalten. Die Bündnisbestrebungen haben auch

gezeigt, daß eine inhaltlich-ideologische Nähe bei der DKP nach wie vor gegeben ist.

AK: Wenn du meinst, daß die „Öffnung“ eine taktische Überlegung gewesen ist, wird der DKP doch auch klar gewesen sein, daß sie dann kaum in der alternativen Wahlbewegung Fuß fassen kann. In Hamburg hat die DKP den Eindruck zu erwecken versucht, sie sei enorm an einem Wahl-

bündnis mit Alternativen interessiert und kompromißbereit.

U.H.: Die DKP hat diesen Öffnungsbeschlus mit Blick auf z.B. die AKW-Frage, den Häuserkampf, die ökologische Bewegung und eben auch mit Blick auf die Wahlbewegung gefaßt. Was nun Hamburg betrifft, die Hamburger DKP hat zunächst vehement versucht, den Parteitagebeschlus mit Bündnisangeboten an Grüne und Alternative zu verwirklichen. Für die DKP war dabei von vornherein klar, daß sie in bestimmten Positionen wie z.B. die Ermächtigung des „realen Sozialismus“ zu keinerlei Kompromiß-Formulierungen bereit ist, obwohl absehbar war, daß gerade diese Aspekte in solchen Bündnissen von entscheidender Bedeutung sind. Das Hamburger Vorgehen der DKP kann man kritisch so interpretieren; die Parteiführung hat sich an die Spitze der Bündnisbemühungen innerhalb der DKP gestellt und – noch bevor sich die Parteibasis intensiv damit befaßt hatte – der Mitgliedschaft mit dem voraussehbaren negativen Ergebnis dokumentiert, daß es nicht zusammen mit Grünen und Alternativen geht. Im nachhinein wird jetzt gesagt, nicht die DKP habe das Bündnis scheitern lassen, sondern der Parteien- und Organisationsegoismus der anderen. Diese Vorgehensweise der DKP ist in Hamburg sehr deutlich geworden. Damit wurden gleichzeitig Strömungen innerhalb der DKP zurückgehalten, die für eine stärkere Öffnung der DKP in die Wahlbewegung hupen eingetreten waren.

AK: Bei der Landeswahlkonferenz der DKP in Hamburg am 17. Januar hat die Partei beschlossen, daß zumindest einzelne Genossinnen der DKP sich stärker in der AL engagieren sollten, und von der DKP die Unterstützung eines solchen Kurses gefordert. Das ist nicht geschehen – warum eigentlich nicht?

U.H.: Zunächst war mein Anliegen, daß die DKP auf eine eigene Kandidatur verzichtet, mit einzelnen Genossinnen in der AL arbeitet und zur Wahl der Grün-Alternativen Liste aufruft. Mein Anliegen wurde so interpretiert, daß es etwas zur Selbstaufgabe der Partei führen würde. Es blieb noch die Möglichkeit, daß die DKP selbst kandidiert, ihren Genossinnen aber dennoch freistellt bzw. nahelegt, in der alternativen Wahlbewegung mitzuarbeiten, aber auch dafür gab es zumindest bei der Parteiführung und dem überwiegenden Teil der Landeswahlkonferenz kein offenes Ohr. Es wird befürchtet, daß damit die Geschlossenheit der Partei im Wahlkampf geschwächt und die DKP Stimmen verlieren würde. Was mich in dieser Situation selbst betrifft: meine Aktivität in der AL wird

Udo Hergenröder, 46 Jahre alt und von Beruf Diplom-Ingenieur, arbeitet zehn Jahre lang als Journalist, zuletzt beim alten „Konkret“. Seit 1974 ist er Berufsschullehrer; von 1976 bis 1979 leitete er als verantwortlicher Redakteur die „Hamburger Lehrerzeitung“ der GEW. Mitglied der DKP ist er seit fast zehn Jahren. Ein zwei Jahre dauerndes Berufsverbotsverfahren gegen ihn konnte 1979 erfolgreich abgewehrt werden. Heute ist Udo Mitglied der Initiative Eppendorf und der AL Hamburg, die ihn kürzlich als Kandidaten für die Bürgerschaft aufstellte.

von der DKP offiziell verurteilt, einige Genossen grüßen mich nicht mehr, und die Parteiführung hat klar und deutlich gedroht, daß ich aus der Partei ausgeschlossen würde, wenn ich weiter engagiert und exponiert in der AL arbeite. Der Weg, als einzelnes Mitglied der DKP in der alternativen Wahlbewegung mitzuarbeiten, wird also verschlossen und abgeblockt.

AK: Kann man sagen, daß das politische Vorgehen der DKP in Hinblick auf ein Wahlbündnis dazu geführt hat, die Reihen der DKP zu festigen, und daß mögliche „Sprengkräfte“ in Form fließender Übergänge zur alternativen Wahlbewegung entschärft wurden?

U.H.: Es hat den Anschein, daß die Reihen der DKP zu festigen, und daß mögliche „Sprengkräfte“ in Form fließender Übergänge zur alternativen Wahlbewegung entschärft wurden?

U.H.: Es hat den Anschein, daß die Geschlossenheit erhalten wurde, obwohl in sehr vielen Grundeinheiten Genossinnen sitzen, die mit der Eigenkandidatur nicht einverstanden sind. Es wird auch dazu kommen, daß viele DKP-Mitglieder und -Sympathisanten die Grün-Alternativen wählen werden. Außerdem arbeiten in mehreren Bezirken DKP-Leute bei der AL mit. Hier in meinem Bezirk Hamburg-Nord arbeiten neben mir noch etwa fünf DKP-Mitglieder aktiv in der AL mit bis hin zur Kandidatur für die Bezirksversammlung.

AK: Bei den Bündnisdebatten zwischen der DKP, den Grünen und der AL hat die Polen-Frage eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Wie wird die denn in der DKP diskutiert?

U.H.: Zur Polen-Frage gab es seit Gründung von Solidarnosc heftige Kontroversen. Streiffrage war u.a. das Streikrecht innerhalb der sozialistischen Länder. Es gab reichlich Unsicherheiten. Lange Diskussionen haben dazu geführt, daß hier in unserem Stadtteil durchaus positive Positionen zur Solidarnosc gefunden wurden. Wenn die Situation nach dem 13. Dezember diskutiert wird, ist die DKP vor allem in den Grundeinheiten bereit, die Fehler der polnischen Kommunistischen Partei beim Namen zu nennen. Die Konsequenz daraus, protestfähige Schritte zu unternehmen, schaffen allerdings nur ganz wenige. Ich weiß aber, daß es sehr vielen DKP'ern vor allem in der Gewerkschaftsarbeit schwerfällt, die DKP-Position des kleineren Übels zu vertreten und zehn Millionen Arbeiter als Konterrevolutionäre hinzu stellen. Das fällt den DKP-Genossen sehr schwer. Insofern begt nach wie vor in der Polen-Frage ein Sprengsatz. Formulierungen vom Präkordium der DKP, wie sie nach dem 13. Dezember in der „LZ“ veröffentlicht wurden, daß die DKP „alles unterläßt, was zur Konsolidierung der Ordnung und des Sozialismus in Polen führt“, werden mir in der DKP nicht mit von der Hand zu wischen. Ich bin der Meinung, daß die DKP nicht mit von der Hand zu wischen.

Initiative Demokratische Sozialisten Hamburg

Presseerklärung

Die Demokratischen Sozialisten Hamburg begrüßen die gemeinsame Liste der „Grünen“ und der „Alternativen Liste“ (GAL) zur Bürgerschaftswahl 1982. Wir werden die GAL im Wahlkampf unterstützen.

Da die Entscheidungsträger der SPD auch in Hamburg

- dem friedensgefährdenden pro-Reagan-Kurs der Bundesregierung keinen Widerstand entgegenzusetzen
 - die Krise auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten, der Empfänger von Sozialleistungen und der Rentner lösen wollen (Beschäftigungsabbau, Plünderung des Sozialhaushalts usw.)
 - dem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nichts Wirksames entgegenzusetzen
 - und die Politik der Zerstörung des Wohnumfeldes und der natürlichen Lebensgrundlagen fortsetzen
- ist ihr Programm in jeder Hinsicht unglaubwürdig und die SPD für demokratische Sozialisten nicht wählbar.

Die Demokratischen Sozialisten werden sich im Wahlkampf der GAL vor allem für diese politischen Ziele einsetzen.

Hamburg, den 15.3.82

Kommentar

Fortsetzung von voriger Seite

Kommentar

Fortsetzung von voriger Seite

Hamburg ist nicht gerade arm an Aktivitäten, untergemudelt wurden; ob da angesichts wachsenden Widerstands von Bürgerinitiativen gegen SPD-Kohlekraftwerke im Grünen-Programm bürokratisch formuliert wurde, daß „die Zumutbarkeit der Bauten für die jeweiligen örtlichen Verhältnisse auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Gutachten unter Einbeziehung des Urteils der ortsansässigen Bevölkerung festzustellen“ sei. (Im verschiedenen Programm heißt es jetzt: kein Kohlekraftwerk gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung.)

Immerhin sind diese Beispiele symptomatisch für existierende und vor allem für bevorstehende Konflikte in der parlamentarischen Praxis, die von den Grünen bislang abstrakt unter dem Begriff „konstruktiv“ behandelt wird und nach Z-Meinung „dominante reformistisch“ sein soll. Da wird es sicherlich hoch heiß hergehen im Bündnis. Der AL ist zu wünschen, daß sie im Strudel des Wahlvereinigungs-Climas den Blick für die von ihr formulierte Praxis der Bezugnahme auf außerparlamentarischen Widerstand nicht verliert. Bislang ist vor lauter Wahlclinch nicht viel, fast gar nichts von diesem praktischen Anspruch eingelöst worden und langsam wird es Zeit, hier anzupacken.

Die Wandbeker Drohung mit der Spaltung der GAL durch eine Bezirksmehrheit bei den Grünen sieht als Konflikt im Raum und hat viel berechtigten Unmut in der AL geschaffen. Weit verbreitet in der AL ist auch das Unverständnis gegenüber einem Vorgang bei den Hamburger Grünen, der nach AL-Meinung wenig bürokratisch ist. Da kandidiert ein Hamburger Grüner auf der Liste zu den Bürgerschaftswahlen auf vermutlich auschulosem Platz und bewirbt sich gleichzeitig auf einem ausschulosem Platz als Abgeordneter für das Bezirksparlament.

Konfliktstoff für die Hamburger GAL ist also reichlich gegeben. Und sonst gibt es auch viel Gutes über die Entwicklung der Hamburger Wahlbewegung zu berichten. Hierhergehört auch die Kritik von Udo Hergenröder, die

Fortsetzung von voriger Seite

gewandt werden.“ Gefordert wird die Kompetenz der Bezirksparlamente für die Verkehrsplanung. Schwerpunkte sind zum einen Fußgänger und Radfahrer als besonders schutzbedürftig im Verkehr, zum anderen der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, für den langfristig der Nulltarif angestrebt wird.

Frauen

Der Programmteil Frauen wurde nach der Autonomie-Regelung der AL von den Frauen allein abgestimmt; von der gesamten Versammlung, unter Einfluß der Männer, ein Meinungsbild erstellt. „Ziel der Politik der Alternativen und Grünen ist es, den Frauen die Möglichkeiten zu schaffen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.“ Wichtige Programmsätze werden hierzu zur „Aufhebung der finanziellen Abhängigkeit von den Männern“ gemacht. Neben Forderungen nach besonderer Berücksichtigung von Frauen beim Beschäftigungsprogramm, auch gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und verbesserter Ausbildung werden insbesondere die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich abgelehnt, von denen im wesentlichen Frauen betroffen sind. Umstritten war die Teilzeitarbeit. Während die GAL auf der einen Seite die volle tarif- und sozialversicherungsrechtliche Anerkennung

aller bestehenden Teilzeitarbeitsplätze fordert, lehnt sie auf der anderen Seite einen Ausbau der Teilzeitarbeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ab und fordert das Verbot von Modellen wie „Job-sharing“. Demgegenüber steht die Position, daß „Menschen aus unterschiedlichsten Gründen teilzeitarbeiten wollen und deshalb dem Bedarf entsprechend auch solche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.“ Hierüber wird weiter diskutiert.

Umstritten war auch die Frage der Kindererziehung aus der Sicht der Frauen. Während ein Teil der Frauen für Berufstätige einen einjährigen, bezahlten Elternurlaub befürwortet, tritt ein anderer Teil für ein Betreuungsgeld ein (drei Jahre Erziehungs-geld). Die Mehrheit befürchtet, daß damit Frauen aus dem Erwerbsleben hinausgedrängt werden und in erneute Abhängigkeit geraten.

Weiters Programmpunkte gegen Gewalt gegen Frauen, gegen den § 218, gegen eine „Emanzipation mit Steinhelm und Gewehr“ sowie für eine „Gleichberechtigung verschiedener Formen des Zusammenlebens von Frau, Mann und Kinder, alten und jungen Menschen sowie gleichgeschlechtlichen, homosexuellen/lesbischen Partnern“ werden gefordert. In der Hamburger Kommunalpolitik wird ein Frauenausschuß auf Parlamentebene, die Schaffung eines Frauenrats und die Förderung autonomer Projekte gefordert. Für die Gleichstellungsgesetze werden ressortübergreifende Kompetenzen und ein Vetorecht bei Entscheidungen, die Frauen im besonderen betreffen, verlangt.

Kompromiß in den Streitfragen

In der Frage der Haltung zu einem SPD-Minderheitskandidat konnte ein Kompromiß erzielt werden. Die Grünen schwenkten auf die Mehrheitsposition ein, die AL-Minderheit (Fundamentalopposition) hielt trotz großer Bedenken den Kompromiß für akzeptabel und verzichtete auf Festsetzung eines Divens. Das jetzt verabschiedete Papier sagt aus: Die GAL geht keine Koalition ein, sie lehnt jede Unterstützung der CDU ab. Sie könne einen SPD-Minderheitskandidat unterstützen, falls die SPD auf die Forderungen der GAL zu den Bereichen Sparpolitik, Soziales, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsprogramm, Energie, Hafenerweiterungsstopp, Wohnungspolitik, Frauen, Demokratie und Frieden (für sein Forum Hamburg im Bundesrat gegen die NATO, Nachrüstungsbeschlüsse) eingeht. Die aufgestellten Forderungen beinhalten zum einen pol-

wendige Sofortmaßnahmen, wie auch Forderungen, die in Richtung der von der GAL geforderten „Wende im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen“ gehen. Als Kompromißformel mit den Grünen, die befürchteten, daß das Wortchen „unabhängig“ vor diesen Forderungen jede flexible Handhabung von Politik verunmöglichen würde (wobei einige wohl mehr als nur flexibel sein wollten), wurde folgendes beschlossen:

„Für den Fall, daß die SPD sich nach der Wahl an die GAL wendet, und wir zu Verhandlungen über Einzelheiten unseres Forderungskatalogs bereit. Die Substanz unserer Forderungen – insbesondere unser prinzipielles NEIN zum Sozialabbau und zur Sparpolitik, das Beschäftigungsprogramm, der Ausstieg aus der Kernenergie, Stopp der Hafenerweiterung, Sofortmaßnahmen in der Wohnungspolitik, Maßnahmen zur Demokratisierung – lassen wir in solchen Verhandlungen nicht antreten. Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (tatsache Zustimmung zur Sparpolitik gegen Ablehnung der Kernenergie). Wir werden keine allgemeinen Zugeständnisse und Versprechungen akzeptieren, sondern nur bindende Vereinbarungen, in denen die Verhandlungsergebnisse festgeschrieben werden und ein Terminplan für die Verwirklichung der Ergebnisse enthalten ist.“

Die SPD stünde dann vor der Frage, ob sie lieber eine Große Koalition mit der CDU eingehen bzw. einen CDU-Minderheitskandidat stützen oder mit Hilfe der GAL dafür sorgen will, daß „die aktuell notwendigen Maßnahmen für die Hamburger Bevölkerung getroffen und in einigen Bereichen die Weichen für eine Wende in der Politik gestellt“ werden. Eine über eine solche Vereinbarung hinausgehende Bindung der GAL an einen SPD-Senat wird abgelehnt.

Verabschiedet wurde außerdem ein wenig diskutiertes Papier zur parlamentarischen und außerparlamentarischen Orientierung der GAL, in dem, kaum registriert von den meisten AL-Mitgliedern, das „neue Staatsverständnis“ der Gruppe Z (Verfasser des Papiers: W. K. Goltzmann) seinen Niederschlag fand, wenngleich es in der zeitgedrängten Schlußdiskussion einem aufmerksamen AL-Mitglied gelang, hier noch eine Änderung einzubringen. (Dazu muß wegen Fehlen der verabschiedeten Vorlage eine spätere Auseinandersetzung folgen.)

Schlußpunkt der Diskussion vor der Kandidatenvorstellung war die interne Vereinbarung zwischen Grünen und AL zur zukünftigen Zusammenarbeit und eine Erklärung der GAL-Kandidaten an die beiden Organisationen. AL und Grüne bleiben autonom bestehen. Über einen intensiven Prozeß von Diskussion und Zusammenarbeit soll am Ende „die Herausbildung eines einheitlichen politischen Organismus stehen“. Gemeinsame Mitgliederversammlungen und Delegiertenversammlungen sind die höchsten Entscheidungsorgane, die auf der Grundlage des Konsensprinzips der AL arbeiten. Der alte Streitpunkt, „grüne Autonomie, ist jetzt folgendermaßen festgehalten: „Verlaufen in einem Fall, nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die Meinungsgrenzen entlang der Organisationsgrenzen von Grünen und AL, kann es auch unter Handlungsdruck – keine Mehrheitsentscheidung geben. In diesem Ausnahmefall behalten sich die Grünen vor autonome Entscheidungen zu realisieren. Die AL betont, daß in einem solchen Fall das Bündnis gefährdet ist.“

Die Kandidaten der GAL gaben eine Erklärung ab, daß sie die gemeinsame Mitgliederversammlung der Grünen und der AL als „Weisungsorgan (imperatives Mandat)“ anerkennen.

Damit ist nach manchem wenig ermutigend. Dem Hil und Her endlich der Startschuß für eine GAL Hamburg gegeben, die hoffentlich viele Skeptiker bewegen wird, sich aktiv an diesem Projekt zu beteiligen.

Diskussionsvorlage für die Landeswahlkonferenz der DKP Hamburg am 17. Januar 1982

1. Im Hinblick auf ein langfristig mögliches einheitliches Handeln der Hamburger Linkskräfte und den Aufbau von jahrelang gewachsenem Miteinander unter den Linken verzichtet die DKP Hamburg auf eine eigene Kandidatur zur Bürgerschaftswahl im Juni 82.
2. Die DKP beteiligt sich mit einzelnen Genossinnen/Genossen an der Arbeit in der Alternativen Liste und strebt auf diesem Wege auch die Kandidatur von Genossinnen/Genossen auf einer Grün-Alternativen Liste an.
3. Auf der Grundlage eines mit Grünen und Alternativen gemeinsamen erarbeiteten Wahlprogramms für Hamburg führt die DKP einen eigenständigen Wahlkampf in dem sie sich mit eigenen Schwerpunkten und Aktionsformen darstellt. Sie empfiehlt dabei unter Hinweis auf die inhaltliche Übereinstimmung und die DKP-Kandidaten die Wahl der Grün-Alternativen Liste.
4. Angesichts der weitgehenden Übereinstimmung in kommunalpolitischen Fragen und in Perspektive auf gemeinsame außerparlamentarische Arbeit über den Wahltag hinaus darf es auch bei einer Allen-Kandidatur der DKP keine Gegenströmung zu den „in Alternativen geben. Die Grün-Alternativen Liste ist kein Wahlkampfgegner der DKP, vielmehr wird die DKP auch im Falle der Allen-Kandidatur die Arbeit der Alternativen und die Kandidatur der Alternativen Genossen gemeinsam vorantreiben.

Udo Hergenröder

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Bekommt Hessen eine AL?

AK: Die DKP hat offensichtlich auch Schwierigkeiten mit ihrem Verhältnis zu den Demokratischen Sozialisten. Über den Austritt von Coppik aus der SPD gibt es mehr zwiespältige Aussagen der DKP. Einerseits wird gesagt, daß solche Leute Anspruch und Bündnispartner für die DKP sind, aber es wird auch die Frage gestellt, ob Austritte von Linken aus der SPD nicht im Interesse der SPD-Führung liegen und die innerparteiliche Linke geschwächt wird - auch zum Nachteil der Bündnispolitik mit Teilen der Sozialdemokratie.

U.H.: Die Position der DKP ist da sicherlich widersprüchlich. Auf der einen Seite problemiert sie immer wieder die Stärkung der Linken in der SPD. Auf der anderen Seite die Stärkung der Linken außerhalb der SPD könne erst auf die SPD einwirken. Diese beiden Positionen stehen gegeneinander. Im Prinzip wird es als richtig betrachtet, wenn sich politische Kräfte aus der SPD lösen. Nur wenn sie sich zu einer eigenen Gruppierung formieren, kommt die DKP in Schwierigkeiten. Sie geht davon aus, daß es eigentlich links von der SPD eine sozialistische Partei nur die DKP gibt und die ausgestreuten Sozialdemokraten in die DKP gehören. In den letzten Jahren ist es allerdings nicht mehr der Fall gewesen, daß die ausgestreuten SPD-Mitglieder zur DKP gegangen sind. Insofern kann ich mir vorstellen, daß die DKP der Bildung der Demokratischen Sozialisten eher negativ als positiv gegenübersteht.

AK: Es ist ja nun mehr zweifelhaft, ob die Demokratischen Sozialisten ein Interesse daran haben, mit der DKP eine Partei Bündnispolitik zu betreiben. Welche Perspektive ergibt sich daraus für die traditionell stark auf die linken Teile der SPD abgestellte DKP-Politik?

U.H.: Die Perspektivmöglichkeiten der DKP sehe ich im Moment praktisch bei null. Sie geht immer weiter in die Isolierung. Das zeigt sich gerade an der Formierung der Demokratischen Sozialisten oder alternativen Bewegungen. Die Isolierung geht so lange weiter, wie in wesentlichen von Bewegungen. Die Isolierung geht so lange weiter, wie in wesentlichen Fragen wie z.B.: welche Art von Sozialismus wollen wir, für welche Form des Sozialismus kämpfen wir als kommunistische Partei, keine Veränderung, keine neue Diskussion eintritt, verbunden mit einer Änderung des Demokratieverständnisses, der marxistischen Fortschrittsgläubigkeit in Fragen der AKW in sozialistischen Staaten usw. Solange sich in diese Richtung keine neue Positionenbestimmung bei der DKP entwickelt, sehe ich für die DKP nur Bündnisunfähigkeit gegenüber allen den Strömungen, die sich jetzt herausbilden. Hinzu kommt so etwas, was Coppik bei der SPD als „Kulturschranke“ gegenüber der ökologischen Bewegung bezeichnet hat. So etwas sehe ich bei DKP-Mitgliedern auch; es sind Schranken da, offen zu sein, ehrlich und locker mit anderen Linken umzugehen. DKP-Mitglieder haben häufig enorme Schwierigkeiten, sich bei Diskussionsprozessen in der alternativen Szene zu halten.

AK: Du hast für dich die AL als ein längerfristiges Arbeitsgebiet gewählt. Wie beurteilst du die AL heute - gerade unter Berücksichtigung dieses Appells vom AL-Gründungskongress, in der Friedenspolitik von Aussagen abzuweichen, die eine Mitarbeit von DKP-Mitgliedern unmöglich machen würde. Stichwort „Anti-Sowjetismus“?

U.H.: Erstmal sehe ich in der AL keinen Partei-Ersatz, sondern - für mich persönlich - eine konsequente Fortführung meiner Initiativ- und Gewerkschaftsarbeit mit den gleichen Leuten. Mir ist sehr daran gelegen, daß in die Leitlinien und in das Programm der AL keine antisowjetischen Strömungen hineinkommen. Ich hätte sonst die Befürchtung, daß viele Leute aus den Friedensgruppen und Initiativen von der AL zurückgehalten werden - zumindest ein großer Teil, der in der Sowjetunion keine Ursache für die Krieggefahr sieht, sondern ausschließlich im Weltmachtstreben der USA. Obwohl es mehr unterschiedliche Positionen dazu in der AL gibt, wird von der großen Mehrheit in der AL eine antisowjetische Position nicht vertreten. Sie steht in der Sowjetunion nicht den Aggressoren im Weltmachtstreben. Die ganze Frage ist sicherlich nicht ausdiskutiert und wird auch nicht ausdiskutiert lassen, dieser Streit wird in der Linken seit Jahrzehnten geführt.

Ein Überblick über die Diskussion, die jetzt in Hessen mit Blick auf die Landtagswahlen vom 26. September geführt wird, könnte zum Streifzug durch die grüne, alternative und linke Szene geraten. Jede Gruppe, jede Fraktion oder Organisation, die in den letzten Monaten im breiten Strom der alles beherrschenden Bewegung gegen die Startbahn West (fast) untergegangen war, tritt nun mit prägnanten eigenen Positionen wieder hervor. Die Prägnanz leitet sich meist daraus ab, daß man glaubt, etwas „drauf zu haben“, etwas zu sagen zu haben. Dasselbe nämlich, was die genannten Fraktionen seit Jahren sagen. Besagter Streifzug durch die Szene könnte also durchaus vernünftig sein, wäre da nicht eine schwarze Wolke am Horizont der hessischen Landespolitik, wie sie selten dunkler und bedrohlicher war. Die Gefahr kommt diesmal tatsächlich aus dem Osten und heißt Alfred Dreger Dreger, der das deutsche Volk (soll) deutsches Volk? gerade aufgerufen hat, „endlich aus dem Schatten Hitlers herauszutreten“, Dreger, der die Bundeswehr gern am Persischen Golf eingesetzt sehen würde, Dreger, der ein Redner ist, wie ihn die NPD schätzte für sich selber wünscht, Dreger, der eigentlich längst erledigt sein müßte - der wirft nun seinen Schatten auf Wiesbaden, weil er noch nie so gute Chancen hatte, der nächste hessische Ministerpräsident zu werden. Das macht die Wahldebatte hier so bitter ernst.

Sollten bis zum September nicht unwahrscheinlich große Veränderungen eintreten, so gibt es, was die etablierten Parteien angeht, zwei Konstanten bei dieser Wahl, die man so oder so nicht wegdiskutieren kann:

1. SPD und FDP werden zusammen nicht mehr die Mehrheit der Mandate stellen, so daß es für eine Fortführung der sozialliberalen Koalition effektiv nicht mehr reicht.

2. Beide Parteien lehnen es ab, eine von grünen/alternativen Abgeordneten geduldete Minderheitsregierung zu bilden.

Ob sich schließlich jemand darauf einlassen wird, ist fraglich.

Offen sind hingegen die folgenden Punkte:

3. Schafft die CDU die absolute Mehrheit?

4. Schafft die FDP 5 %?

Der Einzug von Grünen bzw. Alternativen (wie wäre mit Grün-Alternativen?) ins Parlament scheint dagegen in Hessen sicher zu sein, den können sie sich höchstens noch selber vermasseln (z.B. durch mehrere konkurrierende Listen).

Ob die CDU die absolute Mehrheit schafft, wird wesentlich von der Wahlbeteiligung abhängen. Eine niedrigere Wahlbeteiligung läßt die CDU über 50 % kommen, ohne daß sie absolut Stimmen hinzugewinnen müßte. Die „glänzenden“ Wahlmann-Sege in Frankfurt erklären sich durch diesen Effekt, nicht dadurch, daß ihn die Mehrheit der Frankfurter gewählt hätte. Ausschlaggebend unter den Nichtwählern sind die von der SPD-Regierungspolitik enttäuschten Arbeiter. Viele von ihnen werden die SPD nicht wieder wählen und schon gar nicht die FDP. Die große Frage ist, ob Grüne/Alternative für sie glaubwürdig sind.

Was die FDP betrifft, so hat sich gezeigt, daß das Auftreten grüner/alternativer Listen allein keineswegs reicht, um diese Partei unter die 5 % Hürde zu drücken. Dies ist vielmehr dann geschehen, wenn die FDP durch Koalitionswechsel einen Teil ihrer Wähler selbst verprellt hat. Eben solches plant die hessische FDP, aber sie wird einen Teufel tun, um der Wahl öffentlich zuzugeben. Wenn es nach dem 26.9. keine sozialliberale Mehrheit im hessischen Landtag mehr geben wird, dann wird die FDP selbstverständlich an der Seite Dreger zu finden sein (es sei denn, dieser verfügt ohnehin über eine absolute Mehrheit). In dieser Hinsicht der Völkerung reinen Wein einzuschenken, müßte eigentlich vor allem nach Westberlin! - Aufgabe des Linksbürokraten in der FDP. Aber sie scheinen auch den Mut dazu zu haben.

Die Lage ist also kompliziert und ganz und gar anders als vor vier Jahren, als die Rechte niemals wirklich eine Chance hatte, und als die Angst vor „Django“ hauptsächlich von der SPD benutzt wurde, um ihre Wähler trotz allen Unmuts bei der Stange zu halten. Dies wird ihr diesmal, so oder so, nicht mehr gelingen. Es war Alexander Schubert, Repräsentant der

Startbahngegner und vom Dienst suspendierter Frankfurter Magistratsbeamter, der als erster versucht hat, für die alternative Wahlbewegung eine Antwort auf diese schwierige Situation zu finden. Auch forderte auf einem Plenum der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung im Januar, die BL müßten sich aktiv in den Wahlkampf einmischen. Im Mittelpunkt einer solchen Einmischung müßte die Ablehnung der hessischen Großprojektpolitik stehen, und es müsse erreicht werden,

- daß die CDU nicht die absolute Mehrheit erreicht,

- die SPD unter 40 % gedrängt wird,

- die FDP aus dem Landtag fliegt,

- eine starke grün-alternative Fraktion dort einzieht. Dann stünde die SPD vor der Wahl, entweder eine von Alternativen geduldete Minderheitsregierung zu bilden, womit die Startbahn West, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen und der Block C in Biblis für vier Jahre gestoppt wären, oder aber eine Große Koalition mit Dreger einzugehen. Dies sei zwar

ausdrücklich zu der Aussage Epplers, zwischen Grünen und der SPD sei kein Platz für eine neue Partei, und fügte hinzu, da man die Leute bei dem Jusos doch besser aufgehoben (eine Aussage, die er später so verstanden wissen wollte, daß die „politische Kultur“ der ausgestreuten Sozialdemokraten die alte geblieben sei).

Der Knatsch war voll entbrannt und wurde nun natürlich auch „erfolgreich“ in jeder BL-Gruppe durchgefochten und zwar auf möglichst abschreckende Weise. Hatten sich nach einer ersten Diskussionsrunde noch etwa 2/3 aller Startbahn-BLs für eine AL (bei unterschiedlicher Argumentation) ausgesprochen, so stimmte die Delegiertenversammlung der Gesamt BL drei Tage vor dem entscheidenden Plenum in einem Meinungsbild mit 26 : 9 Stimmen für folgenden Antrag:

„1. Die BL bleibt eine überparteiliche, unabhängige und außerparlamentarische Organisation.

2. Die BL wird als Organisation weder allein noch innerhalb einer Wahlvereinigung zur Landtagswahl in Hessen

- die Diskussion würde nur noch von Partei-Chorus beherrscht sein, - die notwendige Programmdiskussion würde alle anderen Aktivitäten erstickten,

die „Verannahnung der BL“ durch eine Wahlliste würde sie spalten und zerstören.

Wenn wir einmal böartige persönliche Unterstellungen, Demagogien etc. beiseite lassen, mit denen die Debatte gegen eine AL leider auch geführt wurde, so ist zu sagen, daß es tatsächlich genügend praktische Erfahrungen gibt, die diese Befürchtungen als realistisch erscheinen lassen. Freilich: Die Absicht der Frankfurter BLs war es gerade nicht, den bestehenden Landtagskandidaturen eine weitere hinzuzufügen und dann die BL dafür zu „funktionalisieren“, was den Vorwurf einer Spaltung rechtfertigen würde. Umgekehrt waren die in der BL mitarbeitenden Mitglieder der verschiedenen kandidierenden Parteien aufgefordert, ihre Organisationsloyalität zugunsten einer gemeinsamen Kandidatur zurückzustellen, die für die Sache der BL - „Keine Startbahn West“ - das Maximum bei diesen Landtagswahlen herauszuholen sollte. Angesprochen waren also in erster Linie diejenigen Startbahn-Gegner, die gleichzeitig Mitglieder von SPD, FDP, Grünen und DKP sind. Sie traten trotz allem zu den Kandidaturen ihrer Parteien (wie kritisch ihr sie im einzelnen auch bewerten mögi), oder sie traten allein noch innerhalb einer Wahlvereinigung zur Landtagswahl in Hessen

Statt jedoch auf diese Frage offen zu antworten, vorlegten sich die Angesprochenen (wobei die DKP eine gewisse Ausnahme bildete) darauf, unermüdlich davor zu warnen, daß die BL vor einem „fremden Karren“ gespannt werden solle, sodaß die originale Situation entstand, daß in der Diskussion ständig Parteienmitglieder vor „den Parteien“ warnen mußten. Es ist ihnen zuzugestehen, daß sie sich in dieser Hinsicht am besten auskennen.

Der Antrag, der auf der Delegiertenversammlung eine so deutliche Mehrheit fand, schraubte die BL auf den Anfang, der auf der Delegiertenversammlung eine so deutliche Mehrheit fand, schraubte die BL auf ein politisches Niveau zurück, das an die Anfänge der westdeutschen BL-Bewegung vor rund zehn Jahren (also noch weit vor Brokdorf) erinnert. Damals galt es als ausgemachte Sache, daß sich BLs um Angelegenheiten zu kümmern hätten, die den Bürger im Stadtteil und Wohnumfeld unmittelbar betreffen. Durch Mobilisierung der Basis an einem begrenzten Punkt sollte auf die Parteien Druck ausgeübt werden, um die entsprechenden Beschlüsse herbeizuführen. Auf diesem Selbstverständnis etwa fußte ausdrücklich die sog. „Doppelstrategie“ der Jusos. Sie selbst hatten sich dabei die besondere Rolle zugeordnet, den außerparlamentarischen Druck in die (entscheidende) Partei hineinzutransportieren. Was die Delegierten der Flughafen-BL beschlossen, ist davon im Grunde genommen nicht weit entfernt. Die BL hat sich um die Bäume zu kümmern, die Parteien um die Politik. Es ist bezeichnend, daß die Grünen, die ja ihr Bestreben zu einem Gutteil der BL-Bewegung zu verdanken haben, als deren „parlamentarischer Arm“ die einmal begonnen haben, sich dieser Argumentation geradezu hundertprozentig anschlossen. Erstaunlicher ist freilich die Haltung der Autonomen: Der Antrag, dem sie sich so vehement anschlossen, besagt eigentlich nichts anderes als die Anerkennung des herrschenden Parteiensystems!

Der Antrag, der auf der Delegiertenversammlung eine so deutliche Mehrheit fand, schraubte die BL auf den Anfang, der auf der Delegiertenversammlung eine so deutliche Mehrheit fand, schraubte die BL auf ein politisches Niveau zurück, das an die Anfänge der westdeutschen BL-Bewegung vor rund zehn Jahren (also noch weit vor Brokdorf) erinnert.

Damals galt es als ausgemachte Sache, daß sich BLs um Angelegenheiten zu kümmern hätten, die den Bürger im Stadtteil und Wohnumfeld unmittelbar betreffen. Durch Mobilisierung der Basis an einem begrenzten Punkt sollte auf die Parteien Druck ausgeübt werden, um die entsprechenden Beschlüsse herbeizuführen. Auf diesem Selbstverständnis etwa fußte ausdrücklich die sog. „Doppelstrategie“ der Jusos. Sie selbst hatten sich dabei die besondere Rolle zugeordnet, den außerparlamentarischen Druck in die (entscheidende) Partei hineinzutransportieren. Was die Delegierten der Flughafen-BL beschlossen, ist davon im Grunde genommen nicht weit entfernt. Die BL hat sich um die Bäume zu kümmern, die Parteien um die Politik. Es ist bezeichnend, daß die Grünen, die ja ihr Bestreben zu einem Gutteil der BL-Bewegung zu verdanken haben, als deren „parlamentarischer Arm“ die einmal begonnen haben, sich dieser Argumentation geradezu hundertprozentig anschlossen. Erstaunlicher ist freilich die Haltung der Autonomen: Der Antrag, dem sie sich so vehement anschlossen, besagt eigentlich nichts anderes als die Anerkennung des herrschenden Parteiensystems!

BL-Plenum wünscht Bündnis!

Es stellte sich heraus, daß der Anspruch, den die „Frankfurter Linie“ an die BLs formuliert hatte, zu hoch war. Ihr Antrag wurde zurückgezogen zugunsten eines Appells, mit dem das BL-Plenum die Grünen und Alternativen zur Fügung auffordern sollte. Gleichzeitig warteten BL-Mitglieder aus Rüsselsheim, Weiterstadt, Frankfurt und Darmstadt eine Unterschriftensammlung „Für ein alternatives Wahlbündnis“, der sich in kürzester Zeit 200 Unterzeichner/innen, vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich, anschlossen.

Das mit Spannung erwartete BL-Plenum am 10.3. in Mörfelden Ende nach langer, z.T. erregter aber insgesamt solidarischer Diskussion mit einem Paukenschlag beschlossen wurden zunächst die ersten vier



Alexander Schubert (Aachen)

wahrscheinlicher, würde aber der SPD

entreten. Sie wird deshalb auch nicht

wahrscheinlicher, würde aber der SPD eine innerparteiliche Zersplitterung mit nicht absehbaren Folgen bescheren. Damals gab es für diesen Vorschlag noch ungeteilte Zustimmung des Plenums.

Die spontane Einmütigkeit war freilich dahin, als die Frankfurter Bürgerinitiativen (und in ihrem Namen Aechu) die Voraussetzungen für das Erreichen dieser Ziele formulierten: Es müßte ein breites Bündnis aller alternativen Kräfte zustandekommen, die Kandidatur der Grünen allein reichte nicht aus, wenngleich sie unabdingbarer Bestandteil innerhalb eines solchen Alternativen Liste sein sollten (siehe AK 218). Kaum war ein entsprechender Antrag an die Gesamt BL formuliert, kündigten die Frankfurter Grünen ihren Beschluß, Aechu als Kandidaten auf ihrer „Offenen Liste“ zu benennen, wieder auf. Aechu's Verhalten sei „nicht vereinbar mit seinem energischen Eintreten für eine alternative Liste“, was wiederum viel über die „Offenheit“ der Grünen-Kandidatur aussagt. Was folgte, war penibel und traurig zugleich. Die Grünen beriefen sich auf ihre Parteitagebeschlüsse, auf denen schon vor vier-wenigsten Monaten alles entschieden worden sei, auf ihre eigene Konsolidierung, die sie sich nicht kaputt machen lassen wollten, auf die klare ökologische Linie, die nicht in einem Bündnis verwässert werden dürfe, verdächtigen die gerade erst entstehenden Demokratischen Sozialisten um Coppik als Trittbrettfahrer und Karrieristen und setzten sogar einige persönliche Diffamierungen Aechus in die Welt. Kurzum: Sie gebärdeten sich wie eine „richtige Partei“. Leute, die mit ihnen zusammen eine AL aufbauen wollten, müßten nun mal zur Kenntnis nehmen, daß die Grünen keinesfalls mitmachen würden, und sollten deshalb lieber gleich die Finger davon lassen.

Als Manfred Coppik mit einer scharfen öffentlichen Kritik an diesem Vorgehen antwortete und die Grünen dazu aufforderte, sich auf Kooperation einzulassen, legten diese in der Polemik noch zu.

Hier wurde offenbar immer noch der alte Traum vom Sozialismus geträumt, so das große Bundesweitendmitglied Uli Traut auf einer Fremdenkonferenz in Frankfurt, ersetzt endlich einzunehmen, daß es damit ein Ende habe ebenso wie mit der Arbeiterbewegung, jedenfalls in West-Europa. Milan Horacek (grüner Stadtratsordner in Frankfurt) bekannte sich gar

entreten. Sie wird deshalb auch nicht zur Bildung einer Wahlvereinigung aufrufen. Die BL wird sich aktiv mit ihren Forderungen und Argumenten am Wahlkampf beteiligen.

3. Die BL ruft alle Startbahngegner Hessens dazu auf, keine Partei zu wählen, die den Bau der Startbahn West oder andere umweltzerstörerische Projekte befürwortet.

4. Die BL wird ihren gewaltfreien und aktiven Widerstand gegen den Bau der Startbahn fortsetzen. Sie wird weiterhin für ein Hochflugverbot und für eine Wiederaufstellung des gerodeten Startbahngeländes kämpfen.

5. Die BL warnt vor einer Zersplitterung der Widerstandsbewegung gegen die umweltzerstörerische Politik in Hessen anlässlich der Landtagswahl 82“

Dieser Delegierten-Beschluß schien die Wahldebatte innerhalb der BLs auf den Punkt Null zurückzubringen. Es hatte sich eine Art Negativkoalition von Grünen, Sozialdemokraten und Autonomen gebildet, die in der Kerngruppe der BL eine klare Mehrheit stellten. Die Sozialdemokraten sahen sich in einem neuerlichen qualvollen Konflikt zwischen ihrer Parteizugehörigkeit und einer von der BL unterstützten Wahlliste. Die Grünen fürchteten um ihre Alleinkandidatur. Den Autonomen schiedlich war alles recht, sofern es nur dem Anschein nach wenn schon nicht antiparlamentarisch, so doch wenigstens nicht-parlamentarisch war. War ihnen das Volksbegehren schon zutiefst suspekt gewesen, sollte eine derart „legalistische“ Kampagne keinesfalls nochmal zustandekommen. Vom mehr spontanen bis zum Antimpi-Fingel waren sich in dieser Frage sämtliche autonomen Varianten einig. In der Praxis sah das so aus, daß sie sich in der Argumentation gegen die AL Befürworter von den Jusos kaum noch unterscheiden ließen (1).

Diese Koalition unterschiedlicher Interessen wäre wohl niemals zusammengekommen, wenn die einzelnen Gruppen ihre jeweils eigene Politik zu den Landtagswahlen zur Debatte gestellt hätten. Stattdessen fand man zu einem gemeinsamen BL-„Selbstverständnis“, wie es in dem oben zitierten Antrag zum Ausdruck kommt. Dies wurde untermauert durch eine auf den ersten Blick zuträufliche pragmatische Apatation.

- eine aktive Wahlbeteiligung der BL würde ein furchtbares Hick Hack auslösen,

Fortsetzung nächste Seite

Aufregung um „diffamierende Äußerungen“ über Ernst Hoplitschek

In der Redaktion der „Modernen Zeiten“ gibt es Zank, ausgelöst durch ein Interview mit General a.D. Oert Bastian (MoZ 2/82, S. 62). Interviewerin Beilina Hoeltje (Gruppe Z, früher Bundesvorstandsmitglied der Grünen) hatte Bastian u. a. nach seiner Meinung zu den Rechtskämpfen im neuen grünen Bundesvorstand, insbesondere zu Ernst Hoplitschek, unsachlichen Angriffen gegen seine Vorstandscollegen Petra Kelly, befragt. In seiner Antwort hatte sich Bastian mit Petra Kelly solidarisiert und von „Gründungskämpfen, die mit sehr unfeinen Mitteln ausgetragen werden“ gesprochen. Zum Verhalten von Ernst Hoplitschek hatte er gesagt: „Was Herrn Hoplitschek betrifft, so konnte ich ihn nicht persönlich, ich möchte also mit meinem Urteil zurückhaltend sein und es nur auf das stützen, was er in jüngster Zeit an öffentlichen Äußerungen von sich gegeben hat. Da bin ich freilich der Meinung, daß sich über sein Auftreten vor allem die Gegner der Grünen freuen können. Denn wenn es ihnen oder dem Verfassungsschutz jemals gelingen sollte, einen Beauftragten an die Spitze der Grünen zu bringen, dessen Aufgabe es wäre, die Partei zu spalten, dann würde sich ein solcher Mann wohl nicht viel anders verhalten“.

Nachdem er den Interview-Text später noch einmal gegengelesen hatte, entschloß Bastian sich für Streichung des zitierten Abschnitts, das wurde ihm auch zugesagt. Ein entsprechender Hinweis wurde allerdings bei der technischen Bratung der Zeitschrift übersehen. Ein weiterer unglücklicher Umstand wollte es, daß am Tag nach Erscheinen des Interviews eine Sitzung des Bundeshauptaussschusses (BHA) der Grünen (laut Satzung höchstes Beschlüßgremium zwischen den Bundesparteitag) stattfand. Der BHA mißbilligte sogleich die „diffamierenden Äußerungen von General a.D. Bastian über das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Grünen Ernst Hoplitschek“ und forderte „die Redaktion von „Moderne Zeiten“ auf, diesen Beschluß in der nächsten Nummer abzu drucken“.

Während in Bielefeld der BHA das Interview mißbilligte, traf in Mannheim bei Lesüre desselben den MoZ-Redakteur Wilfried Maier (chem. Spitzenfunktionär des KBW) der Schlag — so jedenfalls schildert er es selbst in einem sofort aufgesetzten Entschuldigungsbrief an Ernst Hoplitschek. Zugleich teilte W. Maier Hoplitschek mit, daß er nicht nur durch den von Bastian zurückgezogenen Abschnitt schockiert sei: „Aber auch ohne den letzten Abschnitt, der ja nun auch öffentlich ist, finde ich den Vorgang untragbar“. In einer öffentlichen Stellungnahme (abgedruckt in MoZ 3/82 unter dem Titel „Redaktion kontrvers“), erläutert Maier, warum ihm Bastians kritische Aussagen zu den „Gründungskämpfen“ generell mißfallen: „Ich weiß nicht, welcher Teufel den Herrn Bastian reißt, sich mit öffentlichen Interview-Äußerungen in politisch-persönliche Streitigkeiten innerhalb des Bundesvorstandes der Grünen einzumischen. () Man muß annehmen, daß seine Informationen aus demjenigen der streitenden Lager stammen, als dessen Innerschleier er jetzt auftritt () Es werden derartige Äußerungen mit Bedacht aus dem Mann herausgelockt, von dem man nach seiner vorhergegangenen Entlassung als Gastredner auf dem grünen Bundesparteitag befürchten mußte, daß er sie tun würde. Das ist eine Schande. Und doppelt schändlich ist, daß wir dieses Interview auch noch gedruckt haben“.

Dieser Sichtweise hat „MoZ“-Redakteur W. H. K. Golttermann (Gruppe Z) in einer ebenfalls abgedruckten „Antikritik“ scharf widersprochen. Golttermann verwahrt sich dagegen, Bastian „als eine Art „seniles Monopolisationsopfer““ hinzustellen und „in der Redaktion vereinbarte Interviews zu unterdrücken“, wenn Aussagen unserer Interviewpartner der Redaktion oder einzelnen Redakteuren — aus welchen Gründen auch immer — nicht in den Kram passen“.

Zum politischen Kern des Streits im Bundesvorstand der Grünen schreibt Golttermann: „Ernst Hoplitschek verkörpert zusammen mit anderen im grünen Bundesvorstand jene Bemühungen, die auf Bruch mit der DDP in der Friedensbewegung aus sind, auf Ausschließen der Grünen aus dem Kreis derer, die auf Spaltung der Friedensbewegung selbst, was im Erfolgsfall nicht nur eine Distanzierung von der DDP bringen würde, die für die Friedensbewegung vielleicht verkräftbar wäre, sondern die eine Isolierung und womöglich Spaltung der Grünen selbst zum Ergebnis haben könnte, weil relevante Kräfte der Friedensbewegung sich, trotz wiederholter Aufforderung durch die SPD, einem solchen Spaltungskurs widersetzen würden. Zurecht, wie ich meine. Wer — im Gegensatz zu E. Hoplitschek und W. Maier — die aktuelle Weltkriegsgefahr in der Politik der Reagan-Administration und der ihrer Verbündeten sieht und nicht zugleich auch noch in den sowjetischen Rüstungspolitischen Maßnahmen, hat wenig Verständnis für Versuche einer Ausgliederung der DDP aus der Friedensbewegung. Auch nach dem polnischen Militärputsch nicht. Wenn E. Hoplitschek es bisher vorgezogen hat, zur Durchsetzung seiner Ansichten im grünen Bundesvorstand Repräsentanten einer solchen Einschätzung der Kriegsgefahr, die er nicht teilt, v. a. auf einer persönlich-politischen Ebene zu attackieren, sollte ein politischer Redakteur wie W. Maier dieses unangehörliche Spielchen nicht auch noch mitbetreiben, sondern mit offenem Visier für seine politischen Ansichten und Konsequenzen antreten“.

Neben der Golttermann-Replik enthält die „MoZ“ 3/82 auch eine gemeinsame Stellungnahme von Jürgen Reents (Gruppe Z), Wolfgang Gukelberger (SI Westberlin) und Frieder O. Wolf, die sich — wenn auch in der Tonart etwas gemäßigt — inhaltlich kaum von der Golttermann'schen „Antikritik“ unterscheiden.

Außerdem soll ein — leider allzu knapper und oberflächlicher — Artikel von Aram Ockert (Gruppe Z) die Hintergründe der „Angriffe auf Petra Kelly innerhalb der Grünen“ erheilen. (Das war bisher in der „MoZ“ verstaumt worden.)

Der Streit um das Bastian-Interview wirft ein beachtenswertes Licht auf die isolierte Stellung der von W. Maier repräsentierten KBW-Abspaltung „Komitee für Demokratie und Sozialismus“ (KDS) innerhalb des „MoZ“-Blocks. (Dasselbe zeigt sich an der Auseinandersetzung um die Polen-Solidarität, wo Jochen Esser (KDS) in der „MoZ“ mit seinem Plädoyer für die vaterländische „Pöckelhauben-Fraktion“ allein auf weiter Flur steht. Für W. Maier, der eigentlich der geistige Vater des Sammelversuchs um die „Modernen Zeiten“ ist, muß das eine tragische Entwicklung sein. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen seitens der KDS-Kader daraus gezogen werden.

gemeint aufreihen und zur politischen Wirkungslosigkeit verdammen. Der Alleinvertretungsanspruch einer Gruppierung würde viele von uns im Regen stehen lassen und politisch ebenfalls etwas verändern können“. Diese Entscheidung kam bei ca. 800 Anwesenden mit 3/3-Mehrheit zustande (die „faz“ schreibend von 1000 Teilnehmern und 80% Mehrheit). Dies bedeutet, daß es eine „authentische“ BI-Versammlung war, die besser besucht als die vorangegangenen Plena, und nicht eine Veranstaltung der Szene unter der Flagge „BI“. Nicht nur am Ergebnis, sondern auch am Diskussionsverlauf und den entsprechenden Sympathie- und Mißfallensäußerungen kann abgelesen werden, was in der BI „Sache“ ist.

Die Mehrheit wünscht nicht, als BI

„Grünes Monatsmagazin“ in Planung

Im letzten AK berichteten wir von den Plänen einiger grüner Persönlichkeiten um Bundesvorstandsmitglied Ernst Hoplitschek, die von August Hauptleiter herausgegebene Zeitsung „Die Grünen“ zu liquidieren und ein neues Zentralorgan aus der Taufe zu heben. Inzwischen haben diese Pläne konkrete Gestalt angenommen. Auf Führungsebene kursieren umfangreiche Papiere von Ernst Hoplitschek und Klaus Wolschner über ein „publizistisches Konzept“, „Medienarbeit“ und ein neu zu schaffendes „grünes Monatsmagazin“, dessen Nullnummer nach den Vorstellungen seiner Planer schon im Mai erscheinen soll.

Daß ein solches Magazin (das Hoplitschek und Wolschner mit finanzieller Beihilfe der Partei und einer großangelegten Werbekampagne in einer Auflage von 30.000 Exemplaren an die Kioske bringen wollen) den Rinn der bestehenden Partei-zeitung „Die Grünen“ bedeuten würde, liegt auf der Hand. Ein formeller Beschluß, „Die Grünen“ einzustellen, erübrigt sich damit. Das wird von Hoplitschek und Wolschner so nicht offen ausgesprochen. Im Gegenteil, sie stellen sich in ihren „Allgemeinen Überlegungen zu einem grünen Monatsmagazin“ als Fürsprecher der Leserschaft der grünen Wochenzeitung dar: „Eine deutliche Veränderung des redaktionellen Konzepts des Wochenblatts allerdings würde seine bestehende wirtschaftliche Basis in Frage stellen. Das wäre weder zu rechtfertigen im Hinblick auf das Interesse des bestehenden Leserkreises, noch sinnvoll angesichts der damit verbundenen Risiken“.

Das grüne Magazin soll „Diskussionsforum und Zeitschrift für politische Ökologie“ sein und „wegweisende Kontroversen und Entwicklungen der grünen Meinungsströmung bündeln“ sollte Fragen der politischen Kultur ansprechen auch da, wo sie von der

Partei der Grünen eher verdrängt werden (die Haltungen zu Fragen der politischen und der Lebenskultur gehen bei den Grünen so weit auseinander wie in der Gesellschaft, ohne daß es darüber zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung gekommen wäre!). Fragen der politischen Strategien, wie sie durch das Abbröckeln „Unabhängiger Sozialdemokraten“ oder die Werte-Diskussion in der CDU-Politik gestellt sind“. Zu diesem „verdrängten“ Fragen der politischen und der Lebenskultur“ gehört auch das Thema „Heimath“, das als ständige Rubrik erscheinen soll — ein „Versuch, an konkreten Beispielen und Bräuchen die Werte-Diskussion zu führen“.

Wie diese Diskussion laufen soll, hat Ernst Hoplitschek vor etwa einhundert Jahren im „BUS-Rundbrief“ (Organ der „Baumdemokratischen und demokratischen Sozialisten“ in den Grünen) verdeutlicht. In seinem Aufsatz über „Die Schwierigkeiten der Linken im Umgang mit den Wert-konservativen“ (gemeint sind rechte Ökologen wie Gruhl und Springmann) schrieb er u. a.: „Die Linken haben schon immer nur von Sachen geredet, vom „Gehirn“ zu reden, scheint immer den Rechten vorbehalten gewesen zu sein. (...) Es besteht allerdings historisch die Chance, die Vereinnahmung der wertkonservativen Motive durch manifeste konservative Machtpolitik zu durchbrechen“.

Mit dem neuen Zeitungsprojekt soll diese „historische Chance“ am Schopfe gepackt werden.

Wie Hoplitschek und Wolschner sich die anderen ständigen Rubriken vorstellen, kann in etwa erahnt werden. Da soll es in jeder Nummer kritische „Porträts“ geben von „Grünen, die eine bürgerdemokratische und politische Rolle spielen“ — sollte da auch an ein gehässiges Petra Kelly-Porträt aus der Schreibmaschine von Ernst

Hoplitschek gedacht sein? Oder die Rubrik „Zwei Kulturen — Porträts von Geistgelehrten, in der Problematik der Gegenüberstellung der Kulturen von Herkunftsland und BRD, kulturelle Entwurzelung“ — sollen da auch die bisher aber nicht mehr angeführten „von den Rechten vereinnahmten wertkonservativen Motive“ zum Maßstab gemacht werden?

Hoplitschek und Wolschner haben richtig erkannt, daß die Durchsetzung ihrer politischen Linie von der personellen Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Redaktion abhängt. Zum einen soll dafür gesorgt werden, „daß überregional bekannte und meinungsbildende Personen wie Carl Amery, Rudolf Bahro, Claus Offe — um nur witziglich einzelne Namen zu nennen — ihre Sachkenntnis und ihr Renommee in kontinuierlicher Weise in die politische Diskussion der Grünen einbringen können“. Zum anderen soll die Redaktion autonom arbeiten: „Die politische Anbindung an die Organisation darf die journalistische Unabhängigkeit der Redaktion nicht einengen, ein direkter Zugriff von Organen oder Einzelpersonen der Grünen auf die Inhalte muß ausgeschlossen werden. (...) Für die publizistischen Grundsatze des Magazins ist ein Gremium verantwortlich, das aus 11 Vertretern der Bundesländer (die von Landesvorständen bzw. Landeshauptaussschüssen zu bestimmen wären) und 3 Redaktionsmitgliedern zusammengefasst ist. Der Redaktionsbeirat kann Redakteure abwählen und durch neue ersetzen“.

Bevor es dazu kommen darf sich der betreffende Redakteur schon allerhand Ungeheuerliches geleistet haben — das weiß das laut Satzung „jederzeit abwählbare“ Bundesvorstandsmitglied Ernst Hoplitschek aus Erfahrung.

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: „Der traditionelle Leichtmatrosenaufstand“ im Abwind — Grüner Durchbruch

1. Die Wahlbeteiligung sank um Vergleich zur Kommunalwahl 1978 um 4,4%, was allgemein als Überraschung hoch bewertet wurde. Als etablierten Parteien waren davon betroffen, besonders aber die SPD.

2. Trotz des Verlustes von über 1800 Stimmen konnte die Partei des „Brokdorfer Landgrafen“ um 0,9% zulegen und 50,1% der Stimmen erzielen.

3. Die SPD verlor 5,91% ihrer Wähler. In den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster sogar 7,38%. Im Verhältnis zur Landtagswahl 1979 sind das 7,1%, im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl 1980 sind das unheimliche 12,1% der Stimmen!

4. Die rassistische „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ (KLA) erzielt bei ihrer Kandidatur in Kiel auf Anhieb 3,8%, in einem Bezirk sogar 8,6% der Stimmen. Dieser Textballon ist im ganzen Lande zu spüren, ein ernst zu nehmender öffentlicher Durchbruch!

5. Die als „Die Grünen“, „Alternative Liste“, „Grüne Liste“ der GLSH oder als gemeinsame Links-Verbindung aus „Die Grünen“ und GLSH auftretenden Parteien konnten sich größtenteils gegen die 5%-Hürde behaupten. Dabei waren die Verbände der Bundespartei „Die Grünen“ in den meisten Kreisen erfolgreich (im Schnitt 5,71%), da nur in einigen Kreisen kandidierendem GLSH-Gruppen erreichten dort im Schnitt 3,8% der Stimmen. Das als AL kandidierende

Wahlbündnis aus Grünen und einigen Unabhängigen in Neumünster erzielte das zweitbeste Kreisergebnis dieses Spektrums überhaupt: 7,8%! Übertrifft man dieses gute Ergebnis nur durch das GLSH-Grüne-Bündnis in Steinburg von 9% (Brokdorf-Landkreis).

Die SPD hatte sich zu diesem Wahlkampf etwas besonderes ausgedacht. Sie wollte ihre „Nachrüstungs- und Neutronenbomben-kritische Friedensopposition herausstellen. Deshalb organisierte sie über 25 Diskussionsveranstaltungen unter dem Motto „Lieder gegen den Krieg — Thesen für den Frieden“. Vertreten war wie schon beim Landtagswahlkampf 1979 haufenweise linke Prominenz: Enka Pluhar, Bettina Wegener, Ina Dieter, Günther Gram, Hans Scheibner, Gebr. Blattchus, Günther Wallraff, und Bürgerinitiativier und Wessenshafter (z.B. Dieter S. Lutz). Dazu die offizielle SPD-Links in Person von Erhard Eppler, Hans-Ulrich Klose, Dieter Lattmann, neben den bekannten Größen aus S.-H.

Aber insgesamt doch eher eine mäßige Show — die nunmehr sich durchsetzende Nähe zur Bonner SPD-Politik zeigt ihre Spuren. „Die Partei geht den Bach runter, denn mit dem Strom schwimmen ist zwar leichter“ (oder Bonner SPD-Kurs?), „aber man“ kommt dabei nicht an die Quelle! (der Umarmen der Parteimitglieder, Ann. d. Verf.), kommentiert der SPD'ler Hilmar Zachach in der „faz“ vom 11.3.82.

Für alle beteiligten Grünen und Alternativen war diese Kommunalwahl ein wichtiger Test auf die Landtagswahl in einem Jahr a) Flensburg und Lübeck dokumentieren, daß grüne Konkurrenz-kandidaturen (hier: Konservative GLSH gegen Bundespartei „Die Grünen“) sich gegenseitig matt setzen. Beide blieben unterhalb der 5%-Hürde. Eine Konkurrenz auch bei der Landtagswahl würde jede Chance von vornherein verbauen, die 5% zu meistern. b) Für die im Landesverband „Die Grünen“ stark vertretene „Initiative Sozialistische Politik“ („Moderne Zeiten“, in S. H. weitgehend mit der Gruppe Z identisch) stand diese Kommunalwahl im Zeichen ihrer Bündnisambitionen in Richtung SPD. „Mit der SPD sind grüne Positionen durchsetzbar“, so die grüne Landesvorsitzende Uta Wilke in der „Kieler Rundschau“ am 7.1.82. Sicher ist das auch der eigentliche Hintergrund für die scharfe Abgrenzung der Grünen gegenüber anderen Kräften des linken Lagers.

Interessant dürfte die Entwicklung in Kiel werden. Die Gruppe Z ist dort in ihrem Element: „Züngeln an der Waage“! SPD (22), FDP (2) und Grüne (2) haben zusammen 26 Abgeordnete und die CDU 23. Die SPD hat schon Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Die grüne Kieler Ratsfrau hielt es für nötig zu betonen, daß „die Grünen keine Chaos-Team seien, sondern eine solide Politik betreiben wollen“ (so laut „Flensburg Avis“, 12.3.).

Ein Genosse aus Schleswig-Holstein

Fortsetzung von voriger Seite

Punkte des Antrags der Delegiertenversammlung (s.o.; der zweite Satz des Punkt 2 wurde ersatzlos gestrichen). Statt des Punkt 5 wurde jedoch auf Antrag der BI Morfelden der folgende Absatz verabschiedet: „Die BI fordern dringend die Grünen und die sich bildende Alternative Liste auf, umgehend in Verhandlungen einen Konsens zur Landtagswahl zu finden. Dieser Konsens muß die breite Protestbewegung gegen die Umweltschädigung durch die vorhandenen Landtagsparteien vertreten können. Ein sonst unweigerlich aufkommendes Konkurrenzverhalten beider Gruppierungen würde als ge-

wisst an einer Kandidatur teilzunehmen, schickt aber einzelne BI-Mitglieder, die das tun wollen, wohlwollend ins Rennen“.

— Andererseits will man sich auch nicht durch eine gemeinsame Stellungnahme, die alles oder nichts besagt, von jeder Einmischung ausschließen.

— Dem Grünen traut man nicht zu, das gesamte Protestpotential zu mobilisieren, insbesondere nicht dasjenige, das sich im gewerkschaftlichen Bereich jetzt zu Wort meldet.

— Es wird Druck zugunsten einer einheitlichen grün-alternativen Kandidatur ausgeübt.

Die BI ist doch politischer, als manche annehmen. Oder hat die in zwischen aufgeführte Grüne Liste Hes-

ses politisches Erbe hinterlassen? Es wird nun zur Bildung örtlicher Initiativgruppen für eine AL Hosen kommen. Ob daraus wirklich eine Alternative Liste wird, hängt sehr davon ab, wer und wieviel darin zusammenkommt, und ob ein Konsens gefunden werden kann. Das große Fragezeichen hängt über den Grünen. Sie erproben zu wollen, ist niemandes Absicht. Andererseits gebärden sie sich just so, als ob Erpressung und Machtpolitik die einzige Sprache wären, die sie verstehen.

Alle Beteiligten sollten sich darüber im klaren sein, welche schwerwiegende Bedeutung diese Landtagswahlen haben, und daß, wie Coppius es goldrichtig bei seinem Ausritt aus der SPD formulierte, der Vormarsch Dreggers jetzt nur noch von den Grünen und Alternativen gemeinsam

gestoppt werden kann (wenn überhaupt). Gerade die linken Grünen haben sich in ihrer Abrechnung mit dem Sozialismus mühsamer als der beliebten Kritik an der alten KPD bedient, die bemerkt, daß die KPD für den Faschismus mitverantwortlich gewesen sei, weil sie nicht das Bündnis mit Sozialdemokraten gesucht habe. Sie haben nun Gelegenheit zu beweisen, wie ernst es ihnen mit solchen Kritiken gewesen ist.

K.B./Gruppe Frankfurt

Anmerkung

(1) Die Frankfurter Spontis, von den Autonomen wohl zu unterscheiden (2), unterstützen vorbehaltlos die Position der Grünen, wobei — skurril genug — die grünen Parteimitglieder zu den grünen Partei-gegnern geworden sind. Laul

Die Schwierigkeiten der Grünen mit den Demokratischen Sozialisten

Hefige Kontroversen hat die Formulierung der Demokratischen Sozialisten in den Reihen der Grünen Partei ausgelöst. Wir dokumentieren im folgenden drei grüne Stellungnahmen zu diesem Komplex: 1. eine wie gewohnt eigenmächtig im Namen des Bundesvorstandes abgegebene Presse-Erklärung von Ernst Hopfischek, 2. eine Resolution der Hamburger Grünen, 3. den mehrheitlich gefassten Beschluss des Bundeshauptratschusses (24 Ffr., 4 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen) vom 7.3.82.

Bonn, den 25. Januar 1982

Gründung einer neuen Sozialistischen Partei durch Coppel und Hansen?

Zu den Gerüchten und Spekulationen der Gründung einer neuen Partei links von der SPD nehmen DIE GRÜNEN wie folgt Stellung: 1. Die Art und Weise der Gründungs-vorbereitung einer neuen Partei links von der SPD läßt deutlich Merkmale einer Gründung von oben erkennen. Der Vorgang widerspricht insbesondere der basisdemokratischen Kultur der GRÜNEN, die sich auf eine vorhandene soziale Basis der grün/alternativen Bürgerinitiativen-Bewegung stützt.

2. Historisch ist die Gründung einer neuen Partei links von der SPD völlig fehl am Platz. Ihr Ende ist bereits jetzt schon vorprogrammiert. Die lebensbedrohende Situation, wie sie durch eine Forcierung von Aufrüstung, Großprojekten und dem Ausbau des Atomprogramms deutlich wird, erfordert eine neue Politikverständnis, das ökologischen Ansätzen nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch Rechnung steht.

3. Insofern kann es nur im Interessensbereich einiger führender SPD-Strategen liegen, um nach innen die sogenannte Kanalarbeiter-Fraktion zu stärken und nach außen die oppositionelle soziale und ökologische Emanzipationsbewegung in der Bundesrepublik weiter zu schwächen, um in der Konsequenz auch die Wahlerfolge der GRÜNEN bei den kommenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1984 zu unterlaufen.

4. Andererseits zeigt der Vorgang den Tatbestand, daß die Widersprüche in den etablierten Parteien an Schärfe zunehmen. Sie können dort nur noch mit Ausschlußpraktiken bereinigt werden.

5. Die GRÜNEN fordern alle unzufriedenen Sozialdemokraten auf, mit den GRÜNEN an der Basis über Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Zielvorstellungen zu diskutieren. Für den Bundesvorstand ges. Ernst Hopfischek

Pressemitteilung - Bonn, 8.3.82

Der Bundesausschuss der Grünen kritisiert den angekündigten Parteigründungsprozeß der Demokratischen Sozialisten

Die Grünen begrüßen den historisch überlängten Abkündigungsprozeß Demokratischer Sozialisten aus der SPD und das Bemühen von Sozialisten, einen inhaltlichen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Wir halten jedoch die angekündigte Parteigründung für einen Schritt in die falsche Richtung, weil sie eine Spaltung des Protestpotentials bewirken und gleichzeitig eine Stabilisierung des herrschenden Blocks zur Folge haben kann.

Jenen, die in der Bundesrepublik Deutschland nach parlamentarischen Alternativen Ausschau halten, kommen in ihren programmatischen und organisatorischen Überlegungen nicht darum hin, sich konkret mit den Positionen und der Politik der Grünen auseinanderzusetzen. Diese Diskussion sollte insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene geführt werden. Die Grünen suchen und fördern die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Spektrum Demokratischer Sozialisten. Wir laden auch alle an der Vorbereitung und Durchführung des alternativen Produktionskongresses im Sommer 1982 mitzuwirken.

Wir fordern die Organisationen des Recklinghauser "Forum" auf, diese Treffen für alle sozialistischen und grün/bunt/alternativen Kräfte offen zu gestalten.

Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer



Resolution der Bunte Liste Bielefeld zum Verhältnis Grüne/„Demokratische Sozialisten“

1. Die Bunte Liste begrüßt den Entschluß von Manfred Coppel, aus der SPD auszutreten, und den damit eingeleiteten Versuch der Organisation „Demokratischer Sozialisten“.

2. Die von einigen Grünen (Ernst Hopfischek, Grüne Frankfurt) geäußerte Auffassung, die diese Initiative allein als konkurrierende Organisation zur Partei „die Grünen“ ansieht, erscheint uns als engstirnig und vereinfacht. Sie trägt u.z. nicht dem Umstand Rechnung, daß die alternative Wahlbewegung insgesamt - von einigen Keimformen abgesehen - es im wesentlichen nicht geschafft hat, vielleicht auch nicht schaffen konnte, das umfangreiche Protestpotential entzundert oder „untergetauchter“ Sozialdemokraten bzw. Sozialisten zu aktivieren. Genau dies ist in erster Linie die Zielsetzung der Initiative von Hansen und Coppel, deren Chance somit darin besteht, die Widerstandskraft gegen die Politik des herrschenden Blocks von SPD/FDP/CDU/CSU organisatorisch zu verstärken, ohne gegen die Grünen zu arbeiten.

3. Wenn auch diese Aufgabenstellung eher/nur (?) in - zumindest zu - nächst - organisatorischer Eigenständigkeit zu bewältigen ist, so betonen wir andererseits die Notwendigkeit, die Option eines Zusammengehens der Grünen und des - in seiner konkreten Gestalt sich erst entwickelnden - Projekts „Demokratischer Sozialisten“ in jeder Form offenzuhalten und dies in der Art der Zusammenarbeit zu berücksichtigen. Dies umfaßt die - regional unterschiedliche - Möglichkeit von Wahlbündnissen (in NRW bleibt dafür noch viel Zeit), zweitens die Kooperation in außerparlamentarischen Aktionen sowie drittens die Verständigung über programmatische Fragen (in Kürze z.B. der Produktionskongreß).

Im Sinne dieser Anforderungen begrüßen wir die Aussagen von M. Coppel, z.B. jene auf der „Austritts-Pressekonferenz“. Dort erklärte er, dazu beitragen zu wollen, „das vorhandene Protestpotential in der BRD im Kampf gegen den herrschenden Block zu stärken und zusammenzufassen“, ausdrücklich für „jede Lösung“ offen zu sein, „die eine Alternative links von der SPD stärkt“, und „jede Organisationsform“ zu unterstützen, „die in ihrer Tendenz nicht spalterisch innerhalb der Linken, sondern integrativ wirkt“. Wir drücken unsere Erwartung aus, daß das Forum demokratischer Sozialisten am 20.9. in Recklinghausen diese Positionen bestätigt.

4. Eine Kooperation mit der Perspektive des Zusammengehens halten wir nur dann für möglich, wenn das Projekt „Demokratische Sozialisten“ sich weder reduziert auf ein „Zurück zu den unbefleckten Anfängen des Godesberger Programms“ noch sich als bloß vergrößerte Ausgabe sozialistischer Sektoren erweist.

Das Projekt wäre von vornherein gescheitert, wenn es die politischen Erfahrungen in der Protestbewegung der letzten fünf Jahre ausblenden würde. Dazu zählen z.B. die - wenn auch um einzelnen inunter umstrittenen - prinzipiellen Zielvorstellungen der alternativen Wahlbewegung:

- außerparlamentarische Bewegung als Basis politischen Handelns,
- innerorganisatorische Basisdemokratie
- Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge.

Wenn bezüglich dieser Punkte bei den Grünen berechtigte Skepsis besteht, so möchten wir schlicht darauf verweisen, daß die Grünen im Anfangsstadium auch nicht das waren, wozu sie sich inzwischen durchgerungen haben. Eine Befruchtung des programmatischen Denkens wie des praktischen Handelns ist allerdings auch in der umgekehrten Richtung zu denken, d.h. daß die alternative Wahlbewegung versucht, von Ansätzen bei den „Demokratischen Sozialisten“ zu lernen (v.a. im Bereich Wirtschaft und Gewerkschaften).

5. Auf der traditionellen Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Bunte Liste und den Grünen, die wir ausdrücklich bekräftigen, begrüßen wir darüberhinaus das Engagement von Bunte Liste - Mitgliedern im Rahmen der „Demokratischen Sozialisten“. Eine solche Mitarbeit von Einzelpersonen aus der alternativen Wahlbewegung verbessert die Chancen solidarischer Kooperation von Grünen und „Demokratischen Sozialisten“ so wie ihres künftigen Zusammengehens.

6. Unabhängig vom sonstigen Verhältnis der Grünen und der „Demokratischen Sozialisten“ zueinander, ist für die Beteiligung an Wahlen eine enge Zusammenarbeit, möglichst in Form einer gemeinsamen Liste anzustreben, um auf dieser Ebene den Widerstand gegen den herrschenden Block zu bündeln und zu verhindern, daß beide getrennt unter der 5%-Hürde bleiben.

Verabschiedet auf dem Bunte Liste Plenum am 3.3. (bei 2 Enthaltungen).

DKP: Über „Demokratische Sozialisten“ nicht erfreut

Die DKP macht sich wenig Mühe, ihr Maßvermögen über das Entstehen einer neuen Gruppierung links von der SPD zu verbergen. Schließlich ist die Stärkung der DKP das erklärte Hauptziel der DKP - und da fragt sich doch, ob sozialistische Sammlungsversuche diesem Hauptziel nicht eher abträglich sind. „Es stellt sich die Frage“, formuliert DKP-Vorsitzender Herbert Mies: „Wird die Abkehr von beachtlichen Teilen der Arbeiter und der Jugend von der SPD und die beabsichtigte Formierung linkssozialdemokratischer Kräfte zur Stärkung oder zur Schwächung der Arbeiterbewegung, zur Entwicklung der Aktionseinheit der Linkskräfte und der DKP beitragen?“

Das ganze reduziert sich auf die Frage nach den Auswirkungen für die DKP, denn: „... Alle Erfahrungen besagen immer wieder, daß eine starke kommunistische Partei notwendig ist, um Arbeiter- und Volksinteressen zur Geltung zu bringen, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten voranzubringen, demokratische Bündnisse und Bewegungen zu stärken.“ usw. Und „kommunistische Partei“ wird von der DKP niemals anders als mit „DKP“ übersetzt.

Die Fragestellung ist also schlicht und einfach - und das Ergebnis ist für die DKP nicht ermutigend. Was sich da als neue Strömung formiert, jubelt weder der Politik der DKP noch den Zuständen und Praktiken des Realsozialistischen Blocks zu. Die neue Strömung ist also, wie unschwer zu erkennen ist, „antikommunistisch“. Herbert Mies formuliert das so: „Wenn unter den Kräften, die eine „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ anstreben, antikomunistische Vorbehalte gegenüber dem realen Sozialismus, ein distanzierendes Verhältnis zu unserer Partei und Ähnlichkeiten mit kleinbürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen der Grünen anzutreffen sind, dann wird davon deutlich, daß solche Auffassungen auch nach einer Abwendung von der SPD noch nicht überwunden sind.“ (Man beachte die brillante innere Logik dieses Satzes!)

Das Urteil über die „Demokratischen Sozialisten“ kann demnach nur negativ

sein. „Angesichts der Stellungnahmen von SPD-Politikern wie Glott, von Politikern anderer Parteien und Kommentatoren bürgerlicher Massenmedien haben wir den Eindruck, daß genau in dem Augenblick, da in der Bourgeoisie und in der rechten SPD-Führung das Trauma aufkommt, die DKP könne aus ihrem Engagement für Frieden, gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit neue Kraft schöpfen, gewisse Kreise an die Bildung einer linkssozialdemokratischen Organisation die Hoffnung knüpfen, auch so - wie es Brandt einmal ausgedrückt - „die DKP so klein zu halten wie nur möglich“. Da kommt der Eindruck hinzu, daß es bestimmte Kreise auch in der SPD-Baracke gar nicht so ungern sehen, wenn kritischen und sozialistisch denkenden Teilen der Jugend die Hinwendung zur DKP erschwert und sozialdemokratische Arbeiter an der Entwicklung von Massen- und sozialistischem Bewußtsein gehindert werden.“

Die „Demokratischen Sozialisten“ also als Störrupp der Bourgeoisie gegen den wachsenden Masseneinfluß der DKP. Denn schließlich kann es außerhalb der DKP überhaupt kein Hell geben: „Alle geschichtlichen Erfahrungen belegen immer wieder, daß es richtig und konsequent ist, wenn diejenigen, die den Sozialismus, den gesellschaftlichen Fortschritt wollen, ihren Platz in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse suchen“ - und damit meint die DKP noch allemal ausschließlich sich selbst. (Alle Zitate aus der Rede von Herbert Mies auf der 3. Tagung des Parteivorstandes, zit. nach „U2“, 11.2.82).

Diese Aburteilung der „Demokratischen Sozialisten“ läßt sich mit der gewohnten Anbieterrolle der DKP gegenüber der SPD kaum in Einklang bringen. Aber der DKP ist ein rechter Sozialdemokrat in der SPD noch allemal lieber als ein linker Sozialdemokrat außerhalb der SPD, der möglicherweise zum Konkurrenten für die alleinige Partei der Arbeiterklasse werden könnte. Das ist übrigens nicht neu, sondern war auch so zum Konkurrenten für die abgelehnten früheren Organisationsversuchen linker Sozialdemokraten ähnlich.

Ist eine neue Organisation notwendig?

fragt sich die Zeitschrift „Revier“ in ihrer Märzausgabe. Hans Uske setzt sich für die Redaktion mit einer Reihe von Einwänden gegen die angekündigte Parteigründung auseinander. Seine Position zu dem Juso-Argument, linke Sozialdemokraten hätten „weiter in der SPD“ zu arbeiten, ist klar: „Umgekehrt müssen sich die Linken in der SPD doch fragen lassen, wie sie sich denn die weitere Entwicklung vorstellen. Ob sie tatsächlich davon ausgehen, in Punkto Nachrüstung oder Beschäftigungspolitik oder sonstwo irgend etwas von ihren Vorstellungen erreichen zu können.“ Gleichzeitig warnt er vor „unnötigen Abgrenzungen zwischen linken SPD'ern und „Demokratischen Sozialisten“ „Linke SPD'ler und „Demokratische Sozialisten“ müssen sich als Genossinnen und Genossen behandeln, die dasselbe wollen, aber unterschiedliche organisatorische Konsequenzen daraus ziehen.“ So einfach liegen die Dinge denn wohl doch nicht. Insbesondere die Neigung linker SPD'ler, auch noch die faulsten Kompromisse mitzutragen und als (Teil-)Erfolg und Beleg für die Richtigkeit ihrer „Doppelstrategie“ zu verkaufen, dürfte - nach den schmerzhaften öffentlichen Attacken z.B. der Jusos gegen Hansen und Coppel - auch in Zukunft ein harmonisches Miteinander ausschließen.

Den Einwänden, die Demokratischen Sozialisten sollten sich - statt eine eigene Organisation zu gründen - lieber den Grünen anschließen, verachtet Uske mit einem Petra Kelly Zitat (im Interview mit der „faz“) zu entkräften. Petra Kelly halte dort u.a. gesagt: „Bei Hansen sehe ich noch keine ökologische Kreislaufwirtschaft, eher alte Gewerkschaftsforderungen mehr Lohn, mehr Wachstum. Er ist wohl noch nicht in der Lage gewor-

den, das richtig denkenden.“ Hier zeigt sich für den Verfasser „deutlich, wo viele Grüne ihre Grenzen haben. Wer meint, Kollegen erzählen zu müssen, daß diese alte Forderung nach mehr Lohn doch nun wirklich überholt sei, und stattdessen müsse man einen auf „ökologische Kreislaufwirtschaft“ machen, der darf sich nicht wundern, wenn er damit bei großen Teilen der Bevölkerung keinen Blumentopf gewinnen kann.“ Auch das schon zur Gründungszeit der Grünen Partei von den Verfechtern linker Masseneintritte ständig vorgetragene, dann in Vergessenheit geratene und nun wiederbelebte „Angebot“, gemeinsam als „sozialistischer Flügel bei den Grünen“ zu arbeiten, läßt Uske nicht gelten. Er orientiert vielmehr auf gemeinsame Aktionen und Wahlbündnisse zweier (oder mehrerer) autonomer Gruppierungen.

Die Frage nach der Perspektive einer eigenständigen Organisation links von der SPD beantwortet der Verfasser so: „Eine breite und populäre linke Alternative“ könnte den Brückenschlag zwischen den Linken und der Arbeiterbewegung herstellen. „Eine Partei, die die Probleme Krise, Ökologie und Sozialismus in eine Sprache bringt, die der einfache Mann versteht“, wie es Erich Knappe von den Grünen auf der Veranstaltung am 29.1. (in Duisburg, Ann. AK) formuliert hat. Voraussetzung dafür sei eine „gewerkschaftlich orientierte Politik“ - „Nicht in dem Sinne, daß man jeden Unstern, der von der Gewerkschaftsführung kommt, nach betet. Nicht in dem Sinne, daß man die Politik des IGFB übernimmt. Aber in dem Sinne, daß man die eigentlichen Ziele gewerkschaftlicher Organisation zu seinen eigenen politischen Zielen macht.“

Zur Politik des KABD: Die „Parteigründung“ droht

In einer Zeit, in der die westdeutsche Linke sehr selten mit Amüsanten aufwarten kann, hat sich der KABD etwas einfallen lassen. Nach 10 Jahren eher unauffälliger Existenz hat er nun festgestellt, daß die Gründung der kommunistischen Partei ansteht, oder, wie die „Rote Fahne“ (RF) 8/81 es ausdrückt, „... in der KABD, sind seine Mitglieder, Grundeinheiten und Leitungen aufgerufen, die Gründung der kommunistischen Partei vorzubereiten. Für den KABD bedeutet die Gründung der kommunistischen Partei, daß die Zeit seiner Ausbildung dann zum Abschluß kommt. Heute noch ist er ein Bund, ab KABD durchläuft er seit 1972 die Schule der revolutionären Tätigkeit. Mit der Parteigründung kommt es darauf an, den Beruf einer kommunistischen Partei auszuüben.“

Dies ist auch an der Zeit, hat sich der KABD doch „in der Praxis zu einer führenden Kraft der Diskussion über den Sozialismus“ (ebenda) entwickelt. Das soll für uns Anlaß genug sein, noch vor dem Fest der Parteigründung (geplant ist wohl Mitte 82) einige Aspekte der Politik dieser Organisation darzustellen.

Programmentwurf

Im August 81 erschien der „Entwurf des Parteiprogramms für den Gründungsparität der revolutionären Partei der Arbeiterklasse“ (1). Auf 47 knappen Din A 3-Seiten werden Grundsätze, Ziele und ein zehnteiliger Forderungskatalog wiedergegeben.

Die ersten Kapitel befassen sich mit der ökonomischen Entwicklung des BRD-Kapitalismus seit Ende des 2. Weltkriegs. Beschrieben wird die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich abzeichnende Wirtschaftskrise und der Zwang der hochentwickelten BRD-Kapitalismus zur imperialistischen Expansion. Ausführlich berücksichtigt wird der „Sozialimperialismus“ und die „Rivalität der Supermächte“, während der „proletarische Internationalismus“ mit 10 Zeilen sehr kurz wegkommt.

Auf extrem platter Ebene befaßt sich der Entwurf mit den Perspektiven und der Durchführung des Klassenkampfes in der BRD. So heißt es zum Beispiel: „Durch entsprechende Agitation und Propaganda müssen die Kommunisten erreichen, daß die Arbeiter von der taktischen Offensive zur strategischen Offensive ... übergehen“ (ebenda, S. 23).

Bezeichnend für den KABD ist auch der Forderungskatalog. So wird das Wort „Frau“ bei ca. 40 Einzelforderungen nur ein einziges Mal nebenbei erwähnt, wo es heißt: „Beseitigung jeglicher Diskriminierung der werktätigen Frau und der werktätigen Jugend“ (S. 39).

Erwähnt nur ein einziges Mal nebenbei erwähnt, wo es heißt: „Beseitigung jeglicher Diskriminierung der werktätigen Frau und der werktätigen Jugend“ (S. 39).

Kampfwillen der Arbeiter werden und die allgemeine Passivität überwinden“ (S. 23). In einer Ausgabe seines theoretischen Organs zu „Gewerkschaften und Klassenkampf“ (2) wird das noch etwas deutlicher gesagt:

„Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Situation ist der Kampf um Tagesforderungen, d.h. der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen die Preissteigerungen durch Erhöhung von Teuerungszulagen usw.“

Da fragt sich doch ernsthaft, ob dies die Hauptaufgabe von Kommunisten ist, oder ob das nicht jeder ernsthafte Gewerkschafter auch tut? Ökonomische Kämpfe sind in den letzten Jahren weitgehend ohne Zutun der revolutionären Linken von den Arbeitern geführt worden, dafür sorgten schon die Unversichertheiten der Kapitalisten (3).

Gerade wenn man — wie auch der KABD — davon ausgeht, daß die Herrschenden eine „Fauchisierung des Staates“ betreiben, müßte doch die Hauptaufgabe darin gesehen werden, im Betrieb und anderswo die Agitation um diese Frage zu einem Schwerpunkt zu machen. Doch hier ist Fehlanzeige. Allgemeinpolitische Inhalte werden nicht nur aus der Betriebsarbeit weitgehend ausgeklammert, sondern fristen auch sonst ein Schattendasein in der Politik des KABD (zur einzigen Ausnahme — Friedensarbeit — siehe unten).

Das Engagement in den Massenbewegungen wird KABD-Mitgliedern regelrecht untersagt. Auf dem letzten Delegiertenkongreß im Dezember 1979 hatte ein Genosse schlicht vorgeschlagen:

„... soweit es kraftmäßig möglich ist, müssen wir an der Bewegung gegen die Atomkraftwerke praktisch teilnehmen, um, wenn wir stark genug sind, uns an die Spitze der Bewegung zu stellen.“

Ihm wurde beschieden: „Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke, ebenso gegen Berufsverbote u.a., das alles sind kleinbürgerliche Bewegungen (...). Sicherlich dürfen wir nicht kommentierend am Rande solcher Bewegungen stehen, aber unsere Teilnahme an solchen Aktionen hat taktische Erwägungen.“

Wir propagieren dabei den Kampf der Arbeiterklasse, zeigen die Begrenztheit dieser Aktionen auf und gewinnen einzelne für die Mitarbeit an der Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse und organisieren die Besten.“

Wer das nicht akzeptierte, bekam zu hören: „Hier zeigt sich ein Zurückweichen vor der Offensive der Monopole“ (4). In der Praxis führte das z.B. in Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyl und Feisenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

KABD in der Friedenspolitik. So heißt es im Programmentwurf ganz richtig, wenn auch etwas allgemein:

„Der BRD-Imperialismus ist in der EG aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke zur führenden Kraft geworden und nutzt den zur dritten Weltmacht aufstrebenden EG-Block für den Kampf um die Neuaufrichtung der Welt aus“ (S. 15).

Oft wird diese Einsicht aber überlagert vom Kampf gegen den Sozialimperialismus.

„Die Sowjetunion, auf die die Proletarier und unterdrückten Völker der ganzen Welt verzagen, ist als Bollwerk der Weltrevolution mit Achtung und Liebe geliebt, zu heute neben den USA der mächtigste Hort der weltweiten Reaktion, der internationalen Ausbeutung und der Aggressionsvorbereitung“ (Programmentwurf, S. 17).

Als Begründung dafür findet man lediglich die Darstellung, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine „entartete“ Bürokratie die Macht ergriffen und den Kapitalismus restauriert habe. Kriterien, die z.B. Lenin für kennzeichnend für den Imperialismus hielt (Überproduktion und verengender Handelsmarkt, Kapitalexport in weniger entwickelte Länder), die man offensichtlich auf die SU nicht anwenden kann, wären dem KABD beim Aufstellen seiner Sozialimperialismus-These nicht.

Für den KABD bereitet nicht die NATO den Weltkrieg vor, sondern Kriegssache ist die „Rivalität der Supermächte“. So gelangt der KABD in der Tagespolitik immer wieder in eine Front mit rechten, vaterländischen Strömungen (auch wenn in den Sphären der BRD-Imperialismus-Debatte richtigerweise der BRD-Imperialismus als „der Hauptfeind der Werktätigen“ gekennzeichnet wird).

Das polnische Militärregime wird vom KABD seit neuestem als „Sozialfaschismus“ angeprangert. Gegen diese völlig überzogene Kritik gibt es allerdings in der Organisation noch einigen Widerspruch.

„Breschnew — wir kommen!“, hieß es auch für den KABD am 22.11.81 in der Roten Fahne wurde auf S. 1 zur Bonner Demonstration aufgerufen.

Der KABD will im Unterschied zur großen Mehrheit der Friedensbewegung und selbst mancher SPD-Gliederungen eine atomwaffenfreie Zone nicht nur von Polen bis Portugal, sondern „vom Ural bis zum Atlantik“. Das würde eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion gegenüber den USA

Stalin läßt grüßen

(Über Stalin vom KABD zitiert, RF 17/80)

Stalin läßt grüßen

Über Stalin, vom KABD zitiert, RF 17/80, „Kobas, der Unbeugsame“ oder auch „ein prächtiger Geistesgenie“, heißt es in einer Würdigung zu seinem 100. Geburtstag:

„Für uns Kommunisten ist Stalin der Fortsetzer der Politik Lenins; unter seiner Führung ging die Sowjetunion durch, in Landwirtschaft und Industrie den Sozialismus aufzubauen (...). Ein wichtiger Garant für den Sieg über den Hitlerfaschismus war die Einheit der Partei und die Einheit von Partei und Volk. Diese Einheit war schwer erkämpft worden“ („Rote Fahne“ 25/79).

In der Tat: Stalin mußte sich ziemlich anstrengen, bis er stalinische Alibi-Bolschewiken und einen Großteil der Führungsspitze der Roten Armee liquidiert hatte.

„Koba Stalin, der Unbeugsame, gehört zu uns“, schließt der Lobhudelei-Artikel, und das ist gar nicht mal so falsch.

Im KABD selber wird nämlich auch eine „unbeugsame“ Unterdrückung jeglicher Opposition betrieben. Wann wurde in der „Rote Fahne“ jemals ein kritischer Artikel abgedruckt? Im Gegenteil: sobald Kritiken ein gewisses Maß überschreiten, werden von einer sog. Zentralen Kontrollkommission (ZKK) Untersuchungs- oder Ausschußverfahren eingeleitet.

Nachdem es schon 1975 größere Austritte im Jugendbereich gegeben hatte, spärte sich im Mai 1976 praktisch alle saarländischen und große Teile der hessischen Gruppen ab. Austrittsgründe waren u.a. die Abwertung der theoretischen Arbeit und die Beschränkung auf betriebliche Fragen im KABD. Ein Teil der Leute ging über Umwege später zum KdW, zum kleinen Teil auch zur „Neuen Hauptseite Theorie“.

Die kaum diskutierte Kurskorrektur in der Haltung zur VR China (von bedingungsloser Unterstützung zur Verurteilung) führte im August 1978 zu Ausschlüssen von zwei Kadern der Lei-

tungsebene, die nicht mitziehen wollten. Insbesondere in Bayern gab es an diesem Vorgehen heftige Kritik, ohne daß sich mit der inhaltlichen Position der Ausgeschlossenen solidarisiert wurde. Umfangreiche „Untersuchungsverfahren“ erbrachten daraufhin die „Saubertung“ des bayerischen Landesverbandes von allen größeren Gruppen (in München z.B. insgesamt 60 Genoss/innen).

Im Frühjahr 1980 verließen KABD Ulm, Ludwigsburg und Neunkirchen den allergrößten Teil ihrer Kader. Die z.T. 10-jährigen Mitglieder hatten u.a. die Betriebsbörnerheit des KABD angegriffen, hatten ihre Kritik aber in der Organisation nicht offen äußern können. Die Ober-Kontrollen von der ZKK waren schnell zur Stelle (5).

Seither wissen wir sicher nur von je einem Austritt aus der Leitung des KABD und des RJVD (letzterer u.a. wegen der anvisierten „Parteigründung“).

Die Mitglieder selber werden von je-

4. Der demokratische Zentralismus, das Organisationsprinzip der Partei

5. Kritik und Selbstkritik, das Entwicklungsgesetz der Partei“ (7).

Mit viel Bescheidenheit hat die Zentrale Leitung des KABD mittlerweile auch festgestellt, „... daß dem KABD aufgrund seiner gegenwärtig einzig dastehenden Konkretisierung des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Verantwortung zugefallen ist, die man am besten als Fortsetzung der epochenmachenden Taten von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao-Tse-tung bezeichnen kann“ (8).

Und schon vor Jahren hieß es: „Die grundlegenden Probleme der Parteilufbau wurden von uns ideologisch-politisch energisch in Angriff genommen und in einem Ausmaß weiterentwickelt, wie es noch nicht einmal in der alten KPD zu verzeichnen war“ (9).



So sieht der KABD seine Kritiker (RF 17/80)

dem Außenkontakt mit anderen Gruppen oder „kleinbürgerlichen Ideen“ sorgfältig ferngehalten. Die Ulmer schreiben in ihrem Austrittspapier: „Auch nach außen scheint der KABD den ideologischen Kampf wie der Teufel das Weihwasser. Innerhalb der Organisation geht man mit der Mär hausieren, daß die „Opportunisten“ es nicht wagten, die RWs („Revolutionärer Weg“, das theoretische Organ des KABD, Anm. AK) anzugreifen, tatsächlich aber existieren eine ganze Reihe solcher Kritiken, die entweder nie beantwortet oder nur mit dummen Ausflüchten abgefertigt wurden. Diese Art Abschottung der Mitgliedschaft vor dem in der marxistisch-leninistischen Bewegung vor sich ge-

„Aber Spaß beiseite: Selbstverständlicherweise will hier nicht die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei bestritten; im Gegenteil, wir geben dem KABD sogar recht, wenn er schreibt: „Ohne revolutionäre Partei kann sich die Arbeiterklasse nicht vom Joch des Kapitalismus bzw. Imperialismus befreien. Die Gründung einer solchen Partei ist deshalb eine objektive und dringende Notwendigkeit für die Vorbereitung und den Sieg der sozialistischen Revolution“ (RF 18/81, S. 8).

Nur entsteht eben eine solche Partei nicht aus dem Wunschenken einer Sekte, sondern aus der ernsthaften Debatte und Auseinandersetzung innerhalb der Linken, in deren Zentrum die „brennenden Fragen der Bewegung“ (Lenin) stehen müssen. Die Voraussetzungen dafür waren noch nie so gut wie in den letzten Jahren!

Der KABD aber will seine Parteilufbau in Abkapselung sowohl von den meisten gesellschaftlichen Kämpfen als auch von der übrigen radikalen Linken durchziehen. Das ganze erscheint so als ziemlich krampfhafter Versuch, sich selbst einen 10 Jahre alten Traum wahrzumachen und — böswillig interpretiert — die übrige Linke mit bereits von anderen Organisationen sattem bekannten Führungsansprüchen zu konfrontieren.

Den KABD-Mitgliedern sei empfohlen, noch einmal darüber nachzudenken, ob sie den zahlreichen (mittlerweile größtenteils untergegangenen) selbsternannten „Avantgarde des Proletariats“ eine neue hinzufügen wollen.

KL/KB-FRAGS
Ju./KB-Freiburg

Anmerkungen

- (1) Bezug über Verlag Neuer Weg, Postfach 3080, 7 Stuttgart 1
- (2) „Revolutionärer Weg“, Nr. 12
- (3) „Für den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage und nur für diesen Kampf bedürfen die Arbeiter durchwegs nicht der Sozialisten“ (Lenin)
- (4) Aus einer Rede der Leitung der KABD-Intellektuellenorganisation beim 4. Zentralen Delegiertenkongreß, abgedruckt in „Dokumente des 4. ZDT“, S. 111
- (5) Aus den Ausgetretenen hat sich eine „Kommunistische Gruppe“ in Ulm und in Ludwigsburg formiert. Von dort können Dokumente dieser Auseinandersetzung bezogen werden. Postfach E. Jenik, Postfach 3110, 79 Ulm
- (6) Austrittspapier der Ulmer, S. 20
- (7) „Revolutionärer Weg“, Nr. 10
- (8) Referat der ZL des KABD am 17.12.80, zitiert nach: „Aufsätze zur Diskussion“ 2/80
- (9) Dokumente des 2. ZDT, zitiert nach: „Aufsätze zur Diskussion“ 2/80



„Saubere Mädel, starke Genossen“
Proletkult ist die KABD

Demgegenüber beschäftigen sich alleine 8 Einzelforderungen mit der Situation der „Klein- und Mittelbauern“ (S. 47). Besonders beliebt wird sich der KABD innerhalb der Linken mit seiner Forderung nach „Erforschung und Nutzung der Kernenergie...“ machen. Laut RF 4/82 sind zum „Entwurf...“ bisher 1526 (!) Änderungsanträge eingegangen. Zu einem nicht geringen Teil wird in diesen Anträgen eine härtere Gangart gegenüber dem „Sozialimperialismus“ gefordert.

Einengung des politischen Kampfes

Zur „Vorbereitung der Revolution“ will der KABD laut Parteiprogrammentwurf 1. „vor allem in den Betrieben eine systematische Kleinarbeit zur Vorbereitung und Auslösung von Tageskämpfen führen, den

Friedensarbeit: Dr. Jekyll und Mr. Hyde

Ständig hin- und hergerissen ist der

Mein Vorschlag zur Umbenennung des „Arbeiterkampf“: „Klassenkampf“. „Für die nächsten 10 Jahre „Arbeiterkampf“!“ „Sozialistische Rundschau“, „Trotz Alledem“, „Emanzipation und Freiheit“, „Friedens- und soziale Fragen“, „5 vor 12“. Also wirklich, jetzt schlägt's 13! Alles Bemühen in Ehren, daß sich überhaupt jemand hingeworfen hat, Gedanken zum Namen gemacht hat. Aber gibt es wirklich keine Vorschläge, die nicht diesen faden Geschmack der Abgestandenheit haben, sondern etwas spritziger, witziger sind? Wo bleiben die ganzen Namen, die spontan im Gespräch nach Zellen-terminen, in der Kneipe unter allgemeinem Gelächter entstehen?

Hat die Alltagssprache schon keinen Eingang mehr in unsere ausgetrockneten Köpfe? Sind wir schon so eingefahren, daß wir die Wortspiele-reden und witzigen Wortschöpfungen an den Hauswänden um uns herum nicht mehr wahrnehmen, nicht mehr als Bestandteil der linken Kultur empfinden und anerkennen? Denken wir immer noch in der Art der Parolen und Forderungen vor 10 Jahren?

Ist dies so, dann sprechen wir eine andere Sprache als die heutige Bewegung und müssen zwangsläufig Schwierigkeiten haben, wieder Zugang zur Linken zu bekommen.

Stecken wir also lieber die Nasen mitten in die Bewegung, anstatt sie emporzuheben! Ich möchte hier überhaupt nicht bestreiten, daß die bisher veröffentlichten Namensvorschläge ihre Berechtigung haben, sofern man sie abklopfen möchte, ob sie inhaltlich korrekt unsere politischen Ein- und Absichten verdeutlichen. Allerdings bestreite ich, daß wir mit diesem hohen Anspruch an den Namen einen Begriff finden werden, der irgendwie etwas Neues darstellt und so interessant würde, mit dem Effekt: „Huch, was ist das denn? Mal schau!“ Wir machen uns so das Leben schwer und die Ergebnisse wirken verkrampt.

Sozialistische Rundschau Trotz Alledem Emanzipation und Freiheit 5 vor 12

Ein Blick in den übrigen einschlägigen Blätterwald zeigt, daß sich dort herzlich wenig Mühe gemacht wurde, möglichst trefflicher das inhaltliche Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen: Was sagt genau genommen der Name „Emma“ schon viel mehr aus, als der Name „Brigitte“? Und seit wann ist der Begriff „Courage“ lediglich auf Frauenemanzipation zu begrenzen? Und so weiter: „Tageszeitung“, „Blatt“, „die Neue“, „Unsere Zeit“, „Moderne Zeiten“ oder gar „Schicksalspalter“?

Und trotzdem haben sie alle ihre Berechtigung. Mit der Zeit nämlich,

und trotzdem haben sie alle ihre Berechtigung. Mit der Zeit nämlich, nach der allgemeinen Nann-? Stimmung geschieht auch mit dem inhaltlichen Namen etwas, was auch mit unserem neu zu findenden Namen geschehen wird: Das Wort bekommt eine neue Bedeutung, mit Beistehen und kontinuierlichem Erscheinen füllt es sich bald mit Inhalt und wird mit einer ganz bestimmten Zeitung identifiziert.

Und genau hierin besteht ja der Sinn eines Namens!

Wird dagegen ein Name gewählt, der schon von vornherein präzise ist, passiert zweierlei Nachtteiliges: Einerseits wirkt er uninteressant, da er auf einen ganz speziellen Insiderkreis ausgerichtet zu sein scheint, andererseits besteht die Gefahr, daß die Zeitung immer wieder am Namen gemessen wird. Unsere Zielgruppen und die Bedingungen um uns herum, in die wir hineinarbeiten wollen, ändern sich allerdings. Diese Erfahrungen haben wir ja zur Genüge mit dem Namen „Arbeiterkampf“ gemacht.

Es liegt also viel näher, sich einen Namen zuzulegen, der die wechselnden Bedingungen überdauern kann, als denselben Fehler z.B. mit dem Namen „5 vor 12“ wieder zu begehen. Denn ungeachtet der Tatsache, daß das Thema Frieden oder Krieg in den nächsten Jahren brandheiß bleiben wird, ist mit nichts zu belegen, daß die Weltuntergangsstimmung, die durch „5 vor 12“ überspitzt ausgedrückt wird, vorherrschend bleibt. Denn entsprechend der sich ändernden Bedingungen, wird sich auch das Lebensgefühl wandeln. Und würde ich nicht die Hoffnung haben, daß der uns vernichtende Weltkrieg durch eine Revolution verhindert wird, und sei sie zunächst auch nur hauptsächlich von bürgerlichen Kräften getragen, was sollte ich da noch organisiert bleiben?

AK-Konzeptions- und Namens-Debatte

Leserbriefe

Darüberhinaus, daß ein Name, der nur an einem vorübergehenden Lebensgefühl anknüpft, ungeeignet ist, macht ein negativistischer Name wie „5 vor 12“ also noch einen weiteren Fehler: Er verstärkt das Gefühl der Ohnmacht, der Aussichtslosigkeit, der Ausweglosigkeit.

Mit solchen Mitteln sollen meinetwegen politische Satire-Magazine arbeiten, typisch ist sogar auch für Religions- oder Polit-Martyrer. Aber eine sozialistische Organisation, die sich die Aufgabe gestellt hat, „an der massenhaften Krieger- und Existenzangst anzusetzen, dieses Bewußtsein mit Fakten und Argumenten zu versorgen“ und, was doch mindestens genauso wichtig ist, „es auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen zuspitzen“, muß auch in Propaganda und politischer Praxis beide Teile dieser Absicht Rechnung tragen. (Da es bei einem Leitmotiv darum geht, einen „roten Faden“ auf einen Begriff zu bringen, möchte ich an dieser Stelle kurz die Meinung anzuweifeln, daß Menschen in erster Linie durch Angst politisch tätig werden. Denn das steckt, denke ich, hinter so einem Namen wie „5 vor 12“. Zum einen genügt ein Blick in unsere eigene Organisation um festzustellen, daß sehr häufig neben einer Ablehnung dieser Gesellschaft positive zwischenmenschliche Erfahrungen wichtig, oftmals sogar entscheidender waren und sind, bewußt politischer zu denken uns zu handeln.)

Wenn F. im Rundbrief 2 zum 2. KB-Kongress die Aufgabe für Kom-

Wenn F. im Rundbrief 2 zum 2. KB-Kongress die Aufgabe für Kommunisten fordert: „Dabei sind KommunistInnen für mich, frei nach dem kommunistischen Manifest solche Menschen, die den spontanen Kämpfen gegen Kapitalismus/Imperialismus und ihre Erscheinungsformen in Einsicht und Konsequenz ein kleines Schriftchen voraus sind – nicht mehr und nicht weniger.“ dann müßte dies andererseits gerade im Hinblick auf die sich zuspitzende politische Lage bedeuten, daß wir in Theorie und Praxis die Hoffnung und den Mut auf die Veränderbarkeit dieser Zustände und die Abwendung der drohenden Gefahr stärker in den Vordergrund stellen müssen. Ohne platte Revolutionseuphorie versteht sich!

Jetzt schlägt's 13 Vom Winde verweht antagon Zorn der Zeit

Denken wir hier nicht um, sehe ich immer mehr die Gefahr, daß auch die „Jetzigen Mohikane(nnen)“ ganz individuell nicht mehr mit dem Problem fertig werden, immer weiter mit ansehen zu müssen, daß viele um uns herum ihre Angst in Verzweiflung, Aussteigen oder Anpassung münden. Diese an der Namensdebatte entbrannte Frage sollte meiner Meinung endlich mal öffentlich diskutiert werden. Der Name selbst muß aber nicht von deren Ausgang abhängig gemacht werden!

Besser als all diese Überlegungen in den Namen zu packen und so Gefahr zu laufen, ihn zu überfrachten, ist doch die gängige Lösung, das allgemeine Selbstverständnis der Zeitung sowie die jeweils aktuelle Schwerpunktsetzung ausführlicher in einem „editorial“ auf der zweiten oder dritten Seite unterzubringen. Unter dem Strich: Es geht mir nicht darum, einen Namen zu finden, der möglichst allgemein und inhaltlos ist, wie beispielsweise: „Tageszeitung“. Sondern es muß ein Name gefunden werden, der originell ist und der in Verbindung mit der Zeitung deutlich macht, daß es sich um etwas Neues handelt. Inhaltlich darf er nicht den Eindruck vermitteln, daß die Zeitung „Hurra – Vorwärts – die RRRRevolution“ für Übermorgen ankündigt, noch für vorgestern den Weltuntergang voraussagt. Es sollte ein Name sein, der aus der Alltagssprache stammt und nicht ausgemergeltes Schreibschinken vermittelt. (Damit sollen aus nicht unsere theoretischen Politiker mit Schreibschinken verglichen werden. Geht?)

Gegendarstellung Paroli Wem die Stunde schlägt

Das ist alles nun ein tolles Rezept, was sich leichter dahersagen als umsetzen läßt. Ich kann für mich selbst auch nicht behaupten, daß die am Schluß folgenden Vorschläge des Non-plus-ultra darstellen. Den Anspruch hab ich auch gar nicht. Sondern ich bin überzeugt, wenn ganz einfach mal die Scheu überwunden wird und ins Blaue hinein assoziiert wird, dann kommen mit Sicherheit witzigere und originellere Titel zustande als die eingangs zitierten. Macht das nicht alleine, denn bringt mehr Spaß.

Erlaubt sollte man sich auch mal alles sein, von Wortverdrehungen, einfach ungewohnten Worten oder Buchstaben, die eigentlich was ganz anderes bezeichnen, aber im Kopf der Zeitung eine neue sinnvolle Bedeutung erhalten.

Sogar Namen, die eigentlich ungeeignet sind, wie „Vom Winde verweht“ können beim Herumspinnen ganz neue bessere Ideen hervorzaubern. Schließlich muß es Spaß machen! Also bitte tatsächlich einmal die Phantasie – Unterwelt, Umbruch, antagon, Zorn der Zeit, Gegendarstellung, Paroli, Wem die Stunde schlägt, Im Westen nichts Neues?, Go Future, Spektrum, Gegenpol, Morgen!, Schöne Aussichten, Facette, Interpol, Mosaik und so weiter und so weiter – ihr Hausen!

Is Hamburg

Seit neuen Jahren bin ich AK-Leser und finde, daß Euer Blatt seit dieser Zeit noch besser geworden ist. Vom Inhalt und der Aufmachung her bin ich nicht der Meinung, daß die Aufgabe des AK von anderen Zeitungen

(tax usw.) ersetzt werden könnte. Die neue vierwöchentliche Erscheinungsweise finde ich bedauerlich, aber im Grunde verständlich. Zum KB selber möchte ich bemerken, daß ich es gut finde, daß er seit seiner Existenz nie als Elitegruppe (wie z.B. KBW) aufgetreten ist, sondern als Teil der Linken, allenfalls als Parteilansatz immer die Auseinandersetzung und Aktionseinheit mit anderen Organisationen gesucht hat. Achja, hier fallen mir noch ein paar Namensvorschläge ein: „Initiative“, „Tauwetter“, „Freiheit“, „Land in Sicht“, „Waffe der Kritik“, „Für unsere Sache“, „Gegen den Strom“. Der Untertitel „Zeitung des Kommunistischen Bundes“ sollte erhalten bleiben, da der KB nun mal eine liberale kommunistische Organisation ist, und man sich nicht hinter irgend-einer anderen Bezeichnung verstecken sollte. Mit kommunistischen Grüßen Freiheit und Glück R., Friedrichsdorf

Einige Titelvorschläge habt ihr von mir bereits erhalten, unter anderem den Vorschlag, die Zeitung „Trotz Alledem“ zu nennen. Inzwischen sind mir einige weitere (mögliche/unmögliche?) Titel eingefallen (nach einigen Flaschen Bier):

„Treibsand“
Zeitung gegen Zuschauerdemokratie, Bürokratie, Unterdrückung und Militarisierung
„Blick zur Realität“ oder „Durchblick“

– für Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung
„Armal Hoch“
– Protest, Kultur, Bewegung, Analyse
„Gegen den Egoismus“
– Kritik über/Alternativen finden

Mit solidarischen Grüßen
P./Ein Genosse aus Münster

Zunächst dieses: Ich bin bei den Auseinandersetzungen um den Kampf gegen das AKW Brokdorf 1977 auf den AK getroffen, habe ihn dann, soweit das möglich war, im Straßenverkauf gekauft und ab 1980 abonniert. Der AK bedeutet für mich so ziemlich den letzten Bezug zur „linkenradikalen“ Szene, da ich keine „tägliche politische Arbeit“ leiste. Ich stehe dem AK also mit einer echten Konsumentenhaltung gegenüber. Und um auch das jetzt zu beweisen, im folgenden meine Ansprüche an den AK:

Ich erwarte (und deshalb habe ich den AK ja schließlich auch abonniert) in erster Linie aktuelle Berichterstattung (aktuell, Kampf dem Faschismus, Betrieb + Gewerkschaft usw.) und geschichtliche Hintergrundinformation (Ungarn-Aufstand, Sanitzuka, SPD im ersten Weltkrieg ...). Wünschen tut ich mehr Kulturkritik im AK (Neue Deutsche Welle, Sanitzuka, SPD im ersten Weltkrieg ...). Wünschen tut ich mehr Kulturkritik im AK (Neue Deutsche Welle, Buchbesprechungen usw.). ML-Ideologie-Auseinandersetzungen (und dazu zähle ich die Berichte über eure Kongresse, „Westdeutsche Linke“, KPF AK 218) interessieren mich nicht bzw. wenig.

Wenn also Berichte dieser Art überhand nehmen, werde ich den AK abbestellen, schon unter Berücksichtigung meiner finanziellen Situation als Schüler. Ich würde mir das auch dann schon schwer überlegen, wenn ihr den Preis auf 4 DM oder mehr anziehen müßtet.

Im Westen nichts neues Schöne Aussichten Initiative Tauwetter

Ich habe euch meine Konsumwünsche nur deshalb geschrieben, weil ihr mich persönlich angeschrieben habt.

Viele Grüße und viel Erfolg!
R. Th., Kiel

P.S. Ob ihr eure Zeitung nun Arbeiterkampf oder Rumpelstilzchen nennt, ist mir egal; entscheidend sind für mich inhaltliche Dinge.

Meiner Meinung nach sollte die zentrale Zeitung des Kommunistischen Bundes „Widerstand!“ heißen. In

den 80er Jahren kämpft die Linke aus einer Position der Defensive, „Widerstand!“, das heißt Kampf gegen den Monopolkapitalismus, den Imperialismus mit seiner Arbeitslosigkeit, seiner Umweltzerstörung, seiner Kriegstreiberei, seinen Krisen. „Widerstand!“, das assoziiert den mutigen Widerstand der Antifaschisten gegen die NS-Herrschaft über Deutschland und Europa. „Widerstand!“, das ist subjektiv Hoffnung und Quelle neuen Mutes.

Mit kommunistischen Grüßen
Dirk aus Kiel

Aus der Zeitungsredaktion mit AK-Lesern kann ich noch folgende Vorschläge übermitteln:

– Lerchenstraße
– Rotkäppchen
– Buntzeitung
– Kontraposition
– Freiheit und Vernunft
– An-und-für-sich

P./Ein Genosse aus Münster

P.S.: Nach dem einige unmögliche Titel wie
– Ja bitte
– Greift zu!
genannt worden sind, will ich hiermit die Serie der Titelvorschläge beenden. Spaß war dabei!

1. Zur Frage des neuen Titels fiel mir „Gegen den Strom“ bzw. „Gegenströmung“ ein. Es ist sicher schwierig, einen neuen Titel zu finden, der nicht zu platt wird.

2. Die Notwendigkeit des AK zeigte sich mir am Trepper-Artikel. Die „tax“ reicht nicht aus, ich wünsche mir aber, daß die Zeitung lesbar bleibt und nicht so intellektuell wird wie die MOZ z.B.

3. Daß viele Bereiche zusammengebrochen sind, merkt man: z.B. fehlt Internationales, Eritrea, Sahara etc.

4. Theorie per Zeitung nahezubringen, finde ich gut, da nicht jeder den Nerv und die Zeit hat, dicke Bände zu lesen. Voraussetzung ist allerdings, daß ich Vertrauen in die Artikel habe, also daß sie „seriös“ recherchiert sind und die Quellen hieb- und stichfest sind.

Eiszeit – Land in Sicht Waffe der Kritik Gegen den Strom Für unsere Sache Treibsand

5. Noch'n Tip, den ich schon mal ge-

schrieben habe: Anmerkungen sollten immer unter der betreffenden Spalte eingefügt werden, da es sonst zu lästigem Blättern führt, nur die Quellen nachzulesen. So, das war's.

Einige Grüße
Philipp

Etwas wie oben skizziert könnte ich mir ein neues Gesicht unserer Zeitung vorstellen: „KB-Streitschrift für Sozialismus statt Barbarei“ find ich ganz passabel. Ins Auge sollte „Streitschrift“ fallen. „KB“ würde ich etwas dezenter im Hintergrund lassen. Etwas so, wie oben skizziert mit keinen Buchstaben über unserem Zeichen. So umgehen wir zwar etwas den Antikommunismus vieler potentiellen Leserinnen und Leser, aber begehen trotzdem nicht die Feindschaft, unsere Identität zu verstecken. „Sozialismus“ steht zwar noch nicht auf der Tagesordnung, aber ich bin der Meinung, daß der Zusatz (in einer etwas kleineren Schrift) „statt Barbarei“ unserer realistischen Einschätzung der ungünstigen Kräfteverhältnisse Rechnung trägt und das ganze nicht so ruckzuckig vorwärtskampfeinlich wirkt. Das KB-Zeichen könnte verändert werden, wobei mM nach die schematische dargestellte, aufgehende rote Sonne bleiben sollte. Nur statt der Faust mit dem Schraubenschlüssel vielleicht eine Gruppe Menschen, Frauen und Männer, die kämpferisch wirken und unter s d e r e m natürlich auch unseren alten Schlüssel hochhalten sollten. Das wäre, hoffentlich kriegt ihr noch tausend Anregungen und Vorschläge. Rote Grüße Hansi

Zur weiteren Zeitungspolitik einige Anmerkungen: Ich bin entschieden für eine Änderung des Titels und der aggressiven roten Farbe des Titelblattes zugunsten einer mehr seriösen ersten Seite. Darunter könnte insbesondere verstanden werden, daß mehr wichtige Informationen als kleine Meldungen auf der ersten Seite erwähnt werden (bzw. Artikel des hinteren Seiten mit zwei, drei Sätzen angekündigt werden). Die Polen-Ankündigung (wenn auch noch zu groß) auf der ersten Seite des AK 217 ist da ein richtiger Schritt.

Inhaltlich kann dem AK eine Zunahme an Theorie sicher nicht schaden.

Blick zur Realität Armel hoch Gegen den Egoismus Rumpelstilzchen

den. Ein Defizit an Kultur, emotionsloser Einschätzung ist sicherlich seit längerem ein Kennzeichen des AK. Zur desolaten Lage der organisierten Linken sollte nicht auch noch eine unnötige Aufgeregtheit hinzukommen.

Mit solidarischen Grüßen
R., Leser des AK

Namensvorschlag für die neue Zeitung: Eiszeit - Minus 80 Grad

Begründung: Die Durchsetzung des Marktprinzips, die Ersetzung aller vorhergehenden Freiheiten durch „die eine gewisse Handlungsfreiheit“ durch die kapitalistische Bourgeoisie, so Marx und Engels 1848 im „Manifest...“, war der Beginn einer höchst dynamischen wie aggressiven historischen Entwicklung.

Die kapitalistische Bourgeoisie kann nicht existieren ohne die fortwährende Umwälzung seiner technisch-ökonomischen Basis, also der Produktionsinstrumente wie des Milliarapparates, also der Produktionsverhältnisse.

Eine ungeheuer umwälzende und vorantreibende Entwicklung, deren Endphase die eine Quelle allen Reichtums und Glückes zu untergraben bzw. in die Luft zu sprengen droht: die Erde.

Eine ungeheuer umwälzende und vorantreibende Entwicklung, deren Endphase die eine Quelle allen Reichtums und Glückes zu untergraben bzw. in die Luft zu sprengen droht: die Erde.

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist „die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“ (Marx/Engels, Manifest...).

Die Bourgeoisie hat, einmal zur Macht gekommen, alle vorhergehenden Bindungen der Menschen „unbarmherzig zerissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung““ (Marx/Engels, Manifest).

Die Bourgeoisie hat alle vorhergehenden Werte „in dem eisernen Wasser egoistischer Berechnung ertränkt“ (ebenda). Eine ungeheuer umwälzende Entwicklung, deren Endphase die andere Quelle allen Reichtums und Glückes unter meterdickem Packeis zu begraben droht: den Menschen.

Diese historische Entwicklung faßten Marx und Engels in einem Satz zusammen: die Bourgeoisie schafft „sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde“...

... Eiszeit
Die von der kapitalistischen Bourgeoisie geschaffene Eiszeit ist historische Endzeit. Die Bourgeoisie hat eine höchst revolutionäre Rolle in der Geschichte gespielt: Sie stellt die Menschheit vor die Entscheidung, dem drohenden ökologischen wie atomaren Untergang der Erde zuzusehen oder aber zu handeln. Sie stellt die Menschheit vor die Entscheidung, in einer emotionalen Eiszeit zu funktionierenden Robotern zu erstarrten oder nach neuen Formen des Zusammenlebens zu greifen.

Darum ist die von der Bourgeoisie geschaffene Eiszeit auch der Schimmer einer Neuzeit, denn die Bourgeoisie schafft mit dieser Entwicklung zugleich ihre eigenen Totengräber. Sie, die Bourgeoisie, zwingt die Menschen, sich zu entscheiden: - dieser naturwüchsigen Entwicklung des Kapitalismus zuzusehen, einer Entwicklung, die nicht anders endet als in Barbarei, in Eiszeit, - oder aber einen gewaltigen, neuen Schritt in der Entwicklung der Menschheit zu tun, den Bruch mit jeglicher Klassenherrschaft, also den Bruch mit jeglicher bisherigen Geschichte überhaupt, denn alle bisherige Geschichte war die Geschichte von Klassenkämpfen.

Die Duldung einer Klassenherrschaft wird für die Menschheit zu einem tödlichen Luxus.

Brecht das Packeis!
Be

Ich bin Leser des AK seit es ihn gibt und war auch jahrelang Mitglied des KB. Nun ist es nicht so, daß ich durch meinen (schon vor drei Jahren stattgefundenen) Austritt aus dem KB auch seiner Politik den Rücken gekehrt hätte. Im Gegenteil, ich stehe dem KB weiterhin mit - wenn auch teilweise kritischer - Solidarität gegenüber.

Mir hat das, was Ihr in AK 217 zur Entwicklung des KB und als politische Analyse der Gesellschaftsentwicklung geschrieben habt, aus der Seele gesprochen. Nun ist mir schon seit einigen Monaten bekannt, daß sich am AK was ändern wird, und in den letzten Ausgaben hat man das ja auch schon gespürt.

Ich finde es schade, daß der AK seinen Charakter verändert, wobei ich nicht umhin kann, die Argumentation, daß 14tägiges Erscheinen nicht mehr möglich ist, zu akzeptieren.

Allerdings finde ich es nicht gut, wenn sich der AK mehr in die Richtung verändert, daß auf aktuelle Berichterstattung verzichtet wird, und mehr grundsätzliche, analytische Artikel den AK beherrschen. Mir ist eben gerade bei den letzten Ausgaben des AK aufgefallen, daß sich diese Zeitung mehr und mehr zu einer Bleiwüste entwickelt hat, wo man sich mühsam durcharbeiten muß, als zu einem ansprechbaren Blatt, wo man bei diesem oder jenem Artikel einfach „hängenbleibt“, wenn man die Zeitung durchblättert. Ich will die Frage damit nicht auf die Frage der Optik reduzieren, sondern dafür plädieren, daß die Zeitung in ihrer Konzeption der Vielfalt (aktuelle Berichterstattung einerseits - grundsätzlichere Einschätzungen andererseits) erhalten bleibt. Sonst besteht meines Erachtens die Gefahr, daß dem AK nur einem Leserkreis erhalten bleibt, der auch mit ziemlich intellektuellen Ansprüchen an eine Zeitung rangiert.

Noch ein Argument für die aktuelle Berichterstattung: Mir ist wohl klar, daß der AK bei einem monatlichem Erscheinen z.B. mit der „tax“ im Hinblick auf Aktualität nicht konkur-

ren kann, man sich vielleicht gerade unterhalten hat. Den Traum, daß der AK Massenzeitung wird, haben wir ja nun ausgeträumt. Von daher finde ich es toll, sich darüber Gedanken zu machen, einen neuen Namen für den AK zu finden. Wenn Ihr aber unbedingt eine Umtaufung wollt, dann sollte in dem Namen zum Ausdruck kommen, daß es sich um eine Zeitung mit revolutionärem Anspruch handelt. Es muß deutlich sein, daß es eine Zeitung ist, die links, sehr links ist. „5 vor 12“ finde ich da auch nichtsagend, eher einer spontanen Strömung angepaßt (Friedenabewegung?). Der AK, auch wenn er einen neuen Namen bekommen sollte, soll doch eine kommunistische Zeitung bleiben...

Mit solidarischen Grüßen
Ein Freund des KB und des AK
Bernd aus Hamburg

Daß der Arbeiterkampf zukünftig nicht mehr Arbeiterkampf heißen soll, leuchtet mir nicht ein. Soll mit einer Namensänderung erreicht werden, daß der AK auch von Leuten gekauft wird, die sich bisher von dem Namen nicht angesprochen oder gar abgeschreckt fühlen? Ich meine, wer eine kommunistische Zeitung nicht liest, weil sie Arbeiterkampf heißt, der/die liest sie auch nicht, wenn sie anders heißt. Sollte der Name geändert werden, so darf, meine ich, keinesfalls das „AK-Emblem“ auf der neuen Titelseite fehlen. Ich finde das Symbol der aufgehenden Sonne nicht nur ansprechend und treffend, sondern meine auch, daß es als Erkennungszeichen für unsere Zeitung, wie sie auch heißen mag, wichtig ist.

Zum Inhalt ist das erste was mir einfällt eine (oder zwei) Leserbriefseiten. Ich war im letzten AK (218) sehr erfreut darüber. Die Kulturseiten sollten mehr Umfang haben. Schön wäre es, wenn hier mehr Amateurtheater- und Musikgruppen, Kulturzentren und JZi's (usw.) von ihrer Arbeit und ihrem Kampf berichten würden.

Schlampig recherchiert und viel zu spät war der Artikel zu P. J. Boock (P. J. Boock - Aussteiger zwischen Rebmann und Baum, AK 213/S.17).

Ansonsten: Prima, weiter so

Frank, Hamburg

Rebmann und Baum, AK 213/S.17).

Ansonsten: Prima, weiter so

Frank, Hamburg

Im AK 218 schlägt U. (RGW-Kommission) den Namen: „Sozialistische Rundschau“ vor. Die Begründung dazu finde ich echt lustig: „Der Begriff „sozialistisch“ ist m.E. im Gegensatz zu „kommunistisch“ heute nicht allgemein negativ besetzt“. Hm...: Wie nennt sich zum Beispiel die französische Regierungs-(Mehrheits-)Partei? Wie heißt diese eine „Internationale“ noch, wo Brandt den Vorsitz hat? Und und und...

(Ich könnte natürlich ganz tief schlagen und eine bestimmte Partei in Erinnerung rufen, die vor knapp 50 Jahren hier die Macht einstweilen übernahm...).

Mir scheint es ein etwas unbrauchbares Kriterium, nach der bürgerlichen Diskreditierung mancher Begriffe vorzugehen. Wenn mensch das konsequent zu Ende denkt, müßte unser gesamtes Vokabular umgestellt werden. Wir könnten statt „Räte-demokratie“ vielleicht „Mitbestimmung“ sagen - statt „Diktatur des Proletariats“ „Sozialpartnerschaft“, - usw. usf. Ich finde es eigentlich weniger aufwendig und verwirrend, wenn wir diese Begriffe wieder in stand besetzen würden... (Lieber in stand besetzen als kaputt besetzen...).

E., KB Frankfurt

Für die Namensgebung der neuen Zeitung finde wir es sehr wichtig, daß der Name keine Panikmache oder Weltuntergangsstimmung erzeugt, sondern zukunftsorientiert und optimistisch ist („Ein Marxist hat kein Recht Pessimist zu sein“ - Ernst Bloch). Statt „5 vor 12“ also „Aufbruch“ oder so etwas.

Für die Titelblattgestaltung finden wir es gut, Artikel auf der ersten Seite großgedruckt „anzureißen“ und im inneren Teil fortzusetzen.

Aufbruch Freiheit und Vernunft An-und-für-sich Streitschrift

Die bewährte Faust mit Schrauben-schlüssel verschwinden zu lassen, finden wir nicht richtig. Erstens ist dieses Zeichen wahrnehmbar bei vielen Lesern und Freundinnen/Freunden des AK als typisches Merkmal bekannt und zudem unterstreicht es noch einmal, worauf es uns ankommt.

Darüber hinaus fragen wir uns in der letzten Zeit, warum in den letzten Ausgaben des AK nicht schon Abonnenten für das neue Blatt geworben wurden. Gerade am Anfang ist ein gutes Abo-Polster doch sicher notwendig. Weiterhin müßte geprüft werden, ob es nicht möglich ist, Anzeigen für die neue Zeitung, in den doch sicherlich viegelesenen Buntbuch-Büchern, unterzukriegen.

Wichtig wäre auch zu erfahren, wie hoch die Effektivität der Werbeanzeigen in der tax waren.

Mit kommunistischen Grüßen
KB-Sympathisanten Baden-B.

Seit ca. 5 Jahren lese ich mehr oder weniger regelmäßig den AK und habe seit dieser Zeit auch stets lockeren Kontakt zu KB'lern gehabt.

Zur neuen AK-Konzeption möchte ich folgendes bemerken:

Die Perspektive, den AK inhaltlich, d. h. auch qualitativ zu verändern (neuer Name, anderes Lay-out etc.), finde ich sehr gut, da dies offensichtlich der einzige Weg ist, die sinkenden Auflagenzahlen zu bremsen.

Ich möchte es sehr unterstützen, einen neuen Namen für die Zeitung zu finden, da Arbeiterkampf ein überholtes Relikt der Anfang der 70er Jahre begonnenen „Häcien in die Betriebe“-Kampagne ist. Einen Alternativ-Namen habe ich zwar nicht parat, jedoch müßte durch den Namen eindeutig hervorgehen, daß es sich um eine radikal-linke Zeitung handelt, die sich auf marxistische Grundlagen beruft und dem linken Internationalismus verpflichtet ist.

Der Turm stürzt ein

In meinem ersten Brief zur AK-Debatte habe ich eine Reihe Fragen aufgelistet, mit denen zu befassen m.E. für uns dringend notwendig ist. Mittlerweile hat unser Kongreß stattgefunden, die Diskussion in der Kölner Ortsgruppe nicht - aber aus verschiedenen individuellen Beiträgen sind mir einige Sachen etwas deutlicher geworden. In meinem Papier habe ich v.a. nicht deutlich gemacht, - warum mir diese Fragen so wichtig sind und

Der Turm stürzt ein

In meinem ersten Brief zur AK-Debatte habe ich eine Reihe Fragen aufgelistet, mit denen zu befassen m.E. für uns dringend notwendig ist. Mittlerweile hat unser Kongreß stattgefunden, die Diskussion in der Kölner Ortsgruppe nicht - aber aus verschiedenen individuellen Beiträgen sind mir einige Sachen etwas deutlicher geworden. In meinem Papier habe ich v.a. nicht deutlich gemacht, - warum mir diese Fragen so wichtig sind und

Abschied vom Proletariat?

In den drei ersten von mir angesprochenen Fragen (Rolle des „sub- oder Lumpenproletariats“, Nationalisierung, Medienentwicklung) geht es vor allem um folgende Hintergedanken: Momentan „haben wir“ über zwei Millionen Arbeitslose, in absehbarer Zeit werden es drei Millionen sein. Die kommenden Jahre, so meine These, werden eine Rationalisierungswelle von bisher ungekanntem Ausmaß, speziell durch die Mikroelektronik, bringen. Die Folge ist ein wachsendes Heer von Dauerarbeitslosen, Menschen, die für die kapitalistische Maschinerie überflüssig sind. Diese Menschen werden wohl in den Metropolen eine - wenn auch große - Minderheit bleiben; umso größer wird ihre Zahl weltweit sein. Insofern ist die jetzige Jugendarbeitslosigkeit auch deshalb so besonders erschreckend, weil ein Großteil dieser Jugendlichen tatsächlich nie einen Job kriegen wird - sie werden nicht gebraucht, nicht mal (jedenfalls nicht in relevanter Zahl) als industrielle Reservearmee.

Soweit, so schlecht - ich behaupte nun weiter, daß die herrschenden Parteien diese Entwicklung erkannt haben und sich dementsprechend verhalten: sie versuchen nämlich nicht mehr, alle Teile der Bevölkerung in ihre Gesellschaft zu integrieren. Vielmehr gehen sie allmählich zur billigeren Variante des bürgerlichen Umgangs mit „Ausschub“ über: sie sondern aus, sie stellen um ihre Zentren ein paar Bullen mit MPs, sie bereiten sich darauf vor, auszurollen. Kann sein, in den Metropolen geht's noch einigermaßen glimpflich ab und es wird unter den Brücken nicht zu eng - aber in den „Entwicklungsländern“

Vielleicht sollten durchaus die Köpfe von Marx und Che Guevarra im Frontblatt erscheinen???

Soviet zu den Außenlichkeiten. Inhaltlich ist der begonnene Weg durchaus richtig: weg von den oberflächlichen Spott-Berichten aus aller Welt, hin zu wissenschaftlich-analytischen Artikeln. Die letzte Ausgabe des AK (218) hat mir sehr gut gefallen!

P.

Mein Vorschlag für einen Untertitel, wenn der AK schon in neuen Namen kriegt: „Rebellion ist gerechtfertigt!“ Denn wir wollen doch mit unserer Zeitung nicht nur dem berechtigten Unmut eine wissenschaftliche Grundlage geben, sondern auch Empörung, Unmut, Widerstand, Auflehnung, also Rebellion gegen die Verhältnisse schüren, oder? Wir wollen uns und anderen Mut machen, gegen reaktionäre oder resignative Miesmacher zu motzen, Autoritäten immer in Frage zu stellen und inageheim oder offen zu stürzen. Wenn wir's ehrlich meinen mit unseren Zielen, Ansprüchen als Maoisten, Kommunisten, dann sind wir doch immer gefordert, der bourgeois Denkweise in den Köpfen, auch in den eigenen, entgegenzutreten, dem menschenfeindlichen System und seinen Handlangern und genauso den Abwiegern entgegenzutreten, und denen, die's ehrlich meinen mit ihrem Widerstand immer wieder den Rücken zu stärken! Und dafür müssen wir uns gegenseitig stärken, mit einer Zeitung, die nicht nur Einsichten, sondern auch Gefühle, Widerstandsgefühle stärkt gegen den lauen Wind, der uns verführen will und den scharfen Wind, der uns erstickt will!

Rot Front
Ein Genosse aus NRW

gibt's gar nicht genug Brücken. Und solche Geschichten wie Sahel-Zone und dergleichen werden Alltag sein. Daß die Verdammten dieser Erde zu diesen Entwicklungen gar nicht so recht eine positive Einstellung finden können, leuchtet ein, und so werden in unseren Breiten Aufstände wie in England letzten Sommer des öfteren auftreten.

Meiner Ansicht nach ist diese Entwicklung von uns nicht mehr zu verhindern. Das bedeutet aber natürlich keineswegs, daß wir uns damit nicht zu befassen haben. Schließlich sind wir Kommunisten dem übrigen Proletariat in unseren theoretischen Einsichten einen Schritt voraus, gelte?

„Oh Lord give us more money“ (Holger Czokay)

Genau dieser Schritt fehlt aber m.E., wenn da als Kommentar zu den Löwenthal-Thesen diese einfach nur als Buhlen um Wählerstimmen bezeichnet werden (AK 215). Das ist viel zu kurz gegriffen. Es geht bei diesen Thesen vielmehr darum, daß die SPD ihre bisherige Politik der Klassenkolaboration noch mehr verschärft. Ganz im Sinne der Blüm'schen „Neuen Sozialen Frage“ sollen die „Besitzer“ eines Arbeitsplatzes „ihre“ Fabrik verteidigen gegen die, die keinen mehr haben. Es geht in den Thesen einfach um die Spaltung der Gesellschaft in produktive, verwertbare Kerne und den Ausschub. Wo dieser Ausschub oder seine humanistischen Freund/inn/en noch eigene Sozialisationsinstanzen, Kontrollinstanzen oder einzelne, funktionalisierbare Produktionsstätten schafft, wird das zunächst hingenommen, dämpft es doch die latente Unruhe in diesem Teil des Volkes. (Das ist die Funktion, die die Bürgerlichen der Alternativszene zugedacht haben.) Wo der Ausschub aufmuckt, wird er niedergeschlagen; wo er „Kultur“ produziert, wird er vielleicht zur Belustigung der Bourgeoisie in deren Opern eingeladen - nur integriert, das wird der Ausschub nicht mehr.

Nun höre ich so manche Genoss/innen sagen: „Das ist doch nix Neues, das hat die Bürgerlichen doch schon immer so gemacht“. Das stimmt ja auch, nur die Menge des ausgesonderten Rests ist neu und, dadurch bestimmt, die Härte dieses Prozesses. Und noch eine ist neu: daß nämlich der Ausschub diesmal schon vorher weiß, was da

Fortsetzung von voriger Seite

auf ihn zukommt. Nix anderes als das ist nämlich gemeint, wenn heute Leute „No future“ sagen, keine Lust mehr haben, um 'nen Job zu betteln, weil sie eh keinen kriegen, auf ihre Karriere pfeifen etc. (Zwei Anmerkungen: Vielleicht hat der Ausschuß früher doch gewußt, was kommt – soweit reichen meine historischen Kenntnisse nicht; und zu „No future“ kommt ich weiter unten noch mal.)

Interessant in diesem ganzen Prozeß finde ich nun das Verhalten der revolutionären Subjekte: Die Arbeiterklasse nämlich verhält sich nicht dazu. Oder genauer gesagt: jedenfalls nicht sonderlich fortschrittlich. Weit entfernt davon, revolutionäre Gedanken zu haben oder gar zu verwirklichen, ist die Arbeiterklasse williges Opfer der bürgerlichen Politik bzw. Gesellschaftsformierung. („Ja, aber Du mußt doch mal überlegen, wozu das liegt ...“) Meiner Ansicht nach liegt das daran, daß Rationalisierung, Einsatz von Technologie, überhaupt die Gestaltung der Umwelt der Arbeiterklasse nicht allein dem kurzfristigen Profitstreben der Einzelkapitalisten dient, sondern immer benutzt zur Erzeugung eines ganz bestimmten erwünschten Bewußtseins dieser Arbeiterklasse benutzt wird. Und so wurde seit ihrem Entstehen die Arbeiterklasse von den Kapitalisten immer raffinierter konditioniert, diszipliniert und gesteuert. Die pervertierten Spitzenresultate dieser Nutzung der Arbeiterklasse, das ist das Sein der Arbeiterklasse, bestimmen, finden sich in Hochschulerbeitstraktaten und der Architektur der Neuen Heimat.

Und das Ergebnis dieser Politik ist, daß wir es in den Metropolen mit einer hochgradig korrupten Arbeiterklasse zu tun haben, die für die Garantie ihrer Ausbeutung und das bürgerliche Dreck, das sie dafür als Lohn erhält, eben auch zuseht, wie der Rest der Welt ins KZ gesteckt wird. Denn immerhin: diese Arbeiterklasse hat nicht bloß über hundert Jahre Konditionierung hinter sich, sondern auch die spezifisch deutsche Geschichte, eine Geschichte der Niederlagen: 1848 eine durch die Angst der Bourgeoisie gescheiterte Revolution, dafür 1871 ein Kaiserreich 1914 der Verrat der SPD, 1918 dann die wieder gescheiterte Revolution, 1933 der Faschismus, von dem zu befreien die Sowjetunion bluten mußte, nach '45 dann auch nix mit Sozialismus oder was – Adenauer!

Das ist die kollektive Geschichte dieser Arbeiterklasse. „Hab mein ganzes Leben nicht gelebt, außer daß man besser die Schnauze hält“ (Tom Steine Scherben). Nun kann mensch all das ja auch viel netter ausdrücken: Die Arbeiterklasse in der BRD hat kein sozialistisches, wahrscheinlich nicht mal ein Klassenbewußtsein. Wo so etwas mal vorhanden gewesen sein mag, da ist es mit Erfolg verschüttet worden.

„These are the things that dreams are made of“ (Human League)

„These are the things that dreams are made of“ (Human League)

Angehts dieser Dinge sollten wir uns m.E. schleunigst Gedanken darüber machen, wie hierzulande – große Teile der Bevölkerung zu einem fortschrittlichen Bewußtsein gelangen können, und – wie dem revolutionären Subjekt zu mehr Selbstbewußtsein zu verhelfen ist.

In solche Überlegungen muß auch das Verhältnis der anderen unterdrückten Schichten und Bevölkerungsteile zur Arbeiterklasse miteinfließen. Und zwar denke ich da an folgenden Zusammenhang:

Es ist heute in großen Teilen der Bevölkerung, speziell unter Jugendlichen, eine Stimmung von Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, Weltuntergangserwartung etc. festzustellen. Zugleich schwindet der Wille, es in diesem System noch zu etwas zu bringen, Karriere zu machen, sich an bürgerliche Normen anpassen etc. Es kommt zu spontanen Erhebungen, sog. „blinden Vandalismus“, die

Bereitschaft zur Militanz ist gestiegen. Meiner Meinung nach ist all das in seiner Widersprüchlichkeit ein Ausdruck, daß immer mehr Menschen an der Legitimation des Systems zu zweifeln beginnen. Deutlichster Ausdruck dieses Bewußtseins (auf Massenebene) ist die „Neue Jugendbewegung“ und ihre Avantgarde, die Punks.

(Hier jetzt mal eine kleine Anmerkung für die Genoss/innen, die an dieser Stelle zu lesen aufhören, mir aber unterstellen, ich würde nunmehr „die Punks“ zum revolutionären Subjekt erklären: Wenn mir da gesagt wird: „Wart's mal ab, was in einem Jahr aus der Punkszene geworden ist“, kann ich solch sichere Voraussicht, daß es nicht gelingen wird, oppositionelle Strömungen zu stärken, angesichts der schadenfrohen Gewißheit, mit der sie geäußert wird, nur noch als masochistisch verstehen.)

Es dürfte doch wohl klar sein, daß oppositionelle Strömungen in einer Gesellschaft, in der die Herrschenden sämtliche Medien beherrschen, nur äußerst langsam und vor allem widersprüchlich sich form(u)ieren können.

Es ist für mich auch gar nicht entscheidend, ob die Punks konkrete politische Erfolge erringen können oder das getan haben. Entscheidend ist für mich, daß in den heute 15-25-jährigen ein großes Potential von Menschen heranwächst, die von ihrem Bewußtsein und ihrer Praxis her eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse leisten. Angesichts der Millionen, die ihre Ausbeutung als Geschenk Gottes ansehen und so auch hinnehmen, sind mir einige zehn- oder hunderttausende, die sagen: „Wir wollen keine Arbeit“, weil sie gar nicht einsehen, warum sie für die Kapitalisten schwitzen sollen, mehr lieb und teuer. Und zwar weil ich den Wunsch, nicht mehr arbeiten zu müssen, für einen äußerst fortschrittlichen halte, vor allem aber, weil die Arbeiterklasse der BRD sich zur Formulierung einer solchen Forderung gar nicht hergeben würde.

Und weiter: in meinem ersten Papier habe ich verschiedene Formen des subjektiven Aussteigens aus der Wirklichkeit (Irrationalismus, Magie etc.) und deren kulturelle Reflexe („Der Papalagi“, „Die Unendliche Geschichte“ etc.) angesprochen. Ich denke, mensch sollte bei der Analyse dieser Dinge nicht übersehen, daß jemand, der/die den Wunsch nach einem Ausstieg aus dieser Wirklichkeit hat, doch an dieser Wirklichkeit leiden muß. Das heißt für uns doch, ganz genau schitzzugeben, wozu die Menschen dann im Einzelnen so leiden, um hier dann umso gezielter nachweisen zu können, daß dauerhafte Abhilfe für dieses Leiden eben nur im Kommunismus möglich ist.

Eine Anmerkung, wie so etwas ganz praktisch werden kann: Unsere befreundete englische Organisation „Big Flame“ benutzt in ihrer Zeitung und anderen Publikationen recht oft für Überschriften etc. populäre Liedertexte, Buchtitel und dergleichen. Das hat den Sinn, dem/der Leser/in, die nicht gerade aus dem engeren linken Umfeld kommt, deutlich zu machen, daß die Leute von „Big Flame“ durchaus nicht irgendwelche Wem vom anderen Stern sind, sondern ganz ähnliche Interessen und Bedürfnisse haben wie andere Menschen auch. Ich denke, daß dies ein (!) Mittel sein kann, der weiteren Entwicklung des linken Chetnos etwas entgegen zu setzen.

Übrigens hat die Beschäftigung mit kulturellen Dingen wohl auch etwas mit dem Aspekt der „Keimform“ unseres Vereins zu tun, denn (bzw. sollte) die Kultur doch der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt und also seiner allgemeinen Emanzipation, die sich entgegen allen vulgärmarxistischen „Theorien“ keineswegs nur durch die Arbeit vollzieht. (Ganz im Gegenteil! denke ich manchmal.)

Sol Liebe Genoss/innen, jetzt sind hoffentlich alle Klarheiten beseitigt; auf daß es eine lebhaft und kontroverse Diskussion werde. Kommunistische Grüße

M., Köln, 27.2.82

Schöne



Aussichten

Beim KB-Kongreß im Januar wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem gefordert wird, daß „künstlerischen und kulturphilosophischen Ausdrücken des Zeitgefühls und der Suche nach Alternativen im kulturellen Bereich in Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden“ soll.

„Aber niemand wird denken, daß mit der Verabschiedung der Kongreßresolution nun alles in Butter sei.“ Stattdessen kann dieser Beschluss „nur die Tür zur Diskussion in unseren eigenen Reihen und zur Entwicklung einer größeren Aufnahmebereitschaft für all die kulturellen Ercheinungen um uns herum öffnen ...“

Durch diesen Beschluss hat sich die Voraussetzung für unsere Arbeit zwar verbessert, jedoch sehen wir uns allein nicht in der Lage, diesen Beschluss umzusetzen. Wir sehen es als Aufgabe der gesamten werten Mitgliedschaft an, nicht nur einmal den Arm zu heben, sondern sich produktiv mit diesem Beschluss auseinanderzusetzen! (Hallo, hallo feedback: massenhaft Protokolle, Artikel, Papiere, Vorstellungen, Fragen, Karikaturen ...)

D.h., daß wir von uns aus bestimmte Projekte angehen werden, aber auch, daß wir Aktivitäten der Basis erwartungsvoll begrüßen. Wir stellen uns vor, daß es zwecks Koordinierung und Austausch der verschiedenen Vorstellungen ganz sinnvoll sein könnte, nach einer gewissen Zeit ein Arbeitstreffen aller an der Kulturarbeit Interessierten zu veranstalten.

Da wir kein Sammelstadium von unzusammenhängenden Beiträgen veröffentlichen wollen, können wir nicht garantieren, daß alles so, wie's kommt, erscheinen wird. (Das trifft ja übrigens für alle Bereiche zu.)

Wie wir aus verschiedenen Gesprächen und Kontakten wissen, gibt es eine Reihe von euch, die sich auch privat mit Kultur auseinandersetzen. Es soll sogar Spezialisten für bestimmte Bereiche wie Science Fiction, Gedichte-Schreiber etc. geben. Darüberhinaus geht Mensch tagtäglich mit Kultur um. Wenn nun gesagt wird, daß für die Kulturarbeit Kompetenzen fehlen,

Science Fiction, Gedichte-Schreiber etc. geben. Darüberhinaus geht Mensch tagtäglich mit Kultur um. Wenn nun gesagt wird, daß für die Kulturarbeit Kompetenzen fehlen, dann antworten wir darauf: wer nicht singen kann, soll keine Platten hören, Filme dürfen nur Filmemacher sehen, in's Theater sollten nur Schauspieler gehen ...

Deshalb: Raus mit euren Ideen zu irgendwelchen kulturellen Fragen, zur kulturellen Gestaltung der Zeitung, raus mit euren bisher zurückgehaltene Produkten, zumal „denn Arbeit durch ideologische und formale Offenheit getragen sein und manches auch formal Provokierende hinnehmen können muß, wenn (daraus) nicht öde Kulturbesprechungen, sondern eine lebendige Auseinandersetzung werden soll ...“

„KULTUR IST POLITIK, POLITIK IST KULTUR!“ (sinngemäß nach Dario Fo)

(Wortlaut des Beschlusses und der Begründung: siehe AK 217)

Die Genossinnen und Genossen aus der Kulturredaktion

„heavy metal“ eine äußerst subjektive Kritik

Der Film wird annonciert als das Ereignis auf dem verfilmten Comic-strip-Markt, als Spitzenproduktion erstklassiger Zeichner, „besser als science-fiction“. Versprochen wird eine „Reise ins Universum des Sex und des absoluten Bösen“. In der „Szene“, einem der etablierten Kulturzeiger der Hamburger Linken, wird der Film in der Februar-Nummer als Rock-Ereignis und künstlerischer Augen-schmaus empfohlen, die Schallplatte zum Film per großformatiger Anzeige gleich mit angeboten. Der Film läuft (bei Erscheinung des AK) seit nunmehr vier Wochen in drei großen Hamburger Kinos.

Ich kannte die Comic-Serie „Schwermetall“, die für ein paar Mark an jedem Kiosk zu kaufen ist: oder Brutalo-Sex mit Fantasy- und Science-fiction-Hintergrund, ein Produkt der schwarzen Linie im Bereich des z.T. durchaus gesellschaftskritischen Fantasy-Marktes, gegenüber den Spitzenprodukten des Sado-Maso-Genres „la „Dracula“ und „Vampirla“, allerdings noch relativ zahm. (Mensch sollte es nicht glauben, aber diese Hefte wie „Dracula“ u. ä. haben einen großen Markt. Ich verfüge per Zufall über einen kleinen Einblick, weil ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, in einer Expedition zu arbeiten, die das Monopol auf Belieferung der Hamburger Kioske mit Zeitschriften und Hefchen aller Art hat ...)

Ich wollte mir also ansehen, was da mit soviel public-relations-Aufwand in die deutsche Seele gepusht werden soll. (Ach ja, ich vergaß zu sagen: es handelt sich um eine US-Produktion). Ich war auf Obszönitäten, einigen Horror und evtl. Langeweile gefaßt – aber das! Als ich das Kino verließ, verspürte ich einen brennenden Wunsch nach Zärtlichkeit, nach menschlicher Wärme, nach vertrauten Worten, nach Gesichtern mit menschlichen Augen, und nach Menschen, die zuhören. Ich fühlte mich total leer und menschlicher Gefühle beraubt.

Dieser Film arbeitet tatsächlich technisch brillant mit allen Mitteln der – vor allem in der US-amerikanischen – Subkultur und Alternativ-Szene zeitgenössischen Comic-Kultur sowie einer geschickt aufbereiteten Pa-

erfolge, eben jene folgenden Sequenzen. Obwohl die Kugel „das absolute Böse“ und unbelegbar sein soll, wird sie in der letzten Sequenz von der Superheldin Tarka, die „das absolute Gute“ darstellt, besiegt. Die Heldin geht dabei unter, erhebt sich aber dann im letzten Bild in Gestalt eines kleinen Mädchens, durch dessen Überleben nunmehr der Sieg des Ewig Guten besiegelt wird.

So wahllos die Abfolge der Greuel, so geizt die Mittel ihrer Darstellung: Sämtliche mir bekannten Elemente des Zeichentricks, von der aalglaten science-fiction-Attrappe a la „2001“ über die monströs tropfenden U-Comix-Verwunstungen bis hin zu „Dracula“ und „Lander“-Misch-Masch in Uniformen und Militärmärschen des 2. Weltkrieges, passieren Revue. Die Einzelbilder schweben in Farben und Ornamentik. Die Musik ist entsprechend: ein wohltemperiertes Potpourri von härtestem punk über elektronische Klänge zu klassisch wagnerischen Tönen. Alles zusammen: ein optimistischer und akustischer Verführungs-Versuch!

All diese Klischees und optischen und akustischen Reize sind ja soweit – was noch anginge – die typischen Muster der gängigen Trivialliteratur und -filme. Das gilt für Lore- und Bastei-Romane in anderer Form nicht minder als für den größten Teil der sog. Fantasy-Comics, die aus solchen Gegensätzen wie Gut – Böse, Hure – Nonne, Liebe – Haß uam. schon immer Ewigkeitswerte gemacht haben, die sich auch in Milliardenumsätzen auszahlen. Sie spiegeln ja nichts anderes wider als die verkümmerten oder pervertierten Kleinbürgerträume von der Rückkehr ins einfache Leben. Darin mischen sich Wünsche nach Überwindung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse und Rückwendung in feudale Verhältnisse. Und selbstverständlich ist es richtig, daß auch die europäischen Volksmärchen von sehr einfachen Mustern leben und daraus ihre „reinigende Kraft“ beziehen, wenn schließlich „das Gute“ über „das Böse“ siegt usw. All diese Elemente finden sich im üblichen Fantasy-Genre.

In diesem Film-Verschnitt aber ist das positive Identifikationsangebot notwendig der stillos rasenden Elemente finden sich im üblichen Fantasy-Genre.

In diesem Film-Verschnitt aber ist das positive Identifikationsangebot gegenüber der ziellos rasenden Aggression, Frauenverachtung, Menschenfeindlichkeit gleich null. Die beschriebene Endszene, in der sich die in das Mädchen verwandelte geopferte Heldin als Bannerträgerin des absoluten Guten in die Lüfte erhebt, bleibt eine dümmlich angelegte Legitimation. Und selbst die positiven Helden, die dem „absolut Bösen“ entgegenzutreten versuchen, sind bei jeder eigenen Willens und einer wie auch immer gesteuerten eigenen Zielvorstellung. Sie sind vielmehr bloße Objekte mystischer Urkräfte – und selbstverständlich im Fall der Hauptheldin Tarka auch noch Sexual-Objekt. Sie bewegen sich in heldischer Pose inmitten monumentalistischer Architektur und Landschaft, während ihre Widerwärtigkeit nichts anderes ist als Gewürm. Die Glorie der weißen Rasse über die Urdawmenschen, die in gebrochenem Deutsch (bzw. englisch) reden, sowie braun-grün oder sonstwie-blauliche Barbaren läßt unverkennbar historische Vorbilder erkennen. Freiheit, selbstbestimmtes Handeln, Gleichberechtigung kennt dieser Film nicht. Er ist eine Verherrlichung von Asozialität, Irrationalismus und blindem Terror auf der einen, der „Vorsehung“ und mythologisierten Heldentum zum andern. Hier wird im Gewand subkultureller und alternativer Kultur die Abschaffung aller Kultur und die Rückkehr weit hinter die Barbarei propagiert!

Ich finde es einen Skandal und beschämend für die Linke, wenn Zeitschriften wie die „Szene“ einer derartigen Verdummung und Verrohung nicht entgegenreten.

P.S.: Der Film ist freigegeben ab 16 Jahren, richtet sich also offenbar wesentlich an jugendliches Publikum.

F., 5.3.82



Dallas. Ben Cartwright sitzt auf der Veranda seines Hauses und blinzelt in die Sonne, wie sie rot über den blauen Bergen untergeht. Er hat die Beine hochgelegt, und der Schaukelstuhl knarrt vernehmlich, wenn er sich vorbeugt, um ein Stück Eis in sein Whisky-Glas zu befördern. Dieser Sonntagabend verspricht wieder einmal, ein Höhepunkt zu werden. In einer Stunde würden die McDonalds da sein, und dann würden sie gemeinsam bis tief in die Nacht hinein die nächste Runde von „Fulda-Gap“ spielen, jenes Spiel also, das zur Zeit das Hauptgesprächsthema in den beiden Familien bildet. Genau gesehen waren es nur er und John McDonald, die beiden mächtigsten Männer am Ort, die gegeneinander spielten. Trotzdem geriet das ganze zu einem richtigen Familienspiel, und die Kinder waren Feuer und Flamme, wenn sie mit ihren Truppenteilen die Befehle des Oberkommandos ausführen durften. Cartwright war auf den kommenden Abend glänzend vorbereitet. Zwar war es seinem Gegenspieler, der den Part der Russen spielte, in der letzten Runde gelungen, ein Gefecht zwischen Glessen und Marburg unter Einsatz chemischer Waffen zu seinen Gunsten zu entscheiden, und die Situation war für die eigenen NATO-Verbände durchaus kritisch. Cartwright jedoch hatte beim nuklearen Schlagabtausch Vorteile erzielt. Er hatte sich einen detaillierten Plan zurechtgelegt, mit der Luftwaffe jetzt einen massiven Gegenangriff zu führen.

Cartwrights Frau erscheint auf der Veranda; sie hat das Spiel mitgebracht. „Weißt du eigentlich, wie sehr ich dich liebe, Ben?“ Für einen langen Augenblick sehen sich die Eheleute tief in die Augen. Dann beginnen sie gemeinsam, das Spiel auszubreiten und die Truppen so aufzustellen, wie die letzte Runde ausgefallen war. „Hol doch mal einen Atlas“, schlägt Ben vor. „Jetzt spielen wir schon drei Abende lang, und ich weiß immer noch nicht, wo dieses verdammte Fulda eigentlich liegt.“ „Guck mal hier! Da unten auf der Karte liegt Heidelberg. Da haben wir doch dieses schöne Foto von Onkel Jim, wunderbar!“ Ben stellt fest, daß Fulda ungefähr 150 Meilen nordöstlich von Heidelberg liegt. „Weißt“, sagt er nachdenklich. „Die Deutschen haben ein schönes Land. Und sie sind verdammt tapfer, sage ich dir.“ Es klingelte. Die McDonalds rückten an, wie immer fröhlich lärmend. „Hallo, John, was machen die Geschäfte?“

„Fulda-Gap“ ist nach Absicht seiner Erfinder ein „historisches Simulationsspiel“. Simuliert wird eine angennommene „erste Schlacht des nächsten Krieges“, bei der sowjetische Panzerverbände in die Senke (engl.: Gap) von Fulda einfallen, um in einem „Blitzkrieg“ bis zum Rhein vorzustoßen. Dementsprechend ist die Möglichkeit, daß die NATO den Krieg beginnt, nicht vorgesehen. Die Schlacht soll sich auf einer Spielkarte abspielen, an deren Ecken Köln, Kassel, Würzburg und Kaiserslautern liegen. Mitten drin: Das Rhein-Main-Gebiet. Der sowjetische Spieler hat gewonnen, wenn ihm der Vormarsch bis zum Rhein, das Bilden eines Brückenkopfes, die (teilweise) Kontrolle des Autobahnnetzes u.a. gelingt. Dann, so die Spielanleitung, wäre ein Koll zwischen die NATO-Truppen im Norden und diejenigen im Süden getrieben, und wichtige logistische Zentren wären erobert. Umgekehrt gewinnt der NATO-Spieler, wenn der sowjetische Vormarsch zurückgeschlagen wird und NATO-Truppen in das Gebiet der DDR eindringen können. (In der Spiel-Terminologie kämpft nicht die NATO gegen den Warschauer Pakt und auch nicht die USA gegen die Sowjetunion, sondern die NATO gegen die SU, wenngleich letztere über polnische und DDR-Truppen mitverfügt). Eine solche Schlacht, so meinen die Erfinder des Spiels, könnte „sometime in the near future“ (einmal in naher Zukunft) geschehen.

In der 16-seitigen, kleinbedruckten Spielanleitung heißt es einleitend: „Moderne Kriegsführung ist eine komplexe Sache, und deswegen sind die Regeln von Fulda Gap auch recht komplex, besonders im Vergleich zu viel einfacheren Spielen (z.B. Monopoly)“. Dies kann bestätigt werden. Fulda-Gap ist alles andere als ein gewöhnliches Unterhaltungsspiel, dessen Regeln man ein, zwei Stunden lang studiert, um dann die eigentliche Technik während des Spiels selber zu erlernen. Mindestens gilt das für militärische Laien. Allein das Studium der Spielanleitung erfordert, daß man sich mehrere Abende lang intensiv damit befaßt. Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb in der westdeutschen Öffentlichkeit bislang nur die Existenz eines solchen Spiels in den USA bekannt wurde, mehr aber nicht.

Das Spiel besteht, je nach angenommenem „Scenario“, aus 7 bis 14 (ggf. auch mehr) „Game Turns“ (Runden). Eine solche Runde kann man sich in etwa als das Kriegsgeschehen während eines Tages vorstellen. Darin kommt zunächst der „Sowjet-Spieler“, dann der „NATO-Spieler“ zum Zug. Ein Spielzug besteht aus drei hauptsächlichlichen Schritten: Erst werden Truppenteile bewegt, dann gibt es eine Gefechtsphase und anschließend wie-



Die Nato zündet eine Atombombe über Hattenbach. Die Hattenbacher sind einverstanden. Jedenfalls sagen das ihre Kommunalpolitiker.

der eine Bewegungsphase. Weitere Schritte sehen die Bestimmung der Luftüberlegenheit, den Einsatz von Nuklearwaffen und eine Reorganisation der Truppen vor. Eine Truppeneinheit wird durch ein Klärtchen symbolisiert, das auf ein Feld der schon erwähnten Spielkarte platziert wird. Diese besteht aus insgesamt 1709 durchnummerierten, sechseckigen Feldern, sodaß dieser Artikel z.B. in einem militärischen Plan-Feld mit der Kennziffer 2322 geschrieben wird. In jedem dieser Felder ist die spezifische (für Militär interessante) Bodenbeschaffenheit durch unterschiedliche Farben festgehalten; davon gibt es fünf Kategorien, die für die Bewegungsmöglichkeit der dort eingesetzten Truppen ausschlaggebend sind. Straßen, Autobahnen, und Flüsse spielen natürlich noch eine besondere Rolle.

Alle Einheiten haben eine eigene Gefechtsstärke, die sich je nach erlittenen Verlusten bis zur Eliminierung vermindern kann. Es liegt allein in der Hand des Spielers zu bestimmen, wie er im Rahmen der Regeln seine Einheiten bewegt. Ergebnis solcher Gefechte hängt einerseits von den sich gegenüberstehenden Gefechtsstärken ab, wird aber auch durch Würfeln (also durch den Zufall) beeinflusst. Eine Niederlage zwingt zum Rückzug um eine bestimmte Zahl von Feldern und ergibt ggf. auch einen Verlust an Gefechtsstärke. Soweit das Grundmuster des Spiels.

Eine ganze Reihe von den 26 Hauptspielregeln (mit insgesamt 73 Unterregeln) ist aus bemerkt, das ganze Spielgeschehen noch realistisch zu gestalten. Da geht es um den Einfluß der „Feindberührung“ auf die Bewegungsmöglichkeiten, um gesteigerte Kampfkraft von integriert operierenden Divisionen, um die offensive und defensive Rolle von Artillerieeinheiten, um den Nachschub, um die Berücksichtigung der Tatsache, daß sich die reale Kampfstärke der eingesetzten Einheiten erst während einer Kampfphase selber bestimmt, um die spezifischen Verstärkungsmöglichkeiten der NATO durch Mobilisierung von Reservisten, um Rückzug, ohne ein Gefecht einzugehen, um spezielle „Blitzkrieg“-Taktiken (natürlich vor allem seitens des Sowjet-Spielers), um den Einsatz der Luftwaffe, um chemische und atomare Kriegsführung, um Spezial-einheiten (Hubschrauber, Fallschirmjäger) und um taktische oder strategische Doktrinen. Kurzum: An alles ist gedacht.

Dem militärtechnisch recht komplizierten Spiel liegt ein propagandistisch einfaches Muster zugrunde: — die SU ist in jedem Fall Aggressor

- nur die SU setzt chemische Waffen ein
- die SU wendet eine besonders brutale Doktrin an (Vorrücken ohne Rücksicht auf Verluste)
- sowjetische Atomwaffen sind „schmutziger“ (märkliche Verwundung angeblich) usw.

Umgekehrt ist es natürlich aufschlußreich, zu untersuchen, worin das Spiel die Vorteile der NATO zeigt: Luftüberlegenheit und atomare Überlegenheit. Wer aber glaubt, dem Spieler werde der Einsatz von Atombomben vorzuziehen als „ultima ratio“ (letztes Mittel, um einer Niederlage auszuweichen) in die Hand gelegt, der irrt gewaltig. In einem Abschnitt, in welchem den Spielern strategische Empfehlungen gegeben werden, heißt es wörtlich: „Die Prozedur des nuklearen Angriffs ist voller Überraschungen. Nukleare Schläge sollten vorbehalten werden für eine hohe Konzentration feindlicher Einheiten... und für Einheiten in Süden oder in Eingelagerung. Einheiten, die bereits auf den schwächsten Grad ihrer Kampfstärke Ziel ab, weil ihre Eliminierung Siegespunkte ergibt...“ Also eine Aufforderung, von Atomwaffen nach Herzens-(?)lust Gebrauch zu machen.

Vorgesehen ist dabei, daß es pro Runde einen Höchstanzahl von A-Bomben gibt (z.B. 10 von jeder Seite), was bedeutet, daß der NATO-Spieler spätestens in der zweiten (der Sowjet-Spieler in der dritten) Runde Nuklearwaffen einsetzen muß; andernfalls kann er sein Arsenal gar nicht voll ausschöpfen und verliert dadurch wichtige Vorteile. Das Spiel wird also bei einem angenommenen sowjetischen Überraschungsangriff in der Regel so verlaufen: Der SU-Spieler eröffnet mit einem massiven und schnellen Vormarsch in die „Fulda-Senke“; gleichzeitig rücken an den Flanken Verbände in Richtung Kassel und Würzburg vor; er wird vorerst auf einen Nuklearschlag verzichten, da dieser zu wenig Wirkung hätte (nirgendwo sind NATO-Einheiten auf einem Fleck konzentriert). Umgekehrt kann der NATO-Spieler seine für diese Runde zur Verfügung stehende Höchstmenge von Atomwaffen sofort mit optimalem Wirkungsgrad einsetzen (ohne dadurch in späteren Runden in Nachteil zu geraten, da er ein größeres Arsenal hat). Im Klartext: Das Allererste, was der NATO-Spieler in diesem Spiel tun wird, noch bevor er die eigenen Truppen überhaupt in Bewegung setzt, ist, einen Nuklearschlag in der Fulda-Senke zu führen. So ist das Spiel nun einmal aufgebaut. Seine Anleitung schließt mit dem Satz: „Die Spielregeln beschäftigen sich nicht mit dem umfassenderen Problem

dem der nuklearen Krieges und der merkwürdigen Gefahr, daß der Gebrauch taktischer Waffen möglicherweise einen totalen nuklearen Holocaust auslösen könnte (was vermutlich keine der beiden Seiten will)“.

... und die Wirklichkeit

... und die Wirklichkeit

Vor einiger Zeit strahlte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS eine fünfteilige Sendung zum Thema „Die Verteidigung der USA“ aus. Der zweite Teil dieser Serie lief unter dem Titel „Das nukleare Schlachtfeld“. CBS wollte zu berichten, daß während des Militärmanövers Reforger '80 der Abwurf einer Atombombe über Hattenbach bei Fulda geplant worden war. Ein derartiges Vorgehen, so CBS, sei in militärischen Planspielen des Pentagon enthalten. „Spiegel“ und „konkret“ erwähnten diese Sendung, und so kam es, daß mit einiger Verzögerung eine Handvoll Leute in der betroffenen Region darauf aufmerksam wurde. Es gelang ihnen nach ethischem Hin und Her, an eine Kopie des Films heranzukommen. Das österreichische Fernsehen war so freundlich. In der BRD hatte nämlich der bayerische Rundfunk die Aufführungsrechte an dem Streifen aufgekauft — nicht um ihn zu senden, sondern um sicherzustellen, daß er im westdeutschen Fernsehen nicht läuft. Die Kopie wurde in Hattenbach unter größtmöglicher Zurückhaltung zunächst einer kleinen, geschlossenen Gesellschaft von „Würdenträgern“ gezeigt. Trotzdem müssen sich die Initiatoren dieser Aufführung gefallen lassen, umständlich als „Agenten Moskau“ vertrieben zu werden, obwohl es sich um einen amerikanischen Film handelt, der von einem amerikanischen Manöver berichtet. Die Hattenbacher, so wenigstens sagen es ihre amtlichen Repräsentanten, stehen zu den US-Beschützern. Deswegen wollen sie von diesen Sachen überhaupt nichts wissen. Und solche Manöver müssen sein, sonst wäre der Russe längst im Land. Die Region um Fulda steht zu 60% hinter Dregger.

Aber in dieser Frage sind sich die lokalen Parteipolitiker einig. Der Bürgermeister von Hattenbach ist z.B. Sozialdemokrat. Zu den Bemühungen einer Lehrerin, den Film der Bevölkerung bekannt zu machen, sagt er: „Wenn ich ein Schwein schlachten will, dann geh ich ja auch nicht schon vorher hin und erzähle ihm das“. Sonst quiekt das Schwein nämlich. Das macht den Schlachtvorgang mitunter unappetitlich. Sage keiner, Helmut Schmidt stünde in der SPD alleine da.

Krieg ist machbar, Herr Nachbar

Die Wirklichkeit erst macht in diesem Fall das Spiel interessant. „Fulda-Gap“ ist viel zu aufwendig, um den Vergnügungswert von „Mensch iergers dich nicht“ zu besitzen, und viel zu rigide reglementiert, um geistige Fähigkeiten daran zu trainieren. An das intellektuelle Niveau von „Schach“ oder „Go“ reicht es ebensowenig heran wie die Architektur von Manhattan an die Akropolis (antike Tempel von Athen). Aber daß es den Plänen des Pentagon so auffallend gleicht, wie ja überhaupt Realitäts-treue das ausdrückliche Ziel seiner Erfinder ist, das bewirkt, daß die Diskussion über Fulda-Gap bei uns noch einige Wellen schlagen dürfte. Als Marburger, Offenbacher, Frankfurter oder Würzburger Bürger will man doch mal sehen, wie eigentlich die eigenen Überlebenschancen... und ob überhaupt.

Aber dafür wurde das Spiel gewiß nicht erfunden. Wofür eigentlich in Wirklichkeit? Die Vermutung drängt sich auf, daß Fulda-Gap und ähnliche Spiele ihren Markt in erster Linie unter Militärangehörigen selber haben. Diese Vermutung wird beispielsweise durch die von den Verfassern angegebenen Literaturhinweise gestützt. Dort werden als Zeitschriften genannt: „Arms and Weapons“, Bücher, die als Quellen dienten, sind etwa „Taschenbuch der Landstreitkräfte“, „Taschenbuch für Artilleristen“, „Staff Officers' Field Manual Nuclear Weapons Employment Effects Data“, „Staff Officers' Field Manual Organizational, Technical and Logistical Data“, „Handbook on Soviet Ground Forces“ usw., um nur einige zu nennen. Welcher „reine“ Spiel-Panatiker interessiert sich schon für einen solchen Mist?

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, daß sich Fulda-Gap speziell an Offiziere der US Army wendet, die auf diese Weise „spielerisch“ die Erfüllung ihrer professionellen Aufgaben und vor allem den Überblick über das Ganze erlernen sollen, während sie ja in der Realität nur mit kleinen Teilaufgaben betraut sind. Entsprechend dürften die Erfinder solcher Spiele enge Verbindungen zum US Militär haben (um es mal ganz neutral auszudrücken). Das „Spiel“ vermittelt also durchaus einen gewissen anschaulichen Eindruck von amerikanischer Kriegsführung. Vergessen wir einmal die plumpen propagandistischen Tricks wie etwa das Bild von den angreifenden und

propagandistischen Tricks wie etwa das Bild von den angreifenden und alles überrennenden Russen. Was bleibt dann übrig?

Erstens daß der Atomkrieg aus US-Sicht in Europa führbar ist, und zwar nicht erst, seit sich die USA einen knallharten Cowboy zum Präsidenten gewählt haben. Die Publikation des Spiels wird mit 1977 angegeben. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Einsatz von Atomwaffen auf europäischem Boden in militärischen Planspielen schon zu einem Zeitpunkt pure Selbstverständlichkeit war, wo noch alle Welt an deren „Abschreckungs“-Wirkung glaubte (oder vorgeb. zu glauben). Zweitens hinterläßt die Art „moderner Kriegsführung“, die hier so realitäts-tüchtig „gespielt“ wird, einen nachhaltigen Schock. Der Krieg ist clean, technologisch und mathematisch exakt. In einem Kriegs-Szenario, das — würde es „einmal in naher Zukunft“ Wirklichkeit werden — immerhin so viel Tote produzieren würde, wie kaum jemals in der menschlichen Geschichte, kommen Tote schlicht nicht vor. Es gibt nur einen graduellen Verlust an Kampfstärke von Truppen. Es gibt auch keinen Kampf. Es gibt nur Kampfergebnisse, die aus Tabellen ermittelt werden, also Wahrscheinlichkeitsrechnung. Es gibt natürlich kein grauenhaftes Atomsterben, nur eine radioaktive Verwundung, die das Vorgehen des Militärs eine Zeitlang behindert. Immerhin kommt die Zivilbevölkerung an einer Stelle des Spiels vor: Als flüchtende Autos auf den Autobahnen, die dort zwei Spielrunden lang das Fortkommen der Truppeneinheiten verlangsamen... Selbst der beschissenste Kriegsfilm ist um ein Vielfaches humaner als dieses „Spiel“. Denn selbst wenn er noch so militärisch ist, kann man ihm irgendwo immer noch entnehmen, daß Krieg etwas mit Morden zu tun hat.

Dieses Element hat Fulda-Gap erfolgreich eliminiert. Und das ist ein Spiel!!!

Ein Spiel ist eine Sache, die Spaß macht, Entspannung, Abwechslung und Freude bereiten soll.

Man könnte sagen: So pervers sind die Amis. Tatsächlich aber muß es heißen: So weit hat es der Kapitalismus gebracht.